



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Der Kosovo-Krieg und seine internationale Dimension

Verfasser

Ognian Popov

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im November 2007

Studienkennzahl lt. Studienblatt 312

Studienrichtung lt. Studienblatt Geschichte

Betreuer: Univ. Prof. Dr. Arnold Suppan

...

Abkürzungsverzeichnis

ACTORD	Activation Order
AFOR	Albanian Force (NATO)
AFSOUTH	NATO Südkommando
BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
GSZ	Ground Safety Zone
EU	Europäische Union
HDI	Human Development Index
ICG	International Crisis Group
ICTY	International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia
JVA	Jugoslawische Volksarmee
IMF	International Monetary Fund
IWF	International Währungsfond
KVM	Kosovo Verification Mission
KFOR	Kosovo Forces
KPS	Kosovo Police Service
KPC	Kosovo Protection Corps
KPRF	Kommunistische Partei der Russischen Föderation
LDK	Lidhja Demokratike e Kosoves/Demokratische Liga Kosovo
LDPR	Demokratische Partei Russland
MTA	Military Technical Agreement
MVD	Russisches Innenministerium
MUP	Serbische Spezialpolizei
NATO	North Atlantic Trading Organisation
NPSP	Volksdemokratische Union (Russland)
PfP	Partnership for Peace
OSZE	Organisation for Security and Cooperation in Europe
TF	Task Force
TMK	Schutzkorps des Kosovo
SFOR	Die int. Friedenstruppe für Bosnien und Herzegowina
SRSG	Special Representative of the Secretary General
PDK	Partia Demokratike e Kosoves/Demokratische Partei Kosovo
UCK	Ustria Climitare e Kosoves/ Kosovarische Befreiungsarmee
UCPMB	Befreiungsarmee Presovo, Medvedja und Bujanovac
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNMIK	United Nations Mission in Kosovo
UNMM	UNMIK Media Monitoring
UNO	United Nation Organisation
USAID	United States Agency for International Development
W.O	Wie Oben

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort	4
Einleitung	7
1. Ethnische Zusammensetzung	7
2. Die Entwicklung im 20. Jahrhundert	7
3. Kosovo im Bund Jugoslawiens	9

Teil I. Vor dem Krieg

1. Vom friedlichen Widerstand zum bewaffneten Konflikt	13
1.1. Der Schattenstaat der Kosovo-Albaner	13
1.2. Der Aufbau der UCK	14
1.2.1. Die Kommandostruktur der UCK	16
1.2.2. Die Drogenhandel der UCK	17
1.2.3. Anfängliche Aktivitäten und öffentliche Auftritte der UCK	18
1.3. Das militärische Kräfteverhältnis	19
2. Die UCK auf Erfolgskurs	21
3. Jugoslawien schlägt zurück	25
3.1. Politische Überlegungen	25
3.2. Ein brüchiger Waffenstillstand	28
4. Die Kämpfe beginnen wieder	31
4.1. Provokationen und Reaktionen	31
4.2. Die Lage spitzt sich zu	36
5. Terror und Gegenterror während der Verhandlungen	37
6. Das „Massaker von Racak“	44
7. Die Verhandlungen durch die internationale Gemeinschaft für eine politische Lösung	50
7.1. Bilaterale Gespräche	50
7.2. Die Verhandlungen durch US-Botschafter Christopher Hill	54
7.3. Die unmittelbare Vorgeschichte von Rambouillet	59
7.4. Der organisatorische Rahmen der Verhandlungen	63
7.5. Die Frage der Implementierung eines Abkommens	63
7.6. Handlungsoptionen der Parteien und die Folgen	67
7.7. Letzte Versuche, eine friedliche Lösung zu finden	69

Teil II. Im Krieg

1. Kriegsvorbereitungen	75
1.1. Eine folgenschwere NATO-Sitzung	75
1.2. Die Konzeption der Luftschläge	78
1.3. Kriegsziele	81
1.4. Die Lage im Kosovo unmittelbar vor Kriegsbeginn	82
1.5. Von der Nato Operation „Allied Force“ bis zum Abzug der serbischen Kräfte	84
1.6. Die Operation, „Hufeisen“ der jugoslawischen Militär und Sicherheitskräfte	85
1.7. Verteidigungsanstrengungen und einsetzende Gegenoffensive der UCK	88
1.8. Aktivierung und Operationen der NATO	91
2. Operation „Allied Force“ aus der NATO-Perspektive	93
2.1. Luftoperationen in unterschiedlichen Phasen	93
2.2. Die wichtigsten Probleme bei der Operation „Allied Force“	94

2.3. Eingesetzte Kräfte	95
2.4. Vorläufige Bilanz der Operation „Allied Force“	97
2.5. Operation „Allied Harbour“	100
2.6. Operation „Joint Guardian“/„Joint Garantor“	100
3. Russland und der Kosovo-Krieg	
3.1. Vor der Eskalation	103
3.2. Reaktion auf den Beginn von „Allied Force“	104
3.3. Die russische Sicht des Kosovo-Konflikts	108
3.4. „Freiwillige“ nach Jugoslawien-eine Bedrohung	111
3.5. Russisches Säbelrasseln	112
3.6. Neue Kredite für Russland	112
3.7. Bestrebungen Jugoslawiens für die Aufnahme in die Union Russlands-Belarus	113
4. Teilnahme an der Friedensmission (KFOR)	113

Teil III. Nach dem Krieg

1. Friedenssichernde Maßnahmen	116
1.1. Die einzelnen Abkommen und ihre Realisierung	116
1.2. Die Absicherung des Abkommens durch „Joint Guardian“	117
1.3. Die KFOR-Sektoren im Kosovo	118
1.4. Das Entmilitarisierungsabkommen mit der UCK	119
1.5. Die Situation im Kosovo Mitte Juli 1999	120
2. „Befreite“ und „Besiegte“	122
2.1. Die Gewinner des Krieges - „Die Befreiten“	122
2.2. Die Verlierer des Krieges - „Die Besiegten“	125
2.3. Die KVM-Mission - nicht genutzte Chance für eine friedliche Lösung des Konflikts	127
2.4. Rambouillet - ein Misser 2.5. Der Kriegsweg der NATO	130
2.6. Ein Kreuzzug für die Menschenrechte	133

Teil IV. Die Lehren aus dem Krieg im Kosovo

1. Die internationalen und regionalen Auswirkungen	136
1.1. Eine Festigung der NATO-Allianz	136
1.2. Militärische Folgen und politische Zugeständnisse an Belgrad	139
2. Politische Entwicklung in der Nachkriegszeit	142
2.1. Die langsame und schwierige Stabilisierung	142
2.2. Zur Entwicklung der Sicherheitslage in den ersten Jahren der UNO-Verwaltung	145
3. Die „friedliche Welt“ bricht zusammen	147
4. Die internationalen Folgen eines „unautorisierten Krieges“ aus heutiger Sicht	150
5. Die Athisaari-Plan und seine Auswirkungen	153
Schlusswort	157
Anhang - Auszug aus dem Rambouillet-Vertrag (Die Militärische Implementierung)	158
Literaturliste	161
Internet-Quellen	164

...

Vorwort.

Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Zerfall des sowjetischen Imperiums im Jahr 1991 war die Friedensordnung in Europa geprägt vom Verhältnis der beiden Supermächte Sowjetunion und USA zueinander. Bewaffnete Konflikte – vor allem die Niederwerfung der Volksaufstände gegen das verhasste kommunistische System – waren die absolute Ausnahme und beschränkten sich meist auf die Gebiete Osteuropas, die unter sowjetischer Herrschaft standen. Dabei waren die Großmächte immer bemüht, den Konflikt so schnell als möglich zu beenden. Zwar kursierte immer wieder der Angst, die USA könnten den Aufständischen „zu Hilfe“ eilen und einen Dritten Weltkrieg provozieren, doch konnten sich solche Vermutungen nicht auf eine tatsächliche Bereitschaft der amerikanischen Regierung stützen.

Natürlich gab es auch neutrale Staaten, wie die Schweiz und Österreich, und „Blockfreie“ wie Jugoslawien. Der jugoslawische Vielvölkerstaat war lange Zeit der Inbegriff des Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Die Bürger Jugoslawiens genossen Privilegien, wie freies Reisen und Besitz von ausländischen Währungen, was den Bürgern der anderen „Ostblockstaaten“ lange verwehrt blieb. Dieser Staat – Jugoslawien – wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von Josip Broz Tito, bis zu seinem Tod im Jahr 1980 regiert. Viele Forscher betrachten Tito als Integrationsfigur, die diesen Staat mit seinen vielen Völkern zusammenhielt und durch seine enorme Autorität im In- wie im Ausland für ein friedliches Zusammenleben garantierte. Die nationalistischen Tendenzen schienen unterdrückt, ja beinahe vergessen worden zu sein. Die jugoslawische Staatsmacht hatte alles auf die mentale Kraft von Tito gesetzt, als dieser jedoch gestorben war, begannen sich neuerlich Abspaltungsbewegungen in den einzelnen Republiken zu formieren. Die Wirtschaftslage in Jugoslawien verschlechterte sich, viele suchten bessere Arbeitsplätze in den „reicheren“ Republiken oder verließen Jugoslawien Richtung Westen.

Jugoslawien hat sich, seit dem Bruch mit der Sowjetunion im Jahr 1948, als „blockfrei“ definiert und war den kommunistischen Machthabern im Kreml ständig ein Dorn im Auge gewesen. Die scharfe Verurteilung der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch die sowjetischen Truppen brachte Tito zusätzliche Sympathien im Westen. Trotzdem unterhielt der jugoslawische Staat normale Beziehungen mit allen Staaten, und zum Begräbnis von Tito kamen 4 Könige, 31 Staatspräsidenten, 22 Premiers und 47 Außenminister. Ein Beweis mehr für das enorme Charisma Titos zu Lebzeiten und sein Fehlen nach dessen Tod.

Die Kluft zwischen den „reichen“ Republiken, wie Slowenien, Kroatien und den „armen“ vor allem Mazedonien, Montenegro und das Autonome Gebiet Kosovo in Serbien verschärften sich allmählich. Die wohlhabenden Republiken wollten den „armen Süden“ nicht mehr subventionieren und sprachen sich offen für eine Aussetzung dieser Beträge, oder zumindest deren Verringerung, aus. Zwar waren Anfang der Achtziger Jahren noch keine Abspaltungstendenzen zu spüren, Ziel jeder Republik war lediglich einen höheren Status im Bund gegenüber den anderen zu erreichen. Erst mit dem Zerfall des Ostblocks 1989/90, als die Gefahr von außen nicht mehr vorhanden war, wurden Stimmen laut, die mehr und mehr Autonomie wollten, beziehungsweise nach einer totalen Unabhängigkeit von Belgrad strebten.

Die mehrheitlich muslimischen Kosovo-Albaner lebten seit den Balkankriegen 1912/13 in einem Gebiet, das völkerrechtlich zu Serbien gehörte. Im 20. Jh. wurden sie immer wieder verdächtigt mit den Feinden der Serben zu kooperieren, hatten sie doch während des Zweiten Weltkriegs offen mit den Besatzungsmächten Deutschland und Italien kollaboriert. Ein Groß-Albanien war ständig der Wunsch aller Albaner, weshalb man sich mit dem Status quo nach dem 2. Weltkrieg nie ganz abgefunden hatte. Das kommunistische Albanien hatte aber keine besondere Anziehungskraft ausgeübt, viele Albaner flüchteten nach Jugoslawien, da sie dort ein besseres Leben zu erwarten hatten. Die Repressionen gegenüber den Kosovo-Albanern in der Ära des Innenministers Rankovic haben die Bevölkerung im Kosovo weiterhin gegen den Serben aufgebracht. Mit den zusätzlichen Rechten, die man den Albanern im Kosovo im Jahr 1974 gewährte, waren wiederum die Serben nicht zufrieden, sie befürchteten nicht mehr Herr im eigenen Haus zu sein. Die Unruhen im Kosovo nach dem Tod Titos, die Aberkennung der Autonomierechte im Jahr 1989 durch Slobodan Milosevic, der Dayton Vertrag und seine Versäumnisse werden ausführlich in dem ersten Teil dieser Arbeit behandelt. Die Spannungen unmittelbar vor dem Nato Einsatz 1999, die Entstehung der UCK, die „Befreiungsarmee von Kosovo“, die Kriegsgründe, die „internationalen Verwicklungen“, der Vertrag von Rambouillet werden ebenfalls behandelt. Der zweite Teil erörtert die Geschehnisse im Krieg, die Absichten, die Tatsachen und die Folgen davon. Besonders auf die Rolle Russland wird ausführlich hingewiesen. Im dritten Teil wird der Versuch unternommen, die Absichten mit den geschaffenen Tatsachen zu vergleichen, die nach dem Krieg entstanden sind und ihre internationalen Folgen. Die Frage der Autorität und die Aufgaben der internationalen Institutionen, wie der Sicherheitsrat, die UNO, die OSZE, werden auch durchleuchtet. Der rechtliche Aspekt wurde nur zum Teil angedeutet, dieses juristische Problem verlangt eine andere Art der Untersuchung und ist nicht unbedingt Teil einer historischen Arbeit.

Im vierten Teil wurde der Versuch gestartet die Lehren aus dem Kosovo-Krieg zu ziehen, ihre Auswirkungen zu untersuchen und die internationalen Folgen dieses „kleinen“ Konflikts zu beleuchten. Obwohl es eine kleine Region betraf, war dieser Krieg mit großen internationalen Verwicklungen und Interessen verbunden. Ein Vergleich mit den dazu gekommenen Konflikten, wie z.B. in Afghanistan und vor allem der Krieg im Irak 2003, wurden als Beispiel genommen, um zu zeigen, wie sich Kriege von den Entscheidungsträger dieser Welt rechtfertigen lassen und welche wirtschaftlichen und politischen Interessen im Vordergrund stehen.

EINLEITUNG.

1. Ethnische Zusammensetzung

Die Bevölkerung des Kosovos beträgt circa 1,9 Millionen Einwohner, sie ist sehr jung: 33 % sind unter 15 Jahre alt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 25 Jahre. Sie wächst weiterhin sehr schnell: 23 Geburten/1000 Einwohner. Der Kosovo wird mehrheitlich von Albanern bewohnt; Schätzungen der Weltbank aus dem Jahre 2000, denen das statistische Amt des Kosovo bis heute folgt, gehen von 88 % Albanern, 7 % Serben und 5 % anderer ethnischer Gruppen aus. Zu letzteren gehören Türken, Bosniaken, Torbeschen, Goranen, Janjevci und Aschkali, die teilweise als Kosovo-Ägypter bezeichnet werden. Die aktuellen Schätzungen der OSZE im Kosovo kommen auf rund 91 % Albaner, 5 % Serben und 4 % andere Minderheiten. Der prozentuale Anteil der Albaner hat sich in jedem Fall im Gefolge des Kosovo-Krieges weiter vergrößert. Die Mehrheit der Kosovo-Albaner sind sunnitische Muslime, die Mehrheit der Serben sind Serbisch-Orthodoxe. Es gibt unter den Albanern aber auch Katholiken und Orthodoxe, ebenso gibt es unter den slawischen Ethnien auch Muslime. Schätzungsweise 350.000 bis 400.000 Kosovaren leben im Ausland, vor allem in Deutschland und der Schweiz.¹

Diese Zahlen stammen aus der Zeit nach dem Krieg 1999. Die ethnische Zusammensetzung hat sich mittlerweile noch mehr zugunsten der Kosovo-Albaner verschoben. Rund 200 000 Serben haben nach dem Krieg den Kosovo verlassen und leben seither überwiegend in Serbien.

2. Die Entwicklung im 20. Jahrhundert.

Für die Serben ist der Kosovo ein unbestrittener Bestandteil des serbischen Staates. Der Schlacht am Amselfeld im Jahr 1389 beendete für Jahrhunderte die serbische Herrschaft auf diesem Gebiet, was zur Folge hatte, dass die serbische Ansiedlungen – bedrängt von der osmanischen Siedlungspolitik - weiter nach Norden in die Region um Belgrad auswichen. Der Kosovo, als „Wiege des Serbentums“ bezeichnet, wurde aber im Gedächtnis der Serben nie ausgelöscht. Nach dem ersten Balkankrieg wurden alte Ansprüche geltend gemacht und der Kosovo wurde im Jahr 1912 dem Staat Serbien eingegliedert. Die Spannungen zwischen den Albanern und den Serben waren in der Zwischenkriegszeit immer wieder von bewaffneten Konflikten gekennzeichnet, im Zuge derer die serbische Seite mit brutaler Gewalt gegen Banden, aber

¹ Susanne Wenzel: Das Kosovo entdecken, Trescher Verlag 2005



Verteilung der Ethnien im Kosovo 2005. (Quelle www.wikipedia.org)

auch gegen die Zivilbevölkerung vorging. Im Zweiten Weltkrieg kooperierten die Kosovo-Albanern mit der Besatzungsmacht Italien, kooperierten und kämpften gegen die serbischen Tschetniks und Partisanen.

3. Kosovo im Bund Jugoslawiens

Die Provinz Kosovo gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu Serbien und wurde in das föderative Jugoslawien eingegliedert. Die Albaner hatten, aufgrund bürokratischer Maßnahmen, keine Mehrheit in der Führung der KP-Kosovo. Durch Belgrad wurde das Führungskomitee verkleinert und ab 1945 waren nur sechs Serben und fünf Albaner darin vertreten. Schon damals rebellierten die Albaner gegen die serbische Politik im Kosovo. Die Sicherheitskräfte gelang es damals ohne Schwierigkeiten diese unorganisierten Proteste niederzuschlagen. Der Bündnispartner Albanien hat sich völlig aus diesen internen jugoslawischen Unruhen herausgehalten.

Die serbische Regierung kehrte Ende der vierziger Jahre wieder zur Vorkriegspolitik im Kosovo zurück. Wichtigstes Ziel dabei war die Zurückdrängung der albanischen Mehrheit. Diese erhielt keinerlei Minderheitenrechte, was sie politisch erheblich schwächte. Bei der Volkszählung von 1951 bekannten sich mehr als 30 000 muslimische Albaner zur türkischen Nationalität, was die Möglichkeit bot in die Türkei auszuwandern. Albanien weigerte sich damals Flüchtlinge aus dem Kosovo aufzunehmen, die Auswanderung in die Türkei war die einzige Möglichkeit den Verfolgungen der Staatmacht zu entfliehen. Zudem war das Wenige was man im Kosovo über die Terrorherrschaft Enver Hoxhas in Albanien wusste, kaum einen Anreiz in das Mutterland auszuwandern. Mehr als 200 000 Albaner sind bis 1966 in die Türkei ausgewandert.²

Die neu angesiedelten Serben im Kosovo bekamen staatliche Unterstützung, wie vor dem Krieg. Sehr wichtig für die Umsiedlung war der Tatbestand, dass die Serben sehr leicht gut bezahlte Verwaltungsstellen im staatlichen Apparat bekamen, wurden diese doch bis in die Sechziger Jahre vor allem mit der slawischen Minderheit besetzt. Den Albanern fehlten es aber vor allen an Qualifikationen, die die meisten kaum erwerben konnten, vor allem ausreichende Kenntnisse der Amtssprache Serbokroatisch. Erst in den Sechziger Jahren bekamen auch junge Albaner, die staatlichen Schulen besucht hatten und über gute Sprachkenntnisse verfügten, staatliche Posten. Junge Männer, die zum Militärdienst eingezogen worden waren und in anderen Teilen Jugoslawiens gedient hatten, trugen ebenfalls dazu bei, das Serbokroatische unter den Albanern zu verbreiten. Die wirtschaftliche Entwicklung des Kosovos wurde von der jugoslawischen Regierung nach 1960 viel intensiver vorangetrieben. Es wurde viel in das Straßennetz, die Infrastruktur insgesamt und den Bergbau investiert. Bezahlt wurde das durch Transferleistungen aus den „reicheren“ nördlichen Teilrepubliken. Eine selbständige Ökonomie und genügend Arbeitsplätze für die ständig wachsende Bevölkerung wurde aber von Seiten der kommunistischen Führung nie erreicht. Während die

² Jens Reuter: Die Albaner in Jugoslawien. Oldenburg, München 1982, Seite 47

Albaner im Kosovo meinten, die Zentralregierung tue nicht genug für die Provinz, bekamen viele Jugoslawen aus dem Norden den Eindruck, ihr Geld werde sinnlos im Kosovo investiert.³

Eine Änderung der Lage im Kosovo brachten interne Machspiele im Politbüro der Kommunisten Jugoslawiens. Alexander Rankovic, als Leiter der Polizei persönlich verantwortlich für Repressalien gegen die albanische Bevölkerung im Kosovo, wehrte sich gegen jene Reformen, die Tito einleiten wollte. Er wurde wegen eines Abhörskandals aus dem Politbüro entfernt und verlor seinen Ministerposten. Von nun an verbesserte sich die Situation der Kosovo-Albaner, ihre Autonomie wurde erweitert. Die neue jugoslawische Bundesverfassung von 1974 gab dem Kosovo (wie auch der Vojvodina) den Status einer autonomen Provinz und wurde in die Föderation eingegliedert. Die Albaner waren jetzt die dominierende Kraft in der Regierung des Kosovos und auch im Parteiapparat. Albanisch wurde noch im Jahr 1968 zweite Amts- und Unterrichtssprache, die Universität Priština wurde errichtet, die beiden Provinzen blieben jedoch gemäß der Verfassung ein Bestandteil der Teilrepublik Serbien.⁴

In den 1970er Jahren kam es zur Albanisierung des öffentlichen Lebens in der Provinz Kosovo. Die Serben im Kosovo und in den anderen Teilen Jugoslawiens begannen in den frühen 80er Jahren ihre Unzufriedenheit darüber zu äußern. Viele Serben verließen zu dieser Zeit den Kosovo, serbischen Quellen zufolge waren es an die 50 000. Personen. Die Gründe lagen sowohl in der Tatsache, dass sich viele fremd im Land fühlten, als auch dass sich viele Serben von den Albanern schikaniert fühlten und sich genötigt sahen ihr Hab und Gut zu verkaufen und in den Norden zu gehen. Nach den schon zitierten serbischen Quellen war jedoch der wohl wichtigste Grund, die schlechte wirtschaftliche Lage in der Provinz.⁵

Die Albaner bekamen die Jobs jetzt viel leichter als früher da die Serben ihre Privilegien von 1966 verloren haben., das führte wiederum zur Konkurrenz vor allem um die begehrten Verwaltungsposten. Die Serben haben sich plötzlich in einer schlechten wirtschaftlichen Lage wieder gefunden.⁶

Die kosovo-albanischen Politiker konnten die Probleme des Kosovo auch nicht lösen, genauso wie die serbischen Verwalter vor ihnen. Im Kosovo verbreiteten sich die Vetternwirtschaft, die Korruption, die Arbeitslosigkeit und die Misswirtschaft sogar stärker als zuvor. Die Albaner

³ Noel Malcolm: Kosovo. A Short History. London 1998, Seite 122

⁴ Fee Rauert, Kosovo – Eine völkerrechtliche Studie, 1999, Seite 23

⁵ Fee Rauert, Kosovo – Eine völkerrechtliche Studie, 1999, Seite 25

⁶ W.O. Seite 26

machten die Regierung in Belgrad für ihre Lage verantwortlich, Spannungen waren zwischen Volksgruppen waren somit wieder an der Tagesordnung.

Die Unruhen im Kosovo in den 1980er Jahren hatten eindeutig eine nationalistische, antiserbische Richtung. Die Serben fühlten sich bedroht durch den neu erstarkten albanischen Nationalismus. Wegen schlechter hygienischer Verhältnisse, die an der Universität Priština herrschten, demonstrierten albanische Studenten im Jahr 1981. Diese Proteste eskalierten, es kam schlussendlich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Die Unruhen wurden von Polizisten aus Serbien brutal niedergeschlagen, die eigenen serbischen Kräfte der Kosovo-Regierung hätten das nicht alleine bewerkstelligen können. Die Regierung im Kosovo wurde auf Befehl Belgrads ausgesetzt. Dadurch erhöhten sich die Spannungen zwischen den Albanern und Serben, weder die lokale Regierung noch die Zentralmacht waren in der Lage die Situation zu beruhigen. In vielen Fällen heizten sie den Konflikt noch auf, in dem sie sich gegenseitig die Schuld zuwiesen.⁷

Die Albaner im Kosovo wollten nach dem Tod Titos den Status eines Staatsvolks (serbisch: narod) erreichen und nicht mehr als Nationalität (narodnost) betrachtet werden, mit dem Argument, sie seien nach den Serben und den Kroaten die drittstärkste Volksgruppe in Jugoslawien. Eine gleichberechtigte Republik und eine Loslösung von Serbien waren die Hauptforderungen. Die jugoslawische Bundesregierung sowie die Regierungen der anderen Teilrepubliken verweigerten die Forderungen der Albaner, Serbien setzte sogar die kosovarische Regierung ab und unterstellte den Kosovo dem direkten Befehl Belgrads.

Die Unzufriedenheit unter den Serben zeigte sich deutlich bei der Gründung des „Komitee der Serben und Montenegriner“, in nur vier Jahren wurden mehr als 50 000 Unterschriften gesammelt. In ihren Petitionen machten die Gründer des Komitees auf die schlechte Situation ihrer Volksgruppe im Kosovo aufmerksam. Als Slobodan Milosevic am 24. April 1987 das Kulturhaus in Polje besuchte, provozierten seine Anhänger und Mitglieder des Komitees eine Schlägerei mit der örtlichen Polizei, während Milosevic seine Rede in einer landesweiten Fernsehübertragung hielt. Milsevic, damals Chef des BfK Serbiens, trat danach vor die versammelte Menge und rief: "Niemand soll es wagen, euch zu schlagen!"⁸ Diese Äußerung von Milosevic begründete später seinen politischen Aufstieg, er wurde im Herbst 1987 KP-Chef Serbiens. Im Jahr 1989 wurde er Präsident von Jugoslawien und am 28. Juni 1989 hielt er seine berühmte Amselfeld-Rede. Danach

⁷ Jens Reuter: Die Albaner in Jugoslawien. Oldenburg, München 1982, Seite 35

⁸ Bericht des Serbischen Sender RDS vom 24.5.1987 ; vgl. Silber-Little

dachten viele in Jugoslawien, Milosevic wolle das „Groß-Serbien“ erschaffen – ein Zeichen für den kommenden Krieg

Das serbische Parlament hob am 28. März 1989 einstimmig den Autonomiestatus des Kosovo auf, was die jugoslawische Bundesverfassung von 1974 praktisch außer Kraft setzte. Es folgten gewaltsame Demonstrationen bei denen nach offiziellen Angaben 29 Demonstranten und zwei Polizisten getötet wurden. Die serbischen Behörden hatten den Ausnahmezustand verhängt, es folgten willkürliche Verhaftungen begleitet von Missachtung der Gesetze, beispielsweise wurde es nicht gestattet nach einer Verhaftung einen Rechtsbeistand zu konsultieren. Viele Albaner wurden in der Isolationshaft gefoltert und schwer traumatisiert. Die Menschenrechtsverletzungen im Kosovo machten Serbien zu einem nicht tolerierbaren „Faktor“ in Europa.⁹

⁹ Fee Rauert, Kosovo – Eine völkerrechtliche Studie, 1999, Seite 31

Teil I. VOR DEM KRIEG

1. Vom friedlichen Widerstand zum bewaffneten Konflikt

1.1. Der Schattenstaat der Kosovo-Albaner.

Die Milosevic-Regierung hat nach der Verfassungsänderung 1989 die Autonomie des Kosovo faktisch außer Kraft gesetzt. Serbische Behörden übernahmen direkt die Gesetzgebung und Rechtsprechung. Mit einem extra für den Kosovo geschaffenen Absatz zum serbischen Universitätsgesetz wurde der albanische Unterricht an Schulen und Universitäten untersagt. Die Polizei bekam jetzt direkte Befehle aus Belgrad, serbische Polizisten regelten von nun an das Leben im Kosovo, ihre albanischen Kollegen wurden größtenteils entlassen. Die serbischen Behörden verabschiedeten ein weiteres Ausnahmegesetz mit dem sie direkten Einfluss auf die Verwaltung des Kosovo bekamen. Als Reaktion darauf riefen die albanischen Abgeordneten im Kosovo-Parlament zunächst die Provinz zur siebten Teilrepublik Jugoslawiens aus. Die serbischen Behörden lösten daraufhin am 5. Juli 1990 das Parlament auf und verlangten von den Albanern eine Loyalitätserklärung zum jugoslawischen Staat zu unterschreiben. Im Zuge dessen wurden 80 000 Albaner entlassen, die sich geweigert hatten diese Erklärung zu unterschreiben. Das mittlerweile „illegale“ Kosovo-Parlament rief im September 1990 mit der „Kacanik-Verfassung“ die „Republik Kosova“ aus. Die Verfassung sah vor allem großzügige Rechte für die Minderheiten vor. Zum ersten „Präsident“ wurde der Arzt Ibrahim Rugova gewählt. Bei einem Referendum im September 1991 stimmten über 90 % der Kosovo-Albaner für die „Unabhängigkeit“ des Kosovo, der jedoch nur von Albanien und auch nur unter Vorbehalt anerkannt wurde. Im Mai 1992 wurden von Serbien nicht autorisierte Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchgeführt, Rugova und seine LDK (Lidhja Demokratike e Kosoves/Demokratische Liga Kosovo) konnten diese für sich entscheiden.¹⁰

Unter der Führung von Rugovas LDK begann der Aufbau eines Parallelstaates („Schattenstaat“), in dessen Administration hauptsächlich junge Albaner - ehemalige BdkJ-Mitglieder – beschäftigt wurden. Der Schattenstaat organisierte für ca. 200 000 Schüler Schulunterricht in albanischer Sprache, medizinische Versorgung und Hilfe für Notleidende. Das Geld kam von den Abgaben der Kosovo-albanischen Diaspora, die mitunter diese „Steuer“ nicht immer freiwillig abführte. Die etwa 500.000 Kosovo-albanischen Arbeitsemigranten in Europa führten mindestens 3 % ihres

¹⁰ Cathrin Schütz: Die NATO-Intervention in Jugoslawien. Hintergründe Nebenwirkungen und Folgen. Wilhelm Braumüller Universitäts- und Verlagsbuchhandlung, Berlin 2003, Seiten 38-40

Einkommens an die LDK ab. Im Jahr 1997 wurden 28 Millionen DM offiziell als Einnahmen verbucht.¹¹

Die Schikanen der Serben gegenüber den Albanern äußerten sich meistens in der schon in den 50er Jahren praktizierten Methode der „Waffenkontrolle“. Die Leute wurden von der Polizei vorgeladen um ihre Waffe abzugeben. Sie wurden dann auf den Polizeistationen wegen illegalem Waffenbesitz angezeigt und von den Polizisten misshandelt. Sowohl die Duldung des albanischen „Schattenstaates“ durch die serbischen Behörden, als auch die weit verbreitete Korruption unter der serbischen Polizei, stärkte jedoch dessen Position.

Die von Serbien abgehaltenen Wahlen zum Kosovo-Parlament wurde von den Albanern naturgemäß, boykottiert, was vor allem den nationalistischen und sozialistischen Parteiführern Slobodan Milosevic, Vojislav Sešelj und Zeliko Raznatovic erleichterte, mit geringem Aufwand Stimmen für sich zu gewinnen. Das schwächte wiederum die demokratische Opposition Serbiens, die sich in bestimmten Fragen eine Zusammenarbeit mit Rugovas LDK vorstellen konnte und ihr positiv gegenüberstand. Rugova seinerseits wurde von den kosovo-albanischen Politikern, Veton Suroj und Adem Demaçi, für seine wenig Früchte Politik kritisiert.¹²

1.2. Der Aufbau der UCK

Im Februar 1982 gründeten Kosovo-Albaner in Deutschland die Partei Lëvizja Popullore e Kosovës (LPK-dtsch.: Volksbewegung des Kosovo). Diese war als Konkurrenzorganisation zur pazifistisch orientierten Partei LDK von Ibrahim Rugova gedacht. Die LPK stand für den bewaffneten Kampf gegen die serbischen Streitkräfte und für eine volle Unabhängigkeit von Serbien. Im Mai 1993 wurde in Pristina die Lëvizja Kombëtare për Çlirimin e Kosovës - LKCK (dtsch. Nationale Bewegung für die Befreiung des Kosovo) als Abspaltung der LDK gegründet. Die Unabhängigkeit von Serbien war auch für sie ein zentraler Punkt.

Diese beiden Parteien – die LPK und die LKCK – wurde vor allem von jungen Albanern und Kosovo-Albanern, die im westlichen Ausland lebten (vor allem in Deutschland und der Schweiz) unterstützt. Rugovas LDK hatte ihre Unterstützung vor allem in der pazifistisch orientierten albanischen Führungsschicht des Kosovo, die geprägt war vom kommunistischen Jugoslawien der sechziger und siebziger Jahre.

¹¹ Quelle: Wikipedia

¹² Howard Clark, Ziviler Widerstand im Kosovo, (Hsg), Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktforschung, Verlag Weber & Zucht, Kassel 2003 , Seite 57

Wie genau die Abläufe waren, die zur Entstehung der UCK führten, ist bislang noch nicht genau erforscht. Bekannt ist nur, dass sich im Jahr 1994 verschiedene, im Untergrund operierende bewaffnete Gruppen zur UCK (Ushtria Clirimtare e Kosovës/dtsch.: Befreiungsarmee des Kosovo), zusammenschlossen. Das behauptete zumindest der ehemalige UCK-Führer Ramush Haradinarij.

Sofort nach ihrer Gründung begann die UCK systematisch Waffen zu kaufen und ihre Mitglieder einer militärischen Ausbildung zu unterziehen. Im Kosovo war die UCK nicht überall gleich organisiert und präsent. Im Waffenarsenal hatte die UCK jedenfalls nur Kalaschnikows chinesischer, jugoslawischer und russischer Bauart und vermutlich auch Minen und Sprengstoff. Der Zahl ihrer Mitglieder schwankte ständig. Auch waren nicht alle, die eine Kalaschnikov trugen und sich als UCK-Kämpfer fühlten, militärisch gut ausgebildet. Ein Teil von schätzungsweise 5000 ethnischen Albaner, die in den Kriegen, die zum Zerfall Jugoslawiens geführt hatten auf kroatischer und bosnischen Seite (Muslimische Föderation Bosniens) gegen die Serben gekämpft hatten, traten später der UCK bei. Nicht alle UCK-Mitglieder hatten von Anfang an die für eine Armee typischen Militäruniformen, die Unterscheidung war also nicht so leicht zu treffen. Andererseits bot sich so der Guerilla auch die Möglichkeit, sich unter die Zivilbevölkerung zu mischen.

Nach Medienberichten von jugoslawischer Seite verfügte die UCK im Jahr 1997 über bis zu 2000 Kämpfer. Während der bewaffneten Zusammenstöße im Jahr 1998 und des Kosovo-Krieges 1999 kamen sehr viele Freiwillige hinzu – vor allem durch Rekrutierungen aus dem Ausland (Deutschland, Schweiz, USA) – und den Flüchtlingslagern im Kosovo. Die NATO schätzte 1998 die Stärke der UCK auf etwa 15.000 Mitglieder, am Ende des Krieges ist diese Zahl auf etwa 20.000 angestiegen. Albanische Zeitungen gaben die Zahl der Kämpfer mit 30.000 an.¹³

Die UCK konnte in den bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Serben im Kosovo nur solche Waffen benutzen, die mit Eseln und Pferden oder menschliche Kraft von Albanien über die Berge in den Kosovo transportiert werden konnten. Andere größere Waffensysteme waren dafür nicht geeignet und somit auch nicht Teil der Ausrüstung. Sturmgewehre vom Typ Kalaschnikow AK-47 standen am Anfang der UCK zur Verfügung. Später verfügte sie auch über moderne Gewehrgranaten und einige wenige panzerbrechende Waffen, vor allem Panzerabwehrwaffen vom Typ RPG 7 und RPG-8. Das Waffenarsenal kam zu einem großen Teil aus Albanien, dort waren seit dem „Lotterieaufstand“ vom März 1997 über eine halbe Million Waffen im Umlauf. Eine weitere Herkunftsquelle waren die Bestände der ehemaligen jugoslawischen Volksarmee. Waffen wurden darüber hinaus in Serbien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Mazedonien gekauft und in den

¹³ Koha Ditore, Pristina, 22.6.1999, Seite 2

Kosovo geschmuggelt. Auch kamen Waffen aus der früheren Sowjetunion (vor allem Russland), China, Singapur, Tschechien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.¹⁴

Selbst aus den damaligen NATO-Ländern kamen später sehr viele Waffenlieferungen. Die italienische Grenzpolizei entdeckte am 12. April ein umfangreiches Waffenlager, das – so eine dpa-Meldung – "für die UCK bestimmt war. Es umfasste 30 Tonnen Kriegsgerät, darunter Luft- und Panzerabwehrraketen, Granatwerfer und Maschinengewehre"¹⁵. Die Lieferung befand sich in Lastwägen, die aus Deutschland kamen, mit bosnisch-herzegowinischen Kennzeichen versehen und als Caritas-Hilfslieferung für Kriegsflüchtlinge in Albanien getarnt waren. Es konnte nicht festgestellt werden, in welchem Land die LKWs – darunter befanden sich über 1000 aus einem NATO-Arsenal in Deutschland entwendete Granaten – beladen worden waren.¹⁶ Beweise für eine gezielte Lieferung der NATO gab es nicht. Einige UCK-Führer gaben an, dass die Waffen mit Hilfe der Regierung in Tirana beschaffen worden wären, die NATO selbst habe keine Waffen geliefert, aber ihre Auslieferung auch nicht verhindert.

Ihre militärische Ausbildung absolvierten die UCK-Mitglieder vor allem auf albanischem Territorium bei der albanischen Armee. Die Zusammenarbeit hatte im Jahre 1996 begonnen. An der Ausbildung beteiligt waren auch Ausbilder der privaten US-Firma Military Professional Resources Incorporated, sowie Mitarbeiter britischer und deutscher Sicherheitsfirmen. Auch in anderen Ländern gab es Ausbildungszentren für UCK-Kämpfern, so in Italien, der Türkei, Deutschland und naturgemäß in Kosovo selbst. Spätesten seit 1999 standen auch CIA-Agenten zur Seite, die Tipps und Tricks gaben für die Bekämpfung der serbischen Sonderpolizei und Armee.¹⁷

1.2.1. Die Kommandostruktur der UCK

Wer an der Spitze der UCK wurde lange Zeit geheim gehalten. Fest steht, dass es seit Februar 1999 einen Generalstab gab, der von Suleiman Selimi angeführt wurde. Am 1. Mai 1999 wurde er durch Agim Ceku ersetzt. Gleichzeitig entwickelte sich eine politische Führung unter Hasim Thaci, er selbst hatte auf die militärische Vorgehensweise der UCK nur geringen Einfluss. Das Kosovo wurde in sieben Operationsgebiete unterteilt. Die einzelnen Kampfgruppen operierten teilweise völlig unabhängig voneinander, in einigen Regionen standen sie sich sogar als Rivalen gegenüber. Eine hierarchische Kommandostruktur, nach dem Muster moderner Armeen gab es bei der UCK nicht.

¹⁴Tim Ripley: The UCK's Arsenal in: Jane's Intelligence Review, London November 2000

¹⁵Daten Quelle: dpa, 12 April 1998

¹⁶Dpa-Meldung in der ARD- Tagesschau vom 12.4.1999

¹⁷Christian Jennings: Private US Firm Training Both Sides in the Balkans In: The Scotsman (Edinburgh) vom 3. März 2001, Seite 2

Über die Finanzierung der UCK gibt es naturgemäß keine nachprüfbaren Angaben; die Zahlen sind oft widersprüchlich. Der weitaus größte Teil der Finanzierung für die UCK stammt von im Westen (Deutschland, Schweiz, Österreich, USA) lebenden Kosovo-Albanern. Diese Unterstützungsgelder stammten in nicht unbedeutendem Umfang aus illegalen Aktivitäten. Die Einnahmen der UCK daraus beliefen sich bis Anfang 1999 auf einen Betrag zwischen 500 und 900 Millionen D-Mark.¹⁸ Wie ein UCK-Offizieller später erklärte, sei es den ausländischen Kosovaren selbst überlassen worden, wem sie ihr Geld spenden wollten, dass dieses jedoch vor allem für Waffenkäufe verwendet wurde, steht außer Zweifel. Laut Berichten von Kosovo-Albanern gegenüber kroatischen und amerikanischen Medien sammelte die UCK in Kroatien 4 Millionen D-Mark, in den USA waren sogar zehn Millionen US-Dollar an Spenden von den dort lebenden Exil-Kosovaren zur Verfügung gestellt worden.¹⁹

Die Schattenregierung unter Ibrahim Rugova hatte in den neunziger Jahren von den im Ausland lebenden Kosovaren, drei Prozent deren Einkommens, nicht immer freiwillig, als Spende eingetrieben. Die UCK Führer forderten Premierminister Rugova Ende 1997 auf, die gesammelten Gelder zu übergeben. Das führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den „Gemäßigten“ und den „Hardliner“.²⁰

1.2.2. Die Drogengelder der UCK

Berichten westlicher Geheimdienste zufolge - zitiert von der Berliner Zeitung am 04. März 1999 - stammte die Hälfte der UCK-Gelder aus dem Drogenhandel und anderen illegale Aktivitäten. „Wie die *„Berliner Zeitung“* in Brüssel erfuhr, schätzen die Geheimdienste allein die bisherigen Einkünfte der UCK auf über 900 Millionen Mark. Mindestens die Hälfte davon stamme aus Gewinnen des illegalen Rauschgifthandels; der Rest werde in Fonds gesammelt, die Namen trügen wie *„Das Vaterland ruft“* oder *„Das Heimatland bittet um Deine Hilfe“*. *„Dunkles oder gewaschenes Geld macht einen großen Teil der Mittel für die UCK aus“*, hieß es. *Der Drogenschmuggel reiche vom Quellenland Afghanistan bis nach Westeuropa. Dass ein großer Teil des Rauschgift-Vertriebs in der Europäischen Union in den Händen von Kosovo-Albanern liegt, ist auch bei der europäischen Polizeibehörde Europol in Den Haag bekannt.*“²¹ Solche Meldungen tauchten Anfang des Jahres

¹⁸ Tim Ripley: The UCK's Arsenal in: Jane's Intelligence Review, November 2000, Seite 2

¹⁹ Norbert Mappes-Niediek: Balkan-Mafia. Staaten in der Hand des Verbrechens-eine Gefahr für Europa. Berlin 2003, Seite 128

²⁰ Jens Reuter: *Zur Geschichte der UÇK* In: Jens Reuter/Konrad Clewing (Hrsg.): Der Kosovo Konflikt. Ursachen - Verlauf - Perspektiven, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Klagenfurt 2000 Seite 47

²¹ Berliner Zeitung von 4. 3. 1999 Seite 2

1999 in Dschungel der Berichte unter oder wurden von der Weltöffentlichkeit nicht genug zur Kenntnis genommen.

1.2.3. Anfängliche Aktivitäten und öffentliche Auftritte der UCK

Wie jede bewaffnete Organisation setzte die UCK, um rasch Erfolge einzufahren auf Terrormaßnahmen. Die UCK bekannte sich in den zwei folgenden Jahren zu insgesamt 21 Mordanschlägen, darunter fünf (serbische) Polizisten, fünf serbische Zivilisten und elf Albaner, die der Kollaboration mit den serbischen Behörden bezichtigt worden waren. Das serbische Innenministerium setzte die Zahl der Opfer für die Zeit des UCK-Terrors mit 10 serbischen Polizisten und 24 Zivilisten an.²²

Der erste öffentliche Auftritt der UCK fand am 28. November 1997 während des Begräbnisses des kosovo-albanischen Lehrers Halit Gecaj statt. Obwohl die UCK-Leute in Uniform aufgetreten waren, wurden sie von den serbischen Sicherheitskräften nicht gestört. Der Lehrer war bei einem UCK-Angriff auf eine serbische Polizeistation zwischen die Fronten geraten und dabei ums Leben gekommen. Wer genau ihn getötet hatte, wurde nicht festgestellt. Das Begräbnis fand in der Ortschaft Laus in der Großgemeinde Srbica statt. 20.000 Kosovo-Albanern nahmen daran teil. Der Tod des Lehrers wurde „glorifiziert“. Er wurde zu einem „Märtyrer“ obwohl die genauen Umstände seines Todes nie aufgeklärt wurden. Aber so eine „Legendenbildung“ ist typisch für die kosovarische Gerüchteküche. Behauptungen werden in die Welt gesetzt, sie verbreiten sich mit ziemlich großer Geschwindigkeit, teilweise losgelöst von den Fakten und gewinnen an „mythischer Bedeutung“. Zweifellos begünstigten die Medien die Verbreitung von Halbwahrheiten und Desinformationen, ja erzeugten sie diese gar nicht so selten selbst. Im Kosovo, vor allem im ländlichen Bereich - der größte Teil der Provinz - ist Mundpropaganda die entscheidende Informations- oder auch Desinformationsquelle. Auch das wurde letztlich zu einem wichtigen Aspekt des Bürgerkrieges. Auf diesem Gebiet waren die Kosovo-Albaner ihrem Gegner weit überlegen, was auch wesentlich für den Ausgang des Krieges gewesen sein dürfte.²³

²² W.O.

²³ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt-Wege in einem vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000, Seite 23

1.3. Das militärische Kräfteverhältnis

Laut informellen OSZE- und US-Quellen befanden sich Anfang 1998 11.000 Soldaten der jugoslawischen 3. Armee, das waren 24 Prozent der Gesamtstreitkräfte im Kosovo, die über 200 Kampfpanzer, 180 gepanzerte Kampffahrzeuge, 140 Artilleriesysteme, 44 Jagdflugzeuge verfügten. Diese Truppe wurde von insgesamt 12 000 Polizisten unterstützt, welche mit leichter Artillerie und gepanzerten Kampffahrzeugen ausgerüstet waren.

Demgegenüber standen wenige tausend UCK-Kämpfer mit leichten Waffen und Mörser. Die UCK konnte sich jedoch auf eine beträchtliche Anzahl von Sympathisanten stützen, die sich auch an militärischen Operationen beteiligten. Zwar war im Jahr 1998 diese Truppe noch nicht hierarchisch im militärischen Sinn gegliedert, die einzelnen Verbände operierten weitgehend selbständig ohne Oberkommando.

Zu Beginn des Jahres 1998 wurden noch ca. 2000 Mann der serbischen Sonderpolizei in den Kosovo gebracht. Die internationalen Beobachter in der Provinz vermuteten, dass bald eine größere Operation bevorstehen werde, um die UCK zu vernichten.

Die ersten größeren Zusammenstöße ereigneten sich Ende Februar/Anfang März 1998 in der Drenica-Region, einer Hochburg der UCK. Sie werden Zusammenhang gebracht mit dem Besuch des amerikanischen Sonderbotschafters Gelbard am 23. Februar in Belgrad.²⁴ Nach Gesprächen mit Milosevic erklärte Gelbard, die USA lehnten einseitig vorgenommene Veränderungen international anerkannter Grenzen ab, die UCK bezeichnete er als terroristische Organisation und das Vorgehen der serbischen Sicherheitskräfte als Polizeigewalt. Darüber hinaus kündigte er einige eher geringfügige Konzessionen an die BRJ an.²³ Das Verhalten des amerikanischen Sonderbotschafters wurde von vielen als eine Aufforderung für die Jugoslawen verstanden, nun zuzuschlagen und die UCK zu vernichten.²⁵

Den Ausbruch der Gewalt diesen Äußerungen Gelbards zuzuschreiben, greift jedoch zu kurz. Beide Konfliktparteien hatten offenbar ein Interesse an einer Zuspitzung, und auf vielen Ebenen der kosovo-albanischen Gesellschaft konnte man in den Monaten vor Ausbruch der Gewalt im März 1998 einen Trend zur politischen Mobilisierung und Radikalisierung feststellen. Jedoch hat auch die Interpretation, dass die Albaner die Gewalteskalation initiierten, um den Normalisierungsprozess

²⁴ Wolfgang Petritsch, Kosovo, Kosova, Klagenfurt 1999, Seite 211

²⁵ Troebst Stefan, The Kosovo War, Round One 1998, in: Südosteuropa 3-4/1999, Seite 169

zwischen den USA und der BRJ zu stören und so „die Internationalisierung des Konfliktes voranzutreiben, um die internationale öffentliche Meinung für die Unabhängigkeit Kosovos einzunehmen“, einiges für sich.²⁶

Die serbische Offensive gegen die UCK hatte aber auch eine innenpolitische Vorgeschichte: Die UCK hatte zwei Angriffe auf serbische Polizeipatrouillen gestartet, in dem sie diese in einen Hinterhalt lockten, wobei vier Polizisten kamen dabei ums Leben. Die serbische Sonderpolizei ihrerseits beantwortete diese Aktion am 28. Februar mit einer Offensive. Im Laufe der Kämpfe und des brutalen Vorgehens der Polizei starben an die 100 Menschen auf albanischer Seite, darunter viele Frauen, Kinder und alte Menschen. Zwei Clans, die verdächtigt worden waren, eine führende Rolle in der UCK zu spielen, wurden fast vollständig niedergemetzelt. Die Kampfgebiete wurden abgeriegelt, Hilfsorganisationen wurden nicht einmal zur Versorgung der Verwundeten zugelassen.²⁷

Die serbische Armee war, entgegen den Behauptungen mancher Nachrichtenagenturen und Zeitungen, allerdings nicht an der Offensive beteiligt gewesen. Unbestritten ist, dass die Serben dabei brutal und grausam vorgehen und die ausgeübte Gewalt in keiner Relation zum legitimen Kampf gegen Terroristen, wie dies die serbischen Behörden rechtfertigten, zu entschuldigen war. Doch Rücksicht auf Zivilisten nahmen weder die serbische Polizei noch die albanischen Kämpfer der UCK. Es wird berichtet, dass bei diesen Kämpfen von beiden Seiten Frauen und Kinder als „Schutzschilde“ missbraucht wurden. Wolfgang Ischinger, der damalige Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, meinte, das „Drama“ des Kosovo-Konflikts könne man ohne den 28. Februar 1998 nicht begreifen.²⁸ Tatsächlich stellten diese Gewalttaten eine Zäsur dar, auch was das Engagement der internationalen Organisationen im Kosovo-Konflikt betrifft.

Ein neues Kapitel dieses Bürgerkrieges war aufgeschlagen worden. Bisher war die Situation durch den Konflikt zwischen Kosovo-Albanern und dem serbischen Repressionsapparat gekennzeichnet. Von nun an kam es vermehrt zu Kosovo-albanischen Einschüchterungsversuchen gegenüber Kosovo-Serben. Diese befürchteten, durch physische und psychische Gewalt genötigt zu werden, den Kosovo zu verlassen. Waren die beiden Volksgruppen bisher an das Zusammen- oder besser Nebeneinanderleben gewöhnt, brach nun der ethnische Konflikt parallel zum Konflikt zwischen dem serbischen Staatsapparat und der UCK aus.²⁹ In Folge inszenierten bewaffnete Kosovo-Albaner

²⁶ Calic, Marie-Janine, Kosovo: Krieg oder Konfliktlösung?, in Südeuropa Mitteilungen 2/1998 Seite 114

²⁷ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt-Wege in einem vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000 Seite 24

²⁸ Günter Hofman, Wie Deutschland in den Krieg geriet, in: Die Zeit 201999, Seite 17

²⁹ Loquai Heinz, W.O

zunehmend Angriffe auf serbische Polizeiposten. Diese hielten sich mit ihren Reaktionen zurück und mieden für sie gefährliche Dörfer. Die UCK erklärte das Gebiet um Lausa zum „befreiten Gebiet“.³⁰

Die Eskalation der Gewalt im Kosovo führte zu einer Befassung des UN-Sicherheitsrates, der am 30. März 1998 die Resolution Nr. 1160/1998 verabschiedete. Darin wird die exzessive Gewaltanwendung der serbischen Polizei gegen Zivilisten ebenso verurteilt wie die terroristischen Aktionen der UCK und die Unterstützung terroristischer Aktivitäten vom Ausland her, durch die Finanzierung von Waffen und militärischer Ausbildung. Der Sicherheitsrat erklärte, er werde gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen tätig werden, d.h. auch gewaltsame Maßnahmen wurden ins Auge gefasst.

Insgesamt war dieser erste Teil des Bürgerkriegs für die UCK erfolgreich verlaufen. Sie hatte sich in ihrem Kernland, dem Drenica-Gebiet, festgesetzt und konnte von dieser Bastion aus Operationen durchführen und versuchen, weitere Gebiete zu „befreien“. Die internationale Öffentlichkeit war auf den Konflikt aufmerksam geworden, für die Medien wurde er nun zum Thema. Gegen die Serben wurden von der internationalen Gemeinschaft Sanktionen verhängt. Die UCK war nach der Operation der serbischen Polizei nicht vernichtet, sondern gestärkt. Ihr Rückhalt in der albanischen Bevölkerung war noch stärker geworden. Eine örtlich begrenzte militärische Niederlage der UCK hatte sich in einen politischen Erfolg im Bürgerkrieg verwandelt.

2. Die UCK auf Erfolgskurs

Aufgrund der Forderungen und des Drucks der Kontaktgruppe³¹ und der UNO zog die serbische Regierung die Sonderpolizei zurück. Ende April kam es im Drenica-Gebiet und in der Decani-Region vor allem dort, wo die Polizei ständige Posten aufgegeben hatte, zu Übergriffen und Schiessereien auf serbische Einwohner. Hunderte von Serben flüchteten aus ihren Wohnungen und Häusern. Vor allem die neu hier angesiedelten Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina waren betroffen. Beobachter vor Ort vermuteten, hier sollten allmählich ethnisch homogene albanische Gebiete geschaffen werden. Es ist anzunehmen, dass diese gewaltsamen Aktionen auch dazu dienten, dem serbischen Versuch entgegenzuwirken, durch Neuansiedlung von serbischen

³⁰ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt-Wege in einem vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000 Seite 25

³¹ Die Balkan –Kontaktgruppe besteht aus folgenden Ländern: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland und die USA

Flüchtlingen aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina die numerischen Verhältnisse zugunsten der Serben zu verschieben. Die Menschen blieben bei dieser Strategie jedoch auf der Strecke.

Am 27. April 1998 forderte der deutsche Außenminister Klaus Kinkel in einem Brief den Präsidenten der Kosovo-Albaner, Rugova, auf, mit der BRJ zu Verhandlungen zusammenzutreffen. „*Dringend scheint mir auch eine noch deutlichere Öffentliche Distanzierung der Kosovo-albanischen Führung von Gewalt und Terrorismus*“.

Zufolge eines Berichts der Europäischen Union stellte sich die Sicherheitslage im Kosovo Ende April wie folgt dar:³²

Die Atmosphäre bleibt extrem gespannt, besonders im Drenica- Dreieck. Die Aktionen der Sicherheitskräfte werden fortgesetzt. Allerdings auf niedrigerem Niveau. Auf den Straßen gibt es etwa 16 Kontrollposten. Seit dem 9. April sind diese mit schweren Waffen abgesicherten Einrichtungen nicht mehr mit uniformierten Sonderpolizisten besetzt, sondern mit „normaler“ Polizei. Insgesamt befinden sich auf diesen Posten 300 Polizisten im ständigen Einsatz. In einigen Gebieten ist die Bevölkerung wieder zurückgekehrt und hat ihr normales Leben wieder aufgenommen. Doch an den Kontrollposten kommt es zu Bedrohungen und Misshandlungen von Albanern. Die politischen Repräsentanten der Kosovo-Albaner haben terroristische Aktivitäten noch nicht vorbehaltlos verurteilt. Es gibt fortwährend Kosovo-albanische Angriffe auf serbische Polizeiposten und angebliche Kosovo-albanische Kollaborateure.

Die Russische Föderation unterstreicht in ihrem Beitrag u.a., dass die Einheiten der serbischen Spezialpolizei aus dem Kosovo abgezogen wurden und die Personalstärke der Sicherheitskräfte der vor einem Jahr entspreche.

Die Sicherheitssituation im Kosovo für den Mai und die erste Juni-Hälfte des Jahres 1998 wurde folgendermaßen dargestellt:³³

Die UCK überfällt Polizeistationen und -patrouillen und zieht sich danach in die Ortschaften zurück, was die Zivilbevölkerung Angriffen der Polizei aussetzt. Auch gibt es wiederholt Morde an Albanern, die dem serbischen Staat loyal gegenüberstehen.

³² Bericht des Un-Generalsekretärs S/1998/361 vom 30. April 1998 aufgrund der Resolution 1160/1988

³³ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt-Wege in einem vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000, Seite 25

Es kommt zu gewalttätigen Übergriffen und brutalem Vorgehen der serbischen Polizei gegen die albanische Zivilbevölkerung.

Überfälle der UCK auf die Hauptverbindungsstraßen bringen den Verkehr, den Nachschub und die Versorgung zeitweise zum Erliegen.

*Die serbischen Sicherheitskräfte führen eine Offensive im Raum Decani durch.
Die UCK erweitert die von ihr kontrollierten Gebiete.*

Mitte Juni 1998 kontrollierte die UCK weite Gebiete im zentralen Kosovo. Die wichtigsten Ost-West-Verbindungen waren unterbrochen, wichtige Nord-Süd-Verbindungen umkämpft. Die Armee ging gegen die UCK im Grenzgebiet zu Albanien vor, doch sie konnten den Waffentransfer nicht unterbinden. Aufgrund der Kämpfe kam es zu großen Flüchtlingsströme der Zivilbevölkerung. Die UCK hatte die „befreiten Zonen“ im zentralen Kosovo, im Westen und Süden kontinuierlich erweitert. Durch die begrenzten Offensiven der serbischen Polizei wurde dieser Prozess des Gebietsgewinns zeitweise gebremst, doch nicht unterbrochen. Der einseitige internationale Druck auf die jugoslawische Führung und die Hinnahme der Gewalt der UCK schien diese darin zu bestärken, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Beobachter vor Ort vertraten die Auffassung, der Konflikt sei überhaupt nur zu lösen, wenn neben dem politischen Druck auf Belgrad von internationaler Seite auch Maßnahmen gegen die UCK ergriffen würden.³⁴

Schon Anfang Juni 1998 hatte der Kosovo albanische Politiker Demaci über die Medien verkündet, die UCK kontrolliere ein Gebiet von 3.000 qkm mit einer Bevölkerung von 700.000 bis 800.000 Menschen.³⁵ Auch wenn diese Zahlen für Anfang Juni übertrieben sein dürften, kann man davon ausgehen, dass Ende Juni 1998 ca. 30 bis 40 Prozent des Kosovo von der UCK beherrscht wurden. Die operativen, militärischen Zielsetzungen der UCK waren offensichtlich. Aus dem Kerngebiet im zentralen Kosovo heraus sollte die serbische Polizei und die Staatsautorität zurückgedrängt, das „befreite Gebiet“ sukzessive vergrößert und damit der Herrschaftsbereich der UCK ausgedehnt werden. Die zweite Strategie war die Errichtung eines Korridors zwischen diesem Gebiet und Albanien, zur Verbesserung der Nachschubwege für Waffen und neuen Kämpfern. Das dritte operative Ziel betraf die Unterbrechung der Verbindungsstraßen zwischen den größeren Städten, die gleichzeitig als Versorgungswege für das Militär und die Bevölkerung im Kosovo und als Transitstraßen zwischen Serbien und Montenegro sowie Mazedonien von großer strategischer Bedeutung für die serbische Armee waren.

³⁴ W.O.

³⁵ Vgl. OSZE-Monatsbericht vom 4 Juli 1998, Seite 2

Ohne Zweifel waren trotz anhaltender Zufuhr von Waffen und Personal an die UCK die jugoslawische Armee und Polizei militärisch weit überlegen. Die UCK hatte jedoch einen entscheidenden Vorteil: Sie wurde von den albanischen Bevölkerung unterstützt und gewann aufgrund ihrer Erfolge immer mehr Gefolgschaft auch bei den gemäßigten Albanern.³⁶

Die UCK-Erfolge zeigten, dass die Serben besiegbare waren und stärkten das Selbstwertgefühl und die Selbstachtung der albanischen Bevölkerung. Auch nach außen hin hatte die UCK an Bedeutung gewonnen und wurde zu einem Faktor, der bei einer Lösung des Kosovoproblems in Rechnung zu stellen war. Beweis dafür war ein mediengerecht aufbereitetes Treffen des amerikanischen Sonderbotschafters Holbrooke mit bewaffneten UCK-Kämpfern am 14. Juni 1998 in der Region um Malisevo. Drei Monate nachdem ein hoher Repräsentant der amerikanischen Regierung, Sonderbotschafter Gelbard, die UCK noch als Terroristen bezeichnet hatte, waren sie nunmehr zu anerkannten Gesprächspartner auf der internationalen politischen Bühne avanciert .

In der UCK hatte sich offenbar auch ein innerer Wandel vollzogen. War sie Anfang 1998 noch eine vorwiegend ländliche Guerilla und Schutztruppe für die Kosovo-albanische Landbevölkerung gegen serbische Übergriffe gewesen, veränderte sich die Führungselite der UKC, da sich die junge städtische Intelligentsia, die von der Erfolglosigkeit der gewaltlosen Rugova-Politik enttäuscht war, sich der UCK anschloss. Darüber hinaus erhielt die UCK Verstärkung durch jene albanischen Kämpfer, die im Krieg in der Herzegowina auf kroatischer Seite gegen die Serben gekämpft hatten. Von Seiten der Kosovo-albanischen Diaspora, insbesondere aus der Schweiz und Deutschland, floss der UCK Geld, Kämpfer und politische Unterstützung zu.

Das defensive Verhalten der jugoslawischen Sicherheitskräfte begünstigte die Erfolge der UCK. Am 15. Juli beschrieb der Vorsitzende des Militärausschusses vor dem NATO-Rat in Brüssel die militärische Lage wie folgt:³⁷ Die BRJ-Sicherheitskräfte hätten nicht die Initiative, sie versuchten vor allem die Grenze zu kontrollieren, ihre Nachschubrouten offen zu halten und, wenn sich die Gelegenheit bietet, zentrale UCK-Stellungen zu zerstören. Die Zeit arbeite für die UCK, für die Sicherheitskräfte werde es ständig schwieriger die Oberhand zurück zu gewinnen.

Als Fazit lässt sich an dieser Stelle mit Blick auf die UN-Resolution Nr. 1160/98 vom Oktober 1998 festhalten: Die BRJ hat die Auflagen für ihre Sicherheitskräfte teilweise erfüllt, sie reagierte zwar

³⁶Vgl. OSZE-Monatsbericht vom 4 Juli 1998, Seite 5

³⁷ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt-Wege in einem vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000, Seite 28

auf albanische Attacken, hat jedoch nur gegen größere offensive Operationen der UCK Ende Mai/Anfang Juni Gegenmaßnahmen unternommen.

Die albanische Seite hatte ihrerseits von gewaltsamen Aktionen nicht abgesehen, sondern diese noch gesteigert. Das Waffenembargo wurde praktisch nicht eingehalten, soweit es den Nachschub für die UCK betraf.³⁸ Die militärisch weit unterlegene UCK hatte etwa ein Drittel des Kosovo „erobert“. Das von ihr kontrollierte Gebiet betraf vor allem ländliche Regionen und die Hauptstraßenverbindungen der Provinz, die von strategischer Bedeutung waren.

Durch eine geschickte Guerillataktik war es der UCK gelungen die eigenen Verluste gering zu halten. Griffen die Serben mit schweren Waffen an, zog man sich zurück. Die serbischen Sicherheitskräfte ihrerseits mieden den infanteristischen Kampf im unübersichtlichen Gelände, da sie dabei eigene Verluste befürchten mussten. Der albanischen Zivilbevölkerung boten die Guerillakämpfer teilweise Schutz vor den serbischen Sicherheitskräften. Die serbisch-jugoslawische Seite hatte unter Kontrolle der internationalen Öffentlichkeit und Auflagen der UNO, sowie unter Drohungen der NATO stehend, ihre militärische Überlegenheit nicht wirklich ausspielen können. Die jugoslawische Armee war ohnehin an nur wenigen Operationen beteiligt gewesen.³⁹

3. Jugoslawien schlägt zurück

3.1. Politische Überlegungen

Die Führung in Belgrad stand vor einem Dilemma. Würden Polizei und Militär weiter in der Defensive bleiben, würde die UCK ihre Kontrolle auf weitere vorwiegend albanisch besiedelte ländliche Gebiete ausdehnen und versuchen die Hauptstraßen dauerhaft abzuriegeln und den Kampf in die Städte hineinzutragen. Es war abzusehen, dass auf diese Weise ein Großteil der Provinz unter die Kontrolle der UCK geraten würde. Der offensive Einsatz vom Militär und Sonderpolizei mit dem Ziel die UCK zu vernichten, musste den Kampf zwangsläufig in die Dörfer tragen und würde zu Blutvergießen, Zerstörung und neuen Flüchtlingswellen führen. Je länger das ganze dauern würde,

³⁸ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt W.O., Seite 28

³⁹ Vgl. OSZE-Monatsbericht vom 4 Juli 1998, Seite 6

desto wahrscheinlicher wäre ein militärisches Eingreifen der NATO. Die dafür fertig ausgearbeiteten Pläne lagen ja bereits in der Schublade.⁴⁰

Die Führung in Belgrad entschied sich offenbar für die Zerschlagung der UCK. Dieser Schritt wurde auch dadurch begünstigt, dass die UCK den Fehler machte, immer mehr dazu überzugehen, sich den überlegenen gegnerischen Kräften in offener Feldschlacht zu stellen oder sich auf längere Feuergefechte einzulassen. Die Guerillatruppe versuchte auch, sich in den kleineren Städten festzusetzen und strategisch wichtige Objekte unter ihre Kontrolle zu bekommen.⁴¹ Bei dieser Kampfführung hatte die UCK jedoch keine Chance. Hier konnten die Sicherheitskräfte ihre Überlegenheit durch schwere Waffen unter Beweis stellen. Die Zivilbevölkerung blieb dabei auf der Strecke.

Die UCK hatte diesen operativen Fehler, der wohl auch aus Selbstüberschätzung begangen wurde, teuer zu bezahlen. Sie musste nicht nur die Städte Orahovac und Malisevo⁴² nach schweren Kämpfen räumen, sondern sie wurde auch aus ländlichen Bastionen vertrieben. Hunderte von Kämpfern verloren ihr Leben. Die Überlebenden zogen sich in die Wälder bzw. über die Grenze nach Albanien zurück, um sich zu regenerieren.

Doch viel schlimmer als die kämpfenden Truppen traf es die Zivilbevölkerung, Serben und Albaner gleichermaßen. Die UCK hatte schon bei ihrem Vorrücken die ländlichen Regionen von Serben „gesäubert“. Die Serben nahmen jetzt bei ihrer Offensive keine Rücksicht auf die albanischen Zivilisten. Die Bevölkerung floh vor den Kämpfen und wurde aus ihren Dörfern vertrieben. Gebäude wurden systematisch verwüstet und zerstört. Paramilitärische Banden trieben im Gefolge der Sicherheitskräfte ihr Unwesen. Diese kriminellen Paramilitärs gingen - wie schon in Bosnien-Herzegowina - mit großer Brutalität und ohne von den serbischen Sicherheitskräften und der Armee aufgehalten zu werden gegen die Albaner vor.

Die UCK zog rasch die Lehren aus der militärischen Niederlage und veränderte ihre Taktik. Sie ließ sich nicht mehr auf längere Gefechte mit den Sicherheitskräften ein, sondern ging zu einer „Hit-and-run-Taktik“ über. Damit konnte sie zwar keine spektakulären Landgewinne erzielen, doch konnte so dem Gegner empfindliche Verluste zugefügt werden, was diesen wieder zu massiven Gegenschlägen

⁴⁰ Vgl. Ministertagung des Nordatlantikrates am 16. Dezember 1997 in Brüssel. Communiqué, in: Presseamt der dt. Bundesregierung (Hrsg) Bulletin 4/1988, Seite 25-31

⁴¹ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt-Wege in einem vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000 Seite 29

⁴² Hier befand sich mit großer Wahrscheinlichkeit ein militärisches Hauptquartier der UCK.W.O.

provozierte. Es ist zu vermuten, dass die UCK-Führung eingesehen hatte, dass sie die serbische Polizei und die jugoslawische Armee mit ihren eigenen Mitteln nicht besiegen konnte. Um den Bürgerkrieg gewinnen zu können, musste sie einen starken Verbündeten auf ihre Seite ziehen. Bei einer solchen UCK-Lagebeurteilung ergab sich die logische Schlussfolgerung, dass nur durch ein Eingreifen der NATO die Ziele des Bürgerkrieges - ein unabhängiger Kosovo - zu erreichen waren. Vom Standpunkt der UCK aus war das konsequent - die eigenen Kräfte zu schonen und die serbisch-jugoslawischen Kräfte immer wieder so zu provozieren - dass sich diese zu überzogenen Aktionen gegen die Zivilbevölkerung hinreißen ließen und damit unbeschreibliches Leid heraufbeschworen. An einem Waffenstillstand konnte die UCK bei einer solchen Strategie gar kein Interesse haben, doch auch die jugoslawische Seite war dafür nicht bereit. Ihr Ziel war es, die UCK vollständig zu besiegen und zu vernichten, und sie glaubte wohl auch das erreichen zu können. Dabei sollte die albanische Zivilbevölkerung durch brutale Unterdrückungsmaßnahmen abgeschreckt werden, die UCK weiter zu unterstützen. Die geplagte Zivilbevölkerung wurde von beiden Seiten für eigene Zwecke instrumentalisiert.

Mitte September 1998 gab es im Kosovo bereits etwa 300.000 Flüchtlinge, davon lebten 50.000 ohne Schutz im Freien, vor allem in den Wäldern. Die humanitären Hilfsorganisationen wurden von den Sicherheitskräften abgeblockt und konnten nur sporadisch zu den Not leidenden Menschen vordringen. Die kalte Jahreszeit stand vor der Tür. Diese prekäre Lage ließ den UN-Sicherheitsrat wieder tätig werden⁴³. Am 24. September 1998 verabschiedete er eine neue Resolution - Nr. 1199/1998. Darin wird die exzessive und wahllose Gewaltanwendung der serbischen Sicherheitskräfte und der jugoslawischen Armee ebenso verurteilt wie der „Terrorismus zur Verfolgung politischer Ziele“ und die Unterstützung terroristischer Aktivitäten im Kosovo. Beide Seiten wurden zu einer Feuerpause aufgefordert.

Von der BRJ wurde u. a. verlangt dafür zu sorgen, dass alle Aktionen der Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung eingestellt und jene serbischen Kräfte, die für die Repressalien gegenüber der albanischen Bevölkerung eingesetzt worden waren, abgezogen werden. Die Führung der Kosovo-Albaner sollte im Gegenzug alle terroristischen Aktivitäten verurteilen und betonen, dass die Albaner ihre Ziele ausschließlich mit friedlichen Mitteln verfolgen müssen. Ebenfalls am 24. September 1998 erging eine Warnung des Nato-Generalsekretärs an die Führung in Belgrad, die Vorgehensweise der Sicherheitskräfte im Kosovo zu beenden. Ein militärisches Eingreifen der NATO und eine Entscheidung im Bürgerkrieg schienen damit näher zu rücken.

⁴³ Vgl. OSZE-Monatsbericht vom 4. Oktober 1998, Seite 3

3.2. Ein brüchiger Waffenstillstand

Am 28. September erfolgte eine Demarche der Kontaktgruppe beim jugoslawischen Präsidenten. Milosevic erklärte bei dieser Gelegenheit, dass die Operationen der serbischen Sicherheitskräfte gegen die UCK beendet seien. Die UCK sei geschlagen und praktisch nicht mehr existent. Am 6. Oktober übermittelte die jugoslawische Botschaft in Wien der OSZE eine Presseerklärung mit der Überschrift *„Die Situation in der Serbischen Provinz Kosovo und Metohija. Neue positive Elemente der Entwicklung“*. Darin wurde u. a. festgestellt, dass der Prozess der Normalisierung der Lage in der Provinz im Gange sei. Die Aktionen der „special anti-terrorist forces“ seien vollständig beendet worden. Die humanitären Probleme seien erfolgreich gelöst und 16 humanitäre Zentren errichtet worden, die über einhunderttausend Flüchtlinge seien in ihre Häuser zurückgekehrt.⁴⁴ Diese jugoslawische Darstellung entsprach zwar nicht den Tatsachen, doch bemerkten auch neutrale Beobachter vor Ort Anfang Oktober einige positive Entwicklungen - Armee und Spezialpolizei waren von der Bildfläche verschwunden, die Polizei reduzierte Checkpoints und ihr im Kosovo vorhandenes Personal.

Jedenfalls wurden die Kampfhandlungen eingestellt, Flüchtlinge kehrten zurück. Die Anzahl jener Flüchtlinge, die im Freien übernachten mussten nahm ab und man erwartete, dass sich die Rückkehr der Flüchtlinge noch beschleunigen würde wenn die Waffenruhe weiterhin eingehalten würde.

Während sich die Lage im Kosovo also allmählich entspannte, erhöhte die NATO jedoch ihren militärischen Druck auf die Belgrader Führung. Am 12. Oktober 1998 wurde die „Activation Order“ erteilt und die NATO ist bereit zu einer Luftoperation gegen Jugoslawien. Am nächsten Tag einigten sich Holbrooke und Milosevic auf eine umfassende internationale Kontrolle im Kosovo. Jugoslawien versuchte zweifelsohne, die von der NATO gestellten Forderungen zu erfüllen. Der zügige Abschluss der Vereinbarungen mit der NATO am 15. Oktober (Luftbeobachtung) und der OSZE am 16. Oktober (OSZE-Mission) zur Umsetzung des Holbrooke-Milosevic-Abkommens waren Zeichen für die jugoslawische Kooperationsbereitschaft. Auch im Kosovo versuchte man die Forderungen zu erfüllen, obwohl sicher noch keine Normalisierung der Lage eingetreten war.

Die entscheidende Frage, die sich in dieser kritischen Zeit stellte war, wie sich die albanische Seite verhalten würde, die nicht militärisch von der NATO bedroht wurde, obwohl sich einige der

⁴⁴ Vgl. Botschaft der Republik Jugoslawien in Österreich, Presse. Wien, September 1998

Forderungen auch an sie richteten. Militärisch betrachtet hatte die UCK den Krieg verloren, politisch hatte sie jedoch einen strategischen Sieg errungen. Die Jugoslawische Regierung stand nun unter dem Druck einer Kriegsdrohung durch die NATO. Halte sie sich an die von der NATO gestellten Forderungen, konnte die UCK wieder in die Gebiete zurückkehren, die sie im Sommer unter dem Druck der jugoslawischen Sicherheitskräfte verlassen musste.

Die Waffenruhe über den Winter wollte die UCK nutzen, um Waffen und Ausrüstung zu verbessern, die Organisation zu straffen und die Kämpfer zu trainieren. Inzwischen durfte der Gegner nicht zur Ruhe kommen, das Interesse der internationalen Gemeinschaft war wach zu halten und die NATO musste ihre Kriegsdrohung aufrechterhalten. Spätestens im Frühjahr 1999 konnte dann die Entscheidung gesucht werden. Ein Risiko bestand darin, dass internationale Maßnahmen auch gegen die UCK erfolgen würden, was allerdings nach den bisherigen Erfahrungen nicht als sehr hoch einzuschätzen war.

Die jugoslawische Seite hatte Ende Oktober ihre militärischen Verpflichtungen im Wesentlichen erfüllt. Das war auch die Ansicht der NATO,⁴⁵ was auch der deutsche Außenminister im Bundestag bestätigte.⁴⁶ Einige Truppen der Sonderpolizei und der Armee waren aus dem Kosovo abgezogen, andere kehrten in ihre ursprünglichen Kasernen in den Kosovo zurück. Alle nicht von der Vereinbarung mit der NATO vorgesehenen Feldstellungen und Kontrollposten der Polizei wurden geräumt. Die Luftüberwachung der NATO hatte begonnen. Zu diesem Zweck war vorgesehen, dass jugoslawische Offiziere im NATO-Stab, NATO-Offiziere im jugoslawischen Generalstab mitarbeiteten. Die wechselseitige Kooperation verlief reibungslos.

Vor Ort ergab sich für die internationalen Beobachter eher ein gemischtes Bild. Die UCK kehrte sofort wieder mit den Flüchtlingen in ihren alten Hochburgen zurück. Bereits am 17. und 18. Oktober gab es eine Reihe von Überfällen auf die serbische Polizei und Armee. Drei serbische Polizisten kamen dabei ums Leben. Am 19. Oktober entführten UCK-Kämpfer zwei Korrespondenten der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug. Am 23. Oktober griff die UCK auf der Hauptverbindungsstraße zwischen Pec und Pristina eine Armeekolonnie an. Zwei Soldaten wurden dabei getötet. Die UCK trat schon wieder in Uniform, selbstbewusst und auftrumpfend auf. Sie trug neue Uniformen, verfügte über modernere Waffen, wie Granatwerfer und schwere

⁴⁵ General a.D Klaus Naumann in ZDF-Sendung „Chronik eines angekündigten Krieges. Eine Bilanz des Kosovo-Konflikts, 21 September 1999

⁴⁶ Joschka Fischer im Bundestag, Protokoll vom 13. November 1998, bestätigt „weitestgehend“ Rückzug der jugoslawischen Truppen und Sondereinheiten (Seite 358)

Maschinengewehre und hatte sich hierarchisch militärisch organisiert.⁴⁷ Die Flüchtlingslager wurden als Schutz und Rückzugsgebiet benutzt. Ein Flüchtlingslager, das von der UCK beherrscht wurde, machte auf Beobachter den Eindruck, als werde es als Vorzeigecamp für die Medien erhalten. Serbische Offizielle äußerten große Besorgnis über die erneute Zunahme von UCK-Aktivitäten. Sie warnten, dass dies von serbischer Seite nicht mehr viel länger geduldet werden könne.

Im Bericht der Vereinten Nationen⁴⁸ wurde die Lage für den November 1998 wie folgt dargestellt:

Es hat keine größeren Kämpfe zwischen den Parteien gegeben, doch einzelne Überfälle und Feuergefechte, für die man sich gegenseitig verantwortlich macht.

Beide Seiten entführen und exekutieren Menschen.

Die UCK ist zurückgekehrt und hat sich in den ehemals von ihr kontrollierten Dörfern festgesetzt, die serbische Polizei besetzt Kontrollposten auf den Hauptstraßen.

Weiterhin gelangen Waffen und Ausrüstung über die albanische Grenze in das Kosovo. Das Waffenembargo wird in dieser Hinsicht nicht eingehalten. Die jugoslawische Armee versucht mit geringem Erfolg, diesen Nachschub zu unterbinden. Die Dörfer im Grenzgebiet werden durch die Aktionen der Armee in Mitleidenschaft gezogen.

Die Rückkehr der Flüchtlinge ist substantiell angestiegen, ist jedoch regional unterschiedlich. Am wenigsten Flüchtlinge kehren in Gebiete zurück, in denen serbische Sicherheitskräfte und UCK konzentriert sind. Am größten ist die Tendenz zur Rückkehr dort, wo die Beobachtermision zeitweise oder permanent vor Ort ist. Die Menschen warten sehnsüchtig auf die Ankunft der OSZE-Verifikateure. Die Zurückgekehrten sind noch abwartend. Sie reparieren notdürftig ihre Häuser und misstrauen der Waffenruhe.

Beide Seiten behindern gelegentlich die Bewegungsfreiheit internationaler Beobachter.

Die jugoslawische Polizei verhaftet teilweise willkürlich Albaner und hält sie menschenrechtswidrig gefangen. Insgesamt werde von den Vereinten Nationen die relative Ruhe als sehr täuschend bewertet. Sie sei weder stabil, noch unumkehrbar. Die UCK, in größerer Zahl erneut präsent, scheine sehr motiviert, gut bewaffnet und bereit für neue Aktionen zu sein. Die Regierung habe genug Sicherheitskräfte vor Ort, um plötzlich zuschlagen zu können, wenn diese provoziert werden sollten. In dieser kritischen Situation sei eine rasche Stationierung der OSZE-Verifikateure entscheidend.

Mit der Situation konnte vor allem die jugoslawische Seite nicht zufrieden sein. Sie hatte die Auflagen des UN-Sicherheitsrates weitgehend erfüllt. Die Sicherheitskräfte hatten sich zurückgezogen und kontrollierten nur noch strategisch wichtige Punkte im Landesinnern und die Landesgrenzen. Die UCK war kampflös in ihre „befreiten Gebiete“ zurückgekehrt, ihr Waffen- und

⁴⁷ Oshiles Wolf, Der Vierfrontenkrieg des Slobodan Milosevic. Berichte des dt. Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 18/1999, Seite 21

⁴⁸ UN-Generalsekretär, Bericht vom 4. September 1998, Seite 5-6

Personalnachschub funktionierte, die Zeit arbeitete für sie. Es war eigentlich abzusehen, dass die jugoslawische Seite diese Verschiebung der Kräfte zu ihren Ungunsten nicht mehr lange hinnehmen würde und jede weitere Provokation das Risiko eines massiven Gegenschlages heraufbeschwören musste.

4. Die Kämpfe beginnen wieder

4.1. Provokationen und Reaktionen

Zunächst war allerdings zu erwarten, dass mit Beginn des Winters, sowohl im Grenzgebiet zu Albanien als auch im Zentralkosovo die bewaffneten Aktionen beider Seiten durch das Wetter beeinträchtigt würden. Außerdem trafen nun auch die Verifikateure der OSZE vor Ort ein. Ihre Zahl war jedoch beim weitem nicht so groß, wie ursprünglich geplant. Auch dies konnte zu einer weiteren Beruhigung der Lage während der Wintermonate führen und den Verhandlungsprozess begünstigen. Ein Gefahrenpotential bildeten mögliche Aktionen einzelner UCK-Kommandeure, die noch relativ selbständig ohne eine straffe zentrale Führung operieren konnten. Es war offensichtlich, dass sich aus einzelnen Gewalttaten sehr schnell wieder ernsthafte Kampfhandlungen entwickeln könnten.⁴⁹

Am 1. Dezember 1998, einen Tag vor dem OSZE-Außenministertreffen in Oslo, sandte der jugoslawische Außenminister Jovanovic ein Memorandum über die Lage im Kosovo an den Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und alle Teilnehmerstaaten der OSZE.⁵⁰ Darin werden die Bemühungen der jugoslawischen Seite um eine Normalisierung der Lage im Kosovo und die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen dargestellt. Als Hindernis für den politischen Prozess galten die *„kriminellen Aktionen und das provokative Verhalten von albanischen Terroristen“*. Vom 13. Oktober bis 30. November 1998 wurden ihnen u. a. folgende Gewalttaten zugerechnet: 310 terroristische Angriffe und Provokationen, Tötung von neun und Verwundung von 30 Polizisten, 87 Angriffe gegen Serben und Angehörige anderer Ethnien. In den vergangenen acht Monaten habe es von Albanien aus 170 Grenzverletzungen gegeben. Der jugoslawische Außenminister erklärte, es sei von größter Bedeutung, klar und deutlich alle *„terroristischen Angriffe, Provokationen, Ermordungen und Entführungen“* zu verurteilen und entschieden alle Wege abzuschneiden, über die *„die Terroristen weiterhin Geld, Waffen und Gerät von außerhalb erhalten, um ihre kriminellen Handlung zu begehen“*. Die jugoslawische Regierung verurteilte

⁴⁹ KVM-Berichte 4. Dezember 1998 Seiten 5-9

⁵⁰ W.O.

entschieden die Kontakte, die Vertretern verschiedener Länder und Organisationen mit Terroristen, Killern, Kidnappern und anderen Kriminellen, die sich selbst „UCK“ nennen, hielten. Das Memorandum drückte die Unzufriedenheit der jugoslawischen Seite mit der einseitigen Politik der internationalen Gemeinschaft aus. Es war sicherlich auch als eine Warnung gedacht, diese unerträgliche Situation nicht mehr viel länger hinnehmen zu können und wollen.

Im Kosovo klang der November mit einem positiven Ereignis aus. Am 28. November erreichte der Leiter der KVM (Kosovo Verification Mission) die Freilassung der beiden Tanjug-Journalisten, die von der UCK seit dem 19. Oktober gefangen gehalten waren. Darüber hinaus ließ die UCK auch zwei albanische Politiker frei, die beschuldigt worden waren, Propaganda gegen die UCK verbreitet zu haben.⁵¹

Ende November 1998 bekam der Konflikt allerdings eine neue Dimension. Die serbische Zivilbevölkerung im Kosovo begann mit Protesten. Sie beschuldigte die OSZE, sich nicht um das Schicksal von mehreren hundert Serben, die als vermisst galten, zu kümmern. Den internationalen Hilfsorganisationen wurde vorgeworfen, die albanische Bevölkerung zu bevorzugen. Von Belgrad verlangte man besseren Schutz. Diese Proteste dauerten die folgenden Wochen an.⁵²

Zunächst wurde die Lage von internationalen Beobachtern als angespannt, doch relativ ruhig bewertet und das obwohl es jeden Tag zu kleineren Scharmützel, Überfällen auf Polizeistationen, vereinzelt Toten unter der Zivilbevölkerung und Kombattanten und Misshandlungen der albanischen Zivilbevölkerung durch die serbische Polizei und Angriffen der UCK auf serbische Zivilisten kam. Die Doppelgesichtigkeit der Lage wurde an den Vorkommnissen vom 11. Dezember deutlich: Die OSZE führte die erste Waffeninspektion bei einer jugoslawischen Brigade in Prizren ohne größere Beanstandungen durch. Am gleichen Tage wurden ein Polizist (einer der wenigen Albanern im Dienste der serbischen Polizei) und ein Arbeiter aus einem Hinterhalt heraus erschossen.⁵³

Am 14. Dezember eskalierte der Konflikt erneut. Ausgangspunkt war ein Zusammenstoß an der Westgrenze zu Albanien. Etwa einhundert UCK-Kämpfer, die Handfeuerwaffen und Abschussgestelle für Raketen transportierten, gerieten in einen Hinterhalt der Armee. 36 Albaner wurden getötet und neun gefangen genommen. Noch am gleichen Abend stürmten zwei maskierte

⁵¹ KVM- Bericht, 4.12.1998

⁵² TV-Sendung der staatlichen serbischen Fernsehen-canal RDS, 24.11.1998

⁵³ KVM-Berichte Dezember 1998

Männer in eine vorwiegend von serbischen Studenten besuchte Bar in Pec, erschossen sechs und verletzten drei junge Leute schwer. Das Hauptquartier der UCK beschuldigte zwar den serbischen Geheimdienst der Tat, doch für die Serben und auch für neutrale Beobachter war dies ein Racheakt für die 36 Toten an der Grenze.⁵⁴

Auch die am 17. Dezember beginnenden Ereignisse hatten schwerwiegende Konsequenzen. Die UCK fing an, in der Nähe von Podujevo von der serbischen Armee verlassene, befestigte Stellungen zu besetzen. Von dort konnte man die Straße von Podujevo nach Pristina - eine wichtige Verbindungsstraße nach dem Norden - einsehen, unter Feuer nehmen und blockieren. Die Sicherheitskräfte äußerten ihrer Befürchtung gegenüber OSZE-Verifikaleure, dass diese sehr wichtige Verkehrsverbindung durch die UCK unterbrochen werden könnte. Der Polizeichef von Podujevo kündigte an, die Polizei werde mit Gewalt vorgehen, falls es der OSZE nicht gelingen würde, die UCK zum Rückzug zu bewegen. Der UCK-Kommandeur war nicht dazu zu bewegen, die Stellungen zu räumen. Am 19. Dezember notierte die Armee bei der OSZE-Mission eine Übung im Raum Podujevo und rückte mit schweren Waffen an. Die „Weihnachtsoffensive“ der jugoslawischen Armee hatte also eine Vorgeschichte, die oft verschwiegen wird.⁵⁵

Am Abend des 17. Dezember wurde der stellvertretende Bürgermeister von Kosovo Polje, ein mehrheitlich von Serben bewohnter Ort, entführt und später ermordet aufgefunden. Er galt als ein Mann des Ausgleichs. Dieser Mord heizte die Stimmung unter den Serben weiter an. Denn für sie war klar, dass die Tat - was nicht erwiesen ist - von der UCK begangen worden war. Der OSZE-Mission gelang es, vor allem auch durch den persönlichen, furchtlosen Einsatz ihres Leiters, die Krise über die Weihnachtsfeiertage zu entschärfen. Doch die Kämpfe hatten schon wieder Flüchtlingsbewegungen in Gang gesetzt. Es wurde auch immer klarer, dass jeder Waffenstillstand sehr fragil war und durch minimale Anlässe zusammenbrechen konnte.

Die „Weihnachtsoffensive“ ist auch ein charakteristisches Beispiel für die Berichterstattung. Troebst behauptet, ein Artillerieangriff habe stattgefunden, bis zu 100 Panzer seien eingesetzt worden, und es sei von mehr als 5.000 Flüchtlingen berichtet worden.⁵⁶ Aus dem Lagebericht des OSZE-Hauptquartiers vom 25. Dezember geht hervor, dass im Raum Podujevo 10 Panzer und 20 Gefechtsfahrzeuge eingesetzt wurden, es zu keiner Zeit einen Artillerieeinsatz gegeben hat und die Zahl der Flüchtlinge unter 500 lag.

⁵⁴ KVM-Bericht, Dezember 1998

⁵⁵ Weller Marc, *The Crisis in Kosovo 1989-1999*, Cambridge 1999, Seite 392

⁵⁶ Troebst Stefan, *The Kosovo War. Round One: 1998*, in: *Südosteuropa 3-4/1999*. Seite 189

General Clark behauptete, dass zwei Bataillone zu dieser Zeit zur Verstärkung ins Kosovo gebracht worden seien. Die Verlegung der Truppen sei der OSZE nicht angekündigt worden.⁵⁷ Auch das ist, laut OSZE-Bericht, falsch. Die eingesetzten Truppen in Kompanie- und nicht in Bataillonsstärke, befanden sich bereits im Kosovo, die Verlegung in dieses Gebiet war der OSZE auch angekündigt worden.

Zum Jahreswechsel 1998/99 gab es einige grundsätzliche Erklärungen der Konfliktparteien, die nicht nur Bilanz zogen, sondern auch Perspektiven für die Zukunft entwickelten. In seiner Neujahrsbotschaft erklärte Rugova, nur eine Stationierung von NATO-Truppen werde im Kosovo Sicherheit für alle Bürger und Vorbedingungen für eine politische Lösung schaffen. Nur der bewaffnete Kampf habe es erreicht, dass dem Kosovo ein Platz auf der internationalen politischen Tagesordnung eingeräumt wurde. 1999 werde nun das Jahr der Freiheit und Unabhängigkeit für das Kosovo werden. Der jugoslawische Außenminister stellte in einem Aide Memoire an den UN-Generalsekretär⁵⁸ seine Sicht dar und zeigte darin die Nichteinhaltung der UN-Resolutionen und der Oktober-Vereinbarungen auf. Die Zahlen, es habe seit Januar 1998 1854 „terroristische Angriffe“ gegeben, bei denen insgesamt 264 Personen getötet und 556 verwundet worden sein sollen, sind nicht überprüfbar. Soweit Beispiele für Angriffe auf Polizei und staatliche Einrichtungen im November und Dezember 1998 angeführt werden, stimmen diese mit der Berichterstattung der OSZE überein. Auch der jugoslawische Vorwurf, dass von der UN verhängte Waffenembargo werde immer wieder verletzt, war zutreffend.

Für die OSZE stellte sich die Lage um die Jahreswende wie folgt dar (Monatsbericht an den UN-Generalsekretär für November/Dezember 1998):⁵⁹

Es gibt keine Flüchtlinge mehr im Freien. Die Rückkehrbereitschaft ist unterschiedlich, insbesondere in die Grenzdörfer noch gering.

Die Zusammenstöße zwischen uniformierten Gruppen von Albanern und serbischen Sicherheitskräften setzen sich fort.

Die Zusammenarbeit der OSZE mit den serbischen Stellen ist im Allgemeinen reibungslos, die mit der UCK hängt von den lokalen Kommandeuren ab.

⁵⁷ Generall Wesley Clark, Wenn Waffengewalt nötig ist. Die militärische Reaktion der NATO auf die Kosovo-Krise, in: NATO-Brief 2/1999, Seite 15

⁵⁸ Aide Momoire des Außenministeriums der BRJ vom 28. Dezember 1999, Seite 1

⁵⁹ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt-Wege in einem vermeidbaren Krieg, Baden- Baden 2000, Seite 42

Die OSZE konnte in vielen Fällen vermittelnd und moderierend eingreifen und eine weitere Eskalation verhindern.

Die UCK versucht, das Vakuum aufzufüllen, das durch den Abzug der serbischen Sicherheitskräfte entstanden ist. Dieser Trend hält unvermindert an.

Ein Doppelereignis am 8. Jänner 1999 war geeignet, den großen Flächenbrand auszulösen. An diesem Tage kam es zu einem wohl vorbereiteten Angriff der UCK auf eine serbische Polizeipatrouille im Südwesten der Provinz. Drei Polizisten kamen ums Leben, zwei wurden verwundet. Am gleichen Tag geriet im Norden eine Gruppe von acht Soldaten, die sich verfahren hatten und auf einen Kontrollposten der UCK stießen gefangen genommen. Die OSZE schaltete sich ein, verhandelte mit der UCK und bewegte die Vertreter der jugoslawischen Armee, keine gewaltsame Befreiung zu versuchen, solange die Verhandlungen im Gang waren. Die Armee hielt sich daran, doch sie forderte Verstärkung an. Nach schwierigen Verhandlungen, die mehrfach zu scheitern drohten, wurden die Soldaten am 13. Jänner freigelassen.⁶⁰ Das Verdienst der OSZE und der KVM bei den Verhandlungen zur Freilassung der Soldaten wurde allgemein anerkannt. Der Leiter der KVM traf sich am 14. Jänner mit dem stellvertretenden jugoslawischen Ministerpräsidenten Sainovic. Dieser betonte, die KVM habe an Glaubwürdigkeit gewonnen. Auf dieser Grundlage sollte man - so Sainovic - aufbauen.

Trotz der Entschärfung dieses aktuellen Konflikts wurden die am 12. Jänner begonnenen groß angelegten Polizeiaktionen gegen die UCK im Raum Stimlje fortgesetzt. Die Armee setzte mehr Truppen außerhalb der Kasernen ein, als durch die Oktober-Abkommen erlaubt waren. Am 15. Januar tagte die serbische Regierung in Pristina, was wohl auch als Maßnahme zur Beruhigung der Kosovo-Serben gedacht war, die ultimativ den Besuch hochrangiger Politiker aus Belgrad gefordert hatten. Die Regierung forderte die internationale Gemeinschaft auf, ihre Politik der doppelten Standards aufzugeben, den Terrorismus zu verurteilen und die Unterstützung für Terroristen zu beenden.

Am 15./16. Jänner kam es zum „Massaker von Racak“, das eine ähnliche Wirkung auf den weiteren Konfliktverlauf hatte wie die Granaten auf einen belebten Platz in Sarajewo (28. August 1995, 55 Tote) im Krieg in Bosnien-Herzegowina. (Aufgrund seiner Bedeutung wird das „Massaker von Racak“ in einem eigenen Kapitel behandelt)

⁶⁰ Vgl. KVM-Berichte Jänner 1999

4.2. Die Lage spitzt sich zu

Mitte Januar 1999 war die Lage vergleichbar mit Mitte Juli 1998, als die serbische Großoffensive gegen die UCK sich zu entfalten begann. Sicherheitskräfte, unterstützt von der Armee, gingen an drei Punkten, im Westen, Norden und im Zentralkosovo gegen die UCK vor. Dörfer wurden beschossen und durchsucht. Die Bevölkerung floh in die Wälder und war dort Hunger und Kalte ausgesetzt und nur notdürftig versorgt von den internationalen Hilfsorganisationen.⁶¹ Es gab allerdings auch einen wichtigen Unterschied zur Situation im Sommer 1998. Die Anwesenheit der Verifikateure garantierte die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit. Dies mag das Vorgehen der serbischen Sicherheitskräfte vor allem gegen die albanische Zivilbevölkerung gemäßigt haben. So kam es auch nicht zu den großen Flüchtlingsbewegungen wie im Sommer des Vorjahres. Viele Flüchtlinge kehrten zurück, nachdem die Kämpfe abgeflaut und die OSZE präsent war. Die UCK war nun straffer organisiert. Zentrale Führung und eine einheitliche politische und militärische Strategie waren hinter deren Aktivitäten erkennbar. Die gegen Jugoslawien gerichtete Drohung mit NATO-Luftangriffen, die auch kurzfristig realisierbar war hatte eine unterschiedliche Wirkung. Während man sich auf jugoslawischer Seite - Armee und serbische Polizei – mäßigte, war dadurch für die albanische Seite ein Anreiz geschaffen, durch Provokationen, Reaktionen der Serben auszulösen, die geeignet waren, die Luftangriffe herbeizuführen und das strategische Ziel – die Unabhängigkeit des Kosovo - zu erreichen.

Am 23. und 24. Jänner 1999 standen die Zeichen zunächst wieder auf Entspannung. Durch die Vermittlung der OSZE-Mission gab die UCK fünf von ihr entführte serbische Zivilisten frei, etwas später entließ die serbische Polizei neun UCK-Kämpfer, die am 14. Dezember gefangen genommen worden waren.

Doch schon am 29. Januar ereignete sich ein weiteres Blutbad in Rogovo, im Südwesten der Provinz. Dabei kamen 25 Albaner und ein serbischer Polizist ums Leben. Die Polizei behauptete, eine Polizeipatrouille sei von der UCK überfallen worden und danach seien die 25 Albaner im Kampf gefallen. Die von der Polizei herbeigerufenen Verifikateure konnten nur vier Uniformierte unter den Toten identifizieren, es waren auch weniger Waffen vor Ort als Tote. Es ist also sehr fraglich, ob die serbische Version so stimmte. Doch ein UCK-Sektor-Kommandeur erklärte gegenüber der KVM, 18 Tote seien Mitglieder der UCK gewesen, und ein anderer albanischer

⁶¹ Vdl. KVM-Berichte Februar 1999

Vertreter bekannte, alle Toten seien UCK-Mitglieder gewesen, die wie Soldaten gefallen seien. Wahrscheinlich ist, dass nach einem Feuerüberfall auf eine Patrouille, bei der ein Polizist getötet wurde, die Polizei nicht nur furchtbare Rache an der UCK-Gruppe genommen hatte, die den Überfall initiiert hatte, sondern auch noch unbeteiligte Zivilisten umgebracht hat.⁶² Das Aktion-Reaktion-Schema dieses Konflikts zeigte sich auch hier, wie im Monatsbericht der OSZE beschrieben wird: „*An emergent cycle of confrontation can be generally described ... as relatively small-scale Kosovo Liberation Army (KLA) attacks at the MUP (Serb police), generally on police vehicles, buildings and individuals; a disproportionate response by the FRY authorities ...*“.⁶³

Ende Januar/Anfang Februar 1999 kontrollierte die UCK wieder etwa dieselben Gebiete, die sie schon im Frühsommer 1998 beherrscht hatte. Sie war aber im Vergleich zum Sommer besser organisiert und bewaffnet. Albanische Gesprächspartner wiesen wiederholt darauf hin, dass eine politische Lösung für das Kosovo rasch gefunden werden müsse, sonst werde die UCK im Frühjahr die Entscheidung gewaltsam herbeiführen. Eine Stationierung von NATO-Truppen im Nordosten Albaniens lehnte die Führung in Tirana immer wieder ab. Dies hätte ja auch bedeutet, dass die Material- und Personalzufuhr für die UCK empfindlich beeinträchtigt worden wäre.

5. Terror und Gegenterror während der Verhandlungen

Nach der erneuten Kriegsdrohung der NATO musste der jugoslawische Generalstab einen NATO-Luftangriff in seine planerischen Überlegungen einbeziehen. In seiner Beurteilung der Lage konnte auch ein zunächst örtlich begrenzter Angriff von Bodentruppen aus Mazedonien nicht ausgeschlossen werden. In dieser Situation war ein NATO-Luftangriff aus heiterem Himmel die für die jugoslawische Armee gefährlichste Option. Die wirksamste Abwehr dagegen waren eine Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Kräfte der Luftverteidigung und eine umfassende Auflockerung der Landstreitkräfte, d.h. eine Verlegung der Kräfte aus den Kasernen ins offene Gelände, um sie einem überraschenden Angriff der NATO-Luftstreitkräfte zu entziehen. Derartige Maßnahmen der jugoslawischen Armee entsprachen allgemeiner militärischer Logik. Als ein Teil der jugoslawischen Kriegsvorbereitungen konnte auch die Bekämpfung der UCK angesehen werden. Es war ja mit Sicherheit zu erwarten, dass diese im Krieg auf der Seite der NATO eingreifen würde.

⁶² OSCE, Office for Democratic Institutions and Human Rights, Kosovo, As Seen, As ToEd. An analysis of the human rights findings of the Kosovo Verification Mission October 1998 to June 1999, Warschau 1999. Seite 184

⁶³ OSZE-Berichte für Dezember 98/Jänner 99

Keine Armee der Welt hätte es toleriert, dass ihre Nachschub- und Verbindungswege von feindlichen Truppen gefährdet werden. Für die UCK kam es darauf an, in Ergänzung zu den Verhandlungen den Bürgerkrieg weiter zu intensivieren und Bedingungen zu schaffen, die letztendlich das militärische Eingreifen der NATO auf ihrer Seite herbeiführen würde. Vor diesem Hintergrund sind die Ereignisse im Februar/März 1999 in der Provinz einzuordnen.⁶⁴

Am 6. Februar 1999 wurden die Verhandlungen von Rambouillet eröffnet. Diese Woche beschreibt die OSZE als „*the week of urban terrorism*“ (OSZE Wochenbericht Nr. 6, S. 1).

In Pristina, Kosovska Mitrovica und Pec wurden terroristische Attentate verübt, die mehrere Menschenleben forderten. Die Täter wurden nicht gestellt, doch wurde die Vermutung geäußert, dass ein „Massaker“ herbeigeführt und den Serben angelastet werden sollte. Am 13. März, zwei Tage vor den Verhandlungen in Paris, ereigneten sich wieder drei Terroranschläge, auf einem Markt und an der Post in Podujevo und auf einem Markt in Kosovska Mitrovica. Dabei kamen acht Menschen ums Leben. Ein zu vermutender Zusammenhang zwischen den Verhandlungen in Rambouillet und Aktivitäten im Kosovo zeigte auch der 20. Februar, an dem ursprünglich das Ende der Verhandlungen vorgesehen war. Die UCK initiierte mehrere Angriffe, die zu massiven Reaktionen der serbischen Sicherheitskräfte führten.⁶⁵

Anfang Februar tauchten Flugblätter auf, in denen die Serben aufgefordert wurden, ihre Häuser und Wohnungen aufzugeben. Die Ermordung von Albanern, die als loyal gegenüber den Serben galten, wurde von der OSZE registriert. Die UCK bestritt, mit diesen Aktionen etwas zu tun zu haben.

Ab Mitte Februar waren Mobilmachungs- und Verteidigungsvorbereitungen von Polizei und Armee erkennbar. Truppen der Territorialverteidigung wurden eingekleidet und erhielten Waffen, Brücken wurden zur Sprengung vorbereitet, Schützengraben ausgehoben und Artilleriestellungen befestigt. Die Armee bemerkte bei der KVM immer häufiger so genannte Übungen. Diese wurden vor allem dort durchgeführt, wo sich die UCK festgesetzt hatte. Aus der „Übungstätigkeit“ heraus erfolgte dann der Übergang zu Operationen gegen die UCK. Solche „Übungen“ dauerten zumeist mehrere Tage, teilweise auch Wochen. Ein Hauptkampfgebiet lag zwischen Pristina und Kosovska Mitrovica um die Stadt Vucitrn. Hier ging es vor allem darum, die in einem Tal verlaufende Hauptstraße und Bahnlinie zu kontrollieren. Diese Verkehrswege waren für den militärischen Nachschub wichtig. Ziel der jugoslawischen Operationen dürfte es gewesen sein, die UCK dort zu vernichten oder zumindest in die Berge abzudrängen und so eine Sicherheitszone entlang dieser strategisch

⁶⁴ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt-Wege in einem vermeidbaren Krieg, Baden- Baden 2000, Seite 48

⁶⁵ OSZE-Bereichte Februar 1999

bedeutsamen Verkehrsader zu schaffen. Ein zweiter Schwerpunkt der jugoslawischen Offensive war das Gebiet um den Mittelabschnitt der Hauptverbindungsstraße zwischen Pristina und Prizren. Dort ging es neben der Sicherung der Straße vor allem darum, Hochburgen der UCK zu bekämpfen und diese zu vernichten oder zumindest zu schwächen.⁶⁶

Ende Februar kam ein dritter Kriegsschauplatz im Südosten der Provinz, an der Grenze zu Mazedonien, dazu. Hier war es bisher sehr ruhig gewesen. Doch im Laufe des Februars hatte die UCK um die Stadt Kacanik Kräfte von anderen Regionen zusammengezogen. Die NATO hatte in Mazedonien grenznah Bodentruppen mit schweren Waffen stationiert, die nach militärischen Überlegungen durchaus fähig waren, örtlich begrenzte Angriffe gegen die BRJ zu führen, mit massiver Luftnahunterstützung. Dies war die einzige akute Bedrohung der BRJ durch NATO-Bodentruppen. Dass die jugoslawische Armee, die UCK in einem für ihre Verteidigung so wichtigen Punkt festsetzen lassen würde, konnte man nicht erwarten. Die Gefechte zwischen den Sicherheitskräften und der UCK zogen natürlich auch hier die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft.⁶⁷

Der Krieg im Kleinen setzte sich unabhängig von den größeren Operationen fort. Auf der Tagesordnung standen Überfälle auf Polizeipatrouillen und -Stationen, Tötung von albanischen Kollaborateuren, Revanchemorde, Schikanen auf den Straßen und an den Kontrollposten, willkürliche Verhaftungen durch die serbische Polizei und Entführungen. Das Tagesgeschehen nahm keine Rücksicht auf Menschenrechtsnormen, internationale Abkommen und Resolutionen.

Überall dort wo Armee und Spezialpolizei, die bei größeren Operationen „arbeitsteilig“ zusammenarbeiteten auftauchten, begann die albanische Bevölkerung zu fliehen. Dort, wo gekämpft wurde, leerten sich die Dörfer. Vor einem Beschuss mit schweren Waffen wurde die Zivilbevölkerung zumeist gewarnt und aufgefordert zu gehen. Nach dem Beschuss wurden die Ortschaften durchkämmt. Dabei wurden oft einzelne Häuser, manchmal auch ganze Dörfer in Brand gesteckt, es kam zu Plünderungen, Vandalismus und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung. Das selektive Vorgehen bei den Zerstörungen ließ nicht gerade auf eine planmäßige, gezielte Vertreibungspolitik schließen, zumal nach Beendigung der Kämpfe die Zivilbevölkerung zurückkehren konnte, was sie nach Abzug von Armee und Polizei auch häufig tat.

Die OSZE stellte auch wiederholt fest, wenn sie Meldungen der albanischen Bevölkerung über Massaker und Zerstörungen nachging, dass diese Berichte maßlos übertrieben waren. „*The more*

⁶⁶ KVM/OSZE Berichte Februar/März 1999

⁶⁷ KVM/OSZE Berichte Februar/März 1999, W.O.

drama - the better', seemed to be the prevailing attitude among the Kosovo Albanians during this period." (OSZE-Wochenbericht, Nr. 7 ,S. 2).

Am 26. Februar berichteten Kosovo-Albaner über ein Massaker in einem Dorf nahe der albanischen Grenze. Die Verifikateure fanden weder Tote noch schwere Zerstörungen vor.

Bis Mitte März 1999 hatte die jugoslawische Armee von außerhalb des Kosovo keine nennenswerten Kräfte zugeführt. Allerdings standen an der Grenze der Provinz mehrere tausend Soldaten zum Einmarsch bereit. Eine Erhöhung der Personalstärke im Kosovo um ca. 3.000 Soldaten brachte die am 15. März beschlossene Verlängerung der Wehrpflicht um einen Monat. Die Luftwaffe, die übrigens zu keiner Zeit zur Bekämpfung der UCK eingesetzt worden war, steigerte ab Anfang März ihre Übungstätigkeit. Am 4. März erschien zum ersten Mal eine MIG 29, das modernste Jagdflugzeug im Bestand der jugoslawischen Luftwaffe, über Pristina. Das Auftauchen zunächst noch vereinzelter paramilitärischer Banden, die plünderten und brandschatzten, ließ Schlimmes befürchten.⁶⁸

Beide Seiten verstießen immer häufiger und massiver gegen die Forderungen der UN-Resolutionen und der Oktober-Abkommen. Im OSZE-Monatsbericht vom 24. März 1999 wurden insgesamt 17 Einzelereignisse aufgeführt, die gegen das Gebot eines Waffenstillstandes verstießen. Davon gingen sieben von der UCK und drei von den serbisch-jugoslawischen Sicherheitskräften aus, sieben sind nicht klar einzuordnen. Diese Zahlen sollten nicht so verstanden werden, dass die Ereignisse in ihrer Qualität gleich waren. Sie liegen aber auf der Linie der Beurteilung des Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, die dieser am 14. März vor dem NATO-Rat abgab: Beide Seiten hielten sich nicht an ihre Verpflichtungen, die UCK wäre für eine große Anzahl von Verletzungen der Waffenruhe verantwortlich, die Reaktionen von Armee und Polizei seien durchwegs disproportional.⁶⁹

Der Bürgerkrieg war in seine entscheidende Phase getreten. Zwar hatte die UCK an Stärke gewonnen. Sie war militärisch straff organisiert, mit Handfeuerwaffen ausreichend ausgestattet, verfügte über Fernmeldeverbindungen, hatte Kampf Erfahrung gesammelt, trotzdem war sie der jugoslawischen Armee und der Polizei militärisch immer noch weit unterlegen. Diese hatten mit Infanterieverstärkungen von außerhalb des Kosovo der UCK schwere Verluste zugefügt und diese weitgehend ausgeschaltet, allerdings ohne diese endgültig besiegen zu können. Doch die UCK stand

⁶⁸ OSZE-Bericht vom 24.3.1999, Seiten 34-39

⁶⁹ NATO-Briefing am 14.3.1999

kurz vor ihrem strategischen Ziel. Ein NATO-Luftkrieg gegen die BRJ stand unmittelbar bevor. Damit hatte die UCK die besten Aussichten, den Bürgerkrieg bald zu gewinnen.⁷⁰

An dieser Stelle soll noch etwas ausführlicher darauf eingegangen werden, wie auf der fachlichen Ebene im deutschen Auswärtigen Amt und im deutschen Verteidigungsministerium die humanitäre und die militärische Lage kurz vor dem Beginn der NATO-Luftangriffe beurteilt wurden, da von dieser Seite die heftigsten Befürworter eines Militärschlages in Europa kamen. Man wollte mit den Krieg vermeiden, dass zukünftige Flüchtlingsströme Richtung Deutschland ihren Lauf nehmen. In einer Vorlage des deutschen Auswärtigen Amtes⁷¹ vom 19. März wird behauptet, die Gesamtzahl der Flüchtlinge sei nun um 100.000 höher als „die Vergleichszahlen im Oktober 1998“. Das entspricht nicht den Tatsachen. Denn in der Zahl vom März 1999 sind die Flüchtlinge nach Westeuropa enthalten, die in der Vergleichszahl vom Oktober 1998 fehlten. Tatsächlich haben sich die Zahlen nicht groß verändert. Von diesem „Rechenfehler“ abgesehen, welcher natürlich politische Implikationen hatte, gibt die Vorlage ein differenziertes Bild. Es wird darauf hingewiesen, dass von *„Flucht, Vertreibung und Zerstörung im Kosovo ... alle dort lebenden Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betroffen“* sind. *„Etwa 90 vormals von Serben bewohnte Dörfer sind inzwischen von den Serben verlassen.“* Tatsächlich waren nach UNHCR-Angaben relativ, d.h. bezogen auf die Wohnbevölkerung, mehr Serben (ca. 20 Prozent) als Albaner (ca. 15 Prozent) unter den Flüchtlingen aus dem Kosovo.⁷² Die Situation der Zivilbevölkerung stellt die Vorlage wie folgt dar: *„Die Zivilbevölkerung wird, im Gegensatz zum letzten Jahr, vor einem drohenden Angriff durch die VJ(Vojska Jugoslavie) gewarnt. Allerdings ist laut KVM die Evakuierung der Zivilbevölkerung vereinzelt durch UCK Kommandeure unterbunden worden. Nach Beobachtungen des UNHCR ebnet die VJ die Dörfer entgegen der Vorgehensweise im letzten Jahr nicht völlig ein und zieht ihre Kräfte nach Beendigung ihrer Aktion rasch wieder ab. Nach Abzug der serbischen Sicherheitskräfte kehrt die Bevölkerung meist in die Ortschaften zurück. UNHCR schätzt, dass bisher lediglich etwa 2.000 Flüchtlinge im Freien übernachten müssen. Noch ist keine Massenflucht in die Wälder zu beobachten.“*⁷³

Was die militärische Lagebeurteilung betrifft, so berichtet der deutsche Ex-General Heinz Loquai, der verschiedene Berichte des Militärischen Nachrichtenwesens eingesehen hatte, ausführlich in seinen Recherchen. Diese Berichte beruhten einmal auf den Berichten der OSZE, doch sie

⁷⁰ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt. Seite 51

⁷¹ Cremer Ulrich,/Dieter S. Lutz (Hrsg), Nach dem Krieg ist vor dem Krieg, Hamburg 1999, Seite 219

⁷² Weller Marc, The Crisis in Kosovo 1989-1999, Cambridge 1999, Seite 337

⁷³ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt. W.O, Seite 32

verarbeiteten auch Informationen aus der Luftüberwachung und Erkenntnisse aus dem weiteren Bereich des Nachrichtenwesens. Insgesamt ergibt sich danach für die Zeit unmittelbar vor den NATO Luftangriffen folgendes Bild: Die jugoslawische Armee hatte ihre Personalstärke um etwa 4000 erhöht, im wesentlichen durch die Verlängerung der Wehrpflicht der Soldaten um 3 Monate und die Einberufung einiger hundert Reservisten. Von außerhalb des Kosovo waren kaum personelle Verstärkungen zugeführt worden, obwohl die NATO in ihren wöchentlichen Briefings sehr oft das Gegenteil behauptete. An größerem Waffengerät wurden etwa 20 Kampfpanzer und zehn Schützenpanzer von außerhalb in das Kosovo gebracht.⁷⁴ Die jugoslawische Armee und die Polizei bekämpften Stellungen und Kräftekonzentrationen der UCK. Teilweise sind diese Operationen eine Antwort auf Angriffe der UCK. Nach der Bewertung der Nachrichtenexperte gibt es noch keine Anzeichen für den Beginn einer koordinierten Großoffensive gegen die UCK. Zu einer großangelegten Operation gegen die UCK in gesamten Kosovo seien Armee und Polizei auch noch nicht fähig, hierfür bedürfte es einer umfangreichen Verstärkung durch Infanteriekräfte. In den darauffolgenden Tagen wurde mit weiteren örtlich und zeitlich begrenzten Operationen gegen die UCK gerechnet. Die UCK würde wahrscheinlich weiter versuchen durch ihre bisher angewandte hit-and-run-Taktik Polizei und Militär zu massiven Reaktionen zu provozieren, mit dem Ziel, durch das Ausmaß an Zerstörungen und Flüchtlingen Luftangriffe der NATO auszulösen.⁷⁵

Insgesamt zeigen die Fakten und Bewertungen der Diplomaten und Offiziere auf der Ebene der Experten ein differenziertes Bild, wonach von einer großangelegten Offensive der serbischen Polizei und des serbischen Militärs gegen die UCK noch keine Rede sein konnte. Die Operationen waren örtlich und zeitlich begrenzt. Die Armee hatte bis zu den NATO-Luftangriffen auch nur in sehr begrenztem Maße Personal und Material in das Kosovo zur Verstärkung gebracht. Eine systematische Vertreibung der Zivilbevölkerung hatte noch nicht stattgefunden. Durch die Anwesenheit internationaler Hilfsorganisationen war die Situation der Flüchtlinge nicht ganz so dramatisch wie im Herbst 1998. Drohte trotzdem eine „humanitäre Katastrophe“? Es gab diese humanitären Katastrophen bereits, auf beiden Seiten, bei Albanern und Serben gleichermaßen. Rechtfertigte die Situation aber den Beginn eines Krieges gegen Jugoslawien? Diese Frage war nicht einfach zu beantworten.

⁷⁴ Reiter Erich, Der Krieg um das Kosovo 1998/99, v. Hase&Koehler Verlag, Mainz 2000, Seite 122

⁷⁵ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt. W.O Seite 35

6. Das „Massaker“ von Racak

Das „Massaker“ von Racak beeinflusste den weiteren Verlauf des Kosovo-Konflikts stark und ebnete den Weg in den Krieg gegen die BRJ. Es zeigt sich wieder einmal, wie leicht sich menschliches Leid für politische Zwecke instrumentalisieren lässt.

Racak ist ein Dorf südwestlich von Stimlje, in Zentralkosovo. Ursprünglich wohnten dort etwa 2.000 Menschen, der Ort hatte im Jahr 1999 als eine Hochburg der UCK gegolten. Im Sommer 1998 war die Zivilbevölkerung wegen der anhaltenden Kämpfe zwischen der UCK und den serbischen Sicherheitskräften (in diesem Raum die Sonderpolizei) geflohen. Zur Zeit des Massakers wohnten in Racak noch etwa 400 Einwohner.

Über das Geschehen vor Ort gibt es ausführliche Berichte, die allerdings keine letzte Klarheit über den tatsächlichen Ablauf schaffen. Die folgenden Fakten sind dem OSZE-Spezialbericht entnommen.⁷⁶

In der Region war es am 8. und am 10. Januar zu zwei Überfällen auf Polizeipatrouillen gekommen, bei denen vier Polizisten getötet und zwei verwundet wurden. In Racak selbst gab es eine UCK-Stellung. Am 12. Januar wurden Kräfte der Polizei und der Armee mit Panzern und Artillerie in das Gebiet verlegt. Es kam zu Beschießungen von Ortschaften, zu Feuergefechten mit der UCK, Häuser gerieten in Brand, die Zivilbevölkerung versuchte zu fliehen, wurden aber durch Kontrollposten der serbischen Sicherheitskräfte daran gehindert. KVM-Verifikateure waren in dem Gebiet, hatten aber nur begrenzten Zugang zu den einzelnen Ortschaften.

Am 15. Januar wurden Häuser in mehreren Ortschaften beschossen, die Polizei errichtete Straßensperren. In Racak feuerten Scharfschützen und zwei Panzer auf bewohnte Häuser. Um 15.40 Uhr kam auf Betreiben der OSZE über den jugoslawischen Verbindungsoffizier, General Loncar, der Befehl aus Belgrad das Feuer umgehend einzustellen. Um 16.45 Uhr stellten beide Seiten das Feuer ein, Polizei und Armee zogen ab.

⁷⁶ KVM, Spot Report, Massacre of Civilians in Racak, vom 16. Januar 1999; KVM, Special Report, Massacre of Civilians in Racak, vom 17. Januar 1999, Erklärung des jugoslawischen Außenministeriums vom 17. Januar 1999, Presseerklärung und Bericht Human Rights Watch vom 29. Januar 1999, verteilt durch das Sekretariat der OSZE in Wien am 4. Februar 1999

KVM-Verifikateure gelangten nachmittags nach Racak. Sie sahen im Dorf einen toten und fünf verletzte Zivilisten, darunter eine Frau und einen Jungen mit Schussverletzungen. Bewohner von Racak klagten, Männer seien von den Frauen getrennt worden, 20 Männer seien zunächst gefangengenommen und dann weggebracht worden. Die KVM erhielt außerdem „nichtbestätigte Berichte“ von Dorfbewohnern über weitere Tote in der Umgebung von Racak. Die Verifikateure nahmen die Aussagen auf, sorgten für den Abtransport der Verwundeten und verließen im Einbruch der Dunkelheit das Dorf.

Am 16. Januar frühmorgens begaben sich die KVM-Teams, begleitet von internationalen Menschenrechtsexperten erneut nach Racak. Sie fanden dort insgesamt 40 Tote, darunter eine Frau und angeblich einen zwölf Jahre alten Jungen an verschiedenen Plätzen im und um das Dorf. Fünf Opfer waren von ihren Familien schon weggebracht worden. Über die Art und Weise wie die Opfer umgebracht worden sind, ob es UCK-Kämpfer oder Zivilisten waren, haben sich die Experten nicht geäußert.

Um 13.00 Uhr kam der Leiter der KVM, Botschafter William Walker, mit zwei seiner Stellvertreter am Tatort an. Er wurde begleitet von etwa 30 Journalisten.⁷⁷ Im Ort befanden sich viele UCK-Kämpfer („*heavy presence of uniformed KLA*“).

Nach der Ortsbesichtigung gab Walker in Pristina eine Pressekonferenz. Er drückte sein Entsetzen aus, stellte fest, es habe 45 Tote gegeben, 5 mehr als die Verifikateure festgestellt hatten, darunter drei Frauen und ein Kind. Walker sprach von einem Massaker und einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit und machte hierfür die Sicherheitskräfte der serbischen Regierung verantwortlich. Er forderte die jugoslawische Regierung auf, innerhalb von 24 Stunden eine Untersuchung durch den Internationalen Gerichtshof beginnen zu lassen. Danach sprach Walker mit dem Büro von Milosevic und erhob dort ebenfalls die Forderung nach Untersuchung durch das Haager Kriegsverbrecher-Tribunal.⁷⁸

Am gleichen Tag sprach der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der norwegische Außenminister Vollebaek, mit dem jugoslawischen Außenminister Jovanovic, der behauptete, der OSZE-Bericht sei frei erfunden. Laut den jugoslawischen Experten sei keiner der getöteten Terroristen unter 18 Jahren, und unter den Toten sei keine Frau. Das jugoslawische Innenministerium gab eine Erklärung ab, wonach die Polizei am 15. Januar in Racak eine „terroristische Gruppe“ bekämpft habe. Dabei seien

⁷⁷ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt-Wege in einem vermeidbaren Krieg, Baden-Baden 2000, Seite 46

⁷⁸ W.O

ein Polizist verwundet und „mehrere Dutzend Terroristen“ getötet worden, von denen die Mehrzahl uniformiert gewesen sei. Außerdem wurde der KVM vorgeworfen, sie habe einen Untersuchungsrichter behindert, der sich zum Tatort begeben wollte.

An selben Tag forderte der albanische Außenminister eine Sondersitzung des Ständigen Rats der OSZE und eine Aktion der NATO, die sich in Bereitschaft befand.⁷⁹ Parallel hierzu wandte sich der albanische Ministerpräsident an den Generalsekretär der NATO und erklärte, dass die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft auf dem Spiel stehe und es dringender Maßnahmen bedürfe. Das heißt nichts anderes, als das Tirana die NATO zu Luftangriffen gegen die BRJ aufgefordert hatte.

Am 17. Januar erhob der serbische Präsident Milutinovic schwere Vorwürfe gegen Walker. Er unterstütze Terroristen, setze Lügen in die Welt und behindere die Justiz. Er verstehe sich als Gouverneur des Kosovo. Walker wurde beschuldigt, durch Betreten von Racak ohne Begleitung von serbischen Untersuchungsbehörden das Abkommen zwischen der OSZE und der BRJ verletzt zu haben.⁸⁰ Serbische Staatsmedien bezichtigten den Leiter der KVM, er suche im Auftrag des CIA einen Vorwand für eine NATO-Intervention.

Einer Untersuchung vor Ort stimmte der jugoslawische Außenminister zu. Eine serbische Richterin sollte begleitet von der KVM, aber ohne Polizeieskorte nach Racak fahren. Doch die zuständige Richterin weigerte sich, ohne Polizeischutz diesen Ortstermin durchzuführen.⁸¹ Etwas später begannen wieder Feuergefechte zwischen der UCK und den serbischen Sicherheitskräften.

Der NATO-Rat kam in Brüssel zu einer Sondersitzung zusammen. Der Vorsitzende des Militärausschusses, General Naumann und der NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Clark, sollten nach Belgrad reisen, um von Milosevic die Einhaltung der Vereinbarung vom 25. Oktober 1998 über Truppenbegrenzungen und die einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats einzufordern. In der NATO herrschte Einvernehmen darüber, dass mit den Vorfällen in Racak eine neue Stufe der Gewalt eingetreten sei, auf die reagiert werden müsse.

⁷⁹ Republic of Albania, Ministry of Foreign Affairs, The Minister, Tirana, 16 Januar 1999

⁸⁰ BRJ- Presseerklärung vom 17 Jänner 1999

⁸¹ Loquai Heinz, Der Kosovo-Konflikt-Wege in einem vermeidbaren Krieg, Baden- Baden 2000, Seite 47

Die Eskalation in Gestalt der NATO-Drohungen ging weiter.⁸² Am 18. Januar wurde eine Sondersitzung des Ständigen Rats der OSZE einberufen. Der Amtierende Vorsitzende gab eine Erklärung ab, in der er die angeblich begangenen Grausamkeiten verurteilte und die Schuldzuweisung des Leiters der KVM übernahm. Beide Parteien wurden aufgefordert, die Gewalt zu beenden. Eine Erklärung des Rates kam nicht zustande, weil Russland auch eine Verurteilung der UCK für begangene Gewaltakte forderte. Der amerikanische Botschafter verteidigte Walker und richtete seinerseits heftige Angriffe an die jugoslawische Führung.⁸³

Parallel hierzu begab sich die EU-Troika in das jugoslawische Außenministerium. Die Reaktion des entgegennehmenden Abteilungsleiters auf die Vorwürfe der Gesandten war hart und kompromisslos. Im Verlaufe einer Reaktion auf die vorangegangene Ermordung eines Polizisten habe die Polizei in Racak fünfzig Terroristen getötet. Die Haltung Jugoslawiens zur Befassung des ICTY (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia) müsse bekannt sein. Da es im Kosovo keinen Krieg gebe, gebe es auch keine Kriegsverbrechen und daher auch keine Zuständigkeit für das Haager Kriegsverbrechertribunal. Die Vorwürfe gegen Walker wurden wiederholt.⁸⁴

Was zu erwarten war, geschah dann auch. Der jugoslawische Außenminister erklärte am 18. Januar in einem Schreiben an den OSZE-Vorsitz Walker zur Persona non grata. Er müsse innerhalb von 48 Stunden die BRJ verlassen. Begründet wurde dieser Schritt mit Verletzungen der Bestimmungen der Wiener Konvention von 1961 und des Abkommens zwischen BRJ und OSZE vom 16. Oktober 1998. Doch der Vollzug der Ausweisung wurde schließlich ausgesetzt. Am 20. Januar kam es zu einer Erklärung des UN-Sicherheitsrats, in der die BRJ aufgefordert wurde, die Ausweisung von Walker zu überdenken. Bei der Erarbeitung dieser Erklärung hatte Russland Zugeständnisse gemacht, die hinsichtlich der Befassung des ICTY, selbst für UN-Diplomaten überraschend waren.

Der Brief vom deutschen Außenminister Fischer, der am gleichen Tage im Namen der EU dem jugoslawischen Präsidenten übergeben wurde, spricht von „*der Hinrichtung von 45 unbewaffneten Personen, darunter Frauen und Kinder*“. Er wies die jugoslawische Erklärung für die Vorfälle zurück. Fischer erhob die Forderung, den Beschluss, Walker zur Persona non grata zu erklären, zurückzunehmen, das hätte zu unnötigen Spannungen zwischen den internationalen und jugoslawischen Organisationen im Kosovo geführt. Weiters verlangte er, die Vorfälle von Racak mit internationaler Beteiligung voll aufzuklären, und schloss mit einer deutlichen, diplomatisch verklausulierten

⁸² W.O

⁸³ US-Mission to the OSZE, Statement im Kosovo, 18. Jänner 1999

⁸⁴ Statement from the Foreign Minister of Yugoslavia, 18. Jänner 1999

Aussage: „*Fortdauernde Gewalt und Missachtung der internationalen Gemeinschaft im Kosovo werden die Isolierung der BRJ lediglich vertiefen und zu weiteren Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft führen.*“⁸⁵

Am 22. Januar begannen finnische Gerichtsmediziner unter der Leitung von Professor Dr. Helena Ranta mit der Untersuchung der 40 Toten von Racak am gerichtsmedizinischen Institut der Universität Pristina. Schon zuvor hatten serbische Experten der Universität Belgrad und weißrussische Spezialisten aus Kiev mit der forensischen Untersuchung begonnen.

Die Toten wurden Ende Februar in Racak begraben. Der Chef von KLM Walker sprach zu den 5.000 anwesenden Albanern. Zu einem kurzen Zwischenfall kam es mit dem örtlichen Kommandeur der UCK und drei bewaffneten und uniformierten UCK-Kämpfern. Sie wollten ihren Toten die letzten Ehre als gefallene UCK-Kameraden erweisen. Das gefiel offenbar dem Chef der KLM nicht. Walker forderte sie auf, die Waffen abzulegen. Nachdem sie die Waffen abgelegt hatten, verließen die UCK-Soldaten die Begräbnisstätte. Die serbischen Sicherheitskräfte hielten sich an die Vereinbarung, sich von dem Begräbnis fern zu halten, waren aber in der Nähe präsent. Nach der Beerdigung informierten einige Albaner die OSZE, dass die UCK etwa zehn albanische Männer von dort entführt hätten⁸⁶. Diese Männer im Alter von 15 bis 50 Jahren stünden im Verdacht, für die Serben gearbeitet zu haben. Die UCK bestätigte die Festnahme von acht Personen, die einen Tag später auf Intervention der KVM wieder frei gelassen wurden.

Der Pressesprecher Rugovas, Xhemail Mustafa, lobte am 12. Februar Walker für seinen „*bemerkenswerten menschlichen und diplomatischen Mut*“, indem er die Wahrheit gesagt habe und auf der Seite der Bewohner Racaks und des ganzen Volkes des Kosovo stehe.⁸⁷

Am 17. März legte die Leiterin der finnischen forensischen Experten ihren mit Spannung erwarteten Bericht vor. In Pristina betonte sie, dass die in der Presse veröffentlichte Zusammenfassung ihre persönliche Auffassung wiedergebe.⁸⁸ Dr. Ranta wies wiederholt darauf hin, dass die von ihr vorgelegten Ergebnisse lediglich einen Teil der Gesamtuntersuchung der Ereignisse darstellen. Ihre Gruppe konnte die Untersuchungen ohne irgendwelche Behinderungen durchführen. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

⁸⁵ Loquai Heinz, *Der Kosovo-Konflikt-Wege in einem vermeidbaren Krieg*, Baden- Baden 2000, Seite 55

⁸⁶ OSZE-Bericht vom 3.3.1999. Seiten 23-27

⁸⁷ Loquai Heinz, *Der Kosovo-Konflikt-Wege in einem vermeidbaren Krieg*, Baden- Baden 2000, Seite 57

⁸⁸ Report of the EU forensic expert team on the Racak incident, 17 März 1999

Die untersuchten Toten wurden am 15. Januar 1999 etwa zur gleichen Zeit getötet. Die Opfer waren unbewaffnete Zivilisten. Unter den Toten waren mehrere alte Männer und eine Frau. Es gibt keine Hinweise auf post mortem Manipulationen an den Toten oder Schändungen.

Die medizinische Untersuchung kann kein Urteil abgeben, ob es ein Gefecht gegeben hatte oder die Opfer unter anderen Umständen starben.

Das Urteil, ob es sich um ein Massaker handelte, fällt nicht in die Kompetenz gerichtsmedizinischen Urteils.

Für ein vollständiges Bild über die Ereignisse in Racak bedarf es umfassender kriminalistischer Untersuchungen.

Die EU, in deren Auftrag die finnischen Experten tätig waren, gab am 18. März im Ständigen Rat der OSZE eine Erklärung ab, die keinen Hinweis auf die Schuldigen enthielt und eine umfassende Untersuchung der Geschehnisse forderte. Dagegen behauptete der amerikanische Botschafter bei dieser Gelegenheit, wenn jemals ein Zweifel bestanden habe, dass die BRJ Grausamkeiten in Racak begangen habe, dann sei dieser Zweifel jetzt ausgeräumt. In diesem Zusammenhang stand zumindest fest, dass der Krieg gleich nach dem „Massaker von Racak“ für die Amerikaner unvermeidbar geworden war und die nachfolgenden Verhandlungen in Paris und Rambouillet nichts anderes als eine Farce waren. Für die Clinton-Administration, die den Krieg in Bosnien und Herzegowina miterlebt hatte, und sich die Augen vor den Gräueltaten nicht mehr verschließen wollte, war der entscheidende Grund für eine Kriegserklärung gefunden.

Die serbischen und albanischen Medien berichteten insgesamt korrekt über die Präsentation der Ergebnisse durch Dr. Ranta. Allerdings war auf albanischer Seite eine gewisse Enttäuschung erkennbar. Man hatte wohl erwartet, dass noch während der Verhandlungen in Paris eine klare Schuldzuweisung an die serbischen Sicherheitskräfte erfolgen würde.

Das „Massaker von Racak“ war zweifellos der entscheidende Grund für eine schärfere Gangart der internationalen Gemeinschaft gegenüber der BRJ. Es war die Initialzündung für die Rambouillet-Verhandlungen, die schon damals so formuliert worden waren, dass es für den Frieden wenig Chancen gab. Die NATO verstärkte ihre militärischen Drohungen gegenüber der BRJ. Das Massaker von Racak war in den Augen vieler Beweis für die Notwendigkeit „einer Massenvernichtung“ zuvorzukommen. Es war für die Entscheidungsträger im NATO-Hauptquartier ein weiteres Glied in

der Kette serbischer Gewalttaten und Kriegsverbrechen. Die Fragen zu den Vorfällen in Racak bleiben aber offen, sogar Jahre nach der Beendigung des Krieges:⁸⁹

Die OSZE-Verifikateure trafen am 15. Januar nachmittags vor Ort ein, entdeckten aber offenbar nicht das ganze Ausmaß des angerichteten Blutbads. Wie war das möglich, obwohl ja die Toten am nächsten Tag in oder in unmittelbarer Nähe des Ortes gefunden wurden?

Die Sicherheitskräfte haben sich am 15. Januar nachmittags wieder zurückgezogen. Sie hatten offenbar nichts unternommen, das Massaker zu verbergen?

Weiche Partei hatte ein Motiv, ein „Massaker“ zu begehen oder darzustellen?

Wie erklären sich die unterschiedlichen Zahlenangaben der Toten?⁹⁰

Um wen handelte es sich bei den vor Eintreffen der OSZE abtransportierten Toten?

Wie erklären sich die von den Ergebnissen des finnischen Teams offenbar abweichenden Ergebnisse der weißrussischen Experten?⁹¹

Eine objektive Betrachtung zwingt dazu, das Verhalten des Leiters der KVM, William Walker, für unangemessen und außerhalb des diplomatischen Kanons liegend zu bewerten. Er bewegte sich mit einer Schar von Journalisten vor Ort, ihm war auch die Macht der Bilder bewusst. Er ließ die Toten von der Presse fotografieren bevor irgendwelche seriösen Untersuchungen staatgefunden hatten und nach Aussagen von Zeugen ließ er es zu, dass die Toten mediengerecht in Szene gesetzt wurden. Er hatte es verabsäumt jene Maßnahmen zu ergreifen, die Dr. Ranta in ihrem Bericht als entscheidenden ersten Schritt für die kriminaltechnische Untersuchung bezeichnete, nämlich das Absperren des Gebiets und das Verhindern unerlaubten Zugangs.⁹² Walker richtete seine Anschuldigungen nur aufgrund der Aussagen der Dorfbewohner gegen die jugoslawischen Sicherheitskräfte. Er machte auch, was nicht unwichtig war, falsche Angaben zu den Toten. So ein schikanöses Verhalten konnte sich kein souveräner Staat gefallen lassen. Mit diesen vorschnellen Aussagen und Vorurteilen prägte Walker das Urteil anderer Organisationen und Regierungen, die seine „Feststellungen“ mit fahrlässiger Leichtgläubigkeit ungeprüft übernahmen und zur Grundlage ihrer Politik machten.⁹³

Ziel dieser Arbeit ist es nicht, ein endgültiges Urteil, für die am 15. Jänner 1999 stattgefundenen Ereignisse in Racak zu treffen, vielmehr sind die politischen und vor allem militärischen Folgen zu untersuchen.

⁸⁹ Johnstone Diana, Das Racak-Massaker als Auslöser des Krieges, in Klaus Bitterman/Thomas Deichmann (Hrsg), Wie Dr. Fischer lernte, die Bombe zu lieben, Berlin 1999, Seiten 52-68

⁹⁰ Loquai Heinz, W.O Seite 59,

⁹¹ Rüb Matthias, Kosovo, Seite 123

⁹² Loquai Heinz, W.O Seite 61

⁹³ W.O

Die serbische Führung gab schließlich zu, dass die Toten in Racak auf das Konto der serbischen Sicherheitskräfte gingen. Wie es dazu kam ist nach wie vor unbewiesen. Die internationalen Gremien äußern ihre Schuldzuweisungen mittlerweile zurückhaltender. Die OSZE stellte noch Ende 1999 fest, es sei zu früh, ein abschließendes und definitives Urteil über die tatsächlichen Ereignisse in Racak am 15. Januar 1999 abzugeben.⁹⁴ Hier sollte man erwähnen, dass im Zuge des Milosevic-Prozess in Den Haag, der serbische Ex-Machthaber viele „unangenehme“ Fragen Dr. Ranta gestellt habe. Er wollte eine Verschwörung durch die westlichen Staaten gegen die BRJ nachweisen, von großen „Unregelmäßigkeiten“ und „Verstößen“ bei der forensischen Untersuchung war die Rede. Die Vorwürfe gegen Walker wurden von Milosevic erneut dem Gericht vorgetragen. Diese Verhandlungen hat der Schriftsteller Jürgen Elsässer in seinen Recherchen sehr genau verfolgt.⁹⁵

Thema war jedoch nie eine kriminalistische Untersuchung gewesen, sondern die historische Analyse der Instrumentalisierung des „Massakers“ von Racak, die zu einer enormen Verschärfung des Konflikts führte und als Rechtfertigung für die weitere militärische Eskalation missbraucht wurde. Für die Clinton-Administration, die sehr gut über die Lage im Kosovo Bescheid wusste, war dieser „Massaker“ eine Rechtfertigung für einen Krieg, wie in den nächsten Kapiteln deutlich wird.

7. Die Verhandlungen durch die internationale Gemeinschaft für eine politische Lösung

7.1. Bilaterale Gespräche

Der Kosovo-Konflikt entwickelte sich lange Zeit im Schatten der anderen Kriege in Ex-Jugoslawien. Er zog nur gelegentlich internationale Aufmerksamkeit auf sich. Auch bei den Verhandlungen in Dayton, die einen Friedensvertrag für Bosnien-Herzegowina brachten, spielte der Kosovo keine maßgebliche Rolle. Der Versuch, den dort schwelenden Konflikt zu lösen, hätte wohl eine rasche Vereinbarung nach Beendigung des Krieges in Bosnien Herzegowina verhindert oder zumindest erheblich verzögert. So blieb der Kosovo-Konflikt zwar weiterhin auf der internationalen Tagesordnung, doch zunächst eher unter „ferner liefen“.

⁹⁴ OSZE ODIHR, Kosovo/Kosova, Seite 335

⁹⁵ Mehr dazu in :Elsässer Jürgen, Kriegslügen. Vom Kosovo-Konflikt zum Milosevic-Prozess, Berlin 2004

Die 1989 begonnene Repressionspolitik der Serben gegen die Kosovo-Albaner und deren überwiegend gewaltloser Widerstand gegen die Unterdrückung setzte sich fort⁹⁶.

Für Europa entscheidend war jedoch der ständige Zustrom von Flüchtlingen aus dem Kosovo, weshalb man auch immer wieder das Gespräch mit der jugoslawischen Seite aufgenommen hatte. Als Beispiel sei hier das Treffen zwischen dem deutschen und dem jugoslawischen Außenminister am 23. September 1997 in Wien angeführt. Kinkel machte deutlich, dass Deutschland das Kosovo-Problem wegen des anhaltenden Flüchtlingsstroms und dessen latenten Konfliktpotentials unter den Nägeln brannte. Doch Milutinovic wies eine Einmischung schroff zurück. Das Problem könne allein zwischen Belgrad und den Albanern gelöst werden. Dritte Parteien könnten dabei nichts bewirken und seien im Übrigen auch nicht erwünscht. Dies sei ein prinzipieller unverrückbarer Standpunkt.⁹⁷

Mit Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzungen Ende 1997 wurde der internationale Druck auf die BRJ größer, um sie dazu zu bringen, ihre Repressionspolitik zu beenden und eine politischen Lösung des Konflikts anzustreben. Die Kontaktgruppe schaltete sich mit ihrer ersten Erklärung zum Kosovo am 24. September 1997 in den Konflikt ein. Sie rief beide Seiten zum „friedlichen Dialog“ auf, warnte vor dem Rückgriff auf Gewalt, um politische Forderungen durchzusetzen, und forderte alle Seiten auf, ein „Maximum an Zurückhaltung“ zu üben. Die Außenminister machten ihre Position bezüglich des Status des Kosovo klar: Weder kam eine Unterstützung für die Unabhängigkeit noch eine Tolerierung des Status quo in Frage. Erreicht werden sollte ein verbesserter Status für den Kosovo innerhalb der BRJ, der die Rechte der albanischen Bevölkerung im Einklang mit den OSZE-Standards und der UN-Charta schützen sollte. Als ein erster wichtiger Schritt für eine Verringerung der Spannungen galt der Beginn eines wirklichen Dialogs.⁹⁸ Diese Position der Kontaktgruppe zum Status quo der Provinz blieb die Richtschnur in der darauffolgenden Zeit; sie ging auch in die Resolutionen des Sicherheitsrats ein und wurde die offizielle Grundlage nationaler Positionen.

Eine gemeinsame Initiative des deutschen und des französischen Außenministers am 19. November 1997 versuchte, Präsident Milosevic zu einer Verhandlungslösung zu bewegen, im Gegenzug wurde ein Entgegenkommen im Außenhandel in Aussicht gestellt. Doch die Belgrader Führung wies diese Initiative zurück. Die internationale Politik war durch die zunehmenden Gewalttaten alarmiert. Nach einem Treffen der Kontaktgruppe in Washington im Januar 1998 war klar, dass nun die Kosovo-

⁹⁶ Heinz Loquai, Der Kosovo Krieg..Seite 67

⁹⁷ W.O.

⁹⁸ Weller Marc, The Crisis in Kosovo 1989-1999, Cambridge 1999, Seite 234

Frage neben der Dayton-Implementierung als zweites Thema mit Priorität in der Kontaktgruppe etabliert war. Die Belgrader Führung hatte zu dieser Zeit eine große Chance verpasst, nämlich durch das Angebot eines ernsthaften Dialogs mit der albanischen Seite, vor allem durch politische Zugeständnisse an die gemäßigten Albaner und Zusammenarbeit mit der Kontaktgruppe einen politischen Prozess zur friedlichen Konfliktlösung einzuleiten und durch relativ wenige Zugeständnisse politische Vorteile zu erlangen, insbesondere die allmähliche Integration in die europäischen Polit- und Wirtschaftsstrukturen. Für die jugoslawischen Hardliner reduzierte sich aber offenbar das Problem auf die Bekämpfung einzelner Terroristen. In maßloser Selbstüberschätzung waren sie überzeugt, auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft verzichten zu können und Unruhen im eigenen Haus in Ordnung bringen zu können.⁹⁹

Auf dem Verhandlungswege gab es trotz aller Appelle keinerlei Fortschritte; an der Kriegsfront verschärften sich die Auseinandersetzungen Anfang 1998. Auf der Ministersitzung am 9. März 1998 in London beklagte die Kontaktgruppe das Fehlen jeglichen Fortschritts im Hinblick auf eine politische Lösung. Die Minister verurteilten die exzessive Gewaltanwendung der serbischen Polizei gegen die Zivilbevölkerung und die terroristischen Aktionen der UCK. Die Kosovo-albanische Führung wurde aufgefordert, sich vom Terrorismus zu distanzieren. Diejenigen, die Geld, Waffen und Ausbildung für terroristische Aktivitäten bereitstellten, mussten diese Unterstützung beenden. Es wurden auch Sanktionen gegen Jugoslawien beschlossen und weitere angedroht, falls Belgrad nicht die Forderungen der Kontaktgruppe erfüllen sollte.¹⁰⁰ An dieser Position und den Maßnahmen der Kontaktgruppe zeigte sich eine auch später ablesbare Unausgewogenheit in den Mitteln. Die Kontaktgruppe forderte beide Seiten zu einem friedlichen Konfliktlösungsverhalt auf, doch Sanktionen wurden nur gegen die BRJ verhängt, die Unterstützung für die militanten Kosovo-Albaner, die aus Staaten der Kontaktgruppe selbst kam, wurde zwar verurteilt, aber faktisch geduldet, in dem man dagegen nichts Konkretes unternahm.

Offenbar als Reaktion auf den politischen und wirtschaftlichen Druck aus der Kontaktgruppe lud die Belgrader Führung für den 13. März albanische Politiker zu einem Treffen in Pristina ein, doch diese erschienen nicht. Auch einer erneuten Einladung für den folgenden Tag folgten sie nicht. Die albanischen Führer betrachteten die Gesprächsangebote als „Farce“ und wollten statt dieser Gespräche Verhandlungen mit internationaler Beteiligung über die Unabhängigkeit des Kosovo.¹⁰¹

⁹⁹ Loquai Heinz, Seite 69

¹⁰⁰ Weller Marc . Seite 351

¹⁰¹ Petritsch, Woltgang/Karl Kaser/Robert Pichler, Kosovo, Kosova, Kiagenfurt/ Celovec u.a. 1999, Seite 214

Diese Forderung nach internationaler Vermittlung leiteten die Albaner aus ihrer Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1991 ab. Von diesem Zeitpunkt an hatte der Konflikt nach ihrer Auffassung einen zwischenstaatlichen Charakter und war internationalisiert. Für sie war der Kosovo ein „Staat“ mit allen internationalen Rechten. Um diese Position nicht zu gefährden, lehnte Belgrad wiederum eine internationale Vermittlung ab.

Die fortschreitende Gewalt ließ nun auch den UN-Sicherheitsrat deutlicher in Erscheinung treten. Am 31. März verabschiedete er die Resolution 1160. Darin wird zunächst festgestellt, dass einige Fortschritte erzielt wurden, die jedoch bei weitem nicht ausreichten. Wichtig ist festzuhalten, dass der Sicherheitsrat erklärte, nach Kapitel VII der Charta der UN tätig zu werden. Damit konnten auch Zwangsmaßnahmen ins Auge gefasst werden. Im Kern gab der Sicherheitsrat die Forderungen der Kontaktgruppe wieder, so auch deren Eckpunkte, territorialer Unversehrtheit der BRJ und für das Kosovo einen verbesserten Status, der auch ein erheblich größeres Maß an Autonomie und sinnvoller Selbstverwaltung einschloss. Dieser Gleichklang zwischen Kontaktgruppe und Sicherheitsrat war auch nicht weiter verwunderlich, denn vier Mitglieder der Kontaktgruppe (RU, USA, GB und F) waren gleichzeitig Ständige Mitglieder des Sicherheitsrats.

Am 23. April war die Bevölkerung Serbiens zu einem Referendum aufgerufen worden. Sie sollte darüber entscheiden, ob ausländische Vertreter in die Bemühungen zur Lösung des Kosovo-Problems einbezogen werden sollten. Das Ergebnis war ein 95-Prozent-Votum gegen eine Beteiligung des Auslands. Die Kosovo-Albaner hatten dieses Referendum boykottiert.

Der von der internationalen Gemeinschaft geforderte Dialog wurde auch weiterhin nur sehr zögernd aufgenommen. Am 26. April lud der serbische Vizepräsident den Albanerführer Rugova zu einem Treffen für den 28. April in Pristina ein. Dabei sollten die Modalitäten eines politischen Dialogs vereinbart werden.¹⁰² Doch die Albaner erschienen nicht zu diesem Termin, weil sie die serbische Autorität über die Provinz nicht anerkannten. Unter starkem amerikanischem Druck war Rugova schließlich damit einverstanden, sich mit Milosevic zu treffen¹⁰³. Die UCK sah dies als Verrat an. Am 15. Mai vereinbarten Milosevic und Rugova in Belgrad wöchentliche Arbeitskontakte. Es fand jedoch nur ein einziges derartiges Treffen am 22. Mai in Pristina statt. Die albanische Seite verweigerte weitere Treffen mit dem Argument, dass die Operationen der Sicherheitskräfte im Südwesten des Kosovo ihre Teilnahme daran unmöglich machten.

¹⁰² Weller Marc, Crisis, Seite 352

¹⁰³ Weller Marc, Crisis, Seite 348

Damit war der bilaterale Dialog zum Erliegen gekommen. Die UCK bekräftigte während dieser Zeit immer wieder, dass ihr Ziel die Unabhängigkeit des Kosovo sei, und auch die gemäßigten Kosovo-Albaner hatten dieses Ziel nicht aufgegeben. Ob die Serben zu einem wirklichen politischen Dialog bereit waren, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, da die Kosovo-Albaner die militärischen Aktionen, die ihre Extremisten mitverursacht hatten, zum Anlass nahmen, den kaum begonnen Dialog einzustellen. Nicht ohne Einfluss auf die Dialogbereitschaft der Albaner könnte auch das Verhalten der NATO gewesen sein. Der Aufbau eines militärischen Drohpotentials, das einseitig gegen die Serben gerichtet war, mag die radikalen Albaner ermutigt haben, auf ein militärisches Eingreifen der Allianz zu setzen, wenn sich die Situation weiter verschlechtern sollte. Größtes Hindernis für die Aufnahme eines echten Dialogs war jedoch wohl die albanische Forderung nach internationaler Vermittlung und die serbische Weigerung, diese zu akzeptieren, weil die Belgrader Führung das Kosovo-Problem hartnäckig als eine innere Angelegenheit betrachtete.

7.2. Die Verhandlungen durch US-Botschafter Christopher Hill

Nachdem sich der bilaterale Dialog als Sackgasse erwiesen hatte, suchte die Kontaktgruppe den weiteren Verhandlungsprozess auf der internationalen Ebene fortzusetzen. Sie tat dies jedoch nur halbherzig, ohne auf die Position der BRJ Rücksicht zu nehmen. Der US-Botschafter in Mazedonien, Christopher Hill, ein Vertrauter Holbrookes, wurde mit der Aufgabe eines „facilitators“ betraut. Die Kontaktgruppe betonte, dass eine internationale Beteiligung an dem Dialog ein „wesentlicher Element glaubwürdiger Verhandlungen“ wäre.¹⁰⁴

Zunächst schien es, dass das Kernproblem, die Statusfrage, als erstes behandelt werden sollte. Hill sollte in einer Shuttle-Diplomatie zunächst mit den Parteien ein Grundsatzpapier erarbeiten. Danach sollten auf dieser Grundlage, Verhandlungen über die praktische Umsetzung der Grundsätze beginnen. Nachdem jedoch mit den Parteien die Grundsätze erörtert worden waren, wurde klar, dass man auf diesem Wege nicht weiterkommen würde. Deshalb änderte Hill sein Konzept. Zunächst sollten in einer dreijährigen Stabilisierungsphase „normale“ Bedingungen im Kosovo herbeigeführt und demokratische Institutionen – von unten beginnend - auf allen Ebenen aufgebaut werden. Erst danach sollte die Statusfrage behandelt werden.

Am 3. September 1998 informierte Hill die OSZE in Wien über den Stand der Verhandlungen. Mit einer albanischen Verhandlungsgruppe sei grundsätzliches Einvernehmen über sein neues Konzept

¹⁰⁴ W.O. Seite 238

erzielt worden. Hill stellte die Bedeutung einer internationalen Präsenz während der Implementierungsphase heraus und meinte, die OSZE habe hierbei eine wichtige Rolle zu spielen. Die Verhandlungen würden als informelle Gespräche fortgeführt. Ein Problem sah er in der Zersplitterung der albanischen Seite. Der politische Vertreter der UCK, Demaci, sah in jeder vorübergehenden Vereinbarung eine Kapitulation und sprach sich dafür aus, den Kampf fortzusetzen. Hill legte am 1. Oktober 1998 den Parteien einen ersten formellen und vollständigen Entwurf für ein Interimsabkommen vor.¹⁰⁵ Er klammerte die Statusfrage aus und verlangte von beiden Seiten Kompromisse ab. Eine ausdrückliche Bestätigung der fortgesetzten Souveränität der BRJ oder Serbiens über das Kosovo wurde vermieden. Andererseits schien die staatliche Autorität vor allem bei den Kommunen und nicht auf der Ebene der staatlichen Institutionen des Kosovo zu liegen,¹⁰⁶ obwohl eine Reihe staatlicher Organe für das Kosovo vorgesehen waren. Eine wichtige abschließende Bestimmung bezog sich auf die Dauer der Vereinbarung.

Nach drei Jahren sollte eine umfassende Überprüfung erfolgen. Jede Partei konnte dabei Vorschläge für zusätzliche Schritte einbringen, doch diese Vorschläge sollten nur mit Zustimmung aller Parteien wirksam werden. Ob es sich damit faktisch gar nicht um ein wirkliches Interimsabkommen handelte, weil es nur mit der Zustimmung beider Parteien beendet oder verändert werden konnte,¹⁰⁷ konnte nicht festgestellt werden. Für die Albaner war diese Bestimmung nicht akzeptabel, weil sie die angestrebte Unabhängigkeit unter das serbische Veto gestellt hätte.

Im Rahmen der Holbrooke-Milosevic-Vereinbarung vom 13. Oktober war es offenbar auch zu einer Einigung über Prinzipien einer politischen Lösung gekommen. In diesen Prinzipien,¹⁰⁸ die später noch eine große Rolle spielen sollten, wurde allerdings im Gegensatz zum ersten Hill-Entwurf ausdrücklich darauf verwiesen, dass jede Lösung für den Kosovo die territoriale Integrität und die international anerkannten Grenzen der BRJ beachten müssten. Damit wurde bewusst das Statusproblem thematisiert, und zwar in voller Übereinstimmung mit allen bisherigen Positionen der internationalen Gemeinschaft.

Außerdem wurde ein Zeitplan festgelegt.¹⁰⁹ Von amerikanischer Seite wird dieser politische Teil als einseitige Erklärung bzw. Verpflichtung an Milosevic bezeichnet. Danach sollte bis zum 2. November 1998 ein Abkommen über Kernelemente einer politischen Lösung im Kosovo

¹⁰⁵ Abgedruckt in: Weller Marc, Crisis, Seite 356

¹⁰⁶ W.O. Seite 354

¹⁰⁷ W.O.

¹⁰⁸ Wortlaut W.O. Seite 279

¹⁰⁹ Vgl. W.O. Site 279

fertiggestellt sein; angesichts der jetzt bekannten und damals offensichtlichen Schwierigkeiten ein unrealistisch frühes Datum.¹¹⁰

Am 15. Oktober, als die OSZE in Wien die Einrichtung der OSZE-Mission im Kosovo diskutierte, trat Hill im Ständigen Rat auf. Er erläuterte die Probleme des nach seiner Einschätzung - langen und schwierigen Prozesses zur Befriedung des Kosovo. Von serbischer Seite seien bisher zwar einige Zugeständnisse gemacht worden, wie autonome Regierung im Kosovo, lokale Polizei, begrenzte Amnestie für UCK-Kämpfer und Zulassung finnischer forensischer Experten zur Aufklärung von Verbrechen. Sorgen mache ihm jedoch vor allem die politische Zersplitterung der Albaner, die den Dialog erschwere. Für viele von ihnen sei Autonomie nichts anderes als Unabhängigkeit von der BRJ gewesen. Er versuchte durch die Vereinbarung einer Übergangszeit das Statusproblem zwar zunächst auszuklammern. Doch die Albaner wollten definitiv wissen, was nach dieser Zeit passieren sollte.

Am 2. November gab Hill nach vielen Gesprächen in Belgrad und im Kosovo seinen zweiten Entwurf heraus, der den Status des Kosovo als eigene Entität verbesserte. Das Kosovo sollte danach einen Präsidenten erhalten, wohl ein Zugeständnis an Rugova, der mit dem ersten Entwurf nicht zufrieden gewesen war. Die Rolle der Gerichte wurde präzisiert, ebenso die Befugnisse der Kommunen.

Am 3. November wies die albanische Seite den 1. Hill-Entwurf offiziell als Diskussionsgrundlage zurück und betonte, dass sie erst dann an weiteren Gesprächen teilnehmen wolle, wenn die BRJ die Forderungen der UN-Resolutionen erfüllt habe und dies auch durch eine noch zu gründende internationale Kommission bestätigt worden ist. Die Gespräche sollten zudem in Genf geführt werden. Auch von Seiten der Kosovo-Albaner wurden über den Hill-Entwurf hinaus eigene Prinzipien aufgestellt. Danach müsse ein Abkommen das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung anerkennen. Nach einer Interimszeit sollte ein Referendum durchgeführt werden. Die Albaner machten jedoch auch deutlich, dass der Kosovo bereits Eigenstaatlichkeit und Verfassungsorgane gehabt habe.¹¹¹ Auf Grundlage dieser Position, die eigentlich einen Gegenpol zur Position Hills und der Kontaktgruppe stellte, konnte es zu keiner Einigung kommen. Die Kosovo-Albaner waren somit im Zwist mit der internationalen Gemeinschaft. Sie stellten unerfüllbare Vorbedingungen für die Aufnahme von Gesprächen, sodass deren Verwirklichung auf die lange Bank geschoben werden mussten. Doch auch die Serben hielten sich nicht an den Termin, den 2.

¹¹⁰ W.O. Seite 350

¹¹¹ Weller, Crisis, Seite 369

November, bis zu diesem Zeitpunkt sollte das Abkommen eigentlich schon abgeschlossen sein. Ohne auf den ersten Entwurf Hills reagiert zu haben, reklamierte das jugoslawische Außenministerium am 10. November, es habe einen neuen Plan von Hill noch nicht erhalten.

Bewertet man die inzwischen eingetretene Lage objektiv, so zeigte sich, dass die albanische Seite den ersten Hill-Entwurf rundweg abgelehnt, die jugoslawische Seite sich jedoch überhaupt nicht dazu geäußert hatte.

Auf den zweiten Hill-Entwurf reagierte die jugoslawische Seite mit einem Ablenkungsmanöver, indem sie einen eigenen Entwurf¹¹² vorlegte und darin auf die bereits festgehaltenen Prinzipien rekurrierte. Dieser Vorschlag schob den Albanern außerdem eine für sie inakzeptable Minderheitenrolle zu und konnte daher auch kein ernsthafter Gegenvorschlag sein, der die Verhandlungen hätte voranbringen können.

Erneut in Wien, verließ Hill bei der OSZE am 18. November 1999 seiner Hoffnung Ausdruck, dass er noch vor Weihnachten eine Einigung zwischen Belgrad und den Kosovo-Albanern herbeiführen könne. Es sei nun gelungen, zumindest Teile der Albaner in die Verhandlungen einzubeziehen. Der Entwurf vom 1. November komme den Albanern erheblich entgegen. Er zielle auf eine Struktur innerhalb des Kosovo ab, die für die Albaner attraktiv sein müsse. Zugleich wollte er erreichen, dass sich auch die Serben im Kosovo zu Hause fühlen könnten.

Als schwierigstes noch zu lösendes Problem identifizierte Hill die Polizeistruktur, denn beide Seiten wollten die Polizei kontrollieren. Nach Hills Eindruck genoss Rugova bei einem großen Teil der Kosovo-Albaner Unterstützung. Für die Bevölkerung wäre es wichtig in ihre Dörfer zurückkehren zu können, am künftigen Status des Kosovo liege ihr weniger. Für die Teilnehmer an dieser Sitzung war die Diskrepanz zwischen dem Optimismus Hills bezüglich des Abschlusses eines Abkommens und den von ihm dargelegten großen Problemen auffallend. Man fragte sich, wie in wenigen Wochen ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen erreicht werden sollte.¹¹³

Am 2. Dezember präsentierte der Leiter der albanischen Verhandlungsgruppe, Dr. Agani, eine Stellungnahme zum zweiten Hill-Entwurf. Er erkannte zwar eine Verbesserung dieses Plans gegenüber dem ersten Hill-Entwurf. Den jugoslawischen Vorschlag vom 18. November wies er jedoch strikt zurück. Adem Demaci, der politische Repräsentant der UCK, erklärte am gleichen Tag

¹¹² W.O. Seite 372

¹¹³ OSZE-Bericht. 18.11.1998, Seite 3

auf einer Pressekonferenz in Pristina, die UCK werde ihre Waffen nicht niederlegen, bevor der Kosovo unabhängig sei. Gegen den Hill-Plan machte er zehn grundsätzliche Einwände geltend. Mit einer Interimsperiode erklärte er sich nur einverstanden, wenn der Kosovo während dieser Zeit den Status einer Republik erhalte, eine Forderung, die von der Belgrader Führung keinesfalls akzeptiert werden konnte.¹¹⁴

Am 2. Dezember präsentierte Hill seinen dritten Entwurf, der einige Veränderungen zugunsten der Serben brachte. Beide Seiten wiesen diesen Entwurf zurück. Kurz vor Weihnachten, am 16. Dezember, zeichnete der österreichische Botschafter Petritsch, der Kosovo-Beauftragte der EU, bei der OSZE in Wien ein eher pessimistisches Bild vom Stand der Verhandlungen. Zentrales Problem sei die Heterogenität der Kosovo-albanischen Seite, die sich bisher nicht auf eine Verhandlungsgruppe habe einigen können. Dabei gehe es nicht so sehr um Gegensätze in der Sache selbst. Ziel aller Repräsentanten der Kosovo-Albaner sei die Unabhängigkeit. Eine Bewegung in der Sache hielt Petritsch nur für möglich, wenn von außen massiver Druck auf beide Seiten ausgeübt werde.¹¹⁵

Der Hill-Prozess war zum Stillestand gekommen. Während Hill und seine Mitarbeiter an einem neuen Entwurf arbeiteten, eskalierten im Kosovo die gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Albaner konnten sich weiterhin nicht auf eine gemeinsame Verhandlungsdelegation einigen. Der neue Hill-Entwurf, der sehr viel detaillierter als seine Vorgänger war, die sich hauptsächlich auf den Abzug der jugoslawischen Armee und Polizei bezogen, wurde am 27. Januar 1999 vorgelegt und ging dann unmittelbar in die Rambouillet Verhandlungen ein. Blickt man auf diese Phase zurück, in der versucht wurde, durch Verhandlungen eine politische Lösung zu erreichen, so fällt zunächst auf, dass es sich bei diesem Verhandlungsschema um ein zeitlich gestrecktes und örtlich erweitertes Dayton handelte.

Hill reiste zwischen Belgrad und Pristina hin und her und versuchte, zwischen den unterschiedlichen Positionen zu vermitteln und eine Annäherung der beiden Seiten zu erreichen. Seine Grundhaltung, die Antwort auf die Statusfrage in die Zukunft zu verschieben, scheiterte am Widerstand beider Parteien, die ihre jeweilige Position von Beginn an festschreiben wollten. Die Belgrader Führung beharrte auf dem von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Prinzip der territorialen Integrität und war hier auch nicht bereit, irgendwelche taktischen Zugeständnisse zu machen, um wenigstens verhandlungstechnisch flexibel agieren zu können. Sie verspielte damit erneut durch

¹¹⁴ Loquai Heinz, W.O. Seite 75

¹¹⁵ Petritsch Wolfgang, Kosovo/Kosova; Der Lange Weg zum Frieden, Klagenfurt 2004, Seite 122

Starrsinn und Unbeweglichkeit eine an sich vorteilhafte Position. Denn die eigene Grundsatzposition wurde von der internationalen Gemeinschaft gestützt, während die der Albaner dazu konträr war. Die gesamtserbische Betrachtung, nach der die Albaner in Serbien eine Minorität seien und keine Vorrechte gegenüber anderen Minoritäten haben durften, war jedoch nur dazu geeignet den Verhandlungsfortschritt zu blockieren. Letztlich ist der Hill-Prozess daran gescheitert, dass beide Seiten zu keinerlei substantiellen Kompromissen bereit waren und auch nicht wollten, dass die Statusfrage erst später gelöst werden sollte. Das Hill-Konzept war damit in eine Sackgasse geraten.

Unter dem Schutzschirm der jugoslawischen Intransigenz konnten die Kosovo-Albaner ihre im Gegensatz zur internationalen Gemeinschaft stehenden Grundpositionen weiterverfolgen. Sie spielten dabei sehr geschickt auf unterschiedlichen Ebenen, machten taktische Zugeständnisse, ohne ihr strategisches Ziel, die Unabhängigkeit, des Kosovo, aufzugeben. Dabei erwies es sich als ein enormer Vorteil, dass sie keine einheitliche Position hatten. So konnten die eher Gemäßigten, wie der Kreis um Rugova, taktische Zugeständnisse machen, während die anderen, wie die UCK, Extrempositionen einnahmen. Es war auch für die Albaner von Vorteil, dass keine geschlossene Verhandlungsdelegation auf ihrer Seite zustande kam. So konnten die Hill-Verhandlungen immer wieder verzögert werden. Es ist verständlich, dass dies für die internationalen Verhandler unangenehm war. Doch für die Strategie der Albaner war dies ein großer taktischer Vorteil, den sie ansonsten hätten bewusst erzeugen müssen, was nicht schon durch faktische Heterogenität und persönliche Animositäten ohnehin bestanden hätte. Als es jedoch darauf ankam - Rambouillet vor Augen - bildete das albanische Lager überraschend schnell eine gemeinsame Delegation.

7.3. Die unmittelbare Vorgeschichte von Rambouillet

Nach dem „Massaker von Racak“ wollten die Amerikaner sofort „auf der Basis des noch gültigen „ACTORD“ (Activation Order) mit den Bombardierungen der „Volksrepublik Jugoslawien“ beginnen. Dabei erwarteten sie die Beteiligung der anderen NATO-Staaten. *„Ein politisches Ziel außer dem der Bestrafung war nicht erkennbar.“*¹¹⁶ Man muss hier hinzufügen, dass eine objektive, unparteiische Untersuchung des Sachverhalts noch gar nicht stattgefunden hatte, sondern die Bestrafung der BRJ durch einen Krieg aufgrund eines Anfangsverdachts erfolgen sollte. Dies könnte man auch als internationale Lynchjustiz bezeichnen. Weiterhin ist in Erinnerung zu rufen, dass eine derart begründete Teilnahme an Luftangriffen seitens der NATO-Staaten völlig außerhalb des vom

¹¹⁶ Volmer Ludger, Krieg in Jugoslawien – Hintergründe einer grünen Entscheidung, in: Bündnis 90/Die Grünen, Der Kosovo Krieg, Bonn 1999, Seite 59

EU-Parlament gegebenen Mandats gelegen hätte. Ein so begründeter Krieg wäre ganz eindeutig ein Verstoß gegen alle Normen des Völkerrechts und des Grundgesetzes gewesen.

Nach Volmer, Staatsminister im deutschen Auswärtigen Amt, gelang es jedoch der deutschen Diplomatie, die anderen Außenminister dazu zu bewegen, statt einer schnellen Bombardierung, den Verhandlungsprozess von Rambouillet zu organisieren. Deutschland und Frankreich haben auch den Verhandlungsprozess aus der NATO in die Kontaktgruppe verlagern wollen, um Russland einzubeziehen. Die Amerikaner, so Volmer, seien aber nur unter der Bedingung bereit gewesen, „ihren Ansatz direkter Luftschläge zugunsten des Verhandlungsansatzes aufzugeben, wenn erstens das Verhandlungspaket einen festen unverhandelbaren Kern aufweisen würde und die anderen westlichen Partner zudem bekräftigten, dass „ACTORD“ weiterhin Gültigkeit behielte und sofort angewendet werden könne, wenn der Verhandlungsprozess scheitern sollte. *Dieses Zugeständnis mussten wir machen, um überhaupt den Rambouillet-Prozess in Gang zu bringen.*“¹¹⁷ Betrachtet man diese Schilderung unter den oder erwähnten Umständen, so kann man das ruhig, als eine „Unterwerfung unter eine politische Nötigung“ (Loquai) bezeichnen. Die europäische Politik lieferte sich den USA aus. Die USA verzichteten zunächst auf einen Bestrafungskrieg für eine Tat, für die es noch kein objektives Urteil gab. Sie erhielten dafür Blankovollmacht für einen zukünftigen Bestrafungskrieg, dessen Straftat sie selbst herbeiführen konnten. Sie entschieden und entscheiden nach politischen Gesichtspunkten ihrer Interessenlage. Das Völkerrecht wird allenfalls bemüht, um den politisch motivierten Einsatz vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Und auf diesem Kurs fanden die USA auf der europäischen Führungsebene viele Gefolgsleute.

Die Ereignisse im Vorfeld von Rambouillet sind durch ein Zusammenspiel von NATO und Kontaktgruppe geprägt. Die UN spielten nun durch den Generalsekretär eine der NATO unterstützende Rolle, hatten allenfalls einen indirekten beratenden Einfluss, jedoch kein wirkliches Gewicht. Den europäischen Diplomaten schwebte die Vorstellung eines Dayton II-Arrangements vor, für das Frankreich Schloss Rambouillet zur Verfügung stellen wollte. Die USA schauten mit Misstrauen auf das Treiben europäische Politiker¹¹⁸.

Sondierungen hatten ergeben, dass die Kosovo-Albaner bereit waren, an einer Konferenz teilzunehmen, wenn die territoriale Frage nicht angesprochen und nur ein wirkliches Interimsabkommen als Verhandlungsziel angestrebt wurde. Die BRJ war gewillt, auf der Grundlage der oben erwähnten Prinzipien, die den Integrität der BRJ garantierten, in direkte Verhandlungen mit

¹¹⁷ W.O. Seite 60

¹¹⁸ Loquai Heinz, W.O Seite 75

den Kosovo-Albanern einzutreten, hatte jedoch Bedenken gegen eine Konferenz unter Beteiligung der „UCK-Terroristen“. Beide Parteien schienen jedoch im Prinzip bereit zu sein, der Vorladung nach Rambouillet zu folgen. Aus den schriftlichen Quellen ist nicht ersichtlich, dass es eines besonderen militärischen Drohpotentials oder gar einer Kriegsdrohung der NATO bedurfte, um sie an den Verhandlungstisch zu bekommen.

Die politischen Direktoren der Außenministerien der Kontaktgruppen-Länder kamen am 22. Januar 1999 in London zusammen, um die Konferenz vorzubereiten. Am 26. Januar traf die amerikanische Außenministerin Albright ihren russischen Kollegen in Moskau. In einem ausgewogenen Statement wurde die BRJ aufgefordert, die Anweisungen des UN-Sicherheitsrates nachzukommen und das Abkommen mit der OSZE zu erfüllen. Doch auch von der UCK, deren Provokationen signifikant zu den aufgekommenen Spannungen beigetragen hatten, wurde die Einhaltung von Verpflichtungen gefordert. Die Minister drängten die Parteien, intensiver an einer politischen Lösung zu arbeiten. Die wichtigsten Punkte hierfür, substantielle Autonomie für das Kosovo und Erhaltung der territorialer Integrität der BRJ, wurden wiederholt.¹¹⁹

Albright schien jedoch mit diesem Ergebnis unzufrieden zu sein. Sie hatte wohl gehofft, Ivanov dazu bringen zu können, eine NATO-Führung bei der Implementierung eines Abkommens wenigstens stillschweigend zu tolerieren. Doch der russische Außenminister konnte dem nicht zustimmen. Aus Verärgerung wollte sie dann auch nicht persönlich am Kontaktgruppen-Treffen in London teilnehmen. Nach intensiven Gesprächen mit den Europäern gelang es der US-Diplomatie, unterstützt von Deutschen und den Briten, eine „Doppelstrategie“ durchzusetzen, die Diplomatie und eine glaubhafte Drohung mit Gewalt kombinierte. Auch eine zweite Forderung der amerikanischen Außenministerin, die Befugnis zur Auslösung von Luftangriffen auf den NATO-Generalsekretär zu übertragen, erfüllten die NATO-Partner in der Kontaktgruppe, um Albright nach London zu bekommen. Durch ihre anfängliche Weigerung, an diesem Treffen teilzunehmen, konnte die amerikanische Außenministerin taktisch geschickt einige noch ein wenig zögernde europäische Bündnispartner auf ihren Kurs bringen.¹²⁰

Am 28. Januar 1999 hatte der Generalsekretär der UN einen ungewöhnlichen Auftritt im NATO-Rat. Er verband die Bemühungen der NATO, der Kontaktgruppe und der UN und schien sogar die NATO

¹¹⁹ Weller Marc, Crisis, a.a.O., Seite 414

¹²⁰ Albright, Madam Secretary. Die Autobiographie. München: Verlag:C. Bertelsmann, 2003.Seite 358

zur Anwendung von Gewalt zu ermuntern.¹²¹ Für den Vorsitzenden eines Gremiums, das von der NATO an den Rand gedrängt worden war, war das ein bemerkenswerter Auftritt.

Am 29. Januar beschlossen die Außenminister der Kontaktgruppe über die „Vorladung“ an die Parteien. Die Verhandlungen sollten auf der Grundlage von Prinzipien der Kontaktgruppe geführt werden, die als nicht verhandelbar galten. Diese Prinzipien wurden am Tag darauf spezifiziert, sie ähnelten auf frappierende Weise den bekannten Prinzipien von Hill vom 13. Oktober 1998. Innerhalb einer Woche sollten die Parteien mit den Verhandlungen beginnen, ihre Dauer war auf maximal 14 Tage begrenzt. Der Präsident des UN-Sicherheitsrats stellte sich mit einer Erklärung hinter die Forderungen der Kontaktgruppe.

Der NATO-Rat erhöhte den militärischen Druck auf die Parteien weiter, obwohl es keine rechte Notwendigkeit zu erkennen war, in dem er zwar für Friedens schaffende Möglichkeiten warb, aber deutlich eine Kriegsdrohung aussprach. Der NATO-Generalsekretär übermittelte eine letzte Warnung an die Belgrader Führung und an Rugova, (die UCK hat sich offensichtlich davon nicht betroffen gefüllt) und forderte sie auf, den Forderungen der internationalen Gemeinschaft nachzukommen.¹²² Der jugoslawische Außenminister protestierte beim Präsidenten des UN-Sicherheitsrats und verlangte vergeblich eine Dringlichkeitssitzung. Doch am 6. Februar erschienen schließlich beide Parteien in Paris.

Die Kosovo-Albaner waren endlich dort, wohin sie politisch schon immer strebten. Der Kosovo-Konflikt war nun auch wirklich internationalisiert. Ein wichtiges Zwischenziel auf dem Wege zur Unabhängigkeit war erreicht. Die UCK saß mit am Verhandlungstisch, sie stellte nicht nur ein Drittel der Delegationsmitglieder, sondern auch - für viele westliche Diplomaten überraschend - den Delegationsleiter. Innerhalb eines Jahres hatte die UCK einen anerkannten offiziellen Status erreicht. Man sprach nicht mehr von albanischen Terroristen oder von der so genannten UCK, sondern von der Befreiungsarmee. Die Kosovo-Albaner konnten schon damit hochzufrieden sein.

Die Belgrader Führung musste erneut eine für sie wichtige Position aufgeben. Der Kosovo-Konflikt war nun definitiv keine innere Angelegenheit Serbiens mehr, sondern er war auf der internationalen Bühne. Belgrad hat, wie schon so oft zuvor, eine überwiegend defensive Politik betrieben, sich auf eine formale Rechtsposition gestützt und Zugeständnisse viel zu spät und unter Zwang gemacht. Unter diesen Bedingungen waren dann auch keine Zugeständnisse mehr zu erwarten. Bei den

¹²¹ Weller Marc, Crissis...a.a.D. seite 398

¹²² W.O seite 418

anstehenden Verhandlungen war Belgrad ziemlich auf sich allein gestellt. Russland war allenfalls ein schwacher Verbündeter.

7.4. Der organisatorische Rahmen der Verhandlungen

Die Konferenz wurde am 6. Februar 1999 in Rambouillet mit einer Ansprache des französischen Präsidenten Chirac eröffnet. Die Arbeitssitzungen begannen einen Tag später. Die Dauer der Konferenz in Rambouillet, die zunächst auf eine Woche angesetzt war, wurde zweimal verlängert und endete am 23. Februar 1999. Am 15. März wurden die Verhandlungen in Paris, im Centre Kléber, wieder aufgenommen. Am 19. März wurden sie suspendiert. Als Ko-Vorsitzender der Verhandlungen fungierten der französische Außenminister Védrine als Gastgeber und der britische Außenminister Cook für die Kontaktgruppe, Verhandler waren der Amerikaner Hill, der Österreicher Petritsch und der Russe Majorskij. Die Delegation der Kosovo-Albaner umfasste 16 Teilnehmer, ein Drittel waren Mitglieder der UCK, ein weiteres Drittel ihr nahestehende Personen, Verhandlungsführer wurde das UCK-Mitglied Thaci (formal war er der Leiter der aus, den Vertretern von drei Gruppierungen gebildeten Führungsgruppe). Die serbische Verhandlungsgruppe bestand aus 13 Mitgliedern, deren Zusammensetzung im Laufe der Konferenz wechselte.¹²³ Verhandlungsführer war der stellvertretende serbische Ministerpräsident Markovic. Zwar gehörten auch Experten des jugoslawische Außenministeriums dieser Delegation an, doch sollte sie unter serbisch Führung stehen, um zu betonen, dass es sich nach jugoslawischer Auffassung um ein innerserbisches Problem handelte.¹²⁴ Die Verhandlungen in Rambouillet waren als Klausur konzipiert. Die französischen Organisatoren taten alles, um Kontakte mit der Außenwelt, insbesondere mit den Medien, zu verhindern. Doch die Parteien unterliefen dies mit ihren Mobiltelefonen. Deshalb sah man von diesen vergeblichen Versuchen einer Kontaktsperre in Paris dann ab.

7.5. Die Frage der Implementierung eines Abkommens

Die Kontaktgruppe hatte Bedingungen aufgestellt, die den Parteien vor dem Beginn der Verhandlungen übermittelt wurden und als nicht verhandelbar galten. Das heißt, mit der Teilnahme an den Verhandlungen galten diese Bedingungen als von den Parteien anerkannt. Unter dem Punkt „Implementierung“ heißt es u.a.: „*Teilnahme der OSZE und anderer internationaler Gremien, so*

¹²³ Petritsch Wolfgang, Kosovo/Kosova; Der Lange Weg zum Frieden, Klagenfurt 2004, Seite 187

¹²⁴ Ausführlich zu den Verhandlungsdelegationen: Wolfgang Petritsch u.a. Kosovo/Kosova a.a.O., Seite 279

weit notwendig“.¹²⁵ Diese Formulierung war eine bewusste Täuschung Russlands und der BRJ. Beide mussten durch die ausdrückliche Benennung der OSZE und die eher beiläufige Erwähnung anderer Gremien den Eindruck haben, dass die Implementierung weiterhin zumindest unter der Verantwortung der OSZE überwacht würde. Tatsächlich waren wesentliche Teile des Implementierungsteils, der eine NATO-Truppe vorsah, bereits vor dem Beginn der Verhandlungen formuliert. Auch die albanische Seite war über die Grundzüge informiert. Deshalb hatte sie auch darauf verzichtet, diese für sie essentielle Forderung in ihrer Stellungnahme zur Einladung noch einmal hervorzuheben.¹²⁶

Selbst der zu den drei Verhandlern gehörende russische Diplomat Majorskij hatte keinen Entwurf des Implementierungspapiers in den Händen. Er beklagte sich nach der offiziellen Eröffnung der Verhandlungen noch am 6. Februar 1999 beim französischen Außenminister Védérine, er habe zwar von einem solchen Papier gehört, sei jedoch über den Inhalt nicht informiert. Es ist fraglich, ob ein russischer Diplomat in Rambouillet erschienen wäre, wenn Russland über die Absichten des Westens voll informiert gewesen wäre. Doch für die NATO-Mitglieder der Kontaktgruppe war es wichtig, dass Russland überhaupt in Rambouillet erschien.

Die Täuschung wird zumindest noch einige Zeit fortgesetzt. Im Abkommensentwurf vom 6. Februar steht noch nichts von einer NATO-Verantwortung für die Implementierung.¹²⁷ Allerdings wird die Zuständigkeit der OSZE auf die zivile Implementierung begrenzt. Im Entwurf vom 18. Februar wird überhaupt keine Organisation unter „Implementierung“ genannt.¹²⁸ Im Entwurf vom 23. Februar erscheint dann erstmals ein Kapitel 7. Darin werden im Detail die militärischen Regelungen und Begrenzungen aufgeführt, die gelten sollten. Im Annex A werden Waffenlagerstätten definiert, im Annex B wird der Status der NATO-Truppen festgelegt.¹²⁹ Noch am 16. Februar hatte der Sprecher der Kontaktgruppe bei einer Presseunterrichtung auf die Frage eines Journalisten nach einer NATO-Präsenz im Kosovo geantwortet: *„I don't have any particular information on anything about NATO.*¹³⁰ Am 19. Februar wurde dann das Kapitel 7 über die militärische Implementierung vorgelegt, also zwei Tage vor dem geplanten Ende der Konferenz.

¹²⁵ Weller Marc, Crisis, a.a.O., Seite 417

¹²⁶ Weller Marc, Crisis.a.a.O., Seite 417

¹²⁷ Vgl. ebenda Seite 422

¹²⁸ Vgl. ebenda Seite 434

¹²⁹ Vgl. ebenda Seite 454

¹³⁰ Ebenda, Seite 432

Von deutschen und britischen Politikern wurde wiederholt behauptet, die Verhandlungen könnten gar nicht an der militärischen Implementierung gescheitert sein, weil darüber überhaupt nicht verhandelt worden sei. Dies ist nur die halbe Wahrheit. Richtig ist, dass die Serben eine ausländische militärische Implementierungstruppe von Anfang an strikt ablehnten. Deshalb haben sie es auch verweigert, über Durchführungsdetails einer militärischen Implementierung zu verhandeln ein. Richtig ist auch, dass die USA es zunächst überhaupt abgelehnt haben, über die militärische Implementierung zu diskutieren. Das Implementierungspapier sollte so, wie es war, von den Parteien akzeptiert werden. In Paris waren dann die Stellungnahmen zu den entsprechenden Vertragsbestimmungen auf technische Details begrenzt. Richtig ist auch, dass Russland mit dem Kapitel 7 - militärische Implementierung - nicht einverstanden war und auch Kapitel 2 über die Polizei nicht akzeptierte, weil es Hinweise auf Kapitel 7 enthielt. Der russische Verhandler Majorskij durfte sich daher auch auf ausdrückliche Weisung seines Außenministers nicht an den diesbezüglichen Verhandlungen beteiligen. Dies war den übrigen Verhandlern auch recht; die Hauptsache war, Majorskij blieb in Rambouillet, und ein Eklat wurde vermieden.

In sich widersprüchlich war auch die von den USA als *conditio sine qua non* eingeführte Bedingung, dass das Abkommen und die Implementierungsdokumente als ein unauflösbares Paket gelten und zur gleichen Zeit verabschiedet werden müssten. Im Widerspruch dazu wurde dieses Paket von Anfang an aufgeschnürt, da ja zuerst nur über einen Teilentwurf verhandelt wurde, der die Implementierungsteile nicht enthielt. Diese wurden erst kurz vor Schluss der Verhandlungen auf den Tisch gelegt - ein sehr durchsichtiger Versuch einer Überrumpelungstaktik.¹³¹

Von jugoslawischer Seite wurde durchgängig argumentiert, man musste zunächst über das verhandeln, was implementiert werden solle und dann über die Durchführung der Implementierung. Diese auf Zeitgewinn angelegte Taktik, die logisch begründet war und auch der Eröffnungstaktik der Verhandler entsprach, war zunächst nicht ganz erfolglos. Die Serben verschleppten die Verhandlungen über den politischen Teil und verschoben damit auch die Gespräche über die Implementierung ans Ende der Konferenz. Als auch einige Vertreter der Kontaktgruppe im Aufschnüren des Pakets einige Ungereimtheiten sahen, drohte die amerikanische Außenministerin damit, dass sich die USA dann aus der Implementierung zurückziehen würden. Unter keinen Umständen seien die USA bereit, die politischen und die militärischen Implementierungskapitel zu verschiedenen Zeiten zu verabschieden. Mit dieser Drohung setzten sich die USA auch durch.

¹³¹ Weller Marc, Crisis.a.a.O., Seite 457

Erst zwei Tage vor dem geplanten Abschluss der Konferenz wurde der Plan einer Implementierungstruppe auf den Verhandlungstisch gelegt. Doch beide Konfliktparteien wussten schon vorher, dass die militärische Implementierung von der NATO übernommen werden sollte. Die albanische Seite war darüber schon vor Konferenzbeginn informiert worden, die jugoslawische Seite erfuhr davon spätestens beim Gespräch des deutschen Außenministers mit der serbischen Verhandlungsdelegation am 14. Februar. Fischer machte dabei klar, dass eine NATO-Truppe unerlässlich sei. Auch bei den Gesprächen des Verhandlers Hill am 17. Februar in Belgrad wurde Milosevic diese Forderung präsentiert und betont, dass es ohne eine NATO-Implementierungstruppe kein Abkommen geben werde. Doch nicht minder klar und entschieden war die jugoslawische Antwort: Eine militärische Implementierungstruppe komme nicht in Frage, schon gar nicht eine NATO-Truppe.¹³²

Sicherlich sind die Verhandlungen nicht allein an der Bedingung einer NATO-Implementierungstruppe gescheitert. Aber es ist völlig unstrittig, dass Belgrad zu keiner Zeit bereit war, eine solche NATO-Truppe zu akzeptieren, geschweige denn einzuladen. Die Argumentation, in Rambouillet sei über eine solche Truppe nicht verhandelt worden, „*folglich ist es unsinnig, zu behaupten, an diesem Vorschlag seien die Verhandlungen gescheitert*“¹³³ widerspricht den Tatsachen. Es war ja von vornherein allen klar, dass die Belgrader Führung eine NATO-Implementierungstruppe nicht hinnehmen würde. Sonst hätte man sich doch das ganze diplomatische Manöver mit den Implementierungsteilen sparen können. Bei den Verhandlungen wollten die Serben, da sie ja eine Implementierungstruppe ablehnten, konsequenterweise auch nicht über die technische Durchführung einer Stationierung sprechen. Im übrigen waren die Paragraphen zur militärischen Implementierung keine „Vorschläge“, die sozusagen zur Verhandlung freigegeben waren, sondern eine Vorgabe, die allenfalls im technischen Detail noch verhandelbar war.

Eine eigenartige Variante der Rechtfertigung präsentierten die deutschen Grünen Abgeordneten Beer, Lippelt und Sterzing, als sie feststellten: „*Es ging nie um eine Stationierung von Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Jugoslawien, sondern nur um den Transit durch Teile dieses Gebiets in den Kosovo.*“¹³⁴ Natürlich ging es um die Stationierung von NATO-Truppen auf dem Gebiet der BRJ, denn das Kosovo war ja ein Teil dieses Gebietes. Es ging auch nicht um einen Transit durch die BRJ in ein anderes Land: das Kosovo. Deshalb ist hier auch der Verweis auf das Dayton-

¹³² W.O Seite 458-460

¹³³ Die Zeit 16/1999, Seite 3

¹³⁴ Loquai Heinz, a.a.O, Seite 84

Abkommen fehl am Platz. Dieses Beispiel zeigt entweder die Ignoranz oder die Manipulationsbereitschaft mancher Politiker.

Eine objektive Betrachtung kann gar nicht leugnen, dass die unabdingbare Forderung nach einer NATO-Implementierungstruppe ganz entscheidend zum Scheitern der Verhandlungen beigetragen hat. Alle gegenteiligen Behauptungen gehen an der Realität vorbei und machen der Öffentlichkeit nur was vor.

7.6. Handlungsoptionen der Parteien und die Folgen

Nach dem Verhandlungskonzept der Kontaktgruppe gab es eigentlich nur wenig zu verhandeln. Die wesentlichen Inhalte der angestrebten Friedensvereinbarung waren von den Konfliktparteien zu akzeptieren. Verhandelbar war „nur“ die Ausgestaltung der Prinzipien. Doch auch hier waren, wie die bisherige Verhandlungsgeschichte ja zeigte, heftige Auseinandersetzungen zu erwarten. Letztendlich waren aber die Konfliktparteien mit wenigen Entscheidungsmöglichkeiten konfrontiert. Es ging darum, ob ein am 23. Februar 1999 von den „Verhandlern“ auf den Tisch gelegter Entwurf für ein Interimsabkommen unterschrieben werden sollte oder nicht.

Im Folgenden ist systematisch zusammengestellt,¹³⁵ welche Konsequenzen bei den vier möglichen Konstellationen vorauszusehen waren, die sich ergaben, wenn eine Partei unterschrieb oder nicht unterschrieb.

(1) NATO-Protectorat Kosovo

Faktisch wird das Kosovo mit Zustimmung beider Parteien für einige Jahre zu einem NATO-Protectorat. Es gibt noch einen Rest staatlicher serbischer Autorität im Kosovo sowie eine Restgröße der jugoslawischen Armee von weniger als 3.000 Soldaten zur Grenzsicherung. Das Kosovo hat unter dem Schutz der NATO weitgehende Autonomie und Unabhängigkeit.

(2) NATO-Protectorat Kosovo

Bei alleiniger Zustimmung der BRJ kann die NATO ohne weiteres Truppen im Kosovo stationieren und hätte dies wohl auch getan. Doch die Kosovo-Albaner werden als Verweigerer vor der Weltöffentlichkeit in ein schlechtes Licht geraten. Eine militärische Bestrafungsaktion durch die NATO ist zwar auszuschließen, allerdings würde die UCK an die NATO-Truppen geraten, wenn sie ihre Angriffe fortsetzte.

(3) NATO-Luftkrieg gegen die BRJ

Hier sind eindeutig für die NATO die Voraussetzungen für die Auslösung eines Luftkriegs gegen die BRJ erfüllt, wenn die Albaner unterschreiben und die Serben nicht. Die NATO greift in den Bürgerkrieg gleichsam als die Luftwaffe der UCK ein.

¹³⁵ Loquai Heinz, a.a.O, Seite 84-85

(4) *NATO-Luftangriffe gegen die BRJ ??? Wenn keine Partei unterschreibt!!!*

Nach Ankündigungen der amerikanischen Außenministerin würde es auch in diesem Fall zu NATO-Luftangriffen gegen die BRJ kommen. Doch würden sich hieran evtl. nicht alle NATO-Partner beteiligen. Es könnte eine schwierige politische Situation für das Bündnis entstehen.

Welche Handlungskonsequenzen ergeben sich aus dieser Situation für die Hauptakteure?

Für die BRJ ist keine der Möglichkeiten mit den bisher vertretenen Positionen vereinbar. Einem NATO-Protektorat zuzustimmen, würde eine kampflose Kapitulation bedeuten. Nach den bisherigen jugoslawischen Äußerungen wäre ein Krieg für die BRJ noch eher hinzunehmen als eine kampflose Unterwerfung. Ihr blieb eigentlich nur die Möglichkeit, die Entscheidung verzögern und im Verlaufe der Verhandlungen bessere Ausgangsbedingungen zu schaffen.

Die Verhandlungstaktik der Serben zeigte auch tatsächlich, dass sie auf Zeitgewinn aus waren. Zweimal versuchte die Belgrader Führung eine Veränderung der Bedingungen zu erreichen. Zunächst schlug die serbische Seite während der Verhandlungen vor, die Implementierung einer auf 5.000 bis 6.000 Mitglieder verstärkten OSZE-Mission zu übertragen. Den Verifikateuren könnte auch gestattet werden, leichte Waffen zu tragen. Einen zweiten Vorschlag machte Milosevic in einem Gespräch mit Hill am 17. Februar, als er sich dafür aussprach, für die Implementierung einen gemeinsamen Stab aus NATO und der jugoslawischen Armee zu bilden.¹³⁶ Beide Vorschläge wurden rundweg abgelehnt. Letztendlich mussten die Serben zwischen Krieg und freiwilliger Kapitulation entscheiden. Nach ihren bisherigen Einlassungen konnte es nicht überraschen, dass sie sich für Krieg entschieden.

Doch nicht nur verhandlungsstrategisch waren die Serben in einer ungünstigen Lage, sondern auch verhandlungstaktisch. Auf albanischer Seite arbeiteten englische und amerikanische Berater (Marc Weller dokumentierte als Berater der Kosovo-albanische Delegation sehr ausführlich die Verhandlungen), die die Verhandlungsdokumente gut kannten. So schrieben diese Berater im Namen der Albaner Briefe an ihre Kollegen in der Kontaktgruppe und bei den Verhandlern. Die Albaner erhielten Dokumente auch früher als die Serben. NATO-Vertreter erläuterten ihnen die Teile des Abkommens, die sich mit der militärischen Implementierung befassten.

Die Kosovo-Albaner waren in einer komfortablen Situation. Im Grunde waren alle Möglichkeiten für sie akzeptabel. Die günstigste war die Option 3. In diesem Fall würde der Bürgerkrieg durch den

¹³⁶ Loquai Heinz, a.a.O, Seite 89

Einsatz der NATO-Luftwaffe rasch zugunsten der Albaner entschieden. Das Kosovo wäre dann faktisch unabhängig und von allen Formen jugoslawischer und serbischer staatlicher Autorität befreit. Deshalb war es auch nicht verwunderlich, dass die Kosovo-Albaner konsequent auf diese Option hinarbeiteten. Schlussendlich geschah genau dieses und deshalb waren die Kosovo-Albaner schon damals bei den Verhandlungen als Sieger des Krieges definiert worden.

Für die NATO war die Option 1 die günstigste. Die Allianz hätte beweisen können, dass sie schon durch die Androhung des Einsatzes militärischer Mittel ihre politischen Ziele erreichen kann. Zum 50 jährigen Jubiläum in Washington wäre das Bündnis in ungetrübtem Glanz erstrahlt. Option 2 hätte man ebenfalls hinnehmen können, im Vertrauen darauf, mit den Kosovo-Albanern schon fertig zu werden. Doch auch Option 3 war noch akzeptabel. Die BRJ hätte als allein Schuldiger für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich gemacht werden können. Angesichts der militärischen Kräfteverhältnisse konnte gar kein Zweifel daran bestehen, dass die Allianz den Krieg gewinnen würde. Bei Option 4 wäre es wohl auch zu einem Luftkrieg gegen Serbien gekommen. Eine von den Serben zu verantwortende humanitäre Katastrophe hätte dann als Kriegsgrund dienen können. Doch die Entscheidungsprozesse im Bündnis wären schwieriger geworden. Konflikte zwischen den Bündnispartnern hätten offen ausbrechen können. Aus diesem Grunde kam es für die NATO darauf an, diese für sie ungünstigste Option 4 auf jeden Fall zu vermeiden.

7.7. Letzte Versuche, eine friedliche Lösung zu erreichen

Westliche Politiker wurden nicht müde zu erklären, sie hätten alles getan, um einen Krieg zu verhindern. Man habe *„nichts, aber auch gar nichts unversucht gelassen, eine friedliche Losung des Kosovo-Konfliktes zu erzielen“*.¹³⁷

In Rambouillet war zweifelsohne intensiv verhandelt worden. Auch die Außenminister der Kontaktgruppe hatten sich in die Verhandlungen eingeschaltet und in Gesprächen mit den Konfliktparteien versucht, eine Annäherung der Positionen zu erreichen. Der deutsche Außenminister hatte am 14. Februar, unmittelbar nach Kontaktgruppen-Sitzung in Paris, Gespräche mit der albanischen und der serbischen Verhandlungsdelegation geführt. Die Albaner betonten dabei ihre bisherigen Positionen: NATO-Implementierungstruppe und Unabhängigkeit des Kosovo nach einer Übergangszeit. Der deutsche Außenminister Fischer machte deutlich, dass es für die Forderung nach Unabhängigkeit keine Unterstützung gebe. Im Gespräch mit den Serben warnte Fischer vor

¹³⁷ Deutscher Bundeskanzler Gerhard Schröder am 26. März im Deutschen Bundestag, Protokoll, Seite 2571

einer Fortsetzung der bisherigen jugoslawischen Politik, die zwar taktisch schlaue, doch letztlich kontraproduktiv war und dazu führen würde, dass man den Kosovo ganz verlieren würde und die Serben die Provinz verlassen müssten. Das vorgesehene Interimsabkommen würde die territoriale Integrität erhalten. Die Implementierung des Abkommens müsse durch eine NATO geführte Truppe durchgesetzt werden, die Sicherheit des serbischen Bevölkerungsanteils garantiere. Die serbische Seite machte klar, dass sie dem vorliegenden Abkommensentwurf nicht zustimmen könne. Insbesondere wurde eine militärische Implementierungstruppe abgelehnt. Man konnte sich jedoch eine beträchtliche Verstärkung der OSZE-Mission vorstellen, gegebenenfalls mit leichter Bewaffnung der Verifikateure. Insgesamt zeigten diese Gespräche, dass beide Parteien auf ihren Standpunkten beharrten und sich in der ersten Woche der Verhandlungen keine Annäherung ergeben hatte.

Einen Tag vor Ende der Verhandlungen appellierte der deutsche Außenminister als EU-Ratspräsident in einem Schreiben an den jugoslawischen Präsidenten, sich der Tragweite der anstehenden Entscheidung bewusst zu sein. Er habe die Wahl zwischen Frieden oder innerem Chaos und internationaler Isolation. Fischer beschwor Milosevic, die letzte Gelegenheit zu nutzen und die vorgeschlagene Friedensvereinbarung zu akzeptieren. Für ein Scheitern des Friedensprozesses werde Jugoslawien einen hohen Preis zu zahlen haben. Milosevic wurde eine Revision der Sanktionen in Aussicht gestellt und als erster Schritt die Zulassung der staatlichen jugoslawischen Fluggesellschaft zum internationalen Flugverkehr zugesagt. Innerhalb einer längerfristigen Perspektive die Wiedereingliederung in internationale Kooperationen und Organisationen, was eine wesentliche Verbesserung des jugoslawischen Status bedeutet hätte.¹³⁸ Von jugoslawischer Seite aus betrachtet, konnten diese diplomatischen Zugeständnisse als ein Affront verstanden werden, insbesondere jener, einen vorläufigen Beobachterstatus in der OSTE einzunehmen.

Jenes am 23. Februar in Rambouillet erreichte Ergebnis wurde unterschiedlich interpretiert und bewertet. Von den USA wurde es überwiegend negativ beurteilt. Die Regierung geriet unter Druck. Viele betrachteten Rambouillet als Misserfolg der amerikanischen Diplomatie, man machte Albright dafür verantwortlich. In Russland schien man zufriedener, dass das „Konzept Albright“, die Politik der Stärke und der militärischen Drohungen, offenbar gescheitert war. Ein Teilnehmer an der Konferenz, stellte fest, dass in mancher Hinsicht die Konferenz mehr ein Trümmerfeld als ein großer

¹³⁸ Petritsch Wolfgang, u.a. Kosovo/Kosova, a.a.O. Seite 306

Wurf gewesen sei. Sie wäre ein historischer Fehlschlag gewesen, obwohl man in einer bestimmten Phase gedacht hatte, es könnte ein Erfolg werden.¹³⁹

Anders dagegen stellten sich die Verhandlungen für die unmittelbar Verantwortlichen - den französischen und den britischen Außenminister - dar. Sie zeichneten ein sehr positives Bild des Verhandlungsergebnisses und von den weiteren Verhandlungsaussichten.¹⁴⁰ Petritsch meint sogar, 95 Prozent des politischen Teils des Abkommens seien *de facto* ausgehandelt und die restlichen fünf Prozent erschöpfend behandelt worden.¹⁴¹ *Wie Petritsch zu dieser Bilanz kommt, ist überhaupt nicht nachzuvollziehen.*(Loquai) Nach den Quellen stand außer Zweifel, dass die serbische Delegation noch schwerwiegende Einwände gegen den politischen Teil hatte, wie sie ja auch in ihrer ersten Stellungnahme zum Abschluss der Konferenz deutlich gemacht hatte. Was die serbischen Stellungnahmen vom 23. Februar zum Abschluss der Konferenz betrifft, so wurde damit ein schon beinahe absurdes Spiel getrieben. In einem ersten Brief - veröffentlicht um 13 Uhr - stellte die serbische Delegation zwar große Fortschritte bei den Verhandlungen fest, führte aber dann mehrere wesentliche Bereiche an, in denen noch keine Einigung erzielt werden konnte. Dieser erste Brief, so gab man den Serben zu verstehen, würde als Ablehnung des Vertrages gewertet werden. Darauf wurden um 14.30 Uhr und um 16.00 Uhr, ein zweiter und dritter Brief der Serben, die noch etwas konzilianter waren.¹⁴² Es konnte jedoch kein Zweifel bestehen, dass es auch über den politischen Teil des Abkommens noch erhebliche Divergenzen gab. Der noch kritischere Teil der militärischen Implementierung war überhaupt noch nicht verhandelt worden. Die serbische Seite hatte sich lediglich bereit erklärt, in Paris Ausmaß und Art (*„scope and character“*) einer internationalen Präsenz zu diskutieren.

Die überzogen positive Darstellung des Konferenzergebnisses muss man auch ganz klar in ihrer Funktion als Mittel zur Schuldzuweisung für das absehbare Scheitern der Verhandlungen sehen. So konnte der serbischen Seite leicht ein Zurückweichen hinter dem angeblich bereits gefundenen Konsens vorgeworfen werden.

Am 5. März veröffentlichte Belgrad eine Erklärung des serbischen Präsidenten Milutinovic, der hart und aggressiv Position bezieht. Ein großes durch die USA veranstaltetes Täuschungstheater stehe bevor. Es werde eine Unterschrift unter ein Abkommen verlangt, dessen Hauptteile noch nicht

¹³⁹ Weller Marc, Crisis, a.a.O., Seite 392

¹⁴⁰ W.O. Seite 471

¹⁴¹ Petritsch Wolfgang, u.a. Kosovo/Kosova, a.a.O. Seite 318

¹⁴² W.O. Seite 310

einmal diskutiert worden seien. Den USA, einigen Kontaktgruppen-Ländern und Hill werden Täuschungen, Fälschungen und Manipulationen vorgeworfen. Der Druck, mit dem auf die Stationierung von Truppen hingearbeitet wurde, enthülle die wahren Ziele, nämlich einen strategisch wichtigen Teil Europas unter dem Vorwand zu besetzen, Frieden zu bringen.¹⁴³ Inhalte und Sprache dieser Erklärung machten deutlich, dass mit der jugoslawischen Führung eine Vereinbarung aufgrund des vorliegenden Abkommensentwurfs nicht zu erreichen war.

Die Anstrengungen der USA richteten sich zwischen Rambouillet und Paris vor allem auf die Albaner. Im Auftrag von Albright reiste Senator a. D. Dole nach Pristina (von der Belgrader Führung war er nicht empfangen worden), um die UCK-Vertreter persönlich nach Washington einzuladen.¹⁴⁴ Während man die albanische Seite mit „Zuckerbrot“ lockte, hatte man für die jugoslawischen Gesprächspartner allenfalls hartes, trockenes Brot übrig. Zwar waren die Europäer bereit, bei der Aufhebung der Sanktionen relativ weit entgegen zukommen, doch von Seiten der USA wollte man dies lediglich für einen Teil der Sanktionen zusagen, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Krise im Kosovo verhängt worden waren.

Die deutsche Diplomatie war ebenfalls aktiv, auch in ihrer Funktion als Inhaber der EU-Präsidentschaft. Am 8. März traf der deutsche Außenminister in Belgrad mit der dortigen Führung zusammen. Er wiederholte dabei seine bisherigen Positionen. Von jugoslawischer Seite wurden weitgehende Änderungswünsche für den politischen Teil des Abkommens angemeldet, eine internationale Friedenstruppe wurde weiterhin entschieden abgelehnt. Beide Seiten wichen von ihren Positionen nicht ab, es kam zu keiner Annäherung der wechselseitigen Standpunkte.¹⁴⁵

Am gleichen Tag noch führte Fischer Gespräche mit der Führung der Kosovo-Albaner in Pristina. Diese erklärte ihre Bereitschaft das Abkommen so wie es war zu unterzeichnen und stellten dies auch für die UCK in Aussicht. Sie betonten jedoch auch, sie könnten dem Abkommen nur zustimmen, weil die Herrschaft der Serben über den Kosovo nur von begrenzter Dauer sei und eine NATO-Truppe im Kosovo stationiert werde. Am 9. März warb der deutsche Außenminister in Tirana bei der albanischen Staatsführung für die Unterzeichnung des Abkommens noch vor der Wiederaufnahme der Gespräche in Paris. Wie schon in Pristina am Vortag bezeichnete er es als historischen Fehler, dass die Kosovo-Albaner nicht schon in Rambouillet unterzeichnet hätten, weil damit das bereits aufgebaute Drohpotential nicht genutzt werden konnte und der Druck gegenüber

¹⁴³ Petritsch Wolfgang, u.a. Kosovo/Kosova, a.a.O. Seite 323

¹⁴⁴ Albright, Madam Secretary. Die Autobiographie. München: C. Bertelsmann, 2003. Seite 389

¹⁴⁵ Loquai Heinz. W.O. Seite 82

Belgrad verringert worden sei. Fischer zerstreute die Bedenken seiner albanischen Gesprächspartner in Bezug auf die Implementierung. Man werde sich von einer von der NATO geführten Truppe auf keinen Fall abbringen lassen.¹⁴⁶

Die weitere vergebliche Reisediplomatie ist bei Petritsch ausführlich dargestellt.¹⁴⁷ Auch die Verhandlungen in Paris konnten zu keinem Ergebnis kommen, da keine der Parteien zu einem wirklich großen Schritt auf einen Kompromiss hin bereit war. Die Albaner hatten es dabei leichter, da sie ohnehin in einer günstigen Position waren. Für die Serben bedeutete ein solcher Schritt offenbar die Unterwerfung unter eine Fremdherrschaft, zu der sie jedoch nicht bereit waren.

So hatte auch Holbrooke, als er am 23. März 1999 zu seinem vorerst letzten Treffen mit Milosevic nach Belgrad flog, wohl nicht mit einem Einlenken des jugoslawischen Präsidenten gerechnet. Dieser Besuch hatte auch vielmehr andere Zwecke zu erfüllen. Für Clinton und die amerikanische Regierung kam es darauf an, den noch eher negativ eingestellten Kongress umzustimmen. Denn noch waren viele amerikanische Abgeordnete und Senatoren gegen ein militärisches Eingreifen der NATO. Mit dem Holbrooke-Besuch konnte gezeigt werden, dass man auch wirklich alles getan hatte, um einen Krieg zu vermeiden. Seine persönlicher Eindruck von diesem Treffen mit Milosevic beschreibt Holbrooke so: „....*Milosevic Entspanntheit war gespenstisch. Sechs Stunden saßen wir uns gegenüber und es gab keinen Anzeichen eines Nachgebens...Sie wissen, was passiert, wen ich unverrichtete Dinge wieder weggehen, sagte ich. „Sie werden uns bombardieren“ - war seine Antwort- „na und? Die Supermacht USA kann alles tun. Wenn sie an einem Sonntag sagt, es ist Mittwoch, dann ist es Mittwoch“ Wir wussten beide nicht, wie es nach dem Beginn der Bombardierungen weitergehen sollte. Milosevic letzte Worte waren: „Werden wir uns jemals wieder sehen? Das hängt von ihren Handlungen ab, sagte ich.“*¹⁴⁸

Tatsächlich schwenkte darauf auch die Stimmung in den USA um. Auch für die Verbündeten und die Öffentlichkeit war die erfolglose Holbrooke-Mission ein Beweis für die Unnachgiebigkeit und die Böswilligkeit des jugoslawischen Präsidenten Milosevic. Die europäischen Verbündeten haben sich auch endgültig auf die Kriegsseite geschlagen, obwohl einige NATO-Länder wie Griechenland und Italien große Bedenken geäußert hatten. Auch die frisch dazugekommenen Staaten von Osteuropa waren sehr überrascht, dass sie sich nicht einmal ein Monat nach ihren Beitritt zur NATO Krieg befanden. (vgl. Havel)

¹⁴⁶ W.O. Seite 72-74

¹⁴⁷ Petritsch Wolfgang, u.a. Kosovo/Kosova, a.a.O. Seite 318

¹⁴⁸ Der Spiegel, Das etwas andere Krieg III, 17.1.2000

Die Militärexperten gingen von höchsten drei Wochen Bombardements aus, nach dieser Frist so glaubte man, werde die Belgrader- Führung bereit sein, die NATO-Bedingungen anzunehmen. Die Pläne beruhten von Anfang an, wie in den folgenden Kapitel auch dargestellt wird, hauptsächlich auf Luftangriffen, erst am Ende der Operation wurden Stimmen laut, die auch eine Bodenoffensive verlangten. Schließlich hatte Milosevic nachgegeben und sein Land vor der völligen Zerstörung bewahrt. Die internationale Dimension dieses Krieges wurde erst viel später deutlich und bedarf einer eingehenden historischen Analyse.

TEIL II. IM KRIEG

1. KRIEGSVORBEREITUNGEN

1.1. Eine folgendschwere Nato-Sitzung

Die Sitzung des NATO-Rats am 30. Januar 1999 sorgte nochmals für Dramatik, als die USA und Frankreich wieder aneinander gerieten. Frankreich wollte durchsetzen, dass die Kontaktgruppe ein Votum abgeben sollte, bevor der NATO-Generalsekretär die Luftangriffe auslösen konnte. Dahinter verbarg sich ein prinzipieller Konflikt. Die USA setzten ausschließlich auf die NATO, Frankreich wollte die Kontaktgruppe zumindest einbeziehen. Da fünf der Kontaktgruppen-Staaten ohnehin der NATO angehörten, ging es bei der französischen Forderung vor allem um eine Mitwirkung Russlands im Konsultationsprozess. Doch genau das wollten die USA vermeiden. Der französische Vorstoß war wohl auch gegen Solana gerichtet, da dieser immer offensichtlicher amerikanischen Vorgaben zu folgen schien. Letztendlich setzte sich auch bei dieser etwa zwölfstündigen, für den weiteren Verlauf sehr wichtigen Sitzung die amerikanische Position durch. Die kleineren NATO-Partner hatten ohnehin eine Aversion gegen die Kontaktgruppe, in der sie einen exklusiven Klub sahen, der Entscheidungen traf, die sie dann zu vollziehen hatten.¹⁴⁹ Deutschland tat alles, um nicht in Konflikt mit den USA zu geraten. Den Deutschen ging es vor allem darum, in der Erklärung des NATO-Rats die „humanitäre Katastrophe“ als Legitimationsgrundlage für den Einsatz deutscher Soldaten zu verankern, was ihnen auch gelang. Die USA wollten ursprünglich im Text dieser Erklärung, als Ziel Luftangriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien festgeschrieben haben. Man einigte sich schließlich auf den Kompromiss „Territorium der BRJ“. Diese diplomatische Klausel erweckte den Anschein der Ausgewogenheit, weil sich die Androhung von Gewalt damit auch gegen die UCK richtete. Doch zielte die Drohung faktisch nur auf die BRJ, da, selbst wenn der Wille vorhanden gewesen wäre, die UCK mit Luftangriffen kaum zu treffen war. Albright stellte darin auch nachträglich die Erklärung des NATO-Rats in der Öffentlichkeit richtig, als sie in einer kurzen Presseerklärung nachdrücklich die Entscheidung der NATO unterstützte, Luftangriffe zu autorisieren, „falls Belgrad die Forderungen der internationalen Gemeinschaft nicht erfüllen sollte.“¹⁵⁰

¹⁴⁹ Klaus Naumann, Der nächste Konflikt wird kommen, in: Europäische Sicherheit 11/99 Seite 13.

¹⁵⁰ Weller Marc, Crisis in Kosovo, Cambridge 1999, Seite 416

Schließlich wurde der NATO-Generalsekretär vom NATO-Rat autorisiert, Luftangriffe gegen „das Gebiet der BRJ“ anzuordnen. Diese Entscheidung war erforderlich, weil der Aktivierungsbefehl inzwischen vom NATO-Rat suspendiert worden war und das gleiche Gremium über eine Aufhebung der Suspendierung entscheiden musste. Damit hatte die NATO innerhalb von vier Monaten zum zweiten Mal alle Voraussetzungen für den Beginn eines Krieges gegen die BRJ geschaffen. Nun ging es nicht so sehr um die Abwendung einer humanitären Katastrophe, sondern zunächst darum, die Konfliktparteien zurück an den Verhandlungstisch zu bringen und sie zum Abschluss eines Abkommens zu zwingen, dessen wesentliche Inhalte sie weder kannten, noch in den Verhandlungen beeinflussen konnten. Die NATO hatte sich erneut in eine Situation hineinmanövriert, in der sie ihre Glaubwürdigkeit erst noch unter Beweis stellen musste. Sie war damit zum Erfolg verdammt, wollte sie nicht selbst Schaden nehmen.

Diplomatische Kreise in Brüssel bewerteten das nun Erreichte als einen Erfolg, der durch das Zusammenwirken verschiedener Institutionen, wie der NATO, der Kontaktgruppe, der OSZE und der UNO erreicht worden war. Doch in Brüssel war auch klar geworden, dass die USA Tempo und Richtung des Entscheidungsprozesses bestimmt hatten. Es hatte sich auch gezeigt, dass die USA, nicht zuletzt auch im Zuge der Auseinandersetzungen mit Frankreich, zur Kontaktgruppe auf Distanz gingen. Das Verhältnis zu Russland schien für die USA eher nachrangig zu sein, die UNO bezog man nur dann ein, wenn sie für die eigenen Positionen nützlich sein konnte. Für die USA war es wichtig, so wurde vermutet, eine Lösung der Kosovo-Krise bis zum bevorstehenden NATO-Gipfel in Washington zu finden. Die Inszenierung dieses Ereignisses, auf das Washington schon seit einem Jahr hinarbeitete, durfte nicht im Schatten einer ungelösten Kosovo-Krise stehen.

Die Frage, ob die Kriegsdrohung der NATO völkerrechtskonform war, soll hier nicht behandelt werden. Internationales Recht spielte zu dieser Zeit ohnehin keine entscheidende Rolle mehr. Weller, sicher kein Kritiker der NATO, spricht nach einer ausführlichen Erörterung von einem „*state of legal ambiguity*“.¹⁵¹ Die Leugnung, dass es sich bei den ins Auge gefassten „air operations“ um einen Luftkrieg handelte, machte es einfacher, Fragen nach der völkerrechtlichen Bewertung zur Seite zu schieben.

Anfang/Mitte März 1999 hatten die NATO-Militärs alle ihre Vorbereitungen für militärische Operationen abgeschlossen. Die Evakuierungstruppe in Mazedonien war bereit, die OSZE-Missionen aus dem Kosovo herauszuholen, die Einsatzbereitschaft der Implementierungstruppe war

¹⁵¹ Weller Marc, W.O. Seite 477

hergestellt, die NATO-Luftstreitkräfte konnten innerhalb von 48 Stunden mit Luftangriffen beginnen.¹⁵²

In den Erörterungen des NATO-Rats gewann nun schon die „Luftschläge“ an Bedeutung. Dabei war es das Ziel der USA und Großbritanniens, die Nichteinhaltung von Abkommen, die Ablehnung der Entwürfe von Rambouillet und die Anwendung exzessiver Gewalt durch die serbischen Sicherheitskräfte in den Vordergrund zu stellen. Deutschland stellte jedoch auf die Legitimierungsgrundlage „humanitäre Katastrophe“ ab. In Brüssel war allerdings auch klar, dass sich die Kosovo-albanische Seite ebenso wenig an die Forderungen der internationalen Gemeinschaft hielt wie die BRJ. Dies hatte nicht zuletzt der Vorsitzende des Militärausschusses in einem ausführlichen vertraulichen Bericht festgestellt. Doch Konsequenzen hatte diese Erkenntnis nicht, der militärische Druck richtete sich weiterhin ausschließlich gegen die BRJ.¹⁵³

Nach der Suspendierung der Verhandlungen in Paris liefen im NATO-Hauptquartier bereits die Vorbereitungen für eine Entscheidung und den Übergang von Phase 1 zu den Phasen 2 und 3 der Luftangriffe. Der Entscheidungsdruck ging nun von den USA und den Briten aus, die Entscheidungen über einen Luftkrieg schon auf den NATO-Generalsekretär verlagern wollten, noch bevor dieser Krieg überhaupt begonnen hatte. Die Militärs forderten einen raschen Abzug der OSZE-Mission aus dem Kosovo, während einige Teilnehmerstaaten die OSZE möglichst lange vor Ort halten wollten. Hinter dieser Diskussion stand einerseits die Absicht, durch den Abzug eine deutliche Warnung an die Belgrader Führung zu geben, dass die Vorbereitungen für Luftangriffe in ihr Endstadium getreten waren und nicht mehr viel Zeit zum Einlenken blieb, andererseits wurde die Auffassung vertreten, nach Abzug der KVM könnte sich die humanitäre Lage rapide verschlechtern, da dann die serbischen Sicherheitskräfte vollkommen unkontrolliert agieren könnten. Der Abzug der KVM am 20. März machte das Feld frei für die Luftangriffe und die serbischen Angriffe auf die Albaner.

Am 22. März stimmte der NATO-Rat der Autorisierung des Generalsekretärs zur Auslösung der Stufe 2 der Luftoperationen zu, machte das jedoch auch von einer Zustimmung des NATO-Rats abhängig. Das heißt, das politische Gremium des Bündnisses behielt durchaus die politische Kontrolle über die weiteren Schritte der Eskalation. Eine Presseerklärung wurde verabschiedet, mit der die Luftangriffe begründet werden sollten. Das europäische Dictum, die

¹⁵² Weller Marc, W.O. Seite 481

¹⁵³ W.O. Seite 485

Legitimierungsgrundlage „Abwendung einer humanitären Katastrophe“ aufzunehmen, wurde bereitwillig erfüllt.

Am 23. März unterrichtete Holbrooke den Rat über sein Gespräch mit Milosevic. Dieses Gespräch sei völlig erfolglos gewesen, Milosevic habe sich überhaupt nicht bewegt. Diplomatischen Quellen zufolge hatte sich Holbrooke auf zwei Forderungen konzentriert: Sofortiger Waffenstillstand und Zustimmung zu einer von der NATO geführten Implementierungstruppe. Letzteres habe Milosevic kategorisch abgelehnt, außerdem habe er eine Offensive der jugoslawischen Sicherheitskräfte im Kosovo bestritten.¹⁵⁴ Buchstäblich in letzter Minute hat es noch einen russischen Versuch gegeben, einen Krieg abzuwenden. Primakow soll Holbrooke angeboten haben, mit ihm zusammen in Belgrad mit Milosevic den politischen Teil eines Abkommen auszuhandeln. Holbrooke habe dies auf dem Flug nach Brüssel zurückgewiesen. Der NATO-Rat scheint sich damit nicht mehr befasst zu haben. Diese letzte Sitzung des NATO-Rats vor Kriegsbeginn dauerte ganze 40 Minuten. Eine eingehende politische Bewertung kann es dabei nicht mehr gegeben haben. Ein Insider habe gemeint, es habe die Stimmung „Augen zu und durch“ geherrscht. Gegen 22.30 Uhr begründete Solana vor den Medien seine Entscheidung, die Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte angewiesen zu haben, mit Luftangriffe gegen die BRJ zu beginnen. Der Generalsekretär der UN hatte vorher, voll auf der Linie der NATO, gegenüber Solana in einem Telefongespräch Verständnis für eine solche Entscheidung gezeigt.¹⁵⁵

Der Krieg begann am 24. März 1999. Bis zum NATO-Gipfel am 23. und 2 April in Washington blieb dem Bündnis genau ein Monat Zeit, um den Krieg zu beenden und eine ungetrübte Feier zum fünfzigsten Geburtstag inszenieren zu können. Die Zeit schien ausreichend zu sein, hatten doch Strategen und Politiker in Brüssel damit gerechnet, dass Milosevic in höchstens zwei Wochen in die Knie gezwungen werden könnte.

1.2. Die Konzeption der Luftschläge

Der Begriff „Luftschlag“ ist eine allzu wörtliche und gefällige Übersetzung des Begriffs „air strike“, der im Amerikanischen für „Luftangriff“ steht. In der Endphase des Krieges in Bosnien-Herzegowina hat wohl die Bombardierung militärischer Ziele auf serbischer Seite die Serben an den Verhandlungstisch in Dayton gebracht. Doch wichtig ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen,

¹⁵⁴ Erklärung von dt. Außenminister Fischer am 26.3.1999, (Protokol S. 2584) Berlin

¹⁵⁵ Loquai Heinz, Wege zu einem vermeidbarem Krieg, Seite 105

dass die bosnischen und kroatischen Truppen immer stärker geworden waren. Eine Fortsetzung der NATO-Luftangriffe gegen die Serben hätte das militärische Kräfteverhältnis weiter zum Nachteil der Serben verändert. Man war ganz allgemein davon überzeugt, dass das damals die Serben zum Einlenken bewogen hatte.¹⁵⁶

Die Übertragung dieses „Erfolgskonzepts“ auf den Kosovo-Konflikt geht nicht auf die Militärs zurück, sondern auf Überlegungen von Politikern und Diplomaten, wobei die grundsätzlich andere Lage im Kosovo vernachlässigt wurde. Es schien eben politisch attraktiv, ohne einen verlustreichen Einsatz von Landstreitkräften auskommen zu können.

Zum militärischen Grundwissen eines jeden Stabsoffiziers gehört es, dass Luftangriffe gegen bewegliche und aus guter Deckung heraus operierende Bodentruppen wenig wirksam und risikoreich sind. Derartige Luftangriffe werden daher nur unter besonderen Umständen durchgeführt.¹⁵⁷

Eine entscheidende Schwächung der jugoslawischen Armee und Polizei musste dies konnte gar nicht bezweifelt werden - auch bei noch so massiven Luftangriffen Monate dauern. Vorsichtig drückte dies ein Sprecher des Pentagons am 23. März 1999 aus, als er feststellte, die Luftangriffe könnten länger dauern. In diesen Phasen weisen Vorgehen der NATO, waren ja auch Angriffe auf die zivile Infrastruktur und andere zivile Ziele eingeplant worden. Aber auch bei solchen Angriffe war ein Kriegsende nicht innerhalb von Tagen zu erwarten. Bei sachkundiger Beurteilung der Lage musste klar sein, dass die jugoslawische Armee und die Polizei noch längere Zeit genügend Kräfte und Operationsfreiheit haben würden, um gegen die UCK und die albanische Zivilbevölkerung vorzugehen. Ob die politisch Verantwortlichen diese klare Erkenntnis hatten und sich der daraus ergebenden Konsequenzen bewusst waren, bleibt unklar.

Die Konzeption des Luftkrieges der NATO hatte der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping in seinem Buch erläutert.¹⁵⁸ Danach waren die Luftangriffe in verschiedene Phasen unterteilt worden, um die politische Kontrolle zu erhalten. Denn vor Auslösung jeder Phase musste der NATO-Rat darüber entscheiden. Die verschiedenen Phasen stellten in aufsteigender Folge auch eine Eskalation dar. Mit jeder Phase wurden die Angriffsziele ausgedehnt. Der Übergang von einer

¹⁵⁶ Calic, Marie-Janine, Die Jugoslawienpolitik des Westens seit Dayton, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 34/1999, S. 23.

¹⁵⁷ Naumann, Klaus, Der nächste Konflikt wird kommen, in: Europäische Sicherheit 11/1999, S. 8-2

¹⁵⁸ Scharping, Rudolf, Wir dürfen nicht wegsehen, Berlin 1999. Seite 49

Phase zur anderen bedeutete jedoch nicht, dass damit Ziele der vorhergehenden Phase nicht mehr bekämpft wurden, sondern nur, dass neue Zielkategorien hinzukamen.

Im Einzelnen umfassten die Phasen folgende Maßnahmen und Ziele:¹⁵⁹

Phase 0 - In dieser Phase waren noch keine Angriffe auf die BRJ vorgesehen. Es ging vielmehr um vorbereitende Maßnahmen, auch noch um Maßnahmen die eine politische Signalwirkung haben sollten. Hierzu zählten die Verlegung von NATO-Luftstreitkräften auf Flugplätze, von denen sie Ziele in der BRJ angreifen konnten, die Erklärung von Flugverbotszonen oder Überwachungsflüge außerhalb der BRJ.

Phase 1 - Hier ging es entsprechend den Grundsätzen für die Luftkriegsführung darum, für die NATO-Luftstreitkräfte die Luftüberlegenheit bzw. Luftherrschaft zu erreichen. Als Angriffsziele gehörten hierzu Führungszentren der jugoslawischen Luftwaffe, Radarstationen, Raketenstellungen der bodengestützten Luftverteidigung, jugoslawische Flugzeuge in der Luft und auf den Flugplätzen im Kosovo,

Phase 2 - Hier handelte es sich um eine zweifache Eskalation. Zum einen wurden die Luftangriffe nun bis zu einer Linie südlich von Belgrad ausgedehnt, und es kam zu Angriffen auf militärisch nutzbare Nachschublinien und militärische Infrastruktur wie Kasernen, Waffenlager und Hauptquartiere. Zum anderen sollten nun auch die jugoslawischen Bodentruppen im Kosovo bekämpft werden.

Phase 3 - Diese Stufe sah wieder eine doppelte Eskalation vor. Nun wurden Ziele in ganz Jugoslawien angegriffen, und es wurden Ziele einbezogen, die primär der Versorgung der Zivilbevölkerung dienten, aber natürlich auch gewisser Hinsicht für die Operationen der Sicherheitskräfte wichtig wären. Hierzu gehörten Elektrizitätswerke, Raffinerien, Sendeanlagen von Rundfunk und Fernsehen sowie Betriebe der Rüstungsindustrie im engeren und weiteren Sinne.

Nach Scharping sollten alle „diese Maßnahmen und ihre verschiedenen Phasen die militärische Macht Jugoslawiens brechen, die Möglichkeiten zur Verfolgung, Ermordung oder Vertreibung der Kosovo-Albaner zunehmend einschränken und gleichzeitig jederzeit den Weg für ein politisches Einlenken Belgrads freihalten“. Ohne hier weiter ins Detail zu gehen, kann man feststellen, dass keines dieser Ziele erreicht wurde. Ausschlaggebend für das Einlenken der Belgrader Führung dürfte u. a. gewesen sein, dass durch die Angriffe auf Brücken, Kraftwerke, Raffinerien und Fabriken die Zivilbevölkerung immer mehr in Mitleidenschaft gezogen worden war und wichtige Lebensgrundlagen der serbischen Bevölkerung zerstört wurden.

¹⁵⁹ Eine Kurzdarstellung des dazugehörigen Operationsplans „Phased Air Operations findet sich in dt. Bundesministerium für Verteidigung, Hintergrundinformationen zum Einsatz der Internationalen Staatengemeinschaft im Kosovo und Beteiligung der Bundeswehr, Bonn 1999, S. 6

Neben dem Plan für die schrittweise Eskalation des Luftkriegs gab es noch einen anderen Plan für begrenzte Luftoperationen.¹⁶⁰ Sie sah vor, mit Präzisions-Abstandswaffen von außerhalb, eine begrenzte Zahl von Zielen in Jugoslawien anzugreifen. Zum Einsatz wären vor allem Marschflugkörper gekommen. Die Absicht war es, der Belgrader Führung zu demonstrieren, dass die NATO fest entschlossen war, mit dem Einsatz militärischer Mittel ihre Ziele durchzusetzen. Nach diesen Luftangriffen hätte es eine Pause gegeben, um die politische Wirkung bewerten zu können und der jugoslawischen Seite Gelegenheit zum Einlenken zu geben. Erst danach wäre der Luftkrieg begonnen worden. Es konnte nicht festgestellt werden, weshalb dieser vom NATO-Rat gebilligte Operationsplan nicht zur Anwendung gekommen war. Dieser militärisch-politische Zwischenschritt auf dem Weg zum Krieg wäre vielleicht eine allerletzte Chance gewesen, doch noch eine politische Lösung des Konfliktes herbeizuführen.

1.3.Kriegsziele

Die Politiker rechtfertigten den Krieg, ohne ihn als solchen zu benennen („Militäroperation“, „Schritt“, „Kampfeinsatz“, „Mission“). Belgrad habe der NATO keine andere Wahl gelassen, man sei zu diesem Schritt gezwungen worden, „um weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte im Kosovo zu unterbinden und um eine humanitäre Katastrophe dort zu verhindern“. Nach Scheitern aller Verhandlungen habe man keine andere Wahl gehabt, *„als gemeinsam mit unseren Verbündeten die Drohung der NATO wahr zu machen und ein deutliches Zeichen dafür zu setzen, dass wir als Staatengemeinschaft die weitere systematische Verletzung der Menschenrechte im Kosovo nicht hinzunehmen bereit sind“*.¹⁶¹ Die Demokratien riskierten jetzt „das Leben ihrer Soldaten, um andere Menschenleben zu retten und vor allen Dingen um einen Friedensvertrag durchzusetzen“. Die Politiker nannten eine ganze Reihe von Zielen, die den Einsatz der NATO Soldaten rechtfertigen sollten: „Beendigung von Mord und Gewalt“, die „Würde des Menschen schützen“, Menschenrechte, Freiheit und Demokratie durchsetzen, etwas für „unsere Werte und unsere Ideale tun“, „das Morden zu beenden“.¹⁶²

¹⁶⁰ Eine Kurzdarstellung des Operationsplans „Limited Air Response“ findet w.o Seite 5

¹⁶¹ Loquai Heinz, W.O. Seite 134

¹⁶² W.O. Seite 135

1.4. Die Lage im Kosovo unmittelbar vor Kriegsbeginn

Mit Beginn des Krieges mussten die Regierungen vor den nationalen Parlamenten begründen, warum zwar am 16. Oktober 1998 kein legitimier Grund für einen Kriegsbeginn vorgelegen war, obwohl man damals mit einer drohenden humanitäre Katastrophe und einer hohen Zahl von Flüchtlingen aufgrund des Wintereinbruches rechnen musste, jetzt allerdings ein solcher ohne eine derartige Resolution der UNO begonnen werden sollte.

Der deutsche Bundeskanzler Schröder erklärte dazu: „Mehr als 250.000 Menschen mussten aus ihre Häusern fliehen oder wurden mit Gewalt vertrieben. Allein in den letzten sechs Wochen haben noch einmal 80.000 Menschen dem Inferno, das es dort gibt, zu entrinnen versucht. Der britische Außenminister äußerte sich nicht präzise zur konkreten Situation, der Verteidigungsminister behauptete: *„Die jugoslawische Armee hat im Kosovo - ... - mittlerweile 40.000 Soldaten zusammengezogen. Sie hat über 300 Panzer, über 700 Gefechtsfahrzeuge und über 700 Artilleriegeschütze im Kosovo zusammengezogen. Warum?“*¹⁶³

Andere Hinweise für eine humanitäre Katastrophe lagen nicht vor. Kein Parlamentarier hatte auch nur wenigstens nachgefragt. Die Situation schien offenbar allen Abgeordneten in den Parlamenten der NATO-Länder so klar zu sein, dass sich eine präzise Begründung erübrigte. Symptomatisch war wohl folgende Äußerung eines Abgeordneten: *„Ich habe hier eine Meldung vor mir. Ob sie zutrifft, kann ich noch nicht einmal sagen. Aber wir spüren alle, dass sie zutreffen könnte ...“* (Dr. Wolfgang Gerhardt, F. D. P.)

Eine näheren Betrachtung verdienen die Zahlen, die der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Die Personalstärke der jugoslawischen Armee schätzten Experten des britischen und französischen Verteidigungsministeriums am 23. März auf 16.000 bis 17.000 Mann, einschließlich der Grenztruppen. Am 30. März veranschlagten US-Geheimdienstexperten die Gesamtzahl aus Armee und Polizei nach massiven Verstärkungen in den Tagen zuvor auf 40.000. Nimmt man die Zahlen der nachrichtendienstlichen Experten, dann betrug die Personalstärke der jugoslawischen Armee am 26. März allenfalls 20.000 Mann.¹⁶⁴

¹⁶³ Dt. Bundeskanzler Gerhard Schröder am 16.10.1988 im Deutschen Bundestag, Protokoll, Seiten 2571,2608

¹⁶⁴ Elsässer, Jürgen (Hrsg.), Nie wieder Krieg ohne uns, Hamburg 1999.
Scharping, Rudolf, Wir dürfen nicht wegsehen, Berlin 1999. Seite 84

Bemerkenswert war die zunehmende Verwendung des Begriffs „Völkermord“. Dies wäre eine durch das Völkerrecht fundierte Tatsache, wurde behauptet. Scharping notierte in seinem Tagebuch am 27. März 1999: *„Nach der Konvention der Vereinten Nationen gegen den Völkermord war klar: Im Kosovo wird Völkermord nicht nur vorbereitet, sondern ist eigentlich schon im Gange.“* Nach einer Lageinformation des deutschen Verteidigungsministeriums hat der UN-Sprecher Fred Eckardt am 31. März vor der Presse in New York gesagt, die UNO benutzten das Wort „Völkermord“ gegenwärtig nicht. Doch am 7. April kann Scharping endlich in sein Tagebuch eintragen. *„Außerdem spricht Annan von einem möglichen Völkermord, sagt, die Tagung in Genf stehe unter der dunklen Wolke des Verbrechens des Völkermordes.“*¹⁶⁵

Einen besonderen Einfall hatte der zum linken Flügel der deutschen Sozialisten gerechnete Abgeordnete Gernot Erler, der argumentierte: *„... vielmehr sind die Serben parallel zu den Verhandlungen mit Panzern und Artillerie gegen die Dörfer im Kosovo verstärkt vorgegangen und haben damit den Krieg eröffnet.“* Nach dieser Interpretation führte die NATO also einen Verteidigungskrieg.

Während der Verhandlungen in Rambouillet (Februar) nahmen zwar die Kampftätigkeiten der beiden Konfliktparteien merklich ab, jedoch kam es vermehrt zu Terroraktionen durch Anschläge auf Geschäfte und Kaffeehäuser. Als Folge der vertagten Verhandlungen verstärkte die Führung in Belgrad das Kontingent der Militär- und Sicherheitskräfte im Kosovo und an den Grenzen zum Kosovo auf deutlich auf über 30000 Mann und verstieß damit klar gegen die vereinbarten Obergrenzen¹⁶⁶. Vor allem an der Grenze zu Mazedonien wurden vermehrt Truppen stationiert. Durch die Bildung eines „Cordon sanitaire“, an der Grenze zu Albanien, wurde nicht nur die Bevölkerung aus diesem Raum vertrieben, sondern auch „Manövrierraum“ für die serbischen Kräfte geschaffen. Die Einnahme dieses Verteidigungsstandpunktes bot neben der Abwehr eines potentiellen NATO-Vorstoßes aus Mazedonien auch serbische Wirkungsmöglichkeiten im mazedonischen Grenzraum, z.B. durch Artillerie.

Der NATO-Rat hatte am 12.2.1998 parallel zu den diplomatischen Bemühungen ein Konzept zur Aufstellung einer Friedenstruppe gebilligt. Dieses sah die Entsendung eines 28000—32000 Mann starken Kontingentes in den Kosovo mit Zustimmung der Konfliktparteien auf Grundlage eines Friedensabkommens vor. Die Teilnahme sollte dabei auch Mitgliedern der Partnerschaft für den Frieden (PfF) offen stehen, die bereits in Mazedonien befindliche „Extraction Force“ bildete vorerst

¹⁶⁵ Scharping, Rudolf, Wir dürfen nicht wegsehen, Berlin 1999. Seite 84

¹⁶⁶ FAZ, 22.3.1999, Seite 1

den Rahmen dafür. Bis Mitte März 1999 erfolgte eine Aufstockung dieses Kontingentes auf ca. 10000 Mann, welches aber sowohl vom Mandat als auch vom Umfang und der Zusammensetzung nicht als Interventionsstreitkraft konzipiert war.

Der geschlossene und unbehelligte Abzug der auf 1300 Verifikatoren angewachsenen OSZE - Mannschaft (deutlich weniger, als die ursprünglich geplanten 2000) am 20.03.1999 signalisierte nicht nur das endgültige Scheitern dieser Mission, sondern bildete für die serbische Seite offenkundig das Startsignal zur endgültigen Vernichtung der UCK, dabei wurde auf die Zivilbevölkerung wenig Rücksicht genommen. Trotz großen Engagements und couragiertem Verhalten vieler Überprüfer vor Ort, waren nur örtliche Vermittlungserfolge, z.B. beim Austausch von Gefangenen zu erzielen gewesen.

Im selben Zeitraum hatte die NATO die Vorwarnzeit für ihre Luftstreitmacht von 48 auf wenige Stunden reduziert.¹⁶⁷ General Clark, der Oberkommandierende für Europa, verfügte damit wieder über jene Flotte von 430 Flugzeugen, die auch schon im Oktober des vorangegangenen Jahres für einen Angriff bereitgestanden war.

1.5. Von der NATO-Operation „Allied Force“ bis zum Abzug der serbischen Kräfte

Merkmal dieser Phase war, dass nunmehr alle drei Akteure versuchten, ihre Zielsetzungen durch offensives Vorgehen zu erreichen. Dabei stützten sich die Kosovo-albanische UCK und die jugoslawisch-serbischen Kräfte auf Bodenoperationen, die NATO hingegen beschränkte sich ausschließlich auf den Einsatz ihrer Luftwaffe. Sie vermied dabei eine offene, direkte Zusammenarbeit mit der UCK, wobei sich allerdings in der Realität eine deutliche erkennbare Zusammenarbeit einstellte. Die schwächste Gruppierung war in diesem Verlauf über weite Strecken die UCK, welche vorerst abermals gegen ihre Vernichtung zu kämpfen hatte, mit zunehmender Wirksamkeit der NATO-Luftoperation, aber zu einer wachsenden Bedrohung für die serbischen Kräfte vor allem im Grenzraum zu Albanien wurde. Im Unterschied zu den Kampfhandlungen des Vorjahres bildeten örtliche Selbstverteidigungskräfte nunmehr kein zentrales Element des albanischen Widerstandes mehr. Die forcierte Neustrukturierung der UCK in straffere Organisationsformen schien erfolgreich zu sein und ermöglichte offensichtlich das Erhalten der Kampfkraft auch über eine kritische Phase hinaus.

¹⁶⁷ Die Presse, 22.3.1999, Seite 1

Die NATO operierte gleichzeitig gegen Ziele strategischer Bedeutung auf gesamtjugoslawischen Territorium und gegen taktische Ziele im Kosovo, um die serbische Seite zum Einlenken zu zwingen. Die serbischen Kräfte im Kosovo ihrerseits versuchten, durch Maßnahmen der aktiven und passiven Flugabwehr (Tarnung, Deckung, Auflockerung, Täuschung) die Wirkung der Angriffe zu unterlaufen und ihren Kampf gegen die UCK erfolgreich abzuschließen.

1.6. Die Operation „Hufeisen“ der jugoslawisch-serbischen Militär- und Sicherheitskräfte

Im Fall eines Angriffes entfesselt sich nicht selten ein ungeheures Aggressionspotential, was verantwortlich ist für unvorstellbare Taten, welche in Friedenszeiten undenkbar scheinen. Die Serben betrachteten die Kosovo-Albaner als die Verbündete der Angreifer(NATO) und gingen sowohl auf die UCK als auch auf die Zivilisten, die manchmal von den Kämpfern der UCK nicht zu unterscheiden waren,(nicht alle waren in Tarn-Uniformen gekleidet) mit äußerster Härte vor.

Bis zu den abgebrochenen Verhandlungen in Paris im März 1999 hatten die serbischen Kräfte ihre Grundaufstellung in und außerhalb des Kosovo eingenommen. Der Deckname „Hufeisen“ leitete sich vermutlich aus der Positionierung der Truppen an den Rändern zum Kosovo ab, wo entlang den Kommunikationsachsen Verbände ihre Ausgangsstellung bezogen. Optisch betrachtet ergab sich dabei die Form eines nach Südwesten offenen Bogens (oder Hufeisens), der sich von Montenegro im Nordwesten über Kraljevo im Norden bis Vranje im Südosten spannte. Die Kräfte im Kosovo konzentrierten sich vorerst primär auf die Bewegungslinien, wodurch eine Steuerung der albanischen Flüchtlingsbewegungen und die Vertreibung vermeintlicher UCK-Kämpfer gewährleistet werden sollte. Das Zusammenwirken der im Kosovo befindlichen Kräfte mit den Verbänden außerhalb zu einem Angriff in das kosovarische Gebiet, löste Fluchtbewegungen aus und drängte diese zu den „Kontrolllinien“. Da die UCK den energischen, mit starker Feuerunterstützung vorgetragenen serbischen Vorstößen nichts entgegenzusetzen hatte, blieben ihr nur der Rückzug in leichter zu sicherndes Gelände oder die Flucht nach Nordalbanien als Alternative.

Es erscheint realistisch, dass am Höhepunkt der Auseinandersetzungen Ende Mai 1999 bis zu 50000 Mann auf serbischer Seite im Kosovo eingesetzt waren, die sich nicht von ungefähr zu zwei Drittel aus der Armee und einem Drittel aus dem Sicherheitsapparat des Innenministeriums rekrutierten.¹⁶⁸ Die paramilitärischen Verbände (Arkan-Tiger, Seselj-Banden), deren zunehmende Präsenz im März

¹⁶⁸ Neuer Zürcher Zeitung (NZZ), 3/4.7.1999, Seite 3

maßgeblich den Abzug der OSZE-Verifikatoren mit verursacht hatte,¹⁶⁹ umfassten vermutlich nur wenige tausend Mann, dürften aber vielen Berichten zufolge Hauptakteur der Menschenrechtsverletzungen und Gräueltaten gewesen sein.

Operativ führender Verband auf serbischer Seite war unverändert die 3. Armee mit Kommandositz in Niš, allerdings wurden bereits vor Operationsbeginn auch Verbände der 1. und 2. Armee (vor allem mechanisierte Truppen) zur Verstärkung abgezogen. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die Mehrzahl der präsenten Verbände des jugoslawischen Heeres in die Kampfhandlungen involviert war. Eindeutig anzusprechen waren die 243., 125., 252. und 211. Brigade, die häufig von der NATO als Angriffsziele angeführt wurden. Mit der zunehmenden territorialen Einbeziehung Montenegros in das Kampfgeschehen rückte auch die 2. Armee ins Zentrum des Geschehens. Widerstände gegen die teils gewaltsame Rekrutierung von Reservisten,¹⁷⁰ vermehrte Desertionen, welche zu Bestrafungen der gesamten geschlossenen Formation führten¹⁷¹, sowie erwachender Widerstand der Angehörigen von Soldaten, erinnerte an die Proteste im Frühjahr 1998 und ließen auf die sinkende Moral bei Teilen des Militärs schließen.

Operativ-taktisch waren auf serbischer Seite bis Mitte Mai 1999 folgende Absichten erkennbar:¹⁷²

Schließung/Rückeroberung der UCK-Kommunikationsachsen nach Albanien

Zerschlagen von UCK-Zentren/ Verhinderung eines Zusammenwachsens „befreiter Gebiete“

Verstärkung und Steuerung von Vertreibungsmaßnahmen

Reduzierung der Luftbedrohung durch Aufsplitterung eigener Kräfte

Treffen von Abwehrvorbereitungen v.a. gegenüber Albanien und Mazedonien

Die meisten der serbischen Aktionen erfolgten im Ordnungs- und Größenrahmen eines Bataillons (etwa 700 Mann), das sich aus Kräften des Militärs und der Polizei zusammensetzte. Die Bildung spezifischer Gruppierungen, die von normierten Strukturen abwichen, brachte interne Probleme und senkte das militärische Leistungspotential erheblich. Ein Umstand, der sich möglicherweise bereits bei den erfolglosen Verteidigungsversuchen gegen die UCK-Vorstöße aus Nordalbanien auswirkte

¹⁶⁹ NZZ, 3.5.1999, Seite 2

¹⁷⁰ Die Presse, 20.5.1999, Seite 2

¹⁷¹ NZZ, 20.5.1999, Seite 2

¹⁷² Feichtinger Walter, in: Der Krieg um das Kosovo 98/99, Mainz 2000, Seite 112

und der vermutlich noch viel stärker bei der Abwehr einer NATO-Bodenoffensive zum Tragen gekommen waren.

Das Vorgehen gegen Ortschaften und die Vertreibung der Bevölkerung erfolgte meist „arbeitsteilig“. Als erstes beschoss die Armee die Siedlungen mit schweren Waffen (Artillerie, Granatwerfer, Panzer), anschließend stießen die Kräfte des Innenministeriums mit ihren Spezialfahrzeugen nach und trieb die Bevölkerung aus ihren Häusern. Wie immer wieder berichtet wurde, kamen danach häufig Paramilitärs, terrorisierten die Bevölkerung und verübten unbeschreibliche Gräueltaten.¹⁷³

Der Einsatz von Kosovo-Albanern als „Menschenschilder“ durch zwangsweise Begleitung militärischer Truppenbewegungen oder einzelnen Gruppierung war ebenso Teil der serbischen Kriegsführung, wie Zwangsarbeit zu militärischen Zwecken (z. B. Grabarbeiten für Deckungen). Die UCK ihrerseits forderte die Zivilbevölkerung zum Verlassen des Kosovo auf, wer zurückblieb wurde als Verräter und Kollaborateur bezeichnet und schikaniert, Weigerungen wurden nicht selten auch mit dem Leben bezahlt. Die albanische und die serbische Zivilbevölkerung litten sehr unter diesen Zuständen im Kosovo.

Die Kampfhandlungen am Boden konzentrierten sich auf folgende Regionen:

1. Der Grenzraum zu Albanien, speziell das Gebiet Junik-Morina-Kosare-Decani sowie das Rugova-Tal westlich von Pec.¹⁷⁴ In diesem Gebiet ging es primär darum, die Versorgungs- und Kommunikationsachsen des albanischen Widerstandes zu unterbrechen. Die Kontrolle über diese Räume bildete für die UCK die Voraussetzung, Nordalbanien als Hinterland (Sammel- und Versorgungs-, aber auch Aufmarschraum) nutzen zu können und bestimmte in hohem Maße deren operative Möglichkeiten. Besonders die Grenzgarison Kosare, die bereits Anfang April von der UCK eingenommen werden konnte, war immer wieder Schauplatz heftiger Attacken.¹⁷⁵ Parallel dazu wurden von serbischer Seite Verteidigungsvorbereitungen gegen einen eventuellen NATO-Vorstoß aus Nordalbanien getroffen (Verminungen, Geländeverstärkungen, Sperrmaßnahmen etc.).
2. Ein anderes Gebiet zentraler Relevanz war die Region Podujevo, durch die eine bedeutende Verbindungsachse nach Zentralserbien führte und daher für die serbische Kampfführung sehr wichtig war. Der Kampf um den Westen und Nordwesten von Podujevo währte seit Jahresbeginn, es gelang den serbischen Kräften bis zur Einstellung der Kampfhandlungen im Juni 1999 nicht, die UCK aus diesem Gebiet zu drängen.¹⁷⁶

¹⁷³ NATO Press Conference, 9.5.1999

¹⁷⁴ NATO Press Conference 7.4., 21.4., 29.4., 14.5.1999

¹⁷⁵ NATO Presse Conference 6.5., 16.5.1999

¹⁷⁶ NATO Presse Conference 7.4., 3.5., 14.5.1999

3. Die Drenica-Region stellte unverändert ein Widerstandszentrum der Albaner und somit serbisches Angriffsziel dar. Wochenlange Beschießungen von UCK-Lagern in den Cicavica-Bergen und zahllose Versuche, in dieses Gebiet vorzudringen, zeugten von der Wichtigkeit dieser Position, führten aber zu keinem entscheidenden Erfolg. Neben der operativen Notwendigkeit (Gefährdung der Verbindungslinie Pristina-Kosovska-Mitrovica und der Zugänge in den Westkosovo als Rückzugsraum der UCK) hatte die Inbesitznahme zweifelsfrei auch eine moralisch-propagandistische Komponente beinhaltet, war doch dieses Gebiet der Ausgangspunkt des bewaffneten Widerstandes Ende 1997/Anfang 1998 gewesen¹⁷⁷
4. Heftige Auseinandersetzungen gab es auch um die Region Suva Reka im Zentralraum des Kosovo, eine entscheidende Bewegungsachse von Pristina nach Prizren¹⁷⁸. Auch hier konnte die UCK trotz vielfacher serbischer Vorstöße bis zuletzt ihre Positionen halten.

Insgesamt war festzustellen, dass die Wirksamkeit der Operation 'Hufeisen' gegen die UCK infolge der direkten Luftattacken der NATO, deren mittelbaren Auswirkungen spürbar waren - wie Treibstoffmangel, Kommunikationsprobleme, sinkende Moral etc. sowie die zunehmenden Überfälle der UCK - sukzessive nachließ. Die Vertreibungen der Kosovo-Albaner bis zur Einstellung der Kampfhandlungen am 09.06.1999 dauerten an, sie konnten durch die Luftangriffe der NATO zwar gebremst, nicht jedoch sofort gestoppt werden.

1.7. Verteidigungsanstrengungen und einsetzende Gegenoffensive der UCK

Schon bei den Verhandlungen von Rambouillet im Februar 1999 unter dem Kosovo-albanischen Delegationsleiter Thaci war klar, dass die UCK den politischen Führungsanspruch über die Albaner im Kosovo erhob. Zwar wurde einer möglichen Übergangsregierung für den Kosovo, an der Spitze mit Präsident Rugova – der in Belgrad festgehalten wurde - die Zusammenarbeit angeboten, allerdings schien Rugova in den eigenen Reihen zunehmend ins politische Abseits zu geraten. Ideologische Differenzen innerhalb der Widerstandskämpfer wurden bis zuletzt vom gemeinsamen Kampf gegen Serbien überdeckt, lediglich der aus Deutschland agierende Premier der Exilregierung Bukoshi versuchte hartnäckig, durch die Bildung einer eigenen Formation, der so genannten 'Skanderbeg-Brigade', ein Gegengewicht zur UCK zu etablieren.¹⁷⁹ Hauptsächlich ging es im Streit mit der UCK um die beträchtlichen Finanzmittel, die Bukoshi von den Kosovo-Albanern im Ausland gesammelt und verwaltete hatte, aber der UCK beharrlich den Zugriff auf diese Gelder verweigerte.¹⁸⁰

¹⁷⁷ BBC Monitor Service: Central Europe & Balkan from 23.4., 18.5.1999

¹⁷⁸ NATO Conferense from 2.5., 14.5.1999

¹⁷⁹ Die Presse, 21.4.1999, Seite 4

¹⁸⁰ Presseconference in Wien, Aussage von Sabri Kicmari (Regierung Kosova) am 4.5.1999

Die bereits im Vorjahr eingeleitete territoriale Aufgliederung des Kosovo in operative Zonen und die Einnahme von Brigade-, Bataillons- und Kompaniegliederungen schien im März 1999 soweit fortgeschritten und erfolgreich zu sein, dass eine endgültige Vernichtung durch serbische Verbände verhindert und der Zusammenhalt zumindest von Teilen der Kämpfer auf albanischer Seite in bestimmten Gebieten gewahrt werden konnte. An der Spitze der UCK agierte der vermutlich aus 20 Personen bestehende Zentralstab, der die Führungsebene bildete. Die militärische Führung wurde im April 1999 Agim Ceku übertragen, einem erfahrenen Offizier der ehemaligen Jugoslawischen Volksarmee, der ab 1991 in der kroatischen Armee äußerst erfolgreich gedient hatte¹⁸¹ Er löste damit Suleiman Selimi ab, offensichtlich handelte es sich bei dieser Maßnahme um die „Korrektur“ einer einsamen Entscheidung des damaligen politischen Vertreters Demaqi während der Verhandlungen in Rambouillet, die nicht mit der gesamten UCK - Führung koordiniert worden war.

Die Zielsetzung der UCK bestand seit Beginn der Operation „Hufeisen“ durch Belgrad primär darin, sich der Vernichtung zu entziehen, die Kampfkraft zu erhalten beziehungsweise auszubauen. Der Schutz der eigenen Bevölkerung war dabei das vorrangige Ziel, konnte aber nur in stark begrenztem Umfang wahrgenommen werden. Das Öffnen und der Ausbau der Kommunikationsachsen nach Nordalbanien waren im gesamten Konfliktverlauf für die UCK von vitaler Bedeutung. Die Gesamtstärke der UCK dürfte eigenen Angaben zufolge im Mai 1999 höher als 25000 gewesen sein, das Rekrutierungspotential zusätzlicher Kämpfer bewegte sich angeblich in derselben Größenordnung.¹⁸² Bei der Bewaffnung hatte sich in der Endphase der Auseinandersetzung zwar möglicherweise eine Verbesserung sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht ergeben, diese schlug sich jedoch nicht in den erzielten Ergebnissen nieder. Die UCK forderte in diesem Zusammenhang immer wieder die Aufhebung der über Jugoslawien - und somit auch über die Guerilla - verhängten Waffenembargos, allerdings nur für die eigene Seite.

In den Kampfzonen agierte die UCK defensiv-reaktiv, um ihre Zielsetzungen zu erreichen. Besonders in den Operativen Zonen 1 Drenica, 2 Pashttrk, 3 Dukagjin und 5 Liap kam es immer wieder zu heftigen serbischen Angriffen, denen die UCK nur wenig entgegenzusetzen hatte. Der rechtzeitige Rückzug in Geländeteile, die eine Defensivposition begünstigen konnten, wie z.B. westlich Podujevo das Cicavica-Gebirge nordwestlich von Pristina oder die Region Malisevo/Stimi, garantierte das Überleben der Kämpfer und konnte auch als aus dem Vorjahr gezogene Lehre interpretiert werden. Damals hatte die UCK versucht, dem serbischen Ansturm in Ortschaften oder offenen Geländeabschnitten zu trotzen und wäre dabei fast zur Ganze aufgerieben worden. Das

¹⁸¹ NZZ, 4.5.1999, Seite 2

¹⁸² Die Presse 4.5.1999, Seite 2

Rugova-Tal westlich von Peč - eine Verbindungsachse vom Kosovo über Montenegro nach Nordalbanien - konnte Ende April 1999 gegen die starken serbischen Angriffe nicht mehr gehalten werden, jedoch dürfte die UCK rechtzeitig ins unwegsame Gelände ausgewichen sein und anschließend eine permanente Bedrohung für die Militär- und Sicherheitskräfte dargestellt haben.¹⁸³

Mit steigender Einschränkung der serbischen Bewegungsfreiheit als Folge der NATO -Luftoperation gelang es der UCK zunehmend, kleinere serbische Formationen und Einzelfahrzeuge in Hinterhaltsaktionen und Überfällen anzugreifen und empfindlich zu treffen. In den Widerstandszentren fanden auch zahlreiche Inlands vertriebene Albaner Zuflucht vor Verfolgung, so z.B. in dem Gebiet westlich von Podujevo und im Zentralraum nördlich von Suva Reka.

Wiederholt suchte die UCK-Führung im Konfliktverlauf offen die Zusammenarbeit mit der NATO und bot sich als Alternative zu NATO-Bodentruppen an.¹⁸⁴ Bis zuletzt scheute die Allianz offiziell diese Kontakte und berief sich auf den ausreichenden Erfolg ihrer Luftangriffe. In der Realität allerdings ergab sich die Zusammenarbeit zwangsläufig, da serbische Truppenkonzentrationen gegenüber der UCK automatisch zu einem potentiellen Ziel der Piloten wurden. Besonders deutlich wurde dies bei Angriffen in der Grenzregion zu Albanien, führte allerdings auch zu Verwechslungen, wie der Angriff auf Kosare zeigte. Bei dieser Aktion griffen NATO-Flugzeuge einen Grenzstützpunkt an, der sich schon längere Zeit in Händen der UCK befunden hatte, dabei wurden sieben Albaner getötet und 15 weitere verletzt.¹⁸⁵

In der zweiten Maihälfte bzw. Anfang Juni 1999 gelang es der UCK, von nordalbanischer Seite heraus zwei Einbrüche in den Westkosovo zu erzielen. Ein Stoß erstreckte sich dabei aus dem Raum Tropoje nach Kosare und erreichte eine Ausdehnung von etwa 20 km Tiefe und einigen Kilometern Breite. Der andere Vorstoß zielte weiter südlich über den Grenzübergang Morina in den Raum Prizren¹⁸⁶ Trotz monatelanger serbischer Vorbereitungen gelang es den Grenzsicherungskräften nicht, die Einbrüche zu bereinigen und die UCK-Kräfte zurückzudrängen. Dies führte dazu, dass die serbischen Kräfte den Schutz ihrer Deckungen verlassen mussten und unmittelbar zum Angriffsziel der NATO-Flugzeuge wurden (Karte). Dramatischer Höhepunkt dieser Entwicklung war der Angriff eines amerikanischen B-52-Bombers am 07.06 1999 am Berg Pashtrik im Grenzraum zu Albanien, dem vermutlich zwischen 50 und 80 serbische Soldaten zum Opfer fielen.¹⁸⁷ Eine Ausweitung dieser

¹⁸³ NATO Presse Conference, 29.4.1999

¹⁸⁴ BBC Monitoring Service: Central Europa & Balkan, 21.4.1999

¹⁸⁵ Die Presse, 31.5.1999, Seite 4

¹⁸⁶ FAZ, 3./4.7.1999, Seite 3

¹⁸⁷ NZZ, 3./4.7.1999, Seite 3

Einbrüche stand vor dem serbischen Abzug unmittelbar bevor und hätte den Auftakt zu einer größeren Gegenoffensive im Westkosovo bilden können. Dadurch wurden nicht nur die in diesem Grenzraum eingesetzten serbischen Verbände in eine bedrohliche Situation geraten, sondern hätte eine Niederlage gegen die UCK für die Regierung in Belgrad vermutlich deutlich größere innenpolitische Konsequenzen gehabt, als ein geordneter Rückzug. Der jugoslawische Rückzug aber ist eindeutig den Luftangriffen der NATO zu verdanken, und nicht der „UCK-Offensive“. In den meisten Teilen des Kosovo war die UCK schwer geschlagen worden und hatte sich dementsprechend defensiv verhalten.

1.8. Aktivierung und Operationen der NATO

Die NATO hatte auch nach dem Milosevic-Holbrooke-Abkommen vom Oktober 1998 die „Activation Order“ nicht aufgehoben, sondern lediglich ihren Bereitschaftsgrad wieder reduziert. Somit war es möglich, den vorbereiteten Planungs- und Organisationsrahmen binnen kürzester Zeit zu reaktivieren. Nachdem auch die dritte Verhandlungsrunde in Belgrad im Oktober 1998, Rambouillet im Februar 1999 und in Paris im März 1999 nicht zum angestrebten Ergebnis geführt hatte, tagte am 23.3.1999 ab 21.30 Uhr der Nordatlantikrat (NAC) auf Ebene der Botschafter und um 23.00 erklärte Generalsekretär Solana, dass der SACEUR (Supreme Allied Commander Europe) soeben angewiesen wurde, eine Luftoperation gegen Jugoslawien durchzuführen.¹⁸⁸ Nach einem weiteren beschlossenen Zuwarten von 20 Stunden – vermutlich eine nicht als solche klar deklarierte letzte Frist für Milosevic - erfolgte am 24.03.1999 um 19.00 Uhr der erste Angriff mit Marschflugkörpern, die von, in der Adria positionierten Schiffen und von Flugzeugen gestartet wurden und sich auf unterschiedlichste Ziele des gesamte jugoslawischen Staatsgebiet bezogen. Die Operation „Eagle Eye“, in der seit Oktober des Vorjahres die Vorgänge im Kosovo von der Luft aus überwacht wurden, waren mit 22.03. eingestellt worden.

Bereits während der Verhandlungen in Paris, spätestens aber seit Beginn der Angriffe, dokumentierte die Allianz eindrucksvoll ihre Einigkeit und Entschlossenheit. Alle 19 Mitgliedstaaten hatten sich für den Einsatz ausgesprochen, selbst Griechenland, Frankreich und Italien trugen diese Entscheidung - wenn auch unter Einschränkungen - voll mit. Italienische Piloten flogen ursprünglich keine Bombeneinsätze, sie verteidigten anfangs ausschließlich den italienischen Luftraum¹⁸⁹ Nach einigen Wochen gingen sie allerdings auch dazu über, an den Angriffsoperationen

¹⁸⁸ NATO-Communique PR (1999) 040 vom 23.3.1999: Press statement by Dr. Javier Solana, Secretary General of NATO 23 March 1999

¹⁸⁹ APA 101 vom 25.3.1999

teilzunehmen.¹⁹⁰ Griechenland beteiligte sich in keiner Zeit an den Luftoperationen, stellte aber Häfen zur Ausladung von Truppen und teilweise seinen Luftraum zur Verfügung. Die kurz vorher aufgenommenen drei neuen Mitglieder Ungarn, Polen und Tschechische Republik beteiligten sich nicht aktiv mit eigenem Fluggerät, ihr wichtiger Beitrag bestand in der bedarfsorientierten Zur Verfügung Stellung von Infrastruktur und der Koordinierung der Flugbewegungen. Von hoher Bedeutung für die Durchführung der Angriffsoperationen war dabei die sukzessive Öffnung, des an Serbien grenzenden Luftraumes. Damit wurde der NATO die Luftraumbeherrschung wesentlich erleichtert und die Einsatz- und Wirkungsmöglichkeiten ihrer Luftkriegsmittel erhöht. Ab Mitte Mai kam es zu einer weitgehenden Einschließung Jugoslawiens.¹⁹¹ Die Schließung des griechischen Luftraumes für türkische Flugzeuge im Anflug auf italienische Basen wies auf bestehende Spannungen innerhalb des Bündnisses hin, hatte aber keine operativen Auswirkungen.¹⁹²

Mit der Entscheidung des Nordatlantikrates war zwar eine grundsätzliche Entscheidung für einen Militäreinsatz getroffen worden, die Handlungsfreiheit des militärisch Durchführenden, des SACEUR, unterlag jedoch erheblichen Einschränkungen und politischen Vorgaben. Dies war klar zu erkennen, als General Clark nach einer knappen Woche die von ihm vorgeschlagene Bekämpfung des Innen- und Verteidigungsministeriums in Belgrad, abgelehnt wurde¹⁹³, später aber mit dem Erlaubnis der Politiker dennoch angegriffen wurde.

Die Kommandokette verlief direkt von Generalsekretär Solana über den NATO-Oberbefehlshaber Europa General Wesley Clark an das regional zuständige NATO Südkommando (AFSOUTH) in Neapel. Dieses Kommando war bis zum Beginn der Operation „Joint Guardian“ für sämtliche Operationen der NATO im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt verantwortlich.

Im Verlauf der bewaffneten Auseinandersetzung mit der Führung in Belgrad, sah sich die NATO gezwungen, mit drei parallel geführten Operationen den Auswirkungen des macht- und ordnungspolitischen Konflikts im südslawisch-albanischen Raum zu begegnen. Neben den Luftangriffen der Operation „Allied Force“ galt es, der sich gleich nach Angriffsbeginn abzeichnenden humanitären Katastrophe durch die Hilfsoperation „Allied Harbour“

¹⁹⁰ Die Presse, 16.4.1999, Seite 4

¹⁹¹ Bulgarien gewährte nur einen Grenzstreifen zu Jugoslawien in einer Tiefe von 70-90 km und einen Luftkorridor in die Türkei „Standart“(Sofia) vom 20.5.1999, Seite 3

¹⁹² Die Presse vom 22.5.1999, Seite 4

¹⁹³ Washington Post 30.3.1999 (www.washingtonpost.com)

entgegenzuwirken. Daneben war der weitere Ausbau von Streitkräften zur Absicherung eines Friedensabkommens - Operation „Joint Guarantor“ - voranzutreiben.¹⁹⁴

2. OPERATION „ALLIED FORCE“ AUS DER NATO-PERSPEKTIVE

2.1 Luftoperationen in unterschiedlichen Phasen

Mit Angriffsbeginn stellte die NATO klar, dass es sich bei der Operation um keinen „Limited Air Strike“, sondern um eine so genannte „Phased Operation“ handle. Somit wurde der Verlauf der Angriffe offen gehalten; Umfang, Dauer, Intensität und Zielauswahl orientierten sich ausschließlich an der Erreichung definierter politischer Vorgaben.

Gemäß NATO-Angaben war der Ablauf der Operation in fünf Phasen gegliedert: Der Beginn (Phase 0) lag bereits im Herbst 1998 und umfasste die Vorbereitung, den Aufmarsch der vorgesehenen Verbände und intensive Aufklärung. Phase 1 sah vor allem die Bekämpfung von Einrichtungen des integrierten jugoslawischen Luftverteidigungssystems vor, während in Phase II schwergewichtsmäßig Angriffe auf Einrichtungen und Verbände der jugoslawischen Streitkräfte südlich des 44. Breitengrades geflogen werden sollten. Ein sofortiger Angriff auf diese Ziele ohne vorherige Ausschaltung der Masse der Fliegerabwehr, hätte das Risiko für die NATO-Flugzeuge drastisch erhöht und wäre weder politisch noch militärisch zu rechtfertigen gewesen. In Phase III sollte die Ausdehnung der Angriffe auf Ziele nördlich dieser Demarkationslinie erfolgen, während die Rückverlegung der beteiligten Kräfte auf ihre Stützpunkte oder in ihre Einsatzräume (Marineteile) die abschließende Phase IV der Operation darstellte.

Die Phase 1 - Ausschaltung des integrierten Luftverteidigungssystems Jugoslawiens und Unterbrechung der Command/Control - Einrichtungen - begann am Abend des 24.03. 1999, als an drei aufeinander folgenden Nächten Anlagen zur Luftraumüberwachung, Luftverteidigung sowie Kommunikationszentralen in einem kombinierten Verfahren mit Marschflugkörpern und gelenkten Bomben massiv angegriffen wurden. Damit gelang es, die Verteidigung so weit zu schwächen, dass die Bekämpfung weiterer gegnerischer Ziele, ohne selbst bedroht zu werden, möglich wurde. Abwehrversuche jugoslawischer MIG 21- und MIG 29-Flugzeuge blieben erfolglos und endeten meist mit deren Abschuss.

¹⁹⁴ NATO Press Conference 22.4.1999

Während die Objekte aus Phase I unverändert weiter attackiert wurden, zielten zusätzliche Angriffe bereits nach wenigen Tagen darauf ab, die jugoslawische Armee und die Kräfte der Sonderpolizei durch Bekämpfung deren Versorgungseinrichtungen, und Versorgungswege sowie direkter Attacken gegen im Kosovo vorgehende Truppen entscheidend zu schwächen.¹⁹⁵ Damit rückten zunehmend Kasernen, Treibstofflager, Flughäfen und Kommandozentralen ins Visier. Nachdem in Belgrad keinerlei Anzeichen für ein Einlenken bemerkbar waren, ging die NATO bereits nach etwa einer Woche zur Bombardierung gesamtstrategischer Ziele über.¹⁹⁶ Die Zerstörung vieler Brücken - besonders wichtig die Donauübergänge - sollte die Schifffahrt lahm legen und die Versorgung auf dem Wasserweg unterbinden, während die Zerstörung von Depots und Raffinerieanlagen zu einer Treibstoffverknappung - verbunden mit einer erheblichen Einschränkung der Mobilität jugoslawischer Verbände führen sollten. Weiterhin blieben jedoch bereits bekämpfte Objekte unter Beobachtung und Beschuss, was als Hinweis auf den bestehenden Wettlauf zwischen nachhaltiger Zerstörung von Seiten der NATO und behelfsmäßiger Reparatur auf jugoslawischer Seite zu deuten war.

2.2. Die wichtigsten Probleme bei der Operation „Allied Force“

Die schlechte Witterung vor allem im April und die bis zuletzt existierende Bedrohung durch serbische Flugabwehrsysteme behinderte häufig die Bekämpfung der aktiv im Kosovo vorgehenden Truppen von Polizei und Militär. Immer wieder mussten die Zielplanungen adaptiert und Ersatzziele angegriffen werden, des Öfteren kehrten Flugzeuge mit voller Waffenlast zu ihren Basen zurück. Nur in Ausnahmefällen wurde die Flughöhe von 4700 m unterschritten, um der Gefahr eines Abschuss durch Fliegerabwehrlenk Waffen kurzer Reichweite (4000 m) zu entgehen. Aus Sicherheitsgründen mussten wiederholt nicht abgefeuerte Raketen von den Piloten in fünf definierten Zonen im Mittelmeer versenkt werden, um die Gefährdung auf Luftwaffenbasen und Flugzeugträgern zu minimieren.¹⁹⁷ Die Räumung und Entschärfung setzte rasch nach dem Krieg ein, nachdem die Öffentlichkeit entrüstet darauf reagiert hatte.¹⁹⁸

Neben zu erwartenden Probleme technischer und organisatorischer Art (fehlgeleitete Raketen, Bekämpfung falscher Ziele u. a.), schränkte zudem der Einsatz so genannter „menschlicher

¹⁹⁵ SHAPE Media Handout vom 1.4.1999

¹⁹⁶ NATO Press Conference vom 2.4.1999

¹⁹⁷ NATO Press Conference 16.5.1999

¹⁹⁸ NZZ: 34 Bomben vor Venedig entschärft, 19.7.1999, Seite 3

Schutzschilder“ durch die serbischen Kräfte im Kosovo die Handlungsspielraum der NATO-Piloten erheblich ein, da die NATO keinesfalls das Leben Unschuldiger riskieren wollte, was aber nicht immer gelingen sollte. Wie sich nachträglich herausstellte, wurden die jugoslawisch-serbischen Truppen auch ihrem Ruf als Meister der Tarnung und Täuschung gerecht, indem sie neben dem umfangreichen Einsatz von Attrappen, der Anlage von Scheinstellungen u. a. ebenso äußerst unkonventionelle Verfahren bei der Fliegerabwehr angewandt hatten. So verzichteten sie beispielsweise mehrfach bewusst auf die Radarsteuerung ihrer Lenkwaffen - um sich nicht zu verraten und der Bekämpfung preiszugeben - und schossen stattdessen mit ungelenktem Sperrfeuer¹⁹⁹; wenn auch der Erfolg dieser Aktionen äußerst fraglich war, so gelang es ihnen damit dennoch, auf NATO-Seite einen nicht zu unterschätzenden Mehraufwand zu produzieren.

Die entscheidendsten Einschränkungen kamen aber von der politischen Führung der NATO selbst, indem sie den militärischen Akteuren folgende Restriktionen auferlegten:

- keine Verluste auf eigener Seite
- möglichst keine Verluste unter der Zivilbevölkerung im Angriffsgebiet
- möglichst geringe Kollateralschäden (Umgebungsschäden)
- kurzer dauernder, begrenzter Krieg.

Diese klaren Vorgaben führten dazu, dass nur selten die Flughöhe von 15000 (5000-6000m) Fuß unterschritten wurde, ein aufwendiger Begleitschutz sicherzustellen war, keine Bekämpfung luftverteidigter Räume oder Ziele und somit in der Anfangsphase relativ wenig Einsätze (ca. 300/Tag) über dem Kosovo erfolgten. Wie weit sich die Ablehnung des Einsatzes von Bodentruppen durch die NATO-Führung auf das serbische Verhalten auswirkte, bedarf einer eigenen Analyse.

2.3. Eingesetzte Kräfte

Von 19 Mitgliedstaaten beteiligten sich 13 mit Teilen ihrer Luftstreitkräfte an der Operation „Allied Force“, zu Angriffsbeginn befanden sich 430 Flugzeuge im Einsatz. Das Gros mit 245 Maschinen stellte die USA. Mit Ausnahme von Bombern und Aufklärungsflugzeugen starteten zu Beginn der Operation alle von italienischen Basen aus.²⁰⁰

¹⁹⁹ Newman Richard, Tricky Tactics Surprised Both NATO and Serbs. In: Singapore Press Holding Limited 14.7.1999

²⁰⁰ http://www.fas.org/man/dog-101/ops/kosovo_orbat.htm vom 29.3.1999

Neben der Luftflotte kam den, von Flugzeugen und Schiffen gestarteten Marschflugkörpern vor allem in der Anfangsphase erhöhte Bedeutung zu, als es um die Ausschaltung der stationären zentralen Luftverteidigungsanlagen als Voraussetzung zur Erringung der Lufthoheit ging. Als Plattform dienten dazu amerikanische und britische Schiffe sowie U-Boote (z.B. USS Phillipine Sea, USS Gonzales, USS Norfolk oder UK Royal Navy submarine HMS Splendid).²⁰¹

Frankreich entsandte den Flugzeugträger „Foch“ um eine zusätzliche Flugzeugbasis verfügbar zu haben. Die USA dirigierten ihren Träger USS Theodore Roosevelt mit Anfang April in die Adria, womit weitere 46 Flugzeuge zur Verfügung standen.

Die zunehmende Raumnot auf italienischen Basen und im Luftraum führte zum Ausweichen von US-Maschinen auf Stützpunkte in Deutschland. So starteten 12 weitere F-117 A Tarnkappenbomber bereits ab Mitte April ihre Einsätze von Spangdahlem in Nordwestdeutschland. Besonders anzumerken ist in diesem Zusammenhang der erste Kampfeinsatz von US-Bombern der Type B-2, die ihre Angriffe direkt aus den USA flogen.

Die Anzahl der täglichen Einsätze wurde von anfangs 300 auf bis zu 800 in der Endphase gesteigert, die Anzahl der Flugzeuge erhöhte sich von anfänglich 430 auf knapp 900 am Ende der Operation, etwa 100 davon starteten von Flugzeugträgern. Die Vorbereitung für Verstärkung des Gesamtkontingents auf etwa 1100 Flugzeuge war bereits angelaufen, wurde aber durch das Zustandekommen des Friedensabkommens gestoppt.

Mit der Stationierung von 72 Kampfflugzeugen der Type F-15/F-16 in der Türkei bis Ende Mai und von 24 F1A-18, 3 A-10 sowie Tankflugzeugen in Ungarn, konnte zusätzlicher Raumbedarf abgedeckt und durch die Verkürzung der Flugstrecken die Kosten verringert werden.²⁰² Der an der Operation teilnehmende Flottenverband in der Adria umfasste Mitte Mai 20 Schiffe, darunter immer noch die Flugzeugträger HMS Invincible, USS Theodore Roosevelt und die französische Foch.²⁰³

Zur Operation „Allied Force“ war auch jenes Kontingent zu zählen, das unter der Bezeichnung „Task Force HAWK“ aufgestellt wurde. Bis Anfang Juni war diese Truppe auf eine Stärke von 5500 Mann angewachsen und verfügte über 22 Kampfhubschrauber Apache (weitere 24 waren

²⁰¹ <http://janes.com/defence/features/kosovo/alliedforce.html> vom 7.4.1999

²⁰² Wysiwyg://home.14/<http://www.janes.com/defence/features/kosovo/hungary.html>

²⁰³ Cordesman Antony, The war in Kosovo: Beyond the First Month. Status of the Day 50. CSIS, Washington, May 14.1999 Seite 6

angekündigt) sowie 18 Mehrfachraketenwerfersysteme mit einer Reichweite von 31 km bis 124 km, abhängig von der Munitionsart.²⁰⁴ Allerdings stand diese Truppe bis zuletzt unter unmittelbarem US-Kommando, der Einsatz war trotz Drängens General Clarks nicht freigegeben worden.

Begleitelemente der Operation Allied Force bildeten der Einsatz von Spezialkräften des US Special Operation Command (SOCOM) auf kosovarischem Territorium und von US-Spezialflugzeugen zur Sendung von Radioprogrammen. Während die Spezialtruppen vor allem für Aufklärung und Zielbeleuchtung auf feindlichem Gebiet verantwortlich waren, sollte das Ausstrahlen von Radiosendungen in serbischer Sprache ein Gegenmittel zur serbischen Staatspropaganda darstellen.²⁰⁵

2.4. Vorläufige Bilanz der Operation „Allied Force“

Der über elf Wochen geführte Einsatz brachte zwar letztlich das Einlenken der Führung in Belgrad, das Stoppen der Vertreibungen und die Rückführung der Flüchtlinge, allerdings nicht in der erhofften und vielleicht auch erwarteten Geschwindigkeit. Die Angriffe der NATO hatten die serbischen Verbände im Kosovo nicht von Vertreibung und Gräueltaten abhalten können - was aber auch nicht - allzu sehr verwunderlich ist.

Nachdem eine NATO-Bodenoperation zumindest vorerst nicht zu befürchten war, galt es für die serbischen Kräfte im Kosovo, sich bei ihrem Vorgehen gegen die UCK der Luftbedrohung möglichst zu entziehen. Dies erfolgte durch das zunehmende „Verstecken“ von militärischem Großgerät (z.B. Panzer, Artillerie, Fernmeldeeinrichtungen) in Gebäuden oder natürlichen Deckungen. Damit standen diese Kriegsmittel zwar nur mehr sehr eingeschränkt zur Verfügung, dies wirkte sich aber bei der beabsichtigten Vernichtung der UCK wesentlich stärker aus, als bei den Vertreibungen. So war zu bemerken, dass mit Fortschreiten der Operation „Allied Force“ die Bekämpfung der UCK an Intensität verlor, während die Vertreibungen unvermindert fortgesetzt worden waren, ganz einfach deshalb, weil sie im Schutz der Gebäude erfolgten und durch die bereits herrschende Panik in der Kosovo-albanischen Bevölkerung keines Panzers mehr bedurften.

Insgesamt flogen die NATO-Piloten in elf Wochen 37.465 Einsätze. Das ergab durchschnittlich 486 Flüge/Tag, wobei die Steigerung von anfangs 300 auf knapp 800 Anfang Juni bemerkenswert erscheint. Im Vergleich dazu wurden im Golfkrieg 1991 durchschnittlich 2555 Einsätze täglich

²⁰⁴ W.O vom 10.5.1999

²⁰⁵ Kosovo: Alliance plays the psychological game in Yugoslav airspace in janes.com/defence vom 29.4.1999

geflogen, von denen beinahe 60 Prozent Angriffsflüge waren, während im Verlauf der Operation „Allied Force“ keine 30 Prozent der Einsätze Angriffe im eigentlichen Sinn darstellten.²⁰⁶ Die in diversen NATO-Pressekonferenzen präsentierten Zahlen über Abschüsse und Zerstörungen werden mittlerweile angezweifelt und auch zunehmend revidiert. Es erscheint allerdings unrealistisch, in nächster Zeit eindeutiges Zahlenmaterial von jugoslawischer Seite oder der NATO zu erhalten, da eine exakte Verifizierung unter den gegebenen Umständen nicht erwartet werden kann.

Die unten angeführten Prozentangaben basieren auf Angaben der NATO und werden bewusst ohne inhaltliche Gewähr wiedergegeben.

Demnach hatte die Allianz:

- *100 % der jugoslawischen Raffineriekapazitäten zerstört*
- *65 % der serbischen Munitionsproduktionsmöglichkeiten beschädigt oder zerstört, inklusive 50 % der Sprengstoffproduktion.*
- *40 % der serbischen Panzerfahrzeugproduktion und Reparaturkapazitäten beschädigt oder zerstört*
- *70 % der Straßenbrücken und 50 % der Eisenbahnbrücken entlang der Donau zerstört, die Eisenbahnverbindung nach Montenegro komplett unterbrochen.*

Die den jugoslawischen Streitkräften zugefügten Verluste wurden wie folgend beziffert:

- *85 % der MIG 29 (14 von 16 Stück) zerstört oder schwer beschädigt*
- *35 % der MIG 21 (24 Stück) nicht mehr verfügbar*
- *zwei von drei serbischen SA-2 Bataillonen, 70 % der SA-3 und drei der 22 mobilen SA-6 Batterien zerstört*
- *bis zu 450 Artillerie- und Granatwerferelemente*
- *ungefähr 220 gepanzerte Fahrzeuge und 120 Panzer.*

Nach NATO-Schätzungen waren etwa 35 % der Einrichtungen der 1. Armee, 20 % der 2. Armee und 60 % der 3. Armee beschädigt oder zerstört worden.²⁰⁷ Ebenfalls häufiges Angriffsziel und massiv getroffen waren Sendeeinrichtungen und Kommunikationszentralen, deren

²⁰⁶ War of Extremes in : janes.com vom 26.7.1999

²⁰⁷ Cordesman Antony: The Lessons and Non Lessons of the Air and Missile War in Kosovo, CSIS, Washington, Juli 8, 1999, Seite 72-73

Beschädigungsgrad aber insofern schwer zu beurteilen ist, da unverzüglich Reparaturen an diesen Anlagen vorgenommen wurden, um zumindest einen Notbetrieb aufrecht halten zu können.

Über personelle Verluste unter den eingesetzten Truppen gab es von jugoslawischer Seite nur sehr vage Angaben, die NATO schätzte die Zahl der getöteten jugoslawischen Soldaten und Sonderpolizisten auf etwa 4000 und weitere 6000 Verwundete. Jugoslawische Behörden geben bei der Zivilbevölkerung rund 1500 Toten und 5000 Verletzte an.²⁰⁸ Die Verluste der Kosovo-albanischen Bevölkerung können ebenfalls nur geschätzt werden, letzte Untersuchungen gehen von etwa 8000 bis 9000 aus, allerdings ohne zwischen UCK-Kämpfern und Zivilpersonen zu unterscheiden.

Auf NATO-Seite war der Verlust eines F117A Tarnkappenbombers, mehrerer Drohnen und einer F16 zu verzeichnen. Eine A10 „Panzerknacker“ konnte trotz Beschuss sicher landen. Zwei Apache Kampfhubschrauber und ein Harrier stürzten (laut offiziellen Angaben) bei Trainingsflügen in Albanien bzw. in der Adria ohne Feindeinwirkung ab. Personelle Verluste im unmittelbaren Kampfeinsatz gab es dagegen keine.

Eine Seeblockade, die zur Unterstützung der Boykottmaßnahmen von der Allianz und der EU im Mai 1999 geplant war, wurde entgegen ersten Ankündigungen ausschließlich durch diplomatischen Druck und nicht mit militärischen Mitteln verfolgt.²⁰⁹ Zweifellos sollte damit eine weitere Belastung des Verhältnisses zu Russland vermieden werden, welches eine Kontrolle russischer Schiffe als Provokation empfunden hätte. Als Detail am Rande ist auf die teilweise schwierige Zusammenarbeit mit PfP-Staaten hinzuweisen. So warf die Verwendung alter Radaranlagen russischer Bauart durch Bulgarien – diese stammten noch aus Zeiten des Warschauer-Paktes - - Identifizierungsprobleme auf und barg die Gefahr der Bekämpfung von eigenen, so genannten „Freundzielen“.²¹⁰

Am 8. Mai wurde die chinesische Botschaft in Belgrad mit ferngesteuerten GPS-Bomben bombardiert, dabei wurden 4 Personen getötet und 20 verletzt. Wie damalige Gerüchte behaupteten und später teilweise auch bestätigt wurden, verdächtigte die NATO die Chinesen mit ihren Sendeanlagen die jugoslawische Armee zu unterstützen. Das führte zu hitzigen Diskussionen im Sicherheitsrat. Auch die Fernsehanlage des staatlichen TV-Senders wurde zerstört. Auch eine Brücke, auf der gerade ein Zug fuhr wurde zerstört, dabei starben auch viele Zivilisten. Solche

²⁰⁸ Die Presse, 10.6.1999, Seite 4

²⁰⁹ International Herald Tribune, 10.5.1999 Seite 4

²¹⁰ W.O. 12.5.1999 Seite 6

Kollateralschäden wurden in Kauf genommen, bewusst oder unbewusst, obwohl es klare Kriterien gab, was die zivilen Einrichtungen betrifft.²¹¹

Die Öffnung des Luftraumes durch die Anrainerstaaten Serbiens erleichterte der NATO die Führung und Verstärkung der Luftoperation, während im Gegenzug dazu die verbliebene Fliegerabwehr Jugoslawiens ein wesentlich größeres Gebiet abzudecken hatte und mit Angriffen aus allen Richtungen konfrontiert war. Daraus leitete sich eine zunehmende Wirksamkeit der Luftschläge auf die Kräfte im Kosovo ab, was sich in den letzten zehn Tagen der Kampfführung eindrucksvoll bestätigte. So dürfte die NATO den jugoslawischen Truppen im Kosovo in diesem Zeitraum 50 Prozent der gesamten Verluste zugefügt zu haben.

Zum jetzigen Zeitpunkt (Jahr 2007) sollte man ganz kritisch die Angaben von damals betrachten. Die abziehenden jugoslawischen Truppenverbände haben im Juni 1999 eine große Zahl von motorisierten Fahrzeugen, Panzern und LKWs nach Serbien abgezogen. Militärbeobachter zählten 180-185 Panzer, ungefähr 300 mobile Abschussrampen für Fliegerbekämpfung und motorisierte Fahrzeuge für die Soldaten. Später zeigten die jugoslawischen Militärbehörden in TV-Sendungen die Attrappen von Flugabwehrstellungen und Panzern, ob nur diese oder auch „echte“ im Kosovo zerstört worden waren, bleibt unklar. Die Verluste der eigenen Armee bezifferten die jugoslawischen Behörden mit 500 Militärangehörigen im Kosovo und 5000 Zivilisten in Jugoslawien. Die großen Diskrepanzen der Zahlen werden damit erklärt, dass die Propaganda auf beiden Seiten stark ihre „Erfolge“ überschätzte und ihre „Verluste“ oder „Opfer“ minimierte. Geht es jedoch um die Zivilbevölkerung, dann werden die Zahlen umgekehrt „gerechnet“. Das ist auch ein Teil der (Nach)Kriegsführung.

2.5. Operation „Allied Harbour“

Der in seiner Intensität und Dimension nicht vorhersehbare Flüchtlingsstrom veranlasste die NATO bereits wenige Tage nach Angriffsbeginn zur Durchführung einer rein humanitären Hilfsoperation, die zusätzliche Ressourcen erforderte.

Nachdem bereits am 1.4.1999 eine intensive Zusammenarbeit mit dem UNHCR gestartet und erste Hilfsmaßnahmen eingeleitet worden waren, ordnete SACEUR General Clark am 16.04.1999 die Operation „Allied Harbour“ an. Mit der Durchführung wurde der Kommandant der AMF(L) (Allied

²¹¹ Standart (Sofia) vom 10.5.1999

Command Europe Mobile Force/Land) Generalleutnant John Reith beauftragt. Schon am 07.04. hatten die Vorbereitungen für einen Einsatz in Albanien begonnen, mit 15.04. wurden die ROE (Rules of Engagement) vom Nordatlantikrat festgelegt. Neben den NATO-Mitgliedsstaaten erging die Einladung zur Teilnahme auch an PfP-Staaten und sonstige interessierte Länder. Mit Stand vom 10.05.1999 beteiligten sich Albanien, Österreich, Belgien, Kanada, die Tschechische Republik, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Ungarn, Luxemburg, Litauen, die Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate, Großbritannien und USA an der humanitären Mission.²¹²

Zur Bewältigung der Aufgabe wurde eine Truppe in der Stärke von knapp 8000 Mann zusammengezogen, die so genannte 'Albanian Force' (AFOR). Sie operierte in sechs Gruppen unter territorialer bzw. aufgabenorientierter Trennung einer so genannten 'lead nation'. So fungierte Italien bei der TF (Task Force) Nord, Spanien bei der TF West, Frankreich bei TF Süd und die Niederlande bei der TF R (Rear) als Führungsnation, während TF Shining Hope (Aufgabenbereich Koordinierung aller Luft- und Bodenbewegungen sowie mit TF HAWK) unter Führung der USA stand. Das sechste Element (TF Aviation) beinhaltete die fliegerischen Elemente, denen infolge des äußerst unzulänglichen Straßennetzes in Albanien erhöhte Bedeutung zukam.²¹³

Zentrale Aufgabe der „Albanian Force“ war die Errichtung von Flüchtlingscamps, Reparatur, Verbesserung und Ausbau von dringend benötigter Infrastruktur wie Strassen und Flugplätzen und der Transport sowohl von Personen als auch Lebensmittel, Wasser und anderer Bedarfsgütern. Dazu kam die Unterstützung mit Fernmeldemitteln, was eine wesentliche Voraussetzung für den zu bewältigen Koordinierungsbedarf darstellte. Die NATO-Führung war allerdings von Anfang an bestrebt, die Hilfseinrichtungen möglichst rasch an zivile Organisationen zu übergeben, um keine Bindung ihrer militärischen Kräfte zu schaffen.

Als Bilanz führte der NATO-Vertreter bereits bei der Pressekonferenz am 23.05.1999 an, dass bis dahin sechs größere Flüchtlingslager aufgebaut wurden und sich sieben im Aufbau befanden. Die Truppe hatte bei der Entladung von 1500 Hilfsflügen und bei der Verteilung von 5000 t Verpflegung/Wasser, 1500 t medizinischer Versorgungsgüter, 2500 t Zeltmaterial und 4500 t sonstiger Güter in Albanien und Mazedonien mitgewirkt.²¹⁴

²¹² Operation Allied Harbour, <http://www.afsouth,nato.int/harbour/> vom 17.5.1999

²¹³ Operation Allied Harbour, <http://www.afsouth,nato.int/harbour/> vom 17.5.1999

²¹⁴ NATO-Press Conference vom 23.5.1999

Die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der NATO und Jugoslawien am 09.06.1999, der damit verbundene Abzug der jugoslawischen Kräfte und die Stationierung der Kosovo-Force, brachte im Juni/Juli eine merkliche Entspannung der Flüchtlingssituation. Trotz kritischer Sicherheitslage im Kosovo - verursacht primär durch Minen und Sprengfallen - und entsprechender Warnungen des UNHCR, zog es ein Großteil der Vertriebenen vor, rasch in die an gestammten Gebiete zurückzukehren. Somit begann bereits im Juli der teilweise Abbau der Notquartiere und die Reduktion des militärischen Kontingentes AFOR (Albanian Force)²¹⁵. Teile davon verlegten sich nicht in ihre Heimatgarnisonen, sondern wechselten nahtlos in die nationalen Kontingente der Kosovo -Force.

2.6. Operation „Joint Guarantor”/„ Joint Guardian”

Die zur Absicherung eines Friedensabkommens vorgesehenen Kräfte der NATO verblieben während der Angriffsoperation weiterhin in Mazedonien und wurden als Helfer bei der Bewältigung der humanitären Katastrophe herangezogen. Mitte Mai legte das örtliche Kommando dem NATO-Rat einen neuen Operationsplan vor, der eine erhöhte Kontingentstärke von 48.000-52000 statt der bis dahin geplanten 28.000-32.000 für die Operation „Joint Guardian” vorsah.²¹⁶ Somit war geplant, aus der bereits zusammengezogenen „Enabling Force” die Kosovo Force zu bilden. Mit 09.06.1999, dem Tag der Unterzeichnung des technischen Militär-Abkommens zwischen Jugoslawien und der NATO, standen 17500 Mann für den Einsatz im Kosovo bereit. Einen wesentlichen Bestandteil dieses Kontingentes bildeten dabei die Gefechtspioniere (zur Räumung/Entschärfung von Minen und Sprengfallen), Militärpolizisten und Verwaltungsspezialisten im weiteren Sinne. Sie sollten den Wiederaufbau im Kosovo sicherstellen und vorantreiben.

Bis zum Ende der Operation „Allied Force” waren Teile des Kontingentes in Mazedonien, ein Teil für Aufklärungsaufgaben im Kosovo - wie beispielsweise eine deutsche Drohnen-Kompanie – und der Rest zur Grenzkontrolle im Bereich von Serbien eingesetzt. Es gab auch Vermutungen, dass die Verstärkung der damaligen „Enabling Force“ als zentraler Bestandteil einer geplanten Interventionsstreitkraft zu sehen gewesen wäre. Weitere Nahrung erhielt diese Vermutung durch den Aufbau eines schon seit Mai betriebsbereiten Feldflugplatzes in Kukes (Nordalbanien) und die teilweise Verlegung der dortigen Flüchtlingslager ins Landesinnere, was als Indiz für die Vorbereitung einer Bodenoffensive von albanischem Territorium aus beurteilt werden konnte. Auch das Ansuchen General Clarks an das Pentagon um Stationierung zusätzlicher Raketenwerfer an den

²¹⁵ NATO Press Briefing, 11.6.1999

²¹⁶ NATO Press Conference, 23.5.1999

Grenzen zu Serbien und in Kroatien interpretierten viele Analytiker in diese Richtung.²¹⁷ Die Spekulationen, wonach die noch während des Konfliktes angelaufenen Verstärkungen der NATO-Kräfte in Albanien und Mazedonien Hinweise auf eine bevorstehende Intervention sein konnten, bestätigten sich nachträglich. Demnach soll bereits am 27.5.1999 bei einem geheimen Treffen führender NATO-Mitglieder in Bonn grundsätzlich Einigung über die Durchführung einer Invasion erzielt worden sein, für den Fall, dass Belgrad weiterhin die Forderungen nach einem Truppenabzug nicht erfüllen sollte.²¹⁸

Neuere Berichte gehen davon aus, dass eine 170.000 Mann starke Interventionsstreitkraft unter maßgeblicher Beteiligung Großbritanniens (50000), der USA(30000-40000), Deutschlands, Frankreichs und Spaniens im September in den Kosovo einmarschieren hätte sollen. Die Operation sollte unter dem Decknamen „B Minus“ laufen.²¹⁹

3. RUSSLAND UND DER KOSOVO-KRIEG

3.1. Vor der Eskalation

Russland beschuldigte die Vertreter der Albaner, die Verhandlungen in Frankreich im Februar und März 1999 zum Scheitern gebracht zu haben, obwohl die Serben „kompromissbereit“ gewesen seien. Den russischen Diplomaten ging es nach Eindruck der liberalen Moskauer Zeitung „Izvestija“ allerdings weit weniger um unparteiische Vermittlung zwischen den Parteien, sondern um den „Schutz der Interessen Serbiens um jeden Preis“.²²⁰ „Offiziell“ trat Russland stets für eine breite Autonomie im Kosovo ein, übte aber auf Serbien keinerlei Druck aus. Moskau erklärte wiederholt, dass die BRJ als souveräner Staat ihre Militär- und Sicherheitskräfte stationieren könne wo immer es wolle – so auch im Kosovo - und die NATO kein Recht habe, deren völligen Abzug zu fordern. Außerdem hätten die USA die Bedingungen an Belgrad vorsätzlich unannehmbar formuliert, um die zwangsläufige Ablehnung zum Vorwand zur Gewaltanwendung nehmen zu können.

Russland hatte auch für den Fall des Scheiterns der Kosovo-Verhandlungen nicht nur ein militärisches Vorgehen gegen die BRJ, sondern schon Drohungen damit (von Ultimaten ganz

²¹⁷ International Herald Tribune, 10.5.1999. Seite 4

²¹⁸ NZZ, 3./4.7.1999, Seite 3

²¹⁹ Bericht über Invasionspläne. NZZ-online vom 19.7.1999

²²⁰ Izvestija vom 19.3.1999 Seite 3

abgesehen) klar abgelehnt. Gewalt ohne Zustimmung des UNO-Sicherheitsrates sei auch in Gestalt einer „humanitären Intervention“ völlig unzulässig und völkerrechtswidrig. Damit war die russische Position im vollen Einklang mit der UNO-Charta, aber in krassem Gegensatz mit der Deklaration der Menschenrechte. Russischer „Druck auf Belgrad“, damit dieses eine politische Regelung akzeptierte, stellte sich entgegen westlicher Hoffnungen nicht ein. Russland achtete darauf alles zu unterlassen, was darauf hinweisen könnte, es mache sich gegenüber Belgrad zum Anwalt westlicher Forderungen.

3.2. Reaktionen auf den Beginn von „Allied Force“

Russland schlug sofort „eine sehr harte, unversöhnliche Linie gegenüber dem Akt der Aggression der NATO“ ein.²²¹ Präsident Boris Jelzin verkündete noch am Tag des Beginns der Luftschläge der Allianz (24. März 1999) folgende Maßnahmen: Abberufung des Militärvertreters Russlands bei der NATO, Generalleutnant Viktor Sawarsin; Sistierung der russischen Teilnahme am NATO-Programm „Partnership for Peace“ (PfP); Verschiebung der Verhandlungen über die Eröffnung einer militärischen Verbindungsmission der NATO in Moskau. Außerdem wurde das russische SFOR Kontingent in Bosnien-Herzegowina einseitig dem NATO-Kommando entzogen und dem Generalstab in Moskau unterstellt.

Russland fühlte sich durch die Ereignisse am Balkan in seiner Vorstellung vom prinzipiell unveränderlichen „aggressiven Charakter“ der NATO allgemein und in der Ablehnung ihrer Osterweiterung konkret bestätigt, lehnte (wie auch Weißrussland) eine Einladung zu den 50-Jahr-Feiern der Allianz in Washington im April ab und übte zudem heftige Kritik an deren neuem Strategischen Konzept, welches weltweite Interventionen legitimieren sollte. Außerdem warf Moskau der NATO vor, mit „Allied Force“ die im Mai 1997 von Russland unterzeichnete „Grundakte der NATO zu verletzen

Aus der Sicht Moskaus wurde die UNO (gemeint: das russische Vetorecht im Sicherheitsrat) von der NATO umgangen; die Weltorganisation sei daher entwertet bzw. überhaupt „kollabiert“.²²² „Die Welt“ bzw. „die Weltgemeinschaft“ sei empört über die NATO und unterstütze die russische Position. Moskau protestierte auch deswegen scharf gegen „Allied Force“, weil es darin die Absicht der NATO sah, sich über seine Meinung hinwegzusetzen, obwohl es signifikante Mitsprache in sämtlichen relevanten weltpolitischen Angelegenheiten beanspruchte. Ohne Russlands gegenwärtige

²²¹ Interview, Moskovskie Novosti 18/1999, Seite 4

²²² Danilov Dimitrij In Konflikt v Kosovo, Instituta Vostok-Zapad von 17.5.1999

Schwäche, zu jener der Westen bewusst beigetragen habe, hätte die NATO keinen Krieg gegen die BRJ gewagt. Daraus zog Russland den Schluss, dass es wirtschaftlich und militärisch wieder erstarken müsse, weil man „mit den Schwachen nicht rechnet“.

Die Milosevic-Führung hatte bei den schweren Moskauer Krisen im August 1991 und im September/Okttober 1993 jeweils die kommunistischen und nationalistischen Gegner Jelzins unterstützt, da sie sich von diesen mehr Unterstützung für die eigene Politik erhoffte. Dem wurde offenbar keine Bedeutung mehr beigemessen und es wurde vergessen. Jelzin wollte „*Milosevic nicht fallen lassen. Wir wollen ihn kräftiger an uns drücken*“.²²³ Die Eliten in Politik, Diplomatie, Militär, Medien, Wissenschaft und auch die russisch-orthodoxer Kirche zeigten angesichts der Ereignisse am Balkan die weitgehende Einigkeit jenseits weltanschaulicher Trennlinien („patriotischer Konsens“). Die Serben wurden als Opfer, die NATO als Aggressor dargestellt. Stimmen, die zu Mäßigung und Differenzierung aufgerufen hatten, waren geraume Zeit kaum vernehmbar gewesen. Lediglich einige wenige Medien diagnostizierten bei russischen Politikern eine „Psychose“²²⁴, und Präsidenten autonomer Republiken mit moslemischer Titularnation (Baschkinnen, Tatarstan und Inguschetien) kommentierten die unübersehbare Parteinahme der Zentralregierung in Moskau für die BRJ skeptisch.

Meinungsumfragen in Russland zeigten eine überwältigende Ablehnung von „Allied Force“, und die in den letzten Jahren ohnedies spürbar gewachsene nationalistisch-isolationistische und antiwestliche (und v. a. antiamerikanische) Stimmung verstärkte sich weiter. Sie äußerte sich in zahlreichen Demonstrationen vor den diplomatischen Vertretungen westlicher Staaten (v. a. der USA und Großbritanniens), wo u. a. Flaggen verbrannte, Parolen wie „Gestern Hitler, heute Clinton“ oder „Verteidigen wir die slawischen Brüder!“ skandiert und ein militärisches Eingreifen Russlands an der Seite der BRJ verlangt wurden. Am 28. März wurde die Botschaft der USA in Moskau aus einem vorbeifahrenden Auto aus beschossen; Verletzte gab es keine.²²⁵

Auch die Terminologie, mit der das NATO-Vorgehen gegen die BRJ kommentiert wurde ließ keinen Zweifel an der russischen Position: Es handle sich um eine Aggression“, „Staats-Terror“, einen „schmutzigen Krieg“, ein „Verbrechen“, bzw. ein „verbrecherisches Abenteuer“. Die Bombardierungen seien „barbarisch“ und „ungeheuerlich“. Die NATO setze verbotene Waffen ein, was auch stimmte (flächendeckende Cluster-Bomben, uranangereicherte Geschosse), greife

²²³ FAZ vom 20.4.1999, Seite 6

²²⁴ Izvestija vom 26.3.1999, Seite 1

²²⁵ Moskovskije Novosti 29.3.1999, Seite 3

vorsätzlich zivile Ziele darunter Wohnviertel, Kindergärten und Schulen an, verübe „zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ töte „kaltblütig“ die Zivilbevölkerung der BRJ und richte eine Umweltkatastrophe an. Gennadij Sjuganov, Anführer der stärksten politischen Kraft des Landes, der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF), verglich die NATO und die USA mit Hitlerdeutschland. Der Leiter der Hauptverwaltung für internationale Militärkooperation des Verteidigungsministeriums, General Leonid Iwaschov (ein bekannter nationalistischer Hardliner), sprach von „*NATO-Faschismus*“ und die „*NATO-Mordgesellen*“;²²⁶ das Bündnis sei eine „Verbrecherorganisation“ ohne jedes Existenzrecht.²²⁷ Die Luftschläge der NATO würden vielfach mit dem Angriff Deutschlands auf Jugoslawien 1941 verglichen bzw. ihm gleichgestellt. Die russische Armeezeitung „Roter Stern“ zitierte zustimmend die völlig unzutreffende Aussage des österreichischen Schriftstellers Peter Handke von einem „neuen Auschwitz“, in das die NATO die BRJ verwandeln wolle.²²⁸ Zahlreiche russische Stimmen (darunter Außenminister Ivanov) forderten, NATO-Generäle und Generalsekretär Javier Solana vor das internationale Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zu bringen. Dieses gab Ende Mai 1999 bekannt, stattdessen Milosevic anklagen zu wollen, was in Russland auf Unverständnis und Kritik stieß.

Die Reaktionen Russlands erweckten insgesamt den Anschein, dass es sich (auch) über seine eigene Krise und weltpolitische Marginalisierung (die sich eben auch darin artikulierte, dass es Jugoslawien nicht vor der NATO schützen konnte) auch mit der Überzeugung hinwegtrösten wollte, dem Westen wenigstens „moralisch“ und „sittlich“ überlegen zu sein. So wurde immer betont, dass Gewalt zur Lösung ethnischer Konflikte untragbar sei, auch wenn Jelzin u. a. mit dem Krieg in Tschetschenien 1994-96, was nach unterschiedlichen Quellen 50000 bis 100000 Todesopfern geführt hatte, ähnliches versucht hatte. Eine „politische Lösung“ müsse gefunden werden, demgegenüber setze die NATO ausschließlich auf Gewalt und sei nicht bereit, zu anderen Bedingungen, als den von ihr zuvor diktierten und für Belgrad unannehmbaren Frieden zu schließen. Als Hauptaufgabe der eigenen Vermittlungstätigkeit sahen russische Vertreter stets den Abbruch der NATO-Bombardements; von einer vorherigen Beendigung der Vertreibungen im Kosovo war keine Rede. Moskau drohte der NATO für den Fall einer weiteren unzureichenden Berücksichtigung seiner Meinung mehrmals mit dem Abbruch der Vermittlung, ohne damit aber in Brüssel oder Washington sichtliche Besorgnis auszulösen.

²²⁶ Itogi 30.3.1999, seite 16 (Zitat)

²²⁷ Ö-1 Mittagsjournal 9.4..1999, 12.17 Uhr

²²⁸ Krasnaja Zvezda, 18.5.1999, Seite 3

Zahlreiche russische Stimmen konstatierten eine bereits eingetretene oder zumindest bevorstehende Rückkehr zum Kalten Krieg mit dem Westen. Maßgebliche Instanzen und Funktionäre verlangten unter Hinweis auf „Allied Force“ eine Erhöhung der Militärausgaben (trotz der nach wie vor tristen wirtschaftlichen und sozialen Lage²²⁹), eine „Stärkung der Verteidigungsfähigkeit“, eine Anpassung der Militärdoktrin (in Richtung auf einen früheren Ersteinsatz von Atomwaffen) und eine Abänderung der gesamten derzeit laufenden Militärreform.

Es war offenkundig, dass sich vor dem Hintergrund der heranrückenden Parlaments- und Präsidentenwahlen (Ende 1999 bzw. Mitte 2000) „die Vertreter der russischen politischen Elite untereinander um das Recht stritten, wer sich vor der öffentlichen Meinung in der Rolle als wahrer Verteidiger der gegen Serbien gerichteten Aggression präsentieren konnte“²³⁰ Prof. Jurij Davydov vom Institut für USA und Kanada der Russischen Akademie der Wissenschaften stellte die russischen Reaktionen auf „Allied Force“ in einen größeren Zusammenhang: Die Elite Russlands benötige einen Sündenbock für das Scheitern der Reformpolitik, und dafür war der Westen - ohnedies Gegner im nicht lange zurückliegenden Kalten Krieg - gut geeignet. Diese Einstellung bestimme die russische Interpretation des Jugoslawien-Konflikts.²³¹ Die russische Politologin Lilija Schevzova bezog eine ähnliche Position. Der Kosovo-Konflikt hatte Teilen der russischen Elite eine gute Möglichkeit geboten, „die Vorstellung vom äußeren Feind auf den Westen zu projizieren“ und sei zudem „ein willkommenes Moment der Konsolidierung, und zwar unter dem Zeichen der Supermacht“ gewesen.²³²

In Russland zeigte man sich überzeugt, dass die NATO sehr viel mehr Verluste von Menschen und Material zu verzeichnen habe, als sie offiziell zugebe (wie bereits oben erwähnt): Bereits am 2. April behauptete der russische Generalstab, dass die NATO bis zu zehn Flugzeugen, drei Hubschraubern, einigen unbemannte Flugapparaten und ca. 40 Cruise Missiles verloren habe²³³. Gleichzeitig übertreibe die NATO die Verluste der BRJ gewaltig, (was stimmte). In Russland vermochte man keine auch nur ansatzweise plausible Erklärung für die Entscheidung Milosevics zu liefern, seine angeblich weitgehend unversehrten Streitkräfte aus dem Kosovo abziehen. Die Tatsache, dass die NATO die zivilen Einrichtungen, wie Kraftwerke, Brücken, Raffinerien zu bombardieren begann, die jugoslawische Führung jedoch der vollen Zerstörung ihres Landes entgehen wollte und sich

²²⁹ U.N Human Development Report 1999 in : Komersant 16.7.1999, Seite 2

²³⁰ Nezavisimaja gazeta, 6.4.1999, Seite 3

²³¹ Davidov Jurij, Das Kosovo Problem im Innenrussischen Kontext, Moskovskij Centr Karnegi 1999, Seite 254

²³² Scherezova Lilija: Zwischen Großmachtretorik und Pragmatismus in : Thomas Schmid (Hg.): Krieg im Kosovo. Hamburg 1999 Seite 206/209

²³³ Nesavisimoe voennoe obosrenie 13/1999, Seite 2

demnach aus dem Kosovo zurückzogen, nahmen die russischen Medien zum Anlass, über eine neue Dimension der unmenschlichen Kriegsführung der Allianz zu sprechen. Für die russische Öffentlichkeit bestand auch kein Zweifel daran, dass die NATO schlussendlich siegen werde, ein kleines Land wie Jugoslawien würde sich nicht lange halten können.

3.3. Die russische Sicht des Konflikts im Kosovo

Die BRJ habe „niemanden bedroht“ und werde „völlig unproviziert“ und „willkürlich“ bombardiert, sie verteidige sich nur gegen den „aggressiven Separatismus“ der Kosovo-Albaner und den „Terrorismus“ der UCK, die eine kriminelle Organisation sei, was das amerikanische Außenamt früher ähnlich beurteilte, als es sie die UCK noch als Terrororganisation einstufte, die sich aus dem Drogenhandel finanzierte, was teilweise auch stimmte, sowie von islamischen Extremisten unterstützt wurde, das wurde nie bewiesen, im übrigen sei die UCK auch von westlichen Geheimdiensten bewaffnet und ausgerüstet worden, was auch nie bewiesen wurde, obwohl sehr viele Indizien dafür sprechen. Der damalige Ministerpräsident Jevgenij Primakov warf dem Westen Ende März 1999 vor, nur deswegen von einem Genozid an den Kosovo-Albanern zu sprechen, um sein militärisches Vorgehen gegen die BRJ zu rechtfertigen. Auch manche demokratische russische Medien bestritten, dass serbische Militär- und Polizeieinheiten Albaner vertrieben - diese seien vielmehr wegen der Angriffe der NATO „im Resultat allgemeiner Panik, kollektiver Psychose und Angst, in der Hölle der NATO-Bombardements zu sterben“, aus eigener Initiative geflohen. (Diese Behauptung stimmte nur bedingt, die Flüchtlingszahlen haben sich nach dem Beginn des Krieges gegen die BRJ verdreifacht.) Zudem wollten viele Albaner den Kosovo ohnedies verlassen, um in das wohlhabende Westeuropa zu gelangen. Berichte von „angeblichen ethnischen Säuberungen“ durch die Serben seien „NATO-Agitationspropaganda“.²³⁴ Von den Kosovo-Albanern wäre zu hören, dass sie *„bei allen Schwierigkeiten in den Beziehungen zu den Serben nicht solche Schrecken erlebt“* hatten, wie im Gefolge der Intervention der NATO, ohne die sie sich mit den Serben in allen strittigen Fragen verständigt hätten.²³⁵ Die Militärzeitung versicherte, dass Belgrad versuche, den Flüchtlingsstrom zu stoppen *„und jene zurückzuholen, die das Land verlassen müssen“*;²³⁶ die NATO verstärke dagegen die Bombardements des Kosovo, um die Rückkehr der albanischen Flüchtlinge zu verhindern.²³⁷ Die NATO führe (auch) einen *„psychologischen Krieg“*. In Wahrheit,

²³⁴ Nezavisimaja gazeta 21.5.1999, Seite 6

²³⁵ Nezavisimaja gazeta 8.4.1999, Seite 6

²³⁶ Krasnaja zvezda 9.3.1999, Seite 1

²³⁷ Krasnaja zvezda 13.4.1999 Seite 3

so Ivanov, sei es die NATO, die einen „Genozid“ verübe - und zwar „an der Zivilbevölkerung Jugoslawiens.“²³⁸

Mit den von der NATO offiziell genannten humanitären Motiven hatten nach in Russland vorherrschender Überzeugung die „eigentlichen“ Beweggründe des Einsatzes gegen die BRJ somit nichts zu tun. Als solche wurden v. a. angeführt: Der Westen wolle (trotz aller gegenteiliger Versicherungen) den Kosovo, der historisch ein unveräußerlicher Teil Serbiens sei, von diesem abspalten und die BRJ „zerschlagen“, um den Balkan zu „kontrollieren“. Die NATO beabsichtige, die BRJ „zu erobern und zu einem Protektorat zu machen“.²³⁹ Hier sollte man erwähnen, dass die Verhandlungen von Rambouillet und Paris nicht unbedingt zur Zerstreuung solcher Gerüchten beitrugen, wenn man sich Passagen, wie die Appendix B anschaut, waren solche Gerüchte immerhin nicht völlig „aus der Luft gegriffen“

Der Westen wolle Milosevic stürzen und ein dem Westen höriges Regime in Belgrad einsetzen (womit Russland, so eine vielfach geäußerte Befürchtung, Serbien „verlieren“ würde); dem Westen gehe es um die Disziplinierung eines der wenigen Länder Ost- und Südosteuropas, das nicht der NATO beitreten wolle und sich der „Militärmaschine NATO“ und einem „Diktat des Westens“, dem sich Russland selbst unterworfen glaubte. Die USA (das, so der „Rote Stern“, „Reich des Bösen“²⁴⁰) wollten eine Integration auf der Basis rein europäischer Institutionen, an denen zwar Russland beteiligt wäre, nicht jedoch sie selbst, hintertreiben und ein „militär-polizeiliches Diktaturregime für Europa“²⁴¹ errichten; die NATO habe einen Anlass gebraucht, um ihren Fortbestand nach dem Ende des Kalten Krieges zu rechtfertigen; die BRJ müsse als „Testgelände“ für neue Waffensysteme herhalten; die NATO wolle mit dem Vorgehen gegen die BRJ auch Russland „erniedrigen“ und „demütigen“.²⁴²

Sehr verbreitet (u. a. im Parlament und in der Armee) war und ist auch die Auffassung, dass „Allied Force“ ein Präzedenzfall war, und die NATO einen regionalen bzw. ethnischen Konflikt in den GUS-Staaten (v. a. im unruhigen Kaukasus) oder in Russland selbst zum Vorwand nehmen könnte, dort direkt militärisch einzugreifen. Die Parole „Gestern Irak (gemeint war der Golfkrieg 1991), heute Jugoslawien, morgen Russland“ war überaus populär. Die USA strebten nicht nur eine „unipolare Welt“ (im Gegensatz zu der von Russland propagierten „mehrpolgigen Welt“ mit

²³⁸ FAZ-Zitat, 30.3.1999, Seite 3

²³⁹ Russland Präsident Boris Jelzin in. Nezavisimaja gazeta 10.4.1999, Seite 1

²⁴⁰ Krasnaja zvesda 3.4.1999, Seite 3

²⁴¹ Nezawisimoe voennoe obozrenie 12/1999, Seite 1

²⁴² Nezawisimaja gazeta 12.4.1999, Seite 1

mehreren Großmächten, denen es sich auch selbst zurechnete), sondern überhaupt die „Weltherrschaft“ an. Ihr Instrument, „eiserne Faust“ und „Repressionsapparat“ sei die NATO. Die Zukunftsperspektiven wurden in Russland durchaus unterschiedlich eingeschätzt: Während sich manche Kommentatoren überzeugt zeigen, dass die US-Pläne am entschiedenen Widerstand Russlands und seiner „strategischen Partner“ in der GUS und in Asien (v.a. China, Iran, Indien) scheitern werden, sagten andere Stimmen einen „Untergang Russlands“ oder wenigstens sein „Verschwinden aus der Geschichte“ voraus. Diese Auffassungen zeigen jedenfalls, dass Russland dem Westen genau jene Orientierung an geopolitischen Kategorien und Interessen unterstellte, die sich in seiner eigenen Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen lassen.

Eine angesehene Schweizer Zeitung wies darauf hin, dass Moskau immer wieder vor dem Separatismus der Kosovo-Albaner warnte, obwohl es selbst bewaffnete (pro-russische) Separatisten - im Dnjestr-Gebiet (Moldowa), in Abchasien und Südossetien (Georgien) sowie in Berg-Karabach (Aserbaidshan) - direkt durch militärische Intervention oder indirekt unterstützt hat.²⁴³ Es ist weiters eine interessante Frage, wie sich Russland verhielte, wenn eine GUS-Republik mit seiner „russischsprachigen“ Minderheit ebenso verfahren würde, wie die Serben mit den Kosovo-Albanern. Das gegenwärtige politische Klima in Russland lässt die Prognose plausibel erscheinen, dass es das dann keineswegs als „innere Angelegenheit“ des entsprechenden Landes betrachten würde, die strenge Nichteinmischung gebiete - Moskau würde ihnen zumindest mit militärischer Gewalt drohen. Aufschlussreich waren auch die russischen Interpretationen der durchgeführten Meinungsumfragen in westlichen Ländern: Zeigten diese eine Unterstützung für die NATO-Aktion an, hieß es, dass die Allianz die öffentliche Meinung manipulierte; wenn sie dagegen (wie v. a. in Griechenland und Italien) Ablehnung signalisierten, zog man sie als Unterstützung für die Serben und für die eigene Position heran.

In der Nacht vom 27. auf den 28. März stürzte ein Stealth-Bomber F-117 der US Air Force nahe Belgrad ab; der Pilot konnte gerettet werden. Russlands Verteidigungsminister Marschall Igor Sergejev behauptete, dass die Maschine vom sowjetischen Raketenabwehrsystem „Kub“ abgeschossen worden sei, und die russische Regierungszeitung spottete, dass sich die F-117 als „plumpes Huhn“ erwiesen habe.²⁴⁴ Zahlreiche russische Presse- und Agenturmeldungen (u. a. unter Berufung auf den russischen Generalstab) lassen kaum einen Zweifel daran, dass Wrackteile der F-117 sofort zur Untersuchung nach Russland gebracht wurden.

²⁴³ Neue Zürcher Zeitung, (NZZ), 24.6.1999, Seite 2

²⁴⁴ Rossijskaja gazeta, 30.3.1999, Seite 7

Die Staatsduma, das Unterhaus des Parlaments, verlangte in einer Resolution bereits im Herbst 1998 Waffenlieferungen an die BRJ. Anfang August 1999 meldete eine britische Fachzeitschrift, dass Russland schon vor „Allied Force“ Komponenten mehrerer Exemplare des Luftabwehrkomplexes S-300 an die BRJ geliefert hatte, Moskau wies die Anschuldigungen zurück.²⁴⁵

Dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, Aleksej Arbatow, zufolge dominierte während der Kampfhandlungen im russischen „Massenbewusstsein“ die Meinung, dass den serbischen Volk geholfen werden müsse der NATO so viele Schaden wie möglich zuzufügen.²⁴⁶

Beide Kammern des Parlaments sowie zahlreiche Organisationen und Spitzenpolitiker forderten Lieferungen von Waffen (und v. a. Luftabwehrkomplexe S300) an die BRJ, damit, so Dumavorsitzender Gennadij Zelesnjov (KPRF), die „jugoslawische Armee täglich 20 bis 30 NATO-Flugzeuge vernichten kann“.²⁴⁷

3.4. „Freiwillige“ nach Jugoslawien-eine Bedrohung?

Historische Reminiszenzen in Russland erinnerten daran, dass man den Serben schon mehrmals (v.a. 1876, 1914) „zu Hilfe geeilt“ sei. „Freiwillige“ aus Russland hatten schon geraume Zeit vor „Allied Force“ im Kosovo gekämpft.²⁴⁸ Wladimir Schirinowskijs ultranationalistische „Liberaldemokratische Partei Russlands“ (LDPR), wie auch die von der KPRF dominierte „Volksdemokratische Union“ (NPSR), ein Sammelbecken linker und nationalistischer Gruppierungen, machten sich dann sofort nach Beginn von „Allied Force“ an die Registrierung „Freiwilliger“. Der „Rote Stern“ meldete, dass 18000 Russen zum Kampf für Serbien bereit seien, und maßgebliche Militärkreise signalisierten Bereitschaft, sich aktiv auf der Seite der BRJ zu engagieren. So erklärte der Kommandant des Fernöstlichen Militärbezirks, General Viktor Tschertschewatow, dass er ein russisches Kontingent „sowohl von Freiwilligen als auch regulären Formationen der russischen Armee“ in Jugoslawien anführen wolle.²⁴⁹ Die Anwerbung von Söldnern ist nach dem russischen Strafgesetzbuch (Art. 359) mit drei bis sieben Jahren Freiheitsstrafe bedroht. Von der Einleitung entsprechender Verfahren wurde allerdings nichts bekannt.

²⁴⁵ Jane's Defence Weekly 4.8.1999, Seite 4

²⁴⁶ Gastkommentar, in Nezawisimaja gazeta 16.4.1999, Seite 8

²⁴⁷ Selesnjov Genadij, Interview in: Berliner Zeitung 26.4.1999, Seite 5

²⁴⁸ Moscow News 40/1998, Seite 8

²⁴⁹ Izvestija vom 27.3.1999, Seite 1

3.5. Russisches Säbelrasseln

Vielfach wurde (u. a. vom „Roten Stern“) die Hoffnung ausgedrückt, dass die Ereignisse auf dem Balkan die Chancen zur Konsolidierung der von einer anhaltenden wirtschaftlichen, sozialen und auch geistigen Krise gezeichneten russischen Gesellschaft angesichts der gemeinsamen Bedrohung aus dem Westen, erhöhen könnten. *„Es ist so etwas wie eine vereinigende nationale Idee entstanden...- die intensive Vorbereitung auf einen Krieg mit westlichen Staaten“*.²⁵⁰ Die Regierungszeitung formulierte, dass man dem *„NATO-Monster ... nur mit Gewalt widerstehen könne, da es eine andere Sprache nicht verstehe“*.²⁵¹ Auch „demokratische“ Medien verbreiteten immer neue Atom- und Weltkriegsszenarien, die auf der Kosovo-Krise aufbauten. Der russische Militäranalytiker Pavel Felgenhauer, meinte, dass Russland in einem „realistischen Szenario“ zwei oder drei Atombomben gegen die NATO - Präsenz in Albanien einsetzen könnte. Der Westen solle sich hüten anzunehmen, dass Moskau nur blufft.²⁵² Und. *„Es könnte das letzte Mal sein, dass sich die Regierung Clinton verrechnet, bevor die Vereinigten Staaten in Rauch aufgehen“*.²⁵³

Die russischen Maßnahmen beschränkten sich dann auf die Entsendung des Aufklärungsschiffes „Liman“ in die Adria Anfang April 1999. Zu einem Einsatz von weiteren Schiffen der Schwarzmeerflotte, die zeitweise im Raum stand, kam es nicht. Dafür versorgten russische Geheimdienste Moskauer Medienberichten zufolge Belgrad u.a. mit aktuellen Daten über Startzeit, Flugrouten, Anzahl und Typen von NATO-Kampfflugzeugen.

3.6. Neue Kredite für Russland

Der russische Premierminister Primakov war am 23. März gerade auf dem Weg nach Washington um über neue Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu verhandeln, als er von der bevorstehenden Einleitung von „Allied Force“ erfuhr (wie bereits erwähnt), ließ er das Flugzeug wenden und nach Moskau zurückkehren. Manche russische Medien befürchteten daraufhin, dass damit die Chancen auf Kredite reduziert oder vorerst überhaupt vertan seien. Der einflussreiche Politologe und Leiter des „Rates für Außen- und Verteidigungspolitik“ (einer nichtstaatlichen Vereinigung von Politikern, Wissenschaftlern, Geschäftsleuten usw.), Sergej Karaganov, hielt dagegen: *„Die Militäraktion der NATO in Jugoslawien kann die Zuerkennung eines IWF-Kredits an*

²⁵⁰ Nezawisimoe voennoe obozrenie 13/1999, Seite 1

²⁵¹ Rossijskaja gazeta 16.4.1999, Seite 4

²⁵² Felgenhauer Pawel, Interview in: Profil 16/1999, Seite 115

²⁵³ Felgenhauer, in: FAZ 16.4.1999, Seite 7

Russland beschleunigen. Die Amerikaner können eine solche Entscheidung treffen, weil sie Russland diese bittere Pille irgendwie versüßen wollen“²⁵⁴ So kam es dann auch: Während der lautesten Kritik Moskaus an der NATO sagte der IWF Russland einen (weiteren) Großkredit von 4,5 Mrd. Dollar zu,²⁵⁵ was ohne die dort tonangebenden westlichen Staaten mit den USA an der Spitze nicht möglich gewesen wäre.

3.7. Bestrebungen seitens Jugoslawiens für Aufnahme in die „Union“ Russland - Belarus

Ein solcher Schritt war schon vor „Allied Force“ diskutiert worden. Am 12. April 1999 stimmte das jugoslawische Parlament ohne Gegenstimme dafür, und vier Tage darauf verabschiedete die Staatsduma eine entsprechende (rechtlich nicht bindende) Resolution. Auch der autoritär regierende belorussische Präsident Alexander Lukaschenko signalisierte klare Zustimmung, doch die russische Führung reagierte skeptisch und zurückhaltend.

Art 2. und 11. des 1997 unterzeichneten Vertrages über die „Union“ Russland - Belarus enthalten sicherheits- und militärpolitische Bestimmungen, und hier lag auch das eindeutige Motiv für das Interesse Belgrads an einer Mitgliedschaft: *„Moskau und Minsk sollen in den Krieg hineingezogen werden*“.²⁵⁶

4. Teilnahme an der Kosovo-Friedensmission (KFOR)

Aus Sicht der NATO war die Teilnahme russischer Einheiten an einer Friedenstruppe für den Kosovo von Anfang an völlig unbestritten; Solana meinte, dass diese *„Sicherheit für die Serben bedeuten sollen*“.²⁵⁷ Die Verhandlungen mit den USA über die Struktur der Kosovo Force (KFOR) Anfang Juni verliefen vom Standpunkt Russlands aus jedoch höchst unbefriedigend - es kritisierte, dass versucht werde, ihm eine untergeordnete Rolle zuzuweisen. Russland wollte einen eigenen Sektor im Kosovo haben, dies wurde aber von der NATO verweigert. Daher entschloss man sich in Moskau zu einem Überraschungscoup: 200 Soldaten aus dem russischen SFOR-Kontingent im bosnisch-herzegowinischen Ugljevik fuhren ohne Absprache mit der NATO mit 16 Panzerfahrzeugen

²⁵⁴ Zeitung Sevodnja vom 25.3.1999, Seite 2

²⁵⁵ Später wurden die Summe auf 1,2 Mrd. Dollar beschlossen, IWF-Sitzung vom 29.7.1999

²⁵⁶ Timmerman Heinz: Wer will schon einen „Slawischen Bruderbund“?, in : FAZ 24.4.1999, Seite 11

²⁵⁷ Austria Presse Agentur (APA) 272, 4.2.1999

(BTR) und 20 anderen Fahrzeugen über serbisches Gebiet in den Kosovo und besetzten am 12. Juni den Flughafen Slatina bei Pristina. Dabei wurden sie jubelnd von den Serben empfangen.

Ivanov hatte zugesagt, dass die russischen Truppen die Grenze zum Kosovo nicht vor den anderen KFOR-Einheiten überschreiten werden. Nachdem dies dann doch geschehen war, sprach er von einem „Fehler“ - die Soldaten würden unverzüglich wieder abgezogen, weil es für ihre Aktion keine Erlaubnis der Regierung in Moskau gebe. Es kam allerdings nicht dazu. Diese Vorgänge ließen sich eventuell noch wie von manchen russischen und westlichen Medien auch versucht damit erklären, dass das Verteidigungsministerium das Außenministerium einfach nicht informiert hatte. Ganz zweifellos der Desinformation diene jedoch, die am 12. Juni gemachte Versicherung des Kommandeurs der Luftlandetruppen, Generaloberst Georgij Spak, dass keine russische Einheit das Territorium der BRJ betreten habe.²⁵⁸ Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa (SACEUR), US-General Wesley Clark, war durch die US-Aufklärung von dem russischen Handstreich informiert worden und wollte ein Kommandounternehmen einleiten, um den Flughafen für die NATO zu retten. Der britische KFOR-Oberbefehlshaber General Michael Jackson lehnte allerdings ab („I'm not going to start World War III for you“). Die britische Regierung stellte sich hinter Jackson, während Clark in Washington für seine Position keine Unterstützung fand.²⁵⁹

Sergeev meinte, dass die russischen Soldaten in Slatina nicht isoliert seien und „mit allem Notwendigem versorgt“ werden.²⁶⁰ So war es dann auch - allerdings wohl in einem anderen Sinne als von ihm gedacht: Als den Russen Proviant und Wasser ausgingen, wurden sie von den Briten, denen sie kurz zuvor den Weg auf den Flughafen versperrt hatten, verpflegt.

Die NATO versuchte, die Bedeutung des „Sprunges nach Priština“ herunterzuspielen, während man sich in Russland überzeugt zeigte, dass es die eigene Position bei den Verhandlungen mit den USA über die KFOR signifikant verbessert habe. Tatsächlich konnten die Russen den Flughafen Slatina (wo eigentlich Jackson sein Hauptquartier aufschlagen wollte), behalten. Die NATO lehnte allerdings weiter die beiden zentralen russischen Forderungen - ein eigener Sektor im Norden des Kosovo (d. h. an der Grenze zum übrigen Serbien) und keine Unterstellung seiner Truppen unter das Kommando der Allianz - ab, weil sie eine daraus resultierende Teilung des Kosovo befürchtete.

²⁵⁸ Nesawisimoe voennoe obozrenie 23/1999, Seite 2

²⁵⁹ Newsweek 3.8.1999

²⁶⁰ Nes. voenn obos. 23/1999, Seite 2

Einem von den Verteidigungsministern der USA und Russlands, William Cohen und Sergejew, am 18.6.1999 in Helsinki unterzeichneten Abkommen zufolge, sollte Russland maximal 3616 (statt wie ursprünglich ventiliert bis zu 10000) der ca. 57000 geplanten KFOR-Soldaten entsenden. 2850 Russen wurden auf die Sektoren der USA, Deutschlands und Frankreichs verteilt, 750 standen am Flughafen Slatina (wo die Briten für die Kontrolle des Flugverkehrs zuständig waren), und weitere 16 waren Verbindungsoffiziere.²⁶¹ Dazu kamen noch 210 Mitarbeiter des russischen Innenministeriums (MVD) als Teil der internationalen Polizeimission im Kosovo. Moskauer Politiker und Militärs machten klar, dass die russischen Truppen völlig unabhängig von der NATO zu agieren gedenken. Genau dies fürchten die Kosovo-Albaner, die mehrfach (so in Orahovac, Malisevo und Kosovska Kamenica) gegen die Russen demonstrierten, während diese von den Serben bejubelt wurden.

Es liegen Hinweise vor, die darauf schließen lassen, dass das russische Verteidigungsministerium beabsichtigte, nach dem Vorbild der erfolgreichen Inbesitznahme von Slatina einen möglichst großen Teil des Kosovo einseitig zu besetzen. Die russische Zeitschrift „Neue Zeit“ kommentierte *„Rückblickend ist verständlich, was General Iwaschow meinte, als er sagte, dass Russland nicht um einen eigenen Sektor im Kosovo bitten wird. Diesen Sektor wollte man sich offenbar einfach nehmen“*²⁶². Allerdings versagten Ungarn, Rumänien und Bulgarien den russischen Transportern auf Ersuchen der USA und der NATO mehrere Tage lang die Überfluggenehmigung, sodass nicht rasch genug ein ausreichend großes Truppenkontingent herangeführt werden konnte, und der Plan musste ungeachtet der kaum verhüllten Wut russischer Generäle scheitern. Eine Moskauer Tageszeitung schrieb, dass sich russische Militärs in privaten Gesprächen über die eigenen Politiker beschwerten, die nach der Besetzung von Slatina zu lange gezögert hatten - ansonsten würden jetzt die Russen Pristina kontrollieren.²⁶³

Aus heutiger Sicht war dieses Machtspiel bedeutungslos und hatte einfach die Folge, dass die russischen Truppen im Kosovo unbeliebt geblieben sind und schlussendlich 2003 abziehen mussten, offiziell aus versorgungstechnischen Gründen, aber ein fauler Beigeschmack blieb zurück. Die Russen hatten begriffen, dass sie im militärischen Sektor nicht viel ausrichten konnten, es blieb ihnen nur die Diplomatie.

²⁶¹ „Agreed Points on Russian Participation in KFOR, in: nato.int/Kosovo/docu/a990618a.htm

²⁶² Novoe vremja 28/1999, Seite 29

²⁶³ Vremja 22.7.1999, Seite 6

TEIL III. NACH DEM KRIEG

1. FRIEDENSSICHERNDE MASSNAHMEN

1.1. Die einzelnen Abkommen und ihre Realisierung

Das Einlenken der Führung in Belgrad - durch Billigung des „G 8 Friedensplanes“ durch die serbische Führung am 3.6.1999 - bei den folgenden Verhandlungen führte letztlich am 9.6.1999 zur Unterzeichnung des „Militär-Technischen-Abkommens (MTA) zwischen der NATO (unterzeichnet von Generalleutnant Michael Jackson, Kommandant der KFOR), der jugoslawischen Armee (Generaloberst Svetozar Marjanovic, stellvertretender Generalstabschef) sowie eines Vertreters des serbischen Innenministeriums (Generalleutnant Obrad Stevanovic, Kommandant der serbischen Sonderpolizei). Damit waren die Voraussetzungen für die bereits am Folgetag verabschiedete UN-Resolution 1244 geschaffen, die wiederum als Basis für den Einsatz der Friedenstruppe KFOR diente. Somit konzentrierte die NATO ihre Kräfte fortan auf die Einhaltung und Absicherung der Vereinbarungen in der Operation „Joint Guardian“.²⁶⁴

Der Rückzug der jugoslawisch-serbischen Kräfte hatte innerhalb von elf Tagen zu erfolgen, wobei die Unterteilung des Kosovo in drei Zonen und eine zeitliche Staffelung die bessere Koordinierung auf serbischer und eine genauere Kontrolle auf NATO-Seite gewährleisten sollte. So hatte der Abzug aus Zone 1 - dem Süden und Westen - binnen sechs Tagen zu erfolgen, für den Abzug aus Zone 2 - den Zentralraum des Kosovo - wurden weitere drei Tage zugestanden. Die verbliebenen Kräfte im Norden - Zone 3 - hatten ihren Rückzug bis zum elften Tag nach Inkrafttreten des Abkommens (20.6.1999) abzuschließen. Sämtliche Bewegungen aus dem Kosovo mussten über drei definierte und von der NATO kontrollierte Übergänge im Norden nach Serbien erfolgen. Eine Verlagerung von Teilen nach Montenegro, wurde zwar im Vertrag nicht explizit angesprochen, durch den festgelegten Abzug über die drei Ausgänge aber zumindest nicht auf direktem Wege möglich.²⁶⁵

Die Truppen waren verpflichtet, vor ihrem Rückzug alle Minenfelder, Sprengfallen und Hindernisse zu markieren und an den Bewegungslinien zu beseitigen. Der Einmarsch der NATO-Friedenstruppe sollte in synchronisierter Form mit dem serbischen Abzug erfolgen, um ein Machtvakuum zu vermeiden.

²⁶⁴ Military Technical Agreement in: Afsouth.nato.int/kfor/mta.htm vom 16.6.1999

²⁶⁵ Die Presse, 5.7.1999, Seite 5

Zusätzlich zur Räumung des Kosovo verpflichtete sich Belgrad, eine Flugsicherheitszone (Abstand 25 km zur serbisch-kosovarischen Grenze) und eine Bodensicherheitszone (5 km) einzuhalten. Demnach durften keine serbischen Flugbewegungen innerhalb dieser 25 km-Zone erfolgen, die Stationierung von Luftverteidigungssystemen, Boden-Luftraketen systemen, Radaranlagen und Fliegerabwehrartillerie in diesem Raum wurde ebenfalls verboten. Dieser 5 km breite Streifen stellte de facto eine entmilitarisierte Zone dar.²⁶⁶

Der Rückzug der jugoslawisch-serbischen Truppen erfolgte exakt im Sinne der Vereinbarungen, bereits elf Stunden vor Ablauf der Frist gab die NATO bekannt, dass sämtliche durch das Abkommen erfasste Kräfte den Kosovo verlassen hätten. Örtliche Schießvorfälle im anschließenden Zeitraum belegen, dass einzelne Personen oder Gruppierungen weiterhin im Kosovo verblieben und eine Bedrohung für die KFOR, internationale Organisationen und die Zivilbevölkerung darstellten. Allerdings schien das professionelle Verhalten der Friedenstruppe gegenüber diesen Akteuren Wirkung zu zeigen, so dass ähnliche Vorfälle nach den ersten Wochen der NATO-Präsenz abnahmen.

1.2. Die Absicherung des Abkommens durch die NATO-Operation „Joint Guardian“

Wie in den berühmt gewordenen Annex B des Militär-Technischen-Abkommens vorgesehen, hatte die Internationale Friedenstruppe KFOR die Schaffung und Erhaltung eines sicheren Umfeldes für die gesamte Bevölkerung des Kosovo zu gewährleisten. Zur Vermeidung eines Sicherheitsvakuum infolge des serbischen Abzuges folgte die KFOR unmittelbar diesen Verbänden in einem exakt abgestimmten Verfahren. Am 12.6.1999 um 05.00 Uhr marschierten eine britische und eine französische Brigade an der Spitze der NATO-Truppen aus Mazedonien kommend im Kosovo ein.²⁶⁷ Bereits mit Inkrafttreten des Abkommens hatte die Allianz ihre Luftangriffe vorerst ausgesetzt, am 20.06.1999 wurden sie offiziell für beendet erklärt. 17000 Soldaten waren in der Zwischenzeit bereits im Kosovo stationiert, die Operation „Joint Guardian“ („Gemeinsame Wacht“) war voll angelaufen.

Die Grundaufgaben²⁶⁸ der Friedenstruppe bestanden in der

A) *Herstellung einer Sicherheitspräsenz im Kosovo*

²⁶⁶ NZZ, 20.6.1999, Seite 3

²⁶⁷ NATO-Kosovo-press vom 14.6.1999

²⁶⁸ Allied Forces Southern Europe Operation Joint Guardian in: nato.int/Kosovo/press vom 14.6.1999

- B) Überprüfung und Erzwingung der Vereinbarungen*
- C) Herstellung eines sicheren Umfeldes als Voraussetzung für internationale Hilfe und Einrichtung einer Übergangsverwaltung*
- D) Hilfestellung zur Erzielung eines sicheren Umfeldes, das die Übertragung der Verantwortung für die öffentliche Sicherheit an zivile Organisationen erlaubt.*

Der Aufbau einer Friedensstreitkraft sollte in zwei Phasen erfolgen, zeitgleich mit dem abgeschlossenen serbischen Rückzug am 20.6.1999 war auch die erste Phase der NATO-Stationierung im Kosovo beendet, 17000 - von 19000 ursprünglich geplanten - Soldaten befanden sich im Einsatzraum. Die zweite Phase sah den weiteren Ausbau des Kontingentes auf 57000 vor, allerdings dürfte sich der Zulauf etwas verzögert haben, die vorgesehenen drei Monate reichten nicht aus, da die letzten Teilnehmer an die KFOR-Operation erst im Herbst eingetroffen waren. General Jackson drängte die Teilnehmerstaaten allerdings bereits Ende Juli mehrfach, die Entsendung zu beschleunigen, um den umfangreichen und vielfältigen Anforderungen an die Friedenstruppe im Kosovo gewachsen zu sein. Noch vor Ende Juni hatte er dann auch bereits 30000 Soldaten in der Friedensmission verfügbar.²⁶⁹

1.3. Die KFOR-Sektoren im Kosovo

Zur Realisierung des Abkommens wurde das Territorium des Kosovo in fünf Sektoren unterteilt, in denen jeweils eine multinationale Brigade unter Verantwortung eines Staates operierte. Den Norden kontrollierte Frankreich, den Westen Italien, den Süden Deutschland, den Zentralraum Großbritannien und den Osten die USA.

Das britische Oberkommando der KFOR wurde in Prislina eingerichtet, mit 19.07.1999 beteiligten sich alle NATO-Staaten - ausgenommen Island und Luxemburg - sowie Russland an der Friedensoperation; der Kräfteumfang war auf knapp 34000 im Kosovo und 8000 in Mazedonien angewachsen.²⁷⁰ Die umfangreichsten Kontingente stellen dabei Großbritannien (13.000), Deutschland (8.500), die USA und Frankreich (jeweils 7.000)²⁷¹. Schon bei Aufstellung der „Enabling Force“ ab Februar 1999 in Mazedonien betonte die NATO, dass die Teilnahme an einer Friedensoperation jedem interessierten Staat offen stehe. Der weitere Ausbau in Phase II der

²⁶⁹ KFOR Pressekonferenz vom 24.6.1999

²⁷⁰ Allied Forces Southern Europe Operation Joint Guardian in: nato.int/Kosovo/press vom 19.7.1999

²⁷¹ AFSEO „Joint Guardian“ w.o. vom 16.6.1999

Operation „Joint Guardian“ hatte daher auch Kräfte von Nicht-NATO-Mitgliedern, beispielsweise Österreichs und der Schweiz, umfasst.

Ein spezielles Problem bei der Kräftezusammensetzung stellte die Integrierung eines russischen Kontingentes dar, das durch die überraschende Stationierung einer kleinen Vorausabteilung (wie bereits erwähnt) am Flughafen Priština für Überraschung und Verärgerung auf Seiten der Allianz gesorgt hatte. Moskau bestand lange Zeit auf der Zuweisung eines eigenen Sektors, was aber sowohl von der NATO wie auch von der Kosovo-albanischen Bevölkerung strikt abgelehnt wurde. Zu groß war die Angst vor einem ausschließlich russischen Gebiet, in dem Serbien unverändert Einfluss geltend machen hätte können, was die Gefahr einer Teilung des Kosovo bedeutet hätte.

Anfang Juli 1999 setzte sich die NATO mit ihren Forderungen schließlich durch; das russische Kontingent in einer geplanten Stärke von 3.616 Mann wurde auf den amerikanischen, deutschen und französischen Sektor aufgeteilt, eben dort, wo ein starker serbischer Bevölkerungsanteil gegeben war.²⁷² Die wesentlichen Punkte der bereits am 18.06.1999 in Helsinki zwischen der NATO und Russland getroffenen Absprache blieben unverändert; Moskau beteiligte sich mit fünf Bataillonen an der Friedensmission, insgesamt 2.850 Mann. Dazu kamen ein Kontingent in der Stärke von 750 Soldaten zum Betrieb des Flugplatzes Priština und 16 Verbindungsoffiziere²⁷³. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die operativtaktische Handlungsfreiheit des Kommandanten der KFOR durch die Präsenz und Sonderregelungen für die russischen Bataillone keiner Einschränkung unterlag.

1.4. Das Entmilitarisierungsabkommen mit der UCK

Im Unterschied zum Oktober 1998 (Milosevic-Holbrooke-Abkommen) wurde im Juni 1999 die UCK diesmal in die Verhandlungen über die Zukunft des Kosovo eingebunden. In einem eigenen Abkommen vom 20.6.1999 wurde zwischen der NATO und dem Repräsentanten der UCK, Hasim Thaci detailliert festgelegt, wie sich die „Befreiungsarmee“ im Zuge der Abkommensimplementierung zu verhalten habe. Zentrales Anliegen der NATO beim Zustandekommen des Abkommens war, dass der UCK keinerlei Sicherheitsbefugnisse in der Übergangsphase zuerkannt wurden. In den ersten vier Punkten der Übereinkunft verpflichtete sich die UCK, die Kampfhandlungen einzustellen, die Rolle der KFOR als alleinige Sicherheitskraft im

²⁷² NZZ, 8.7.1999, Seite 5

²⁷³ Allied Forces Southern Europe Operation Joint Guardian in: www.nato.int/Kosovo/press vom 26.7.1999

Kosovo anzuerkennen und nach einer detailliert geregelten Vorgangsweise die Waffen abzugeben. Als wichtigste Bestimmungen sind anzuführen:²⁷⁴

- *Einhaltung eines Waffenstillstandes, das Abrücken aus Konfliktzonen, die Demilitarisierung und Wiedereingliederung in die zivile Gesellschaft*
- *Akzeptanz und Unterstützung der KFOR*
- *Verpflichtung zur Unterlassung des Waffengebrauchs, Minen zu verlegen, Straßensperren und Kontrollpunkte zu errichten, Zivilisten anzugreifen, gefangen zu nehmen oder zu belästigen und deren Besitz weder anzugreifen, zu beschlagnahmen oder zu zerstören*
- *In einer gemeinsamen Umsetzungskommission mitzuwirken.*

Betreffend die Waffenabgabe willigte die UCK ein, binnen 90 Tagen nach einem genau festgelegten Ablauf alle militärischen Waffen, Sprengstoff u. a., aber auch landläufige sonstige Waffen abzugeben und in Depots gemeinsam zu verwahren. Die Kontrolle dieser Depots ging 90 Tage nach Unterzeichnung des Abkommens (Mitte September 1999) völlig auf die NATO über. Hervorzuheben ist weiters, dass sich innerhalb von 30 Tagen alles nicht aus dem Kosovo stammende Personal der UCK, egal ob legal oder illegal anwesend, aus dem Kosovo zurückziehen hatte, sprich, es musste den Kosovo verlassen.²⁷⁵

1.5. Die Situation im Kosovo Mitte Juli 1999

Trotz Zustandekommens der Demilitarisierungsvereinbarung mit der UCK blieb nicht nur bei der serbischen Bevölkerung, sondern auch bei den NATO-Verantwortlichen eine gewisse Skepsis zurück. Obwohl die Waffenabgabe programmgemäß anlief, gestand die NATO schon vor der Übereinkunft ein, dass eine vollständige Entwaffnung der UCK „praktisch unmöglich“ sei.²⁷⁶ Die Erfahrungen der Monate Juni und Juli 1999 zeigten, dass sich die UCK im Großen und Ganzen an die getroffenen Vereinbarungen hielt. Mitte Juli 1999 beurteilte die NATO den Fortgang der Entwaffnung aber bereits als „zögernd“.²⁷⁷ Ob nun tatsächlich alle Waffen abgegeben und nicht beispielsweise geheime Depots für „den Fall der Fälle“ angelegt wurden, blieb damals abzuwarten und war zudem nur schwer überprüfbar. Entgegen den Abkommensbestimmungen wurden zu

²⁷⁴ Undertaking of demilitarisation and transformation by the UCK, in : nato.int/Kosovo/press vom 1.7.1999

²⁷⁵ W.O

²⁷⁶ NZZ, 18.6.1999, Seite 2

²⁷⁷ NZZ, 15.7.1999, Seite 5

diesem Zeitpunkt auch illegale Polizeiwachen der UCK, in die Menschen ohne Verfahren festgehalten worden waren, entdeckt und führten zu Verhaftungen.²⁷⁸

Für alle im Kosovo agierenden Kräfte bestand ein erhöhtes allgemeines Sicherheitsrisiko, das primär durch nicht identifizierte Minen und Sprengfallen, aber auch durch herumliegende Blindgänger von Streubomben verursacht wurde. Allein deren Zahl wurde auf Tausende geschätzt, trotz ihrer leuchtgelben Färbung (gemeint sind nicht explodierte NATO-Munition und Geschosse), kam es immer wieder zu Unfällen durch unvorsichtiges Hantieren. Bis Mitte Juli 1999 wurden UNO-Angaben zufolge mindestens 97 Personen durch Minen getötet oder verletzt.²⁷⁹

Schießvorfälle zwischen Einzelpersonen, Gruppen oder Überfälle auf KFOR Soldaten wiesen mehrfach auf die gespannte Sicherheitslage hin, im US-Sektor wurde aus diesem Grunde ein beschränktes Ausgangsverbot verhängt. Die Detonation eines aus einem Auto geworfenen Sprengsatzes in Vitina (südlich Priština) wies auf die Mannigfaltigkeit der Gefahren hin.²⁸⁰

Laut Angaben der serbisch-orthodoxen Kirche wurden vor dem Abzug der serbischen Truppen bis Anfang Juli bereits 35 Serben ermordet und weitere 38 entführt.²⁸¹ Trotz größter Anstrengungen gelang es der KFOR nicht, Übergriffe gegen die serbische Bevölkerung bzw. deren Besitz gänzlich zu unterbinden. Selbst ein Monat nach Inkrafttreten des Entmilitarisierungsabkommens wurden immer wieder Häuser geplündert und in Brand gesteckt, allein in Prižren wurden im Juli binnen einer Woche mehr als 50 Häuser niedergebrannt.²⁸² Allerdings wäre es unzulässig, diese Anschläge ausschließlich Angehörigen der UCK anlasten zu wollen. Die Empörung war aber allgemein in der Kosovo-albanischen Bevölkerung sehr groß, Racheakte daher von dieser Seite anzunehmen.

Die Installierung einer internationalen Polizeimission im Kosovo in der geplanten Stärke von 3000 Teilnehmern sollte zunehmend die NATO von Polizeiaufgaben entlasten und zu einer Entspannung der Situation beitragen. Dem Aufbau und der Integration örtlicher Sicherheitskräfte kam dabei eine entscheidende Bedeutung bei der Stabilisierung dieser Region zu. In diesem Zusammenhang wurde aber zweifelsohne die aktive Einbindung der UCK in diese Strukturen maßgeblich vorangetrieben, was das weitere Verhalten der Rebellen im Zuge der Abkommensimplementierung beeinflusste.

²⁷⁸ Die Presse, 21.7.1999, Seite 4

²⁷⁹ NZZ, 16.7.1999 Seite 3 und FAZ, 24.6.1999 Seite 6

²⁸⁰ NZZ, 17./18.7.1999, Seite 2

²⁸¹ NZZ, 12.7.1999, Seite 2

²⁸² NZZ, 17./18.7.1999, Seite 2

2. „BEFREITE“ UND „BESIEGTE“

2.1. Die Gewinner des Krieges, „die Befreiten“

Ganz eindeutig haben die Kosovo-Albaner den Bürgerkrieg gewonnen. Sie errangen den Sieg gegen einen Gegner, dem sie in militärischer Hinsicht hoffnungslos unterlegen waren. Sie waren in extrem kurzer Zeit siegreich gewesen. Es gibt wohl kaum ein anderes Beispiel in der Geschichte für einen so erfolgreichen Bürgerkrieg. Wie wurde das überhaupt möglich?

Zunächst einmal steht fest, dass alle relevanten albanischen politischen Kräfte im Kosovo spätestens seit Ende der achtziger Jahre die Unabhängigkeit der Provinz als festes Ziel vor Augen hatten. Unterschiede bestanden lediglich hinsichtlich des operativen Vorgehens und der anzuwendenden Taktiken sowie des Zeithorizonts für das Erreichen dieses Ziels. Die gemäßigten Kräfte um Rugova wollten die Unabhängigkeit weitgehend durch friedliche Mittel, vor allem durch zivilen Widerstand gegen die serbische Staatsautorität, den Aufbau eigener, paralleler Staats- und Gesellschaftsstrukturen und durch die Hilfe anderer Staaten und internationaler Organisationen erreichen. Sie waren auch mit Zwischenschritten auf diesem Wege einverstanden, wenn dadurch nicht die Unabhängigkeit verwehrt wurde. Die Radikalen, als deren Arm sich immer mehr die UCK herauskristallisierte, wollten die Unabhängigkeit durch bewaffneten Kampf erreichen. Sie waren allenfalls aus taktischen Gründen bereit, vorübergehend von der Gewalt Abstand zu nehmen, und wollten ihr Ziel schnell erreichen. Im Laufe der Zeit bestimmten sie immer mehr den Kurs. Sie hatten ohnehin großen Rückhalt in der ländlichen Bevölkerung und gewannen neue Anhänger bei jenen, die von der Erfolglosigkeit des gewaltlosen Weges enttäuscht waren. Beide Gruppierungen trennten persönliche Animositäten, ja Feindschaften und unterschiedliche Auffassungen über Vorgehensweisen. Vereint waren sie jedoch in dem gemeinsamen Streben nach Unabhängigkeit und der Ablehnung der serbischen Staatsautorität.

Wann immer die Geburtsstunde der UCK gewesen sein mag, als sichtbares militärisches Element trat sie Ende 1997 in den Bürgerkrieg ein. Rugova erklärte noch Anfang 1998, sie sei eine Erfindung des serbischen Geheimdienstes, um die Repressionen gegen die Albaner zu rechtfertigen. Die Taktik der UCK war zunächst die klassische Guerilla-Taktik. Durch gezielte Einzelangriffe auf die Organe der staatlichen Autorität, insbesondere auf die Polizei, wurden diese verunsichert, in Furcht versetzt und zu Reaktionen provoziert. Wie dies in jedem Bürgerkrieg üblich ist, benutzten die Guerillas die Zivilbevölkerung als Schutzschild. Die UCK konnte sich über die Grenze nach Nordalbanien in

einen sicheren Hafen zurückziehen. Die Reaktionen des serbischen Machtapparats entsprachen ebenfalls dem üblichen Bürgerkriegsschema. Sie gingen unverhältnismäßig gewaltsam und brutal vor, verursachten Opfer unter der Zivilbevölkerung und lösten Flüchtlingsbewegungen aus. So war die Zivilbevölkerung wie bei jedem Bürgerkrieg Hauptleidtragender. Doch Leid und Elend der Zivilbevölkerung waren auch taktisches Mittel der Guerilla. Durch geschickte Information und Manipulation der Medien wurden internationale Aufmerksamkeit und Betroffenheit erzeugt. Durch das Eingreifen internationaler Organisationen wurden den Operationen der jugoslawischen Sicherheitskräfte Schranken auferlegt, während die UCK ihren Machtbereich kontinuierlich ausbauen konnte. Nur so ist zu erklären, dass nach einem halben Jahr Bürgerkrieg, Ende Juni 1998, die UCK gegen einen hundertfach militärisch überlegenen Gegner etwa 30 bis 40 Prozent des Kosovo kontrollieren konnte.

Im Mai 1998 eröffnete sich für die UCK zum ersten Mal eine ganz konkrete Perspektive für einen raschen Sieg im Bürgerkrieg. Die NATO, die stärkste Militärallianz der Welt, hatte sich eingeschaltet, deutlich Partei gegen die Serben ergriffen und ein militärisches Drohpotential an den Grenzen der BRJ aufgebaut, das allerdings zu dieser Zeit noch gegen ein Übergreifen des Konflikts auf die Nachbarländer gerichtet war. Doch das Vorrücken von NATO-Streitkräften bis nahe an die Grenzen der BRJ war eine politische Demonstration des Bündnisses, notfalls auch in den Konflikt direkt eingreifen zu wollen. Somit wäre das Kosovo-Problem internationalisiert und hätte nicht sehr viel mit einem üblichen Bürgerkrieg zu tun. Die Kräfteverhältnisse wurden eindeutig verschoben.

Im Frühsommer 1998 machte dann die UCK ihren einzigen großen operativen Fehler. Aus einer Überschätzung ihrer Möglichkeiten und vielleicht beflügelt von den bisherigen raschen Erfolgen besetzte sie kleinere Städte und stellte sich der Polizei und dem Militär in offener Feldschlacht. Diesen Kampf musste sie militärisch verlieren, denn hier konnten Polizei und Militär vor allem ihre weit überlegene Feuerkraft ausspielen. Die UCK erlitt eine schwere militärische Niederlage, sie verlor mehrere hundert Kämpfer und musste sich aus von ihr vorher kontrollierten Gebieten zurückziehen. Doch strategisch war diese Operation dennoch ein Erfolg für die UCK. Diesen verschaffte ihr allerdings der Bürgerkriegsgegner. Polizei und Militär gingen nämlich, wohl um die Infrastruktur der UCK zu zerstören, massiv, gewalttätig und brutal gegen die albanische Zivilbevölkerung vor. Dies löste große Flüchtlingsströme aus. Sie bewirkten eine stärkere Intervention der UNO und vor allem der NATO. Mitte Oktober 1998 stand ein Luftangriff des Bündnisses auf die BRJ unmittelbar bevor. Der Bürgerkrieg stand kurz vor seiner Entscheidung, für die UCK war der Sieg nahe. Die Entscheidung wurde vertagt. Auf Druck der NATO begrenzte die

BRJ die Stärke, die Präsenz und die Operationen von Polizei und Armee im Kosovo und war offenbar bereit, auch in einen Verhandlungsprozess zur friedlichen Lösung des Konflikts einzutreten. Der Erfolg einer solchen Befriedung hätte allerdings die Unabhängigkeit des Kosovo und so die Bestrebungen der radikalen Kräfte, vor allem der UCK, in weite Ferne gerückt. Diese musste von einer solchen Perspektive enttäuscht sein und zeigte dies auch deutlich. Die NATO hielt ihr einseitig gegenüber der BRJ gerichtetes Drohpotential auf hohem Niveau aufrecht, jederzeit abrufbar. Dagegen wurden die gewalttätigen Übergriffe der UCK in keiner Weise eingeschränkt. In den Händen der UCK lag es nun durch ein Wiederbesetzen der im Sommer 1998 aufgegebenen Positionen und Angriffe auf die jugoslawischen Sicherheitskräfte diese zu weiteren Übergriffen auf die Zivilbevölkerung provozieren und so eine humanitäre Katastrophe herbeizuführen und dann mit ziemlicher Sicherheit NATO-Luftangriffe gegen die BRJ auszulösen. Die UCK hatte dieses Ziel von Ende Oktober 1998 an konsequent verfolgt. Es ist eigentlich erstaunlich, wie selten diese Strategie begriffen wurde. So führte General a.D. Naumann aus: „Die UCK spielte im Grunde eine Rolle, die uns den Erfolg des Herbstes 1998 kaputt gemacht hat. Sie stieß in das Vakuum, das der Abzug der Serben hinterlassen hatte, und breitete sich in einer Weise aus, die vermutlich niemand in irgendeinem anderen Staaten akzeptiert hätte...und den Fehler hat die UCK gemacht, dass sie das Vakuum füllte.“²⁸³ In der Strategie der UCK war dieser „Fehler“ jedoch ein unerlässlicher Schritt auf dem Weg zum Sieg im Bürgerkrieg.

Die Verhandlungen in Rambouillet und Paris kann man aus dieser Perspektive als die Fortsetzung des Bürgerkrieges mit anderen Mitteln und auf einem anderen Terrain begreifen. Durch eine ungemein geschickte Verhandlungsstrategie, durch flexible Taktiken und den Beistand und die Unterstützung vor allem der USA, war die UCK erfolgreich. Wie ungleichgewichtig die von den USA angedrohten Sanktionen waren, zeigt sich an einer Äußerung von Außenministerin Albright: „Wenn die Gespräche platzen, weil die Serben nein sagen, werden wir bombardieren. Wenn wir ein Ja von beiden Seiten bekommen, wird es eine Truppe für die Umsetzung geben. Wenn die Gespräche wegen der Albaner platzen, werden wir sie nicht mehr unterstützen und auch die Hilfe anderer kappen.“²⁸⁴ Im Klartext heißt das: Den Serben wird mit Krieg gedroht, der UCK damit, ihr keine Hilfe mehr zu gewähren, die ohnehin nach der Auflagen des UN-Sicherheitsrates unzulässig war. Nach der Suspendierung der Verhandlungen in Rambouillet bestand eigentlich für die UCK kaum noch die Gefahr, dass die NATO nicht mit Luftangriffen gegen die BRJ vorgehen würde. Am 24. März 1999 war mit Beginn dieser Angriffe der Bürgerkrieg praktisch zugunsten der Kosovo-Albaner entschieden. Es war nur noch eine Frage der Zeit, wann der Gegner kapitulieren würde. Als

²⁸³ General a.D. Klaus Nauman in der ZDF-Sendung vom 21. September 1999

²⁸⁴ Die amer. Außenministerin in der selben Sendung

Luftwaffe der UCK gewann die NATO den Bürgerkrieg für die UCK. Dass in der Endphase des Krieges wieder die Zivilbevölkerung die Zeche zahlen musste, entspricht dem üblichen Verlauf von Bürgerkriegen und wurde von der UCK in Kauf genommen.

Wichtig war, dass alle Gruppierungen der Kosovo-Albaner ein klares strategisches Ziel hatten. Dieses Ziel, die Unabhängigkeit, verfolgten sie ganz konsequent und ohne substantielle Zugeständnisse. Die Unterschiede im taktischen Vorgehen waren durchaus förderlich. So lenkten die gewaltlosen Methoden und das flexible Eingehen auf internationale Forderungen durch die Rugova-Gruppe die internationale Gemeinschaft vom gewaltsamen Vorgehen der UCK ab. Die nicht klar durchschaubaren Führungsstrukturen der UCK machten es schwierig, Verantwortliche für Gewalttaten zu identifizieren und die Vernetzung mit anderen Gruppen zu erkennen. Vorteilhaft für die albanische Seite war auch das Eingreifen der UNO, der EU und der Kontaktgruppe. Wurden doch dadurch dem militärischen Potential der BRJ Zügel angelegt, was eine Schwächung des Kriegsgegners der UCK bedeutete.

2.2. Die Verlierer des Krieges, die „Besiegten“

Die BRJ trug selbst zu ihrer Niederlage wesentlich bei. Die Belgrader Führung sah das Problem im Kosovo nur in der Bekämpfung einer kleinen Gruppe von Terroristen. Sie machte keinen echten Versuch, durch eine weitgehende Autonomie zumindest eine vorübergehende Befriedung zu erreichen, die eine Perspektive auf eine friedliche Lösung des Konflikts eröffnet hatte. Sie trieb durch das gewalttätige Vorgehen der Sicherheitskräfte auch gemäßigte Albaner in die Hände der UCK und machte sich auch den Teil der Bevölkerung, der politisch uninteressiert und vor allem um das tägliche Überleben bemüht war, zum Feind. So trugen wohl die Serben weit mehr dazu bei, der UCK Gefolgschaft zu verschaffen, als die Guerillas selbst durch ihre Aktionen.

Entscheidend für den raschen Erfolg war das Eingreifen der NATO unter der Führung der USA. Gegen die erklärte Absicht des Bündnisses wurde es doch zur „Luftwaffe der UCK“. Die NATO verband ihre Glaubwürdigkeit und ihr Prestige mit einer raschen Lösung des Kosovo-Konflikts. Sie ermunterte durch ihre einseitige Parteinahme gegen die BRJ die radikalen Kosovo-Albaner und bestärkte sie in der Richtigkeit ihres gewaltsamen Kurses. Abgesehen von verbalen Stellungnahmen war zu keiner Zeit ein ernsthafter Versuch von Seiten der NATO erkennbar, mit Sanktionen gegen die Gewalt der UCK vorzugehen. Es ist frappierend, wie das mächtige Bündnis von den Kosovo-Albanern immer mehr in den Konflikt hineingezogen wurde, bis schließlich seine Position in der

Hierarchie internationaler Organisationen auf dem Spiel zu stehen schien. Die NATO musste handeln, um ihr Gesicht nicht zu verlieren.

Die UCK hatte ein klares Ziel vor Augen, die Anwendung der Grundsätze des Bürgerkrieges und die Schwächen der anderen für ihren Erfolg auszunützen.

Die Bundesrepublik Jugoslawien war eindeutig der Verlierer des Bürgerkrieges. Die Belgrader Führung hat offenbar nie verstanden, dass sie sich in einem Bürgerkrieg befindet und hat sich nach den Regeln eines gewöhnlichen Krieges verhalten. Sie versuchte zunächst, mit einer massiven Unterdrückungspolitik den Widerstand der Kosovo-Albaner zu ersticken, was jedoch nicht gelang. Vielmehr wurde der gewaltsame Widerstand geradezu heraufbeschworen. Als sich die militanten Kosovo-Albaner etabliert hatten, wurde die Polizei nicht nur selektiv zur Bekämpfung von Terroristen eingesetzt, sondern ging unverhältnismäßig hart und grausam gegen das zivile Umfeld der militanten Separatisten vor und provozierte dadurch das Eingreifen internationaler Organisationen, die ohnehin durch die von den Serben in Bosnien-Herzegowina ausgeübte Gewalt antiserbisch vorgeprägt waren.

Wegen ihrer störrischen Haltung gegenüber der internationalen Gemeinschaft und der Weigerung, internationale Vermittlung zuzulassen, verspielte die Belgrader Führung einen weiteren wichtigen Trumpf, denn was den Status des Kosovo betraf, wurde international noch die jugoslawische Position gestützt und das albanische Ziel einer Sezession abgelehnt. Hätte Belgrad im Laufe des Jahres 1998 die Zusammenarbeit mit der OSZE zunächst nicht verweigert, dem Kosovo eventuell auch einseitig eine wirkliche Autonomie gewährt, und wären Sicherheitskräfte wirklich nur selektiv gegen die bewaffneten Kräfte der Kosovo-Albaner vorgegangen, was naturgemäß nicht leicht zu trennen war, hätte sich das Blatt vielleicht noch zugunsten der Jugoslawen wenden lassen. Doch Belgrad tat genau das Gegenteil von dem, was für einen Sieg im Bürgerkrieg erforderlich gewesen wäre. An Rechtspositionen wurde starr festgehalten, und sie wurden erst unter Androhung von Gewalt im letzten Moment aufgegeben. Die Obstruktionshaltung der Albaner gegen die Aufnahme von politischen Verhandlungen wurde nicht durch einseitige Zugeständnisse unterlaufen, die albanische Zivilbevölkerung wurde weiterhin drangsaliert und schikaniert. Man bekämpfte nicht nur die Terroristen, sondern führte einen grausamen Krieg in den Hochburgen der UCK und nahm dabei wenig Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Selbst in der letzten Phase des Bürgerkriegs im Februar/März 1999 wäre eine Niederlage noch abzuwenden gewesen. Dass, was Belgrad nach dem Luftkrieg zugestand, hätte in Rambouillet auf den Tisch kommen müssen: eine militärische

Implementierungstruppe unter der Verantwortung der Vereinten Nationen. Ein derartiges Angebot hätte es wahrscheinlich den USA sehr viel schwerer gemacht, ihre Forderung nach einer Nato-Truppe durchzusetzen. Jugoslawische Ansätze in diese Richtung waren zu zaghaft und nicht nachhaltig genug. Die Belgrader Führung lieferte der NATO die Legitimation für einen Luftkrieg gleich am „Silbertablett“ mit. Die politischen Fehler der serbischen Führung waren für die Niederlage im Bürgerkrieg entscheidend. Insgesamt verhielt sich Jugoslawien in seiner Kosovo-Politik ähnlich wie Russland in seiner Tschetschenien-Politik. Der Unterschied bestand darin, dass Jugoslawien ein kleines Land und gemessen am internationalen Niveau militärisch schwach war, weshalb die NATO auch bereit war, ihre politischen Ziele mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

2.3. Die KVM- Mission – nicht genutzte Chance für eine friedliche Lösung des Konflikts

Mit den Abkommen vom Oktober 1998 hatte die BRJ erhebliche Zugeständnisse gemacht, die der Belgrader Führung sicher nicht leicht gefallen sind. Der Kosovo-Konflikt war nun durch die direkte Beteiligung der OSZE und der NATO an der Überwachung der Abkommen tatsächlich internationalisiert. Die jugoslawische Seite hatte auch bis Ende Oktober/Anfang November 1998 ihre Verpflichtungen weitgehend erfüllt. Sie erwartete, dass die internationalen Verifikateure rasch vor Ort sein würden, um durch ihre Anwesenheit den Waffenstillstand zu stabilisieren und eine objektive Bewertung des Verhaltens beider Parteien zu ermöglichen.

Es gelang jedoch nicht, in der entscheidenden Zeit kurz nach dem Abschluss der Abkommens, überhaupt eine OSZE-Präsenz vor Ort zu errichten. Die OSZE-Mission wuchs systematisch, dennoch sehr langsam und erreichte zu keiner Zeit auch nur annähernd die geplante Personalstärke von 2000. Damit war eine notwendige Voraussetzung für eine friedliche Konfliktlösung nicht geschaffen, doch hätte das nicht fatale Folgen gehabt, wenn sich auch die UCK strikt an die Feuerpause gehalten hätte. Dies war aber nicht der Fall. Sie provozierte vielmehr die Staatsautorität, griff Polizeiposten an, übte Gewalt gegen die Zivilbevölkerung aus und maßte sich in inzwischen wieder von ihr kontrollierten Gebieten Hoheitsbefugnisse an. Die internationale Gemeinschaft zeigte sich zwar besorgt und die gewaltsamen Aktionen wurden gerügt, doch wirksame Sanktionen wurden nicht einmal angedroht, geschweige denn verhängt. Durch die Art der internationalen Reaktion konnte sich die UCK sogar bestärkt fühlen. Das Verhalten der NATO war einseitig gegen die Serben gerichtet.²⁸⁵

²⁸⁵ Die Resolution 1203 des UN-Sicherheitsrats vom 24. Oktober 1998 hatte von beiden Parteien das Ende der Gewalttaten und die Befolgung früherer Resolutionen verlangt. Die Jugoslawen kamen dieser Aufforderung nach,

So kam es, wie es eigentlich kommen musste: Die Serben schlugen nach bekanntem Muster zurück. Die Eskalation der Gewalt nahm ihren Lauf. Die Chance auf eine friedliche Konfliktlösung, welche von Mitte Oktober bis Anfang Dezember möglich gewesen wäre, schloss sich allmählich. Die Hardliner auf beiden Seiten schienen immer mehr auf eine Entscheidung hinzuarbeiten: die Belgrader Führung auf eine Vernichtung der UCK, die UCK auf eine militärische Intervention der NATO.

Die EU führte zwar auf allen Ebenen Gespräche mit den Albanern, wobei auch immer wieder die europäische Position vertreten wurde: keine Selbständigkeit für den Kosovo, keine Beibehaltung des Status quo im Kosovo, sondern weitgehende Autonomie, Verzicht auf Gewalt bei der Durchsetzung politischer Ziele. Ein militärisches Eingreifen der NATO werde nur aus humanitären Gründen verfolgt, versicherten EU-Diplomaten. Das Bündnis werde sich nicht zu einem militärischen Arm der UCK machen lassen. Schon fast virtuell waren die Antworten der Albaner: Die Gewalt gehe von den Serben aus, die Unabhängigkeit des Kosovo sei ein legitimes Recht, man habe keinen Einfluss auf die UCK. Sanktionsmöglichkeiten wurden kaum genannt, schon gar nicht angedroht. Aus den Lektionen der Gesprächsakte entsteht der Eindruck, dass die albanischen Gesprächspartner beruhigt sein konnten, dass schon nichts passieren würde und sich auch weiterer Unterstützung sicher sein konnten.²⁸⁶ Die meisten Teilnehmerstaaten der OSZE unternahmen keine besonderen Anstrengungen, um die internationalen Verifikateure rasch und in großer Zahl vor Ort zu bringen. Die organisatorischen Defizite der OSZE, die auch ein Ergebnis der Politik der Teilnehmerstaaten war, trugen dazu bei, dass die Reaktion der OSZE auf die bisher größte Herausforderung in ihrer Geschichte zu langsam und zu schwach ausfiel. Es gibt Stimmen, die behaupten, die OSZE sei mit diesem Auftrag betraut worden, um diesen scheitern zu lassen und die NATO als einzige friedensstiftende Alternative zu positionieren. Die amerikanische Regierung wollte zunächst sicher einen Erfolg der KVM, allerdings schon relativ früh sprachen sie von einem Scheitern der OSZE-Mission. Man kann davon ausgehen, dass sich bei nicht wenigen das Bedauern über dieses Scheitern in engen Grenzen hielt, auch bei dem einen oder anderen europäischen Politiker.

dennoch erhielt die NATO ihre Kriegsdrohung gegen sie aufrecht. Die UCK hielt sich nicht daran. Die internationale Gemeinschaft tat auch nichts, um sie dazu zu zwingen.

²⁸⁶ Elsässer, Jürgen (Hrsg.), Nie wieder Krieg ohne uns, Hamburg 1999, Seite 53

2.4. Rambouillet - ein Misserfolg der internationalen Gemeinschaft

Die Verhandlungen im französischen Schloss waren gar keine Verhandlungen, sondern eine Art Pendeldiplomatie auf engstem Raum, in der Diplomaten sprache „Proximity Talks“ genannt. Als Konzept für die Verhandlungen diente das Modell von Dayton, mit dem das Ende des Krieges in Bosnien-Herzegowina erzwungen wurde. Doch gerade die Fixierung auf dieses Modell war wohl mit einer der Gründe, weshalb Rambouillet scheitern musste, denn sowohl hinsichtlich konkreter Probleme als auch in Bezug auf die Parteien bestanden große Unterschiede.

An Verhandlungen im üblichen Sinne, die von unterschiedlichen Ausgangspositionen gleichberechtigter Partner zu einem Kompromiss führen, der beide Seiten zufrieden stellt, war gar nicht zu denken.²⁸⁷ Das Konzept der Kontaktgruppe ging davon aus, dass sich die beiden Konfliktparteien von sich aus nicht auf ein Interimsabkommen einigen können und ihnen deshalb eine Lösung aufgezwungen werden müsse. Die den Parteien vorgegebenen Prinzipien waren überhaupt nicht verhandelbar. Der zu Beginn der „Verhandlungen“ vorgelegte unvollständige Entwurf sollte nur in engen Grenzen veränderbar sein. Die Prinzipien kamen eher der jugoslawischen Seite entgegen, die konkrete Ausgestaltung jedoch den Albanern. Für den politischen Teil des Abkommens wäre wohl ein Kompromiss möglich gewesen. Die eigentliche Sprengkraft lag in der Umsetzung des Abkommens. Hier vertraten nicht nur die Konfliktparteien unvereinbare Positionen, sondern auch innerhalb der Kontaktgruppe herrschte Uneinigkeit. Die Kosovo-Albaner bestanden auf einer NATO-Implementierungstruppe, die Serben lehnten eine militärische Implementierungstruppe überhaupt ab. Die fünf NATO-Kontaktgruppenländer waren für eine NATO-Truppe, die Amerikaner machten sie zur *conditio sine qua non* (etwas, was nicht verhandelbar ist), die Russen bevorzugten eine internationale Polizeitruppe für die Implementierung und waren auf keinen Fall bereit, den Serben eine militärische Truppe aufzuzwingen. In der Frage der Implementierung waren die Kosovo-Albaner und die USA zu keinerlei Kompromiss bereit, so dass alle Versuche, einen Kompromiss zu erreichen, zum Scheitern programmiert wurden.

Zum Dissens in der Sache kam die taktische Marschroute der Verhandlungen, die auf eine Überrumpelung der Serben angelegt war. Jene Teile des Entwurfs, die sich mit der militärischen Implementierung befassten, Annex B, wurden den Parteien erst sehr spät offiziell vorgelegt und auch nur noch in den technischen Einzelheiten für veränderbar erklärt. Diese gegen die serbische Seite

²⁸⁷ Die serbische Seite forderte zwar immer wieder direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien, doch sie drang mit dieser Forderung nicht durch. Das Verhandlungskonzept der Kontaktgruppe und die politische Zielsetzung der albanischen Seite standen dem entgegen.

gerichtete Taktik wurde natürlich durchschaut. Zusätzlich zum sachlichen Dissens verstärkte diese Taktik das ohnehin schon vorhandene Misstrauen der Serben und ihr Gefühl, einem Täuschungsmanöver ausgesetzt zu sein.

Gescheitert war das Rambouillet-Konzept schon vor den abschließenden Gesprächen in Paris. Es war auch zum Scheitern verurteilt, weil es in der Frage des nationalen Prestiges für die Serben keinerlei Kompromissbereitschaft von Seiten der USA gab. Die USA wollten eine Unterwerfung der jugoslawischen Führung ohne Krieg, sie waren aber auch bereit, einen Krieg hierfür zu riskieren. Die jugoslawische Führung war zu einer kampflosen Kapitulation nicht bereit. In dieser Situation, in der beide Seiten, nämlich die amerikanische Außenministerin und die Belgrader Führung, in ihrem Denkmuster verharrten, war der Krieg akzeptabler als ein Nachgeben. Beide Seiten verweigerten in den Verhandlungen, die der Verhinderung eines Krieges dienten, einer Lösung zuzustimmen, die nach einem mehrwöchigen Krieg plötzlich doch möglich wurde. Dies zeigt die ganze Absurdität der gewählten Verhandlungsstrategien.

2.5. Der Kriegsweg der NATO

Die NATO ist ein politisches Verteidigungsbündnis mit heute 26 souveränen Mitgliedstaaten. „*Die kollektive Verteidigung ist die Kernaufgabe der NATO. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur Förderung von Frieden, Stabilität und Freiheit*“, so die Erklärung von Washington zum NATO-Gipfel am 23. und 24. April 1999.²⁸⁸

Für die USA, die unumschränkte Führungsmacht des Bündnisses, standen viel wichtigere Dinge als das Schicksal der kleinen Provinz Kosovo auf dem Spiel. Es entsteht jetzt der Eindruck, die USA wollten versuchen, einen Präzedenzfall dafür zu schaffen, dass nicht nur sie, sondern die NATO zur Verteidigung weltweiter Interessen ohne Sicherheitsratsbeschluss militärisch handeln könne.²⁸⁹ Wichtig für die USA war es, die absolute Unabhängigkeit der NATO, militärisch zu handeln, zu gewinnen. Dieses Ziel bestimmte das Verhältnis zu Russland und zu den Vereinten Nationen. Man wollte keiner anderen Organisation und keinem Land außerhalb des Bündnisses dieses Recht einräumen, Einfluss auf die Entscheidungen des Bündnisses zu nehmen oder gar ein Vetorecht gegen solche Beschlüsse zu haben, schon gar nicht auf Entscheidungen über den Einsatz der Streitkräfte,

²⁸⁸ NATO Brief 2/1999, „South .Defence“, Seite 1

²⁸⁹ Hofmann Günter, Wie Deutschland in den Krieg geriet, in: Die Zeit 20/1999, S. 18.

²⁸⁹ Loquai Heinz, Kosovo, w.o. Seite 154

sei es zur Verteidigung, sei es zu anderen Zwecken.²⁹⁰ Diese amerikanische Politik reichte auch in das Bündnis hinein. Ein Präzedenzfall würde natürlich auch denjenigen Mitgliedsländern den Boden ihrer Politik entziehen, die ein bewaffnetes Eingreifen außerhalb der Selbstverteidigung von einem UN-Mandat abhängig machen wollten. Diese Politik war nicht notwendigerweise auf Krieg gerichtet. Entsprechende Entscheidungen der NATO zur Androhung militärischer Maßnahmen reichten eigentlich als Präzedenzfall aus; denn schon die bloße Androhung von militärischer Gewalt ist laut der UN-Charta nicht erlaubt. Allerdings wurde die Schwelle zum Krieg in diesem Konflikt immer niedriger. Schließlich schien es um eine Existenzfrage für das Bündnis selbst zu gehen. „*Die Alliierten wissen, zu oft haben sie nur mit dem Bomben gedroht. Jetzt muss man Ernst machen. Jede andere Entscheidung würde auch das politische Ende der NATO bedeuten.*“²⁹¹

Ein zweites Kennzeichen im NATO-Fahrplan war der enorme Zeitdruck, unter dem das Bündnis seit Mitte Januar 1999 zu stehen schien. Hierfür gab es nur einen objektiven Grund, den NATO-Gipfel in Washington. Das feststehende Datum für die Feierlichkeiten zum 50. Geburtstag des Bündnisses beschleunigte die Eskalationsschritte und das Geschehen in hohem Maße.

Die NATO war ganz klar auf eine Entscheidung bis Ende März orientiert. Die militärische Option eines Krieges war seit Mitte Januar 1999 wieder ganz konkret (Massaker von Racak); sie wurde politisch und militärisch unter amerikanischer Führung vorangetrieben, wobei die militärischen Planungen schon seit dem Spätsommer 1998 weitgehend abgeschlossen waren. Die zweite Option, die Besetzung des Kosovo mit einer NATO-Implementierungsgruppe auf der Grundlage des Vertrags, bildete die Hauptarbeit der militärischen Nato-Stäbe im Februar und März 1999.

Die Militärs hatten planerisch beide Optionen bis Mitte März vorbereitet. Die geplante Implementierungsgruppe wäre auch in der Lage gewesen, räumlich begrenzte Angriffe zu Lande gegen die jugoslawische Armee zu führen, nicht jedoch einen umfassenden Landkrieg.

Die Entscheidung für den Luftkrieg war eine politische Entscheidung. Man kann davon ausgehen, dass auch die Politiker eine Verhandlungslösung ohne Krieg vorgezogen hätten, doch die USA waren nicht bereit, unter der Führung der UNO einer Implementierungsgruppe anzugehören, auch wenn das möglicherweise den Krieg hätte verhindern können.

²⁹⁰ Loquai Heinz, Kosovo, Seite 154

²⁹¹ ARD-Sendung vom 25.10.1999

Die europäischen Staaten, die auf eine politische Kompromisslösung zur Beendigung des Krieges hinarbeiteten, hatten diese politischen Energien jedoch nicht aufgebracht, als es um die Vermeidung dieses Krieges gegangen war. So ähnelt der letzte „kleine europäische Waffengang“ dieses Jahrhunderts in gewisser Hinsicht dem ersten großen Weltkrieg. Beide Kriege waren nicht bewusst angestrebt und gewollt. Sie entstanden aus einem Versagen der Diplomatie.

Weshalb hat aber die NATO die Option „begrenzte Luftschläge“ aufgegeben? Es gab doch Stimmen, die meinten Milosevic brauche einen Militärschlag, um ein Nachgeben gegenüber den Forderungen der NATO vor seinem Volk rechtfertigen zu können, sozusagen als ein Einlenken, um Schlimmeres zu verhindern. Dann wäre ein kurzer und begrenzter Luftschlag und eine anschließende Besinnungspause eine angemessene Strategie gewesen, doch die Allianz stieg sofort voll in den Luftkrieg ein.

Beide Seiten unterlagen Fehleinschätzungen. Auf Seiten der NATO konnte man zwar sicher sein, dass dieser Krieg gewonnen würde. Das westliche Bündnis hatte eine zigfache militärische Überlegenheit. Die Politiker und auch einige hohe Militärs setzten aber auch auf eine rasche militärische Wirkung der Luftangriffe und eine schnelle Kapitulation Belgrads.²⁹² Höchstens eins bis zwei Wochen werde Milosevic durchhalten, war zu vernehmen. Außerdem, so hieß es, habe man nicht mit einem derart brutalen Vorgehen gegen die albanische Zivilbevölkerung gerechnet, obwohl doch einige Ankündigungen darauf hindeuteten.²⁹³ So hatte der jugoslawische Präsident seiner hochrangigen Besuchern häufig vorgehalten, er wäre in wenigen Wochen mit der UCK fertig, wenn ihn die internationale Gemeinschaft nur ließe. Hochrangige jugoslawische Militärs hatten gedroht, im Falle von Luftangriffen der NATO werde man mit aller Härte gegen den Terroristen vorgehen. Es war nicht zu erwarten, dass die Serben stillhalten würden.

Auch auf jugoslawischer Seite gab es schwerwiegende Fehleinschätzungen. Man hat wohl die Wirkung der eigenen Luftverteidigung gewaltig überschätzt und darauf vertraut, dass nach dem Abschuss einer größeren Zahl von NATO-Flugzeugen die NATO unter dem Druck der öffentlichen Meinung uneins werden würde. Auch wurden wohl gewisse Divergenzen zwischen einzelnen Bündnisstaaten überschätzt und die Festigkeit des Bündnisses unterschätzt. Belgrad mag wohl auch nicht damit gerechnet haben, dass die NATO bereit sein würde, in einem derartigen Ausmaß die zivile Infrastruktur zu zerstören und den Krieg auch gegen die Zivilbevölkerung zu führen. Beide

²⁹² Ignatieff Michael, der gefesselte Kriegsherr in: Die Zeit 33/1999, Seite 12

²⁹³ General Naumann, ZDF-Sendung vom 21.9.1999

Seiten schienen darauf vertraut zu haben, dass der Krieg gegen die Streitkräfte und nicht gegen die Zivilbevölkerung geführt würde.

So haben Fehler und Fehleinschätzungen auf beiden Seiten die Entscheidung für den Krieg leichter gemacht. Doch selbst bei einer realistischeren Einschätzung von Verlauf und Folgen des Krieges, wäre es wohl zum Waffengang gekommen. Die NATO bewertet ja die Ergebnisse des Krieges als einen großen Erfolg, obwohl sie eigentlich ihre ursprünglichen politischen Ziele nicht erreicht hatte. Aber auch die jugoslawische Führung fühlte sich offenbar nicht als Verlierer. In der Erfolgsbilanz der Politiker erscheinen dann die so genannten Kollateralschäden - zigtausend Tote und Verletzte - und materielle Schäden in zigfacher Milliardenhöhe als eine geringfügige Wertberichtigung, durch die der Gesamterfolg des Unternehmens nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

2.6. Ein Kreuzzug für die Menschenrechte

NATO-Generalsekretär Solana erklärte: *„Dieser Krieg wird um Werte und um die moralische Verfassung jenes Europa geführt, in dem wir im 21. Jahrhundert leben werden ... ich bin überzeugt, dies ist ein gerechter Krieg ... Wir sollten stolz sein auf das, was wir tun.“*²⁹⁴ General Naumann meinte, im Kosovo *„wurde einer Idee wegen Krieg geführt, nicht wegen Interessen“*.²⁹⁵ Der deutsche Außenminister Fischer bekräftigte sogar, in dem Krieg gegen die BRJ kämpfe das *„so genannte Abendland ... für die Menschenrechte eines muslimischen Volkes“*.²⁹⁶ Die Politiker schienen nicht selten einen Kreuzzug für die Menschenrechte anzukündigen. Der Test für diese Moralpolitik, für die Kreuzritter der Menschenrechte, kam schneller als dies zu erwarten war. Die russische Kriegsführung in Tschetschenien verursachte in der Zivilbevölkerung auch Leid und Elend, die „humanitäre Katastrophe“ war mindestens ebenso groß, doch im eigenen berechtigten Interesse der NATO-Staaten war naturgemäß eine ganz andere Politik gegenüber der Nuklearmacht Russland, als gegenüber der jugoslawischen Führung geboten.

Man kann die amerikanische Haltung zur Kosovo-Krise nur verstehen, wenn man das jugoslawische Regime als einen Schurkenstaat betrachtet.²⁹⁷ Die enorme Personalisierung der jugoslawischen Politik auf einen „Schurken“, den jugoslawischen Präsidenten, verschloss den Blick für durchaus erkennbare Divergenzen in der Belgrader Führung und verhinderte einen differenzierten politischen

²⁹⁴ Der Spiegel, 18/1999, Seite 175

²⁹⁵ Klaus Naumann, Der nächste Krieg wird kommen, w. o. Seite 8

²⁹⁶ Die Zeit 16/1999, Seite 3

²⁹⁷ Rubin Barry, Schurkenstaaten. Amerikas Selbstverständnis und seine Beziehungen zur Welt, in: Internationale Politik 6/1999, Seite 13

Ansatz, der diese Divergenzen für sich nutzbar hätte machen können. Die Gesamthaftung des serbischen Volkes für diesen „Schurken“ ließ nicht erkennen, dass die Serben im Kosovo keine geschlossene Anhängerschaft der Belgrader Führung repräsentierten. Mit den Schurkenstaat-Schema verschloss man sich einer differenzierten Außenpolitik und einer flexibleren Diplomatie im Kosovo Konflikt.

Das Konzept des Schurkenstaates dient nur als Mantel für eine klare Interessenpolitik. So bildete für die USA das weltpolitische Interesse den Kern ihrer Kosovo-Politik. Es war dieses Mal nicht so sehr ein wirtschaftliches Interesse, obwohl auch hier derartige Interessen nicht abseits standen.²⁹⁸ Für die USA ging es aber um mehr und Wichtigeres. Auf dem Spiel standen das Prestige der USA als Weltmacht und die Position der von den USA dominierten NATO in der Hierarchie internationaler Organisationen. Man wollte die NATO als Instrument der Außenpolitik instrumentalisieren.

Mit einem „Bösewicht“ und einem „Schurkenstaat“ konnte man nicht gut Kompromisse schließen. Bestrafung für begangenes Unrecht und Verhinderung neuer Gräueltaten mussten die Ziele der Politik sein, um diese Politik auch vor einer aufgeheizten Öffentlichkeit rechtfertigen zu können. So geriet diese Politik in eine selbst errichtete Einbahnstrasse, in der nur noch der gewaltsame Durchbruch gegen die Fahrtrichtung oder der Rückzug möglich war.²⁹⁹

Die sich moralisch selbst rechtfertigende Kreuzzugspolitik hatte noch weitere fatale Konsequenzen, konnte es doch mit einem Schurkenstaat keinen Kompromiss im Krieg geben. Ein Schurken-Regime musste besiegt werden, es konnte keinen Kompromiss im Krieg geben, die Waffenpause zur diplomatischen Lösung auf halbem Wege schien nicht möglich. Noch schwerwiegender waren die Folgen für die Zeit nach dem Krieg. Mit „Schurken“ konnte man sich nicht gut an den Verhandlungstisch setzen. So wurde eine Gestaltung des Friedens mit dem ehemaligen Kriegsgegner so lange ausgesetzt, bis das „schurkische“ Regime von sich aus abdankt oder vom Volk gestürzt wurde, was im konkreten Fall, in Jugoslawien ein Jahr später auch passiert ist.

In der Kosovo-Krise erlebten wir den Versuch, ein hochkomplexes Problem mit einfachen Mitteln lösen zu wollen. Ein solches Lösungsmuster scheint auch weiterhin das Denken und Handeln des größten Teils derjenigen zu bestimmen, die für die Sicherheitspolitik verantwortlich sind. Durch den vermeintlichen Erfolg im Kosovo scheint dieses Denken sogar noch bestätigt zu werden. So konnte man den Eindruck gewinnen, als sollten die Probleme des 21. Jahrhunderts mit einem Denkschema

²⁹⁸ Cremer Ulrich/Lutz S. S.Dieter, Nach dem Krieg ist vor dem Krieg, Hamburg 1999, Seite 44-45

²⁹⁹ Bredthauer Karl, Im Namen der Glaubwürdigkeit, in: Deutsche und Internationale Politik, 5/1999, Seite 521

aus dem 19. Jahrhunderts gelöst werden. Das musste jedoch misslingen. Es ist unmöglich, das Haus Europa zukünftig mit jenen Bauplänen zu gestalten, die schon in der Vergangenheit mehrfach zum Zusammenbruch geführt haben. Eine neue Architektur beginnt im Kopf der Architekten. Das gleiche gilt für eine neue Politik und die Politiker. Milosevic war kein neuer Politiker, sondern handelte nach bekannten Rezepten. Für eine „flexible“ Diplomatie war er nicht zu gewinnen.

Teil IV. DIE LEHREN AUS DEM KRIEG IM KOSOVO

1. DIE INTERNATIONALEN UND REGIONALEN AUSWIRKUNGEN

1.1. Eine Festigung der NATO-Allianz

Die Lehren der NATO-Kriegsführung aus dem Kampf gegen Jugoslawien sind seit dem Ende der bewaffneten Feindseligkeiten im Juni hinreichend deutlich geworden, obwohl im Einzelnen noch vieles zu erhellen sein wird, vor allem was die Auswahl der Ziele für die Luftangriffe betrifft.

Für die internationale Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln, wie für die Kriseninterventionspolitik der atlantischen Allianz steht im Zentrum der vorläufigen Bilanz dieser 78 Tage im Frühjahr 1999 die Frage nach der Zweckmäßigkeit der gewählten operativen Strategie und nach dem politischen Nutzen der militärischen Gewaltanwendung gegen einen fremden Staat in einem inneren Konflikt.

Unabhängig davon, ob ein solcher Fall wie der jugoslawische in Europa sich wiederholen könnte, stellt sich die Frage nach der Kosten-Nutzen-Rechnung einer auf Waffengewalt gestützten Sicherheits- und Ordnungspolitik. Verbunden damit ist die weitgreifende Frage nach der politischen Bedeutung der NATO als „Stabilitätsanker“ und „Fundament der Sicherheit“ in Europa nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Die Antworten auf diese Fragen wurden schon 1992 vom amerikanischen Senator Lugar provozierend zugespitzt, in dem dieser sagte „out of area or out of business“, was soviel bedeutet, dass „entweder Aktionen außerhalb des Bündnisgebietes durchzuführen wären oder die Geschäftsschließung drohe.

Die NATO hatte sich auf einen längeren Zermürbungskrieg durch eine Luftoffensive von bis etwa zehn Wochen vorbereitet und von Anfang an eine Besetzung des Kosovo und auch einen Feldzug gegen den bewaffneten serbischen Widerstand mit 60 bis 70000 Soldaten in Betracht gezogen. Es wurde auch ein Feldzug bis nach Belgrad mit einer alliierten Armee von 200000 bis 300000 Soldaten und einer massiven Überlegenheit an schweren Waffen bei gleichzeitiger massiver Boden-Luft-Unterstützung dieser Truppen in Aussicht genommen. Beide Optionen für Bodenoperationen in größerem Umfang und von längerer Dauer konnten jedoch nicht in Operationsplanen vor Beginn der

Luftkriegführung am 24. März 1999 ausgearbeitet werden, weil die alliierten Regierungen einen Landkrieg auf dem Balkan abgelehnt hatten.³⁰⁰

Erst im April gaben Präsident Clinton und der Nato-Generalsekretär Solana während der Washingtoner Tagung des Nordatlantikrates auf Drängen General Clarks die Planung für Eventualfälle frei. Es dauerte danach noch fünf Wochen, bis die Alliierten die Forderung ihres Oberkommandierenden in Europa nach Bereitstellung von 45 bis 50000 Soldaten in Mazedonien und Albanien, wo bis dahin nicht mehr als etwa 18000 standen, zum Zwecke der Sicherung beider Nachbarländer des Kosovo, erfüllten. Zu jener Zeit waren schon sieben Wochen seit Beginn der NATO-Luftangriffe vergangen.

Für eine zielgerichtete operative Strategie hatten die NATO-Partner durch den apriorischen und öffentlich erklärten Verzicht auf Bodenoperationen im Krieg, wie die Besetzung des Kosovo auch gegen den bewaffneten Widerstand der Serben schon fast zwei Monate Zeit verloren und damit die Abschreckungswirkung ihrer Drohung mit Waffengewalt auf Belgrad abgeschwächt: Milosevic und die jugoslawische Armee mussten keinen Landkrieg zur Ergänzung des Luftkrieges im Kosovo fürchten. Die Truppen konnten sich in aufgelockerter Dislozierung ohne größere Ziele bietende Konzentrationen dem Inferno der Luftangriffe weithin entziehen und doch die UCK in einem Kleinkrieg bekämpfen.

Solange die NATO keine militärische Alternative zum Luftkrieg vorbereitete, hatte Belgrad Zeit. Milosevic konnte annehmen, dass diese Zeit ausreichen würde, sein Ziel die UCK endgültig zu zerschlagen, zu erreichen wäre und Russland unter dem Druck der NATO-Bombardements serbischer Städte zu einer politischen Parteinahme für Jugoslawien zu zwingen. Zugleich hatte die NATO-Luftkriegführung während der ersten vier Wochen nur eine punktuelle Wirkung, da die Zahl der rund 800 ortsfesten Bodenziele nicht ausreichte, um den Willen Milosevics' zu brechen. Tatsächlich flogen die alliierten Luftstreitkräfte in den ersten 40 Tagen des Unternehmens „Allied Force“ nur etwa 10 bis 12 Prozent jener im Golfkrieg 1991 im gleichen Zeitraum während „Desert Storm“ ausgeführten Luftangriffe gegen den Irak und die irakische Armee in Kuwait. Die politischen Auflagen, vor allem zum Schutz der Zivilbevölkerung zwangen die alliierten Piloten häufig, auf den Abwurf ihrer Waffen zu verzichten und erfolglos zurückzukehren (wobei die Bomben zur eigenen Sicherheit in die Adria geworfen wurden). Die viel zu hohe Angriffshöhe bei 5000 Meter erlaubte zudem keine treffsicheren Angriffe auf kleinere Ziele, geschweige denn auf bewegliche im Gelände

³⁰⁰ FAZ, Die NATO läuft die Zeit davon, Seite 11

oder getarnte in Ortschaften. Die „Kollateralschäden“ aber, wie bereits erwähnt, wurden dadurch nicht vermieden und es kam öfters als geplant zu zivilen Opfern.

Die „air campaign“ des Unternehmens „Allied Force“ mit zunächst nur 400 Einsatzflugzeugen, davon nur 120 Angriffsflugzeugen, konnte sich wegen der politischen Restriktionen und der Zustimmungspflichtigkeit aller ausgewählten Zielgruppen im ständigen NATO-Rat der alliierten Botschafter in Brüssel nicht voll entfalten. Mitte April hatte sie nach langsamem Anlauf und geringer Intensität in drei Wochen ihr Optimum noch bei weitem nicht erreicht, so dass General Short mit einem Pressegespräch in die politische Offensive ging, um seinen unerfüllten Forderungen an die alliierten Regierungen öffentlich Nachdruck zu verleihen. Er forderte die Aufhebung der politischen Restriktionen, sprich die Abhängigkeit von politischen Absegnen der militärischen Zielauswahl, die Absenkung der Flughöhen, die Vermehrung der Zahl der Angriffsflugzeuge (Jagdbomber und Bomber), die Benützung des Luftraumes von Ungarn, Rumänien und Bulgarien für Luftangriffe aus verschiedenen Richtungen und die Einbeziehung „politischer“ Objekte, vor allem „ziviler Führungsziele“ und auch der Rundfunk- und Fernsehsender als „politische Propagandawaffen“. Nachdem diese Forderungen zum Teil erfüllt worden waren, das Wetter aufklärte und die Luftangriffstaktik sich verbessert hatte, kam die Luftoffensive in Schwung, der Druck auf Serbien wurde stärker. Der politische Effekt ließ nicht lange auf sich warten.

Der Oberbefehlshaber General Clark erklärte europäischen Regierungschefs (wie Bundeskanzler Schröder) am 18./19. Mai in seiner Lagebeurteilung in Washington die Stationierung einer Eingreiftruppe von 45000 bis 50000 Soldaten der NATO in Mazedonien und Albanien zur Stärkung der inneren Stabilität beider Länder, und dass er seinen Luftkrieg in einem dynamischen „Parallelogramm“ mit vier Eckpunkten führen müsse: kein Flugzeugverlust - Zusammenhalt der Verbündeten - Begrenzung der zivilen Verluste - gute Trefferwirkung am Boden. Zwischen diesen vier Forderungen müssten „trade-offs“ gemacht, also Kompromisse geschlossen werden, die es nicht erlaubten, jede einzelne hundertprozentig zu erfüllen, was am Boden nicht ohne Auswirkungen geblieben wäre. Früher hatte er amerikanischen Besuchern gesagt, ihm seien „beide Arme und ein Bein auf dem Rücken gebunden“.³⁰¹ In seinem ersten umfassenden Kriegsbericht an den NATO-Rat am 19. Juli hob Clark hervor, dass die gewählte Operationsführung der exklusiven Luftkriegsstrategie *„insofern richtig war, als sie dem Zusammenhalt der Allianz diene“*. In einem Pressegespräch wiederholte er diese Wertung und ließ erkennen, dass die alliierten Regierungen über die Strategie

³⁰¹ NZZ, Kritik an der NATO-Strategie im Kosovo-Konflikt vom 8/9.5.1999

und Operationsführung nicht immer einig gewesen waren, sondern dass „Interessenkonflikte“ zwischen ihnen bestanden hatten.³⁰²

Immerhin hatte die Kriegslage sich im Mai allmählich zum Vorteil der NATO geändert, auch wenn Belgrad die Vertreibungsaktion nach Beginn der Luftangriffe noch einmal forciert hatte und in Brüssel der NATO Sprecher Shea schon im April erklärt hatte, die Serben könnten den Rest der Kosovo-Albaner in weiteren „zehn bis zwanzig Tagen“ außer Landes jagen - zugleich aber das Eingeständnis, dass die NATO mit ihrer Strategie ihr erstes Ziel verfehlt hatte.

Trotz dieses Rückschlages auf der Zeitachse der Strategie war nun eine eindrucksvolle Drohkulisse um Serbien aufgebaut und ein strategischer Luftkrieg in Gang gekommen, die zusammen den „traumatischen Schock“ in Belgrad bewirkten, den der alliierte Luftbefehlshaber, US-Generalleutnant Michael Short, bewirken wollte, um Milosevics' Willen zu brechen.³⁰³ Als die Vermittlermission Athisaari-Tschernomyrdin am 2./3. Juni in Belgrad Milosevic die „G-8“- Position für eine politische Regelung des Konfliktes mit einer Besetzung des Kosovo durch eine internationale Sicherheitstruppe bei Rückzug aller serbischen Truppen und bewaffneten Gruppen, provisorischer UNO-Verwaltung und UNO-Polizei vorlegte, sah Milosevic sich mit einer internationalen Position konfrontiert, die er weder umstürzen noch umgehen konnte. Die „Vielzahl von Faktoren“, die nach General Clark in Belgrad den Ausschlag gab, bedarf aber einer weiteren kritischen Prüfung.

1.2. Militärische Folgen und politische Zugeständnisse an Belgrad

Die Alliierten hatten bis zum Ende nach außen hin ausschließlich auf den - spät aber noch früh genug - eingetretenen Erfolg ihrer „air campaign“ gesetzt. Sie hatten dafür den strategischen Luftkrieg ab Mai mit massiven Bombardements geführt. Als Milosevic am 3. Juni in Belgrad die „G-8“- Bedingungen annahm, waren neun Wochen Luftkrieg vergangen, in denen die NATO rund 2000 feste Bodenziele mit 16000 Waffen angegriffen hatte und insgesamt 33000 Einsätze, davon ein gutes Drittel Luftangriffe, geflogen hatte. Es dürfte die Intensivierung der Bombardements seit Ende April gewesen sein, die mit der Konzentration auf die strategischen Vorrangziele in einer breiteren Auswahl den durchschlagenden Erfolg erreichte: den politischen Willen Milosevics' im Sinne von dessen Machterhaltungskalkül zu verändern.

³⁰² International Herald Tribune, (IHT) 21.7.1999, Seite 7

³⁰³ W.O.

Die taktisch-operativen Luftkriegsführung der NATO zur Bekämpfung der serbischen Truppen im Kosovo aus der Luft, die gleichfalls im Zuge der Wetterbesserung über dem Balkan im Mai intensiviert wurde, hat dagegen allem Anschein nach in Belgrad nur einen geringen politischen Effekt gezeitigt. Als die serbischen Truppen im Juni mit 47000 Mann den Kosovo verließen, führten sie etwa 520 bis 550 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, rund 300 Feldgeschütze und um die 400 LKWs mit Gerät mit sich. Die Straßen nach Serbien waren intakt wie die meisten Brücken.

Die Verluste der JVA im Kosovo waren sehr viel geringer gewesen, als die NATO es angenommen hatte: Weniger als 600 Soldaten statt der in Brüssel zunächst geschätzten 10 000.³⁰⁴

Nach General Clarks Mitteilung waren 110 jugoslawische Kampfpanzer im Kosovo aus der Luft zerstört worden - von geschätzten 400 bei Kriegsbeginn.³⁰⁵ Der ehemalige serbische Befehlshaber im Kosovo, General Nebosja Pavkovic, Kommandeur des III. Armeekorps, resümierte, die Kampfhandlungen, die asymmetrisch und disproportional zwischen einer Luftmacht und einer dieser gegenüber zumeist passiven Armee am Boden, die ihrerseits ihren Krieg gegen die UCK-Guerilla führte, abliefen, mit dem Urteil, dass seine Truppen „die NATO daran gehindert“ hätten „ihr Ziel, die Vernichtung der jugoslawischen Armee, zu erreichen“ Ihre Entschlossenheit und Vorbereitung „auf eine NATO-Invasion am Boden“ hatte „beiden Seiten einen äußerst verlustreichen Kampf erspart“, indem sie die NATO von einem Angriff mit Landstreitkräften abgeschreckt hatten.³⁰⁶ Man wird diese These und Argumentation *cum grano salis* bewerten, dient sie doch auch der Selbstrechtfertigung und dem weiteren politischen Argument, wonach die JVA im Kosovo die jugoslawische Souveränität und territoriale Integrität mit Erfolg verteidigt hatte, doch entspricht General Pavkovics Hauptpunkt über das NATO Ziel „Vernichtung der jugoslawischen Armee“ (im Kosovo) genau der Erklärung General Shorts drei Monate früher, wonach General Clark ihm den Befehl gegeben habe, „mit Vorrang die jugoslawische Armee im Kosovo zu vernichten“.

Dieses Ziel erreichte die NATO aber offenkundig nicht. Über die Gründe lässt sich streiten. Die bis Ende April 1999 zu hohe Flughöhe, dass die Sorge Zivilbevölkerung könnte getroffen werden, das Ziel eigene Verluste zu vermeiden und schließlich die gelungene serbische Taktik der passiven Verteidigung durch „Tarnung und Täuschung“ nach dem Beispiel der russischen „maskirvka“ wirkten zusammen, den Effekt der taktisch-operativen Luftkriegsführung der NATO zu minimieren.

³⁰⁴ International Herald Tribune nach AFP aus Belgrad: „Yugoslav Army lost 524 Soldiers, Top General says, 22.7.1999

³⁰⁵ FAZ, 2.7.1999, Seite 3

³⁰⁶ International Herald Tribune vom 27.7.1999

Immerhin griffen die alliierten Jagdbomber im Süden des Kosovo bei Luft-Boden Unterstützung für die UCK mit Erfolg aus geringer Flughöhe in den Bergen an und fügten den Serben empfindliche Verluste an Waffen zu, was in Serbien selbst nicht wirklich erfolgreich war.

Diese Erkenntnisse führten zur politischen Entscheidung. Für Milosevic gab nach allen Indizien, neben dem strategischen Luftkrieg und der seit Mai entstandenen Alternative eines Eingreifens der NATO mit Bodentruppen, vor allem zweierlei den Ausschlag für den Entschluss, zurückzuweichen: Erstens die offenkundig gewordene Ausweglosigkeit seiner Lage mit der nahezu vollkommene Isolierung Serbiens und dem drohenden Abfall Montenegros und der gescheiterte Versuch, Albanien und Mazedonien durch die Flüchtlingsmassen im Inneren zu destabilisieren. Zweitens die geschlossene Position der „G-8“ mit Russland - wie widerwillig auch immer - an der Seite der NATO-Partner. Die Stimme der eigenen Bevölkerung im Serbien konnte Milosevic auch nicht länger ignorieren, Kriegsresignation machte sich breit und innere Unruhen waren nicht ausgeschlossen.

Tschernomyrdins Druck auf Annahme der als „letzten Vorschlag“ vorgelegten Friedensbedingungen, die Belgrad immer noch die Souveränität über den Kosovo zumindest der Form halber, in dem sie die Rückkehr einiger jugoslawischen Militär- und Polizei-Verbände zusagte und den Kosovo unter die UNO-Verwaltung stellte, dürfte im Sinne der Schadensbegrenzung den Ausschlag gegeben haben. Tschernomyrdins Zusage, dafür zu sorgen, dass kein internationales Protektorat auf Dauer im Kosovo errichtet und keine Sezession des Kosovo geduldet werde, außerdem, dass die „G-8“ entgegen den öffentlichen Erklärungen und Appellen westlicher Staatsmänner den Sturz des Regimes in Belgrad nicht betrieben und dass Russland „keine Kapitulation Belgrads“ zulassen werde, fügte zwar keine Sicherheitsgarantie, aber eine Aussicht hinzu. Diese Zusage wurde auch vom finnischen Präsidenten Ahtisaari für die EU vertreten. Milosevic sah eine Chance zum politischen Überleben an der Macht - mehr konnte er nach elf Wochen Krieg und den Zerstörungen in seinem Land mit den schweren Schäden für die Volkswirtschaft nicht mehr erwarten. Er hatte eine Niederlage erlitten, die NATO einen halben Sieg erbombt: Mit den Worten des Herzogs von Wellington nach der Schlacht von Waterloo war dieser Erfolg der Allianz *„a near’ one thing“*, zu Deutsch etwa *„eine knappe Sache“*

2. DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG IN DEN NACHKRIEGSJAHREN

2.1. Die langsame und schwierige Stabilisierung

Die Hauptsäulen des internationalen Protektoratsregimes im Kosovo sind immer noch die zivile UNMIK-Verwaltung mit dem „Special Representative of the Secretary General“ (SRSG)³⁰⁷ als Leiter sowie die hauptsächlich von NATO-Soldaten gestellte und etwa 17 000 Mann starke Friedenstruppe KFOR. Die Aufgaben von UNMIK, an denen neben der UNO als Hauptorganisation auch die OSZE und die EU beteiligt sind, leiten sich von der Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrates von Juni 1999 ab und umfassen hauptsächlich folgende Bereiche

- Ausübung der Polizei- und Rechtsgewalt (UNO-Verantwortung)
- Ausübung der zivilen Verwaltung (UNO-Verantwortung)
- Demokratisierungsprozess und Aufbau politischer Institutionen (OSZE-Verantwortung)
- Wiederaufbau und ökonomische Entwicklung (EU-Verantwortung)

Die Hauptaufgabe der KFOR bestand nach der Kontrolle des serbischen Truppen-Abzugs im Juni 1999 vor allem darin, einen neuerlichen Einmarsch serbischer Polizei- und Streitkräfte in den Kosovo zu verhindern. Des Weiteren wurde die KFOR auch als Grenzschutztruppe sowie zur Gewährleistung der inneren Sicherheit (Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Schutz nationaler Minderheiten) eingesetzt. Die Umfragen bestätigen eine überraschende Haltung der politischen Repräsentanten, sowohl der Albaner als auch der Serben im Kosovo, die zu einem ähnlichen Urteil über UNMIK und KFOR kommen, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Beide Seiten beurteilen die KFOR-Präsenz positiv, während die UNMIK eher negativ beurteilt wird³⁰⁸

Die anfängliche positive Einstellung der Kosovo-Albaner zur KFOR ist vor allem die Konsequenz des NATO-Krieges gegen die BRJ, dessen Ausgang die serbische Herrschaft im Kosovo beendet hatte. Deshalb werden die KFOR-Truppen - und die daran teilnehmenden Nationen speziell die USA - als Alliierte der Kosovo-Albaner betrachtet. Ihre weitere Präsenz im Kosovo wird auch für den Fall begrüßt, dass der Kosovo unabhängig wird. Die serbische Bevölkerung stand der KFOR zu Beginn der Mission zunächst feindlich gegenüber, weil die dann vertretenen NATO-Nationen als

³⁰⁷ Erster Leiter der UNMIK war der Franzose Bernard Kouché (Juli 1999-Januar 2001). Jetziger Leiter ist der Deutsche Joachim Rucker (seit 2006)

³⁰⁸ Predrag Jurekovic: Die Lageentwicklung im UNO-Protektorat Kosovo, Baden-Baden 2003, Seite 66

Kriegsgegner Serbiens angesehen wurden. Dass sich bei den Serben dennoch in der Folge eine überwiegend positive Einschätzung der KFOR ergab, resultiert aus der Einsicht, dass ohne den Schutz der Friedenstruppe ihre Sicherheit wegen möglicher albanischer Übergriffe auch acht Jahre nach Kriegsende nicht gewährleistet wäre.

Während die von der NATO geführte KFOR als militärischer Verbündeter angesehen wird, empfinden viele Kosovo-Albaner die weit reichenden Kompetenzen der UNMIK-Verwaltung als Bevormundung. Der UNMIK wird vorgeworfen zu wenig politische Kompetenzen in die Hände der albanischen Politiker zu legen.³⁰⁹ Alle Entscheidungen im Kosovo-Parlament müssen laut die Resolution 1244 von der UNMIK bestätigt werden, sonst haben sie keine Gültigkeit. Was den zukünftigen Status des Kosovo betrifft, begegnet man von albanischer Seite der UNMIK zunehmend mit Misstrauen. So wird die UNMIK etwa bezichtigt, bei regelmäßigen Kontakten des SRSG mit dem Kosovo-Sonderbeauftragten der serbischen Regierung „Geheimabsprachen“ über die Zukunft des Kosovo zu treffen. Auch die Serben im Kosovo misstrauen der UNMIK-Verwaltung. In ihrem Fall ist aber die Angst ausschlaggebend, dass die UNMIK möglicherweise doch in naher Zukunft die Unabhängigkeit des Kosovo empfehlen könnte.

Sowohl die albanische als auch die serbische Position zur UNMIK ist von Befürchtungen bzw. von nicht erfüllten Erwartungen geprägt. Sie stellen deshalb keine sachliche Einschätzung der Arbeit der UNMIK dar. Bei nüchterner Betrachtung der bisherigen Tätigkeit der UNMIK kann konstatiert werden, dass sukzessive Fortschritte beim Ausbau der Selbstverwaltung und der Aufbau politischer Institutionen erzielt wurden. Die Frage des zukünftigen Status des Kosovo, welcher die Grundlage des Misstrauens beider Volksgruppen gegenüber der UNMIK ist, wurde bisher von der UNO-Verwaltung allerdings überhaupt nicht angerührt. Und das, obwohl die UNO-Resolution 1244 zum Mandat der UNMIK auch die Aufgabe „facilitate a political process to determine Kosovo future status“ zählt.

Insbesondere folgende politische Ereignisse und Entwicklungen führten den Kosovo unter der bisherigen UNIMIK Verwaltung näher an die politische Autonomie heran:³¹⁰

- *Durchführung der ersten Kommunalwahlen im Oktober 2000: Diese ersten freien Wahlen im Kosovo verliefen friedlich und waren die Grundlage für die kommunale Selbstverwaltung im Kosovo. Im Oktober 2002 fanden weitere Kommunalwahlen statt.*

³⁰⁹ A Kosovo Roadmap: II. Internal Benchmarks. Balkan Report Nr. 125, 1.3.2002

³¹⁰ Constitutional Framework for Provisional Self-Government [in:org/peace/kosovo/pages/regulation/constitframe.htm](http://in.org/peace/kosovo/pages/regulation/constitframe.htm)

- *Beschluss des „Verfassungsrahmens für die provisorische Selbstverwaltung des Kosovo“ im Mai 2001 durch den damaligen SRSK Hans Haekkerup. Die Bedeutung des Dokuments liegt vor allem in der Schaffung von Voraussetzungen für die ersten Parlamentswahlen, die im November 2001 stattfanden. Das Kosovo-Statut sieht ein Parlament mit 120 Mitgliedern vor, 100 Sitze werden nach dem Verhältniswahlrecht vergeben, je 10 Mandate sind für Vertreter der Serben sowie der übrigen nationalen Minderheiten reserviert. Das Parlament wählt einen Präsidenten, dessen Befugnisse vorwiegend repräsentativer Natur sind und der den Regierungschef bestimmt. Die Kompetenzen der Kosovo-Regierung umfassen insbesondere die Bereiche Gesundheitswesen, Umweltschutz, Bildung und Erziehung, soziale Wohlfahrt sowie Arbeit. Die Kontrolle über Budget, Justiz, Polizeiwesen, militärische Sicherheit und Außenbeziehungen bleibt in der Kompetenz von UNMIK. Der SRSK hat das Recht, das Parlament aufzulösen. Auch kann er jedes vom Kosovo-Parlament verabschiedete Gesetz, das aus seiner Sicht gegen die UNO-Resolution 1244 verstößt, mit einem Veto zu Fall bringen.*

Der „Verfassungsrahmen für die provisorische Selbstverwaltung“ stieß sowohl bei den politischen Repräsentanten der Albaner als auch bei den Kosovo-Serben auf Kritik.³¹¹ Die Kosovo-Albaner waren vor allem deshalb unzufrieden, weil das Statut kein Referendum über den endgültigen politischen Status des Kosovo vorsieht. Bei einer solchen Volksentscheid würde sehr wahrscheinlich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Kosovo für dessen Unabhängigkeit stimmen. Die Kosovo-Serben wiederum lehnen das Statut ab, weil darin für sie nicht der Status eines konstitutiven Volkes sowie ein Vetorecht im künftigen Parlament vorgesehen ist. Die serbischen Vorwürfe, im politischen Entscheidungsprozess nicht gleichberechtigt mit den Albanern eingebunden zu sein, wies Haekkerup mit dem Hinweis auf ein im Statut vorgesehenes Schlichtungsverfahren in den Streitfällen zurück. Dem gemäß müssen alle Gesetzesvorlagen vor ihrer Behandlung im Parlament von zwei Gremien begutachtet werden, von einem so genannten „Komitee der Parteien“ und einem „Komitee der ethnischen Gemeinschaften“. Wenn eine Volksgruppe der Meinung sein sollte, dass eine Gesetzesvorlage ihre vitalen Interessen bedroht, ist ein zweistufiges Schlichtungsverfahren vorgesehen. Sollte auch dann kein Konsens erzielt werden, liegt die endgültige Entscheidung beim Leiter der UNMIK-Verwaltung.

Mit der Durchführung der ersten Parlamentswahlen im November 2000 wurden die lokalen politischen Parteien von Albanern und Serben in den Gesetzgebung Prozess einbezogen. Die Regierung wurde aus Repräsentanten der drei stimmenstärksten albanischen Parteien, der

³¹¹ Kosovo: Landmark Election, Balkan Report Nr. 105, 31.1.2001, Seite 4 und 18

Demokratischen Liga des Kosovo (LDK), der Demokratischen Partei des Kosovo (PDK) und der Allianz für eine Zukunft des Kosovo (AAK) gebildet. Zum Präsidenten des Kosovo wurde die Galionsfigur des friedlichen Widerstandes gegen Milosevic, Ibrahim Rugova, gewählt. Obwohl Rugovas LDK als moderat und die aus der ehemaligen UCK hervorgegangenen Parteien PDK und AAK als radikal gelten, gibt es programmatisch kaum Unterschiede zwischen den albanischen Parteien. Hauptziel aller drei Parteien ist die Unabhängigkeit des Kosovo. Ein Ministerium (Landwirtschaft) fiel an die serbische Parteienkoalition „Povratak“ (Rückkehr), die hauptsächlich die Serben in den Enklaven im Süden und Osten repräsentiert. „Povratak“ begründete ihre Entscheidung, in den politischen Institutionen des Kosovo mitzuwirken damit, dass nur die Vertretung der Serben in einem Kosovo-Parlament die Lebensumstände für die im Kosovo verbliebene serbische Bevölkerung verbessert und die notwendigen Bedingungen für eine Rückkehr der Vertriebenen geschaffen werden könnten. In den kompakten serbischen Siedlungsgebieten im Norden des Kosovo war die Wahlbeteiligung relativ niedrig. Serbische Lokalpolitiker bezeichneten die Teilnahme an den Kosovo-Wahlen als „Verrat“.³¹² Diese Gebiete werden fast ausschließlich von Serben bewohnt und lehnen bis heute jede Zusammenarbeit mit der UNMIK oder den Albanern ab.

2.2 .Zur Entwicklung der Sicherheitslage in den ersten Jahren der UNO-Verwaltung

Allgemein hat sich die Sicherheitslage im Kosovo während der ersten drei Jahre des UNO-Protektorats langsam verbessert - zumindest was die Zahl der Gewaltverbrechen betrifft. 1999 gab es noch eine große Zahl an Rachemorden von Albanern an Mitgliedern der im Kosovo verbliebenen Minderheiten, vor allem an Serben und Roma. Insgesamt etwa 200 000 Serben und Roma wurden unmittelbar nach Kriegsende vertrieben oder flüchteten aus Angst vor Übergriffen nach Serbien³¹³. Im Vergleich zu anderen Kriminalitätsformen nimmt die ethnisch motivierte Gewalt seit dem Jahr 2000 tendenziell ab.³¹⁴ Dieser positive Trend ist einerseits sicherlich das Ergebnis des langsamen Abklingens von Rachegefühlen sowie der relativ starken Präsenz der KFOR, der UNO-Polizei (etwa 4500 Mann) und der multiethnischen Kosovo-Polizei³¹⁵ (rund 5000 Mann). Auch wird zur Reduktion der interethnischen Gewalt die Freilassung von etwa 2800 Albanern durch die damalige serbische Führung beigetragen haben. Sie waren als „UCK-Terroristen“ in serbischen Gefängnissen festgehalten worden.

³¹² NZZ, 29.11.2000, Seite 3

³¹³ Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO in: UNO-Bericht Dezember 2000

³¹⁴ Die Statistiken der UNO-Polizei im Kosovo in: unmikonline.org/civpol/statistics.htm.

³¹⁵ Die Kosovo-Polizei (Kosovo Police Service): 84% Albaner, 8,5% Serben und 7,5 sonst. Minderheiten (OSZE-Bericht September 2002)

Die Feststellung, dass sich der interethnische Konflikt zu beruhigen scheint, ist nur darauf zurückzuführen, dass die Vertiefung der ethnischen Trennung im Kosovo weiterhin vorangetrieben wird. Die serbischen Gemeinden im Norden des Kosovo verweigern die Teilnahme an den neu geschaffenen Kosovo-Institutionen. Symbol für die Verfestigung der ethnischen Trennung ist die geteilte Stadt Kosovska Mitrovica. Im serbischen Norden der Stadt verweigern radikale Politiker jegliche Zusammenarbeit mit Albanern im Südtteil. Auch werden die UNMIK-Behörden von den Serben in der Stadt nicht anerkannt. Das führt zu ständigen Auseinandersetzungen mit der lokalen KFOR-Truppe. In den von albanischen Mehrheitsgebieten umgebenen serbischen Enklaven im Süden und Osten des Kosovo sind die lokalen serbischen Vertreter zwar eher bereit, mit albanischen Politikern und der UNMIK zusammenzuarbeiten, doch kommt es auch in diesen Gebieten zu sozialen Kontakten zwischen den verschiedenen Volksgruppen. Die KFOR-Präsenz ist daher notwendig, um nationalistisch motivierte Übergriffe zu verhindern, wie die Ereignisse im Jahr 2004 gezeigt haben.

Neben der ethnischen Trennung im Kosovo beeinflusst vor allem das Problem der organisierten Kriminalität die Sicherheitslage. In Teilbereichen der kosovarischen Gesellschaft gibt es einen nahtlosen Übergang zwischen offizieller albanischer Struktur und organisierter Kriminalität. Als Beispiel dafür kann das Kosovo-Schutzkorps (TMK) angeführt werden, das sich hauptsächlich aus ehemaligen UCK-Kämpfern rekrutiert. Das TMK ist das Resultat eines Kompromisses zwischen der UCK, die zur Nationalarmee Kosovos werden wollte, und der UNO, welche die Guerilla nach dem Ende des Kosovo-Krieges vollständig demobilisieren wollte. Der Kompromiss sah eine Zivilschutztruppe von etwa 3000 Mann vor, die im Katastrophenschutz ausgebildet werden sollte. Der Anspruch der Kommandanten des Kosovo-Schutzkorps, das TMK mittelfristig in eine kosovarische Nationalarmee überzuführen, einerseits und das UNMIK-Konzept einer reinen Zivilschutztruppe ohne militärische Komponente andererseits führen ständig zu Spannungen zwischen der UNO-Verwaltung und den ehemaligen UCK-Kämpfern. Dazu tragen auch die zahlreichen kriminellen Aktivitäten von TMK-Offizieren im Kosovo bei. Der Kosovo liegt auf einer traditionellen Ost-West-Transitrouten, auf der Drogen, Waffen und Menschen illegal verschoben werden. Die Anklagepunkte gegen verhaftete TMK-Offiziere reichen von der Beteiligung an verschiedenen Schmuggelaktivitäten bis hin zu Mord.³¹⁶

³¹⁶ Predrag Jurekovic: Die Lageentwicklung im UNO-Protektorat Kosovo, Baden-Baden 2003, Seite 70

Die Verstrickung von albanischen Politikern und Mitgliedern des TMK mit der organisierten Kriminalität ist realpolitisch ein noch größeres Hindernis für eine baldige Unabhängigkeit des Kosovo, als völkerrechtliche Probleme. Insbesondere die EU, die den Großteil der finanziellen Mittel für den Wiederaufbau im Kosovo zur Verfügung stellt, befürchtet im Falle der Unabhängigkeit des Kosovo eine teilweise Zweckentfremdung ihrer Hilfsgelder für kriminelle Aktivitäten.

3. Die „friedliche Welt“ bricht zusammen

Die Unruhen, die im März 2004 ausbrachen, waren die schlimmsten seit dem Ende des Krieges 1999, es wurden insgesamt 19 Menschen getötet, 8 Serben und 11 Albaner, die bedrängten UNO-Polizisten und KFOR-Soldaten haben die Albaner meist im Notwehr erschossen. Es gab etwa 900 Verletzte, etwa 29 Kirchen und Klöster, wie auch 800 Häuser von Serben wurden zerstört, mehrere Tausend von ihnen retten sich durch Flucht. 65 Angehörige der Multinationalen Truppe wurden verletzt. So die traurige Bilanz der UNMIK-Verwaltung für den Kosovo.³¹⁷ Somit sind die letzten Hoffnungen begraben worden, die eine friedliche Koexistenz zwischen den beiden Volksgruppen ermöglichen sollten.

Die Unruhen begannen in der Stadt Kosovska Mitrovica. Albaner haben angeblich beobachtet, dass Serben einige albanische Jugendliche in den Fluss getrieben und umgebracht haben. Der entfesselte albanische Mob wollte in den Norden der Stadt ziehen, um dort Rache zu üben. Darauf fuhren schwere Kampfpanzer der französischen KFOR-Einheit und machten die Brücke über den Fluss „dicht.“ Die KFOR konnte aber nicht überall sein, und so wüteten die Albaner tagelang in der Provinz. Völlig überrascht von der Situation zeigten sich die Multinationalen Kräfte im Kosovo. Über den ganzen Kosovo brachen danach die Gewaltausbrüche, die die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zunichte machten. Die UNO-Verwaltung wollte zuvor bald die Mindeststandards für eine friedliche Koexistenz festlegen, die das Zusammenleben von 100 000 Serben und 1,8 Mio. Albanern ermöglichen sollte.

Direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen in Belgrad und Priština waren für das Jahr 2005 vorgesehen. Jetzt konnte davon keine Rede mehr sein. Die Albaner suchten sich jetzt einen neuen Feind. Mit der Parole „„Unmik armik!“ Unmik, unser Feind!“ zogen sie durch die Städte, wütend dass sie nicht ihren Wut und Zorn frei entfalten können, sprich sich an die Serben zu rächen. Dort

³¹⁷ Der Spiegel, März 12/1999

wo KFOR nicht genug präsent war, vertrieben die Albaner die nicht albanisch stämmige Bevölkerung und zündeten die Häuser an. Der deutsche Truppenkommandant in Prizren räumte ein, dass seine Soldaten nichts unternehmen konnten, um den rasenden Pöbel zu stoppen. *„Ich kann doch nicht auf eine Menschenmenge schießen lassen, in der sich auch Kinder befanden“.*³¹⁸

Für den neutralen Beobachter sah das ganze nach einer gesteuerten Aktion aus. Die kosovo-albanischen Führer unternahmen nichts um die Randalierer zu stoppen, manche von ihnen verteidigten sogar diese Aktionen. Parallel dazu haben die Serben in Belgrad und in Südserbien zurückgeschlagen, vor allem gegen Moscheen. So gingen berühmte Bauwerke, wie die Barjaki-Mosche in Belgrad in Flammen. Auch die serbischen Politiker schlossen sich den Protesten an, meist friedlich, aber der Ton zeigte, die Zeit der Versöhnung ist noch nicht gekommen. Die Plakate mit dem Aufschrift: *„Wir geben den Kosovo nie auf“* zeigte den Wandel der serbischen Politik. Verteidigungsminister Boris Tadic drohte sogar, man werde die serbische Kosovo-Politik *„im Sinne der Einheit des serbischen Staates“* neu durchdenken.³¹⁹

Die neue demokratische Regierung Serbien wollte das bestmögliche für die Serben in dieser Lage gewinnen. Mit „Terroristen“ sind keine Verhandlungen zu führen, man würde sich nie an einem Tisch mit Mördern und Verbrechern setzen, hörte man überall in Serbien. Der albanische Separatismus, so betonte Premier Vojislav Kostuniča, habe seinen „terroristischen Charakter“ gezeigt. Der Premier verlangte, dass die Serben im Kosovo nicht mehr von der UNO, sondern von regulären Kräften der jugoslawischen Armee geschützt werden sollten, die KFOR habe sich als ungeeignet dafür präsentiert. Diese Forderung konnte die UNO naturgemäß nicht nachgehen, der Krieg würde so wieder entflammen. Dass sich die Albaner als die alleinige Herrscher im Kosovo fühlten, zeigte aber die Tatsache, dass Straftaten, die von Albanern begangen wurden, unterm Tisch verschwanden, albanische Häftlinge entkamen einfach spurlos unter ungeklärten Umständen aus den Gefängnissen. Die albanische Polizei weigerte sich sogar zu ermitteln, wenn Mordanschläge auf die serbische Minderheit verübt wurden. Sogar hochrangige UNMIK-Verwalter, wie der dänische UNMIK-Chef Hans Haekkerup wurden von schikaniert; er verließ nach nur einem Jahr den Kosovo, weil er angeblich großen Angst um sein Leben hatte.

Die Kosovo-albanischen Politiker sind der Meinung, mit ihrem Sieg im „Unabhängigkeitskrieg“ 1999 sei die Frage nach dem künftigen Status endgültig entschieden worden. Präsident Rugova behauptete in einem Interview, die KFOR-Truppe sei die „Privatarmee“ der Kosovo-Albaner. Die

³¹⁸ Der Spiegel 12/1999, Seite 45

³¹⁹ Borba, Belgrad, 1.4.2004, Seite 3

Kosovo-Albaner sind nicht bereit, über die „Unabhängigkeit“ zu verhandeln. Sie verlangten, dass nur die Kriegsverbrechen der ehemaligen serbischen Unterdrücker ins Tageslicht kommen, von den Verbrechen ihrer UCK wollen sie nichts wissen. Die Uno-Resolution 1244 vom Jahr 1999, die Grundlagen der westlichen Kosovo-Politik definiert, so sagte der deutsche Außenminister Fischer in einer Rede in New York, müsse und gründlich überprüft werden. Das wollten aber beiden Parteien im Kosovo nicht. Die bisherige weiche Welle war nicht unbedingt die letzte Antwort der KFOR-Mächte. Der finnische UNMIK-Chef Harri Holkeri befürchtet, dass *im Falle einer Unabhängigkeit etwa die südserbischen Gemeinden um Bujanovac mit mehrheitlich albanischer Bevölkerung ebenso den Anschluss an das Kosovo fordern könnten wie die unzufriedene albanische Bevölkerung im Nachbarland Mazedonien. Auch Forderungen der bosnischen Serben, als Kompensation für den Kosovo die Angliederung an Belgrad zu erwirken, wären dann nicht mehr auszuschließen.*³²⁰

Die letzten Verhandlungen im Jahr 2007 gehen in diese Richtung. Es bedarf eine Menge Fingerspitzengefühl um dieses Problem zu lösen. Die neuen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zeigen, dass sie gewillt ist diese Frage zu lösen. Das würde bedeuten, dass die beiden Parteien, die Serben und die Kosovo-Albaner auch Kompromisse eingehen sollen.

Die internationale Staatengemeinschaft will deshalb einstweilen nur an dem Konzept festhalten, zunächst die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen zu schaffen. Eine Lösung der Statusfrage wird für Herbst/Winter 2007 erwartet.

Um die angespannte Lage zwischen den verfeindeten Volksgruppen besser kontrollieren zu können, wurde das KFOR-Kontingent Ende 2005 um 2000 auf 20500 Mann aufgestockt, um weitere Unruhen bewältigen zu können.³²¹

³²⁰ Der Spiegel 13/2004 Seite 154

³²¹ Der Spiegel 12/2005, Seite 58

4. Die internationalen Folgen „eines unautorisierten Krieges“ aus heutiger Sicht

In diesem Kapitel wird ein Blick auf die internationalen Auswirkungen des Konflikts im Kosovo geworfen, seine mittelbaren und unmittelbaren Folgen. Eine endgültige Analyse ist auch nach acht Jahren seit dem Ende des Krieges immer noch nicht möglich, da alle Archive der betroffenen Staaten noch nicht geöffnet wurden, einen Versuch ist es aber auf alle Fälle wert.

Die Welt hat sich gewaltig verändert, seitdem die Operation „Allied Force“ abgeschlossen ist. Der serbische Machthaber Milosevic wurde in Den Haag angeklagt und auch von der serbischen Regierung unter Djindic ausgeliefert. Aber zu einem Urteil kam es nicht; Milosevic starb nach einem Herzversagen in seiner Zelle im Gefängnis von Den Haag am 11. März 2006. Die Schriftsteller Harold Pinter und Peter Handke, sowie der Journalist Jürgen Elsässer haben in mehreren Publikationen trotz der Vorwürfe von Menschenrechtsorganisationen, eine kontroverse Betrachtung des politischen Wirkens von Milosevic präsentiert. Aus diesem Anlass befassten sich die Autoren mit dem Milosevic-Prozess und stellten dabei schwerwiegende Verfahrensfehler fest. Über das Leben von Slobodan Milosevic werden die zukünftigen Generationen zu urteilen haben und seine Erfolge und Misserfolge gegeneinander abwägen.

Fest steht, dass obwohl Milosevic nicht mehr präsent ist, seine „Feinde“ und „Anhänger“ weiterhin ihre Machtspiele auf der internationalen Politbühne betreiben. Der als erster Präsident des Kosovo gewählte Ibrahim Rugova ist am 21. Jänner 2006 in Pristina eines natürlichen Todes gestorben. Nach den Parlamentswahlen 2001 hatte seine LDK die Wahlen gewonnen, er jedoch wurde wegen innerparteilicher Konflikte erst am 4. März 2002 als Präsident bestätigt, Rugova war im März 2005 einem Attentat entgangen, seit Ende des Krieges 1999 hatte er immer wieder Morddrohungen von Ultranationalisten erhalten. Er galt als der „Gandhi des Balkans“ und strebte eine engere Kooperation mit der EU und den USA an. Zu seinem Begräbnis kamen zahlreiche Politiker und Staatsmänner aus der ganzen Welt. Den Kosovo in die Unabhängigkeit zu führen, war sein Lebenstraum gewesen, er hatte ihn sich nicht mehr erfüllen können.

In Südosteuropa hat sich in der jüngsten Vergangenheit viel geändert. Slowenien, ist als einzige ehemalige Teilrepublik Jugoslawiens im Jahr 2004 der EU-Erweiterung beigetreten. Bulgarien und Rumänien folgten im Jänner 2007. Die NATO nahm diese drei Staaten auch als Mitglieder auf. Verhandlungen über einen EU-Beitritt bzw. Nato-Beitritt laufen derzeit mit Kroatien und Mazedonien. Serbien wird ebenfalls eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt, sofern es volle

Kooperation bei der Ergreifung und Auslieferung gesuchter Kriegsverbrecher an das Kriegsverbrechertribunal von Den Haag zusagt. Das brachte die Verhandlungen mit Kroatien immer wieder ins Stocken, da nach Ansicht der EU zuwenig dahingehend kooperiert werde.

Die amerikanische Außenpolitik erlebte nach dem 11. September 2001 mit den Terroranschlägen in New York und Washington eine Zäsur, vieles wurde neu überdacht und neu bewertet. Nach anfänglichem Annähern von USA und Russland (Unterstützung der Nord-Allianz in Afghanistan) sind die beiden Großmächten im Golf Krieg 2003 gegen den irakischen Machthaber Saddam Hussein wieder aneinander geraten. Die Parallelen zum Krieg im Kosovo sind augenscheinlich. Der Irak-Krieg, der nach nur 3 Wochen Kampfhandlungen für beendet erklärt wurde, entwickelt sich für die US-Regierung nach mehr als vier Jahren zu einer schlecht geplanten und verlustreichen Operation. Der Irak-Krieg von 2003 war genauso wenig vom UNO-Sicherheitsrat autorisiert worden, wie der Kosovo Krieg im Jahr 1999. Damals haben sich die Europäer und die Amerikaner über den Rat hinweggesetzt, die Serbien 78 Tage lang bombardiert und schlussendlich gesiegt. Der Krieg 1999 wurde angeblich im Namen der Menschenrechte geführt und am Ende gelang es, die Auseinandersetzung zwischen den jugoslawischen Streitkräfte und der Kosovo-albanische UCK zu beenden, den Preis von Vertreibungen und Schikanen musste jedoch die Zivilbevölkerung zahlen.

Der Krieg gegen den Irak (2003) wurde mit der Argumentation geführt, man habe Bewiese für Massenvernichtungswaffen, die den Weltfrieden bedrohen. Diesmal waren einige europäische Länder gegen den Krieg, an erster Stelle Deutschland und Frankreich. Plötzlich waren die Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates sehr wichtig geworden, man sprach von einer „Devaluierung“ der UNO und davon, dass die Amerikaner und Briten einen Unilateralismus anstrebten, ohne sich um andere Meinungen zu kümmern. Gemäß der Charta der Vereinten Nationen darf ein Krieg nur zur Selbstverteidigung und mit einer entsprechenden Resolution des UN-Sicherheitsrates geführt werden. Natürlich kann man die Begründungen, wie die fünf Veto-Mächte (USA, Großbritannien, Frankreich, China und Russland) einen Krieg rechtfertigen oder ablehnen, in Frage stellen, spielen doch die eigenen Interessen der Länder eine entscheidende Rolle. Aber eine andere Lösung für die Bewältigung globaler Probleme gibt es bis jetzt nicht. Wenn man also einen Krieg gutheißt, weil man denkt, dies sei durch moralisch und ethische Gründen gerechtfertigt und dabei die Entscheidungsträger(die UNO) ignoriert, läuft man Gefahr, in der Zukunft mit immer neuen Gründen für einen Krieg konfrontiert zu werden, die dann die mächtigsten Staaten für sich entscheiden, so wie sie es brauchen und wollen. An sensiblen Regionen auf dieser Welt mangelt es nicht. Russland unterstützt die Serben in der Kosovo Frage und stellt sich gegen die Unabhängigkeit

der Provinz Kosovo, unterstützt jedoch genauso solche separatistischen Bestrebungen in Georgien (Abchasien) und Nogorni Karabach (Aserbaidjan) und geht im Tschetschenien-Konflikt mit aller Härte gegen die „Separatisten“ vor.

Die chinesische Führung betrachtet schon seit mehr als 60 Jahren Taiwan als eine abtrünnige Provinz. Sogar ein Gesetz hat die chinesische Volksversammlung verabschiedet, welches besagt, dass im Fall der Unabhängigkeitserklärung Taiwans, Krieg folgen wird.

Staaten mit wenigen demokratischen Traditionen, wie Russland und solche die noch weit davon entfernt sind, wie China, haben wenig Erklärungsbedarf, wenn sie der eigenen Bevölkerung einen Krieg verdaulich machen wollen. In demokratischen Ländern ist es naturgemäß anders. Dort sitzen Oppositionsparteien, es herrscht Meinungsfreiheit, und dem globalen Internet-Informationsverlauf sind keine Grenzen gesetzt. Deshalb „müssen“ demokratisch gewählte Regierungen für den Entschluss Krieg zu führen, sehr oft Gründe „erfinden“, damit die eigene Bevölkerung sie bei diesem Vorhaben auch unterstützt. Dass im Kosovo Vertreibungen und Morde stattgefunden haben, steht außer Zweifel, aber von der Existenz von KZ-Lagern und Genozid zu sprechen ist, ist gelinde gesagt geschmacklos und entbehrt jeder Realität. Der spanische Gerichtsmediziner Perez Pujol, im Dienste der Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) tätig, schätzt nach wie vor die Opfer unter den Kosovo-Albaner auf 2500, das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag beziffert die Opfer auf beiden Seiten mit 10.000 (Quelle Wikipedia). Im Jahr 1999 waren für die Entscheidung zum Krieg die Bilder von vertriebenen und ermordeten Kosovo-Albaner entscheidend. Man erinnert sich noch sehr gut daran, wie der damaliger Außenminister Colin Powell im Jahr 2003 im UN-Sicherheitsrat die Fotos von angeblichen Massenvernichtungswaffen des Iraks mit besorgter Miene präsentierte. Die von den USA geführte „Koalition der Willigen“ hat sich zum Krieg gegen den Irak entschlossen und ihn durchgeführt, ohne durch eine UNO-Resolution dazu ermächtigt gewesen zu sein.

Der wesentliche Unterschied zwischen diesen beiden Kriegen besteht darin, dass im Kosovo die Zivilbevölkerung sich tatsächlich als „befreit“ fühlen konnte, da eine Fremdherrschaft beseitigt worden war, während man im Irak ein Regime gestürzt und ein „freundlicheres“ an seine Stelle setzte. Im Kosovo ist die Zivilbevölkerung auf der Seite der „Befreier“, im Irak ist die Bevölkerung sehr gespalten und in den meisten Fällen den Amerikaner sehr feindlich gesinnt. Nur im Norden, wo die Kurden das Sagen haben herrscht relative Ruhe, da diese dort die Amerikaner als Befreier begreifen. In letzter Zeit werden Stimmen laut, die einen sofortigen Abzug der westlichen Truppen

aus dem Irak fordern; da sie die Mission als gescheitert betrachten. Es habe schon zu viele Opfer, Zivilisten und Militärs, auf beiden Seiten gegeben.

Eines muss man jedoch im Auge behalten; wenn eine Region wie das Kosovo, in dem der größte Teil der Zivilbevölkerung auch nach acht Jahren immer noch nicht reif für einen Abzug der westlichen Truppen ist, wie sollte dass das in einen so großen Staat wie dem Irak nach nur vier Jahren möglich sein? In der Zukunft müssen natürlich beide Regionen ohne fremde Truppen und die dazugehörige Bevormundung auskommen, aber bis dahin ist noch ein weiter Weg. Anscheinend wollen die Europäer und Amerikaner das Kosovo-Problem so bald als möglich lösen. Es wäre natürlich von großem Vorteil, wenn dabei die Standpunkte der Entscheidungsträger alle Seiten berücksichtigt, und nicht einseitig entschieden werden würde.

Abschließend wäre festzuhalten, dass Kriegsgründe immer wieder erfunden werden können, um einen „Schurken“ oder „Schurkenstaat“ zu bestrafen. Entweder man sieht den Weltfrieden in Gefahr oder befürchtet den „Untergang des Abendlandes“; die Leidtragenden sind immer die anderen und in den meisten Fällen Zivilisten. Eine schnelle und dauerhafte Lösung für schon begangene Fehler kann man in den seltensten Fällen erwarten. Die Zeiten der Aussöhnung und Vergebung unter den Volksgruppen dauert lange und ist noch Jahre danach spürbar.

Nicht neue Regeln müssten für die internationale Politik erfunden werden, um den Menschen eine Chance auf den Weltfrieden zu bringen, sondern bestehende beachtet werden.

5. Der Athisaari-Plan und seine Auswirkungen

Anfang des Jahres 2006 arbeitet der Chef-Unterhändler Matti Athisaari einen Plan aus, der die Zukunft der Unruhe-Provinz regeln soll. Der Plan sieht eine „überwachte Unabhängigkeit“ für den Kosovo vor. Schon der Name gibt sehr viel Stoff für Spekulationen. Eine so genannte „überwachte“ Souveränität bedeutet erstens, dass die KFOR-Soldaten im Land bleiben, für wie lange steht allerdings nicht im Plan und keiner würde sich auf ein Datum festlegen. Der Plan räumt den 100.000 im Kosovo lebenden Serben umfangreiche politische Rechte ein; für jeden Beschluss im Parlament ist man auf ihre Stimmen angewiesen. Die serbischen Regionen im Nord-Kosovo sollen sich selbst verwalten, ihnen ist es erlaubt, serbische Schulen einzurichten. Die Kosovo-Albaner erhalten eine

Stimme bei den Vereinten Nationen und bei der Weltbank, eine Nationalhymne und eine eigene Flagge.

Wäre man jetzt ein Außenstehender könnte man sagen, der Plan ist gar nicht so schlecht, ein brauchbarer Kompromiss und eine friedliche Lösung ist zum Greifen nahe. In der Folge wurde man jedoch eines Besseren belehrt. Die Serben und die Kosovo-Albaner lehnten den Plan ab, allerdings war die Ablehnung unter den Serben ausgeprägter, hatten sie ja auch mehr zu verlieren. Eine „überwachte Unabhängigkeit“ würde den Albanern deutlich mehr Vorteile bringen und schließlich hoffte man, dass der Schritt von einer „überwachten“ bis zu einer „unüberwachten“ Unabhängigkeit nicht allzu groß ist. Trotzdem fanden im Februar 2007 Ausschreitungen in Priština gegen den UNMIK statt, es gab auch Todesopfer. Die Kosovo-Albaner wollten nicht von ihrer „Maximal-Variante“ abrücken und die Provinz mit den Serben politisch „teilen“. Für die serbische Regierung und die Serben im Kosovo war die „Unabhängigkeit“ ohnehin ein Tabuthema.

Die USA sagten sofort ihre volle Unterstützung für den Plan zu, da sie in ihm eine „gute Lösung“ sahen. Der Kosovo-Emissär des Außenministeriums, Mr. Burns bekräftigte, seine Regierung würde sich bei den Veto-Mächten Russland und China für den Plan stark machen.³²² Die Position der US-Regierung ist durchaus verständlich. Die Amerikaner hatten den wesentlichen Anteil an die „Niederlage“ der Serben im Kosovo, ihre ehemalige „Schützlinge“ von der UCK sitzen nun an den Hebeln der Macht, eine bessere Regierungskonstellation hätten sich die Amerikaner gar nicht vorstellen können. Die USA haben im Kosovo nach dem Krieg ihre Militärbasen Camp Bondsteel mit 4000 und Montith, mit 2000 Militärangehörigen errichtet. Den Amerikanern war ganz klar, dass wenn Serbien seine Souveränität über den Kosovo wiedererlangen würde, die Basen über kurz oder lang schließen müssten. Sollte der Kosovo aber unabhängig werden, dann hätten sie nichts zu befürchten. Für die Kosovo-Albaner gelten die USA noch heute als Befreier.

Die Russen haben ihre Position mehrfach bekräftigt, sie unterscheidet sich kaum von der Position der Belgrader Regierung – eine Unabhängigkeit des Kosovo würde die Moskauer Regierung jedenfalls ablehnen. Einer UN-Resolution werden die Russen nur dann zustimmen, wenn auch Belgrad damit einverstanden ist. Die Serben lehnten den Athisaari-Plan ab, und die Verhandlungen im UN-Sicherheitsrat wurden für gescheitert erklärt, nachdem die Russen im Sommer 2007 mit einem Veto gedroht hatten. Moskau verfolgt seine eigenen Interessen auf dem Balkan. Es hofft durch die Unterstützung der Serben, mit einem Bein in ein sich konsolidiertes Europa stellen zu

³²² NZZ, 28.3.2007, Seite 3

können und die quasi „letzten Verbündeten“ auf dem Balkan nicht zu verlieren. Durch die Kosovo-Frage stehen die Chancen nicht schlecht, dass die Serben ihnen treu bleiben werden, denn auch moderate serbische Regierungen haben den Kosovo nie abgeschrieben. Auch ihnen ist bewusst, dass der Kosovo ein Trauma für die Serben ist und jederzeit Nahrung für populistische und nationalistische Tendenzen sein kann.

Die Positionen in der EU waren nach Bekanntgabe des Planes uneins. Manche EU-Mitglieder äußerten Bedenken gegen eine Unabhängigkeit des Kosovo, weil sie eben solche Abspaltungstendenzen in ihren eigenen Ländern befürchteten. Andere wiederum befürchteten, die Kriminalität - Korruption, Drogen- Waffen und- Menschenhandel - die im Kosovo weit verbreitet sind, würden sich unkontrolliert über Europa ausbreiten. Auch die Art und Weise wie die Kosovo-Albaner mit den Minderheiten – Serben, Roma, Türken etc. - umgehen, ist mit ein Grund für die Bedenken der EU-Politiker. Man hält die Politiker im Kosovo für noch nicht fähig, einen eigenen Staat zu verwalten und friedlich mit ihren Nachbarn zu leben. In Mazedonien, Serbien und Griechenland befürchtet man ebenfalls Separationsbewegungen in den albanisch besiedelten Gebieten. Manche Politiker gehen auch so weit zu sagen, die Albaner hätten schon einen Staat, ein zweiter stehe ihnen nicht zu. Vernünftige Stimmen sagen, den Preis für die weitere Aufschiebung einer endgültigen Lösung für die Unruhe-Provinz werde nicht die USA oder Russland zahlen, sondern die EU, befürchtet werden vor allem neue Unruhen und vor allem Flüchtlingsströme. Daher wäre es angebracht, wenn die europäischen Politiker ein größeres Engagement an den Tag legen würden, um dem Problem Herr zu werden und weiterhin beharrlich nach brauchbaren Kompromissen suchen. Der Regierungschef der Kosovo-Albaner, Agim Čeku, machte den Vorschlag, den 28. November 2007 als Tag für die Unabhängigkeitserklärung zu wählen.³²³ Dann könnte das Parlament des Kosovos einseitig die Souveränität des neuen europäischen Staates verkünden. Vor Journalisten sagte Čeku, zuvor könne noch 120 Tage mit Serbien verhandelt werden, wie es von den USA und der EU geplant sei. Russland lehnen diese Verhandlungsfrist ab, die russischen Politiker wollen Verhandlungen ohne Schlusstermin. Die europäischen Politiker warnen ihrerseits die Kosovo-Albanischen Politiker vor einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung, da diese gegen die Resolution 1244 aus dem Jahr 1999 verstoßen würde, sich viele Staaten damit vor den Kopf gestoßen fühlen und so die Kosovaren die Unterstützung von wohlgesinnten Staaten verlieren könnten.

³²³ NZZ, 24.7.2007, Seite 3

Der deutsche Diplomat Wolfgang Ischinger, der die im August 2007 gebildete Troika aus EU, USA und Russland, anführt, sprach vorsichtig diplomatisch eine mögliche Teilung des Kosovo an, welche erwartungsgemäß von vielen Seiten abgelehnt wurde. Trotzdem sollte man diesen Vorschlag nicht einfach außer Acht lassen. Im Norden des Kosovo, an der Grenze zur Serbien sind kompakte Regionen mit serbischer Mehrheitsbevölkerung, die weniger als 10 % des Territoriums des gesamten Kosovo ausmachen. Die übrigen Regionen sind fast ausschließlich von Albanern bewohnt. Seit dem Krieg 1999 hat die internationale Gemeinschaft immer wieder betont, für die Kosovo-Albaner ist eine Rückkehr unter serbischer Herrschaft unzumutbar, das würde zu einem neuen Krieg führen. Die Albaner würden keine serbischen Institutionen dulden, serbische Pässe oder die serbische Flagge sind dort einfach sehr verhasst. Die Frage stellt sich natürlich in umgekehrte Richtung auch: Würden die Serben im Kosovo albanische Symbole, Pässe und eine neu erschaffene Kosovo-Flagge akzeptieren? Wohl eher nicht. Die Gefahr besteht, dass auch die bosnischen Serben ihre Abspaltungsrechte durchsetzen könnten, was ein Ende von Bosnien-Herzegowina bedeuten würde.

Die Serben im Kosovo müssten einerseits ihre heiligen Klöster den zukünftigen Machthabern in Priština überlassen, und wären andererseits auch von ihren Landsleuten, die verstreut in Enklaven im Süden und Osten leben, getrennt. Die Kosovo-Albaner lehnen einen Teilungsplan jedoch ohnehin kategorisch ab, für sie ist der Kosovo unteilbar. Ein Kompromiss ist in dieser Situation schwierig.

Schlusswort

Die Entscheidungsträger auf dem Balkan sollten jedoch eines vor Augen haben, dass nur ein guter Kompromiss, bei dem beide Parteien ihr Gesicht wahren können, eine dauerhafte friedliche Lösung bieten kann. Andernfalls besteht die große Gefahr, dass irgendwann wieder jemand zu den Waffen greift und viel Blut fließt.

Die jetzige politische Situation im Kosovo wurde mit militärischen Mitteln geschaffen, den Herausforderungen der Zukunft wird sich jedoch die Politik stellen müssen, wenn es nicht weiterhin nur Gewinner oder Verlierer geben soll. Nirgendwo in Europa sind heutzutage Anspannung und Rachegelüste der Menschen so deutlich spürbar wie im Kosovo. Es wird ein Umdenken erforderlich sein, weg von „symbolischer“ Bestrafung und Bevorzugung, hinein in eine Zukunft, in der weniger Mythen und Symbole, als das einzelne Menschleben an Bedeutung gewinnt, auch und ganz besonders am Balkan.

Die EU hat die einmalige Chance diesen Kreislauf aus Mythen, neuen Opfern und Elend zu durchbrechen, man kann nur hoffen, dass sie diese auch wahrnimmt.

Anhang.

1. Auszug aus dem Rambouillet-Vertrag (Die Militärische Implementierung)

Appendix B: Status of Multi-National Military Implementation Force (Punkte 1-9)

1. For the purposes of this Appendix, the following expressions shall have the meanings hereunder assigned to them:
 - a. “NATO” means the North Atlantic Treaty Organization (NATO), its subsidiary bodies, its military Headquarters, the NATO-led KFOR, and any elements/units forming any part of KFOR or supporting KFOR, whether or not they are from a NATO member country and whether or not they are under NATO or national command and control, when acting in furtherance of this Agreement
 - b. “Authorities in the FRY” means appropriate authorities, whether Federal, Republic, Kosovo or other.
 - c “NATO personnel” means the military, civilian, and contractor personnel assigned or attached to or employed by NATO, including the military, civilian, and contractor personnel from non-NATO states participating in the Operation, with the exception of personnel locally hired.
 - d. “the Operation” means the support, implementation, preparation, and participation by NATO and NATO personnel in furtherance of this Chapter.
 - e. “Military Headquarters” means any entity, whatever its denomination, consisting of or constituted in part by NATO military personnel established in order to fulfill the Operation
 - f. “Authorities” means the appropriate responsible individual, agency, or organization of the Parties.
 - g “Contactor personnel” means the technical experts or functional specialists whose services are required by NATO and who are in the territory of the FRY exclusively to serve NATO either in an advisory capacity in technical matters, or for the setting up, operation, or maintenance of equipment, unless they are
 - (1) nationals of the FRY; or
 - (2) persons ordinarily resident in the FRY.

- h. "Official use" means any use of goods purchased, or of the services received intended for the performance of any function as required by the operation of the Headquarters
 - i. "Facilities" means all buildings, structures, premises, and land required for conducting the operational, training, and administrative activities by NATO for the Operation as well as for accommodation of NATO personnel.
2. Without prejudice to their privileges and immunities under this Appendix, NATO personnel shall respect the laws applicable in the FRY, whether Federal, Republic, Kosovo, or other, insofar as compliance with those laws is compatible with the trusted tasks/mandate and shall refrain from activities not compatible with the nature of the Operation.
 3. The Parties recognize the need for expeditious departure and entry procedures NATO personnel. Such personnel shall be exempt from passport and visa regulation and the registration requirements applicable to aliens. At all entry and exit points to/from the FRY, NATO personnel shall be permitted to enter/exit the FRY on production of a national identification (ID) card. NATO personnel shall carry identification which they may be requested to produce for the authorities in the FRY, but operations, training, and movement shall not be allowed to be impeded or delayed by such requests.
 4. NATO military personnel shall normally wear uniforms, and NATO personnel may possess and carry arms if authorized to do so by their orders. The Parties shall accept as valid, without tax or fee, drivers, licenses and permits issued to NATO personnel by their respective national authorities.
 5. NATO shall be permitted to display the NATO flag and/or national flags of constituent national elements/units on any NATO uniform, means of transport, or facility.
 6. a. NATO shall be immune from all legal process, whether civil, administrative, or criminal.
b. NATO personnel, under all circumstances and at all times, shall be immune from the Parties, jurisdiction in respect of any civil, administrative, criminal, or disciplinary offenses which may be committed by them in the FRY. The Parties shall assist States participating in the operation in the exercise of their jurisdiction over their own national
c. Notwithstanding the above, and with the NATO Commander's express agreement in each case, the authorities in the FRY may exceptionally exercise jurisdiction in such matters, but only in respect of Contractor personnel who are not subject to the jurisdiction of their nation of citizenship.

7. NATO personnel shall be immune from any form of arrest, investigation, or detention non by the authorities in the FRY. NATO personnel erroneously arrested or detain shall immediately be turned over to NATO authorities.
8. NATO personnel shall envoy, together with their vehicles, vessels, aircraft, a equipment, free and unrestricted passage and unimpeded access throughout the FT including associated airspace and territorial waters. This shall include, but not be limited to, the right of bivouac, maneuver, billet, and utilization of any areas or facilities required for support, training, and operations.
9. NATO shall be exempt from duties, taxes, and other charges and inspections a custom regulations including providing inventories or other routine customs documentation, for personnel, vehicles, vessels, aircraft, equipment, supplies, and provisions entering, exiting, or transiting the territory of the FRY in support of the Operation

2. Literaturliste:

Albrecht, Ulrich/Paul Schäfer (Hrsg.), Der Kosovo-Krieg, Köln 1999.

Albright, Madam Secretary. Die Autobiographie. München: C. Bertelsmann, 2003.

Bittermann, Klaus/Thomas Deichmann (Hrsg.), Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben, Berlin 1999.

Bredthauer, Karl D., Im Namen der Glaubwürdigkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1999, S. 519-523.

Bündnis 90/Die Grünen, Material zur Auseinandersetzung über das Rambouillet-Abkommen, Bonn 1999.

Calic, Marie-Janine, Kosovo: Krieg oder Konfliktlösung?, in: Südosteuropa Mitteilungen 2/1998, S. 112-120.

Calic, Marie-Janine, Die Jugoslawienpolitik des Westens seit Dayton, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 34/1999, S. 22-32.

Caplan, Richard, International diplomacy and the crisis in Kosovo, in: International Affairs 4/1998, S. 745-761.

Cremer, Ulrich/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Nach dem Krieg ist vor dem Krieg, Hamburg 1999.

Cordesman Antony, The war in Kosovo: Beyond the First Month. Status of the Day 50. CSIS, Washington, 2000

Das Parlament, Thema Balkan-Krise 32-33/1999.

Das Parlament, Thema Nationale Minderheiten in Europa 34/1999.

Debiel, Thomas, Katastrophe im Kosovo. Zehn Anmerkungen zu Massakern, Krieg und (De-) Eskalation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1999, S. 539-547.

Dieter S. Lutz (Hrsg.), Der Krieg im Kosovo und das Versagen der Politik, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2000

Dickinson, Marc/Nicolas Kaczorowski, The OSCE Verification Mission to Kosovo December 1998 - March 1999, Personal Views by two „Verifiers“, Dokument der Nordatlantischen Versammlung, Brüssel 1999.

Glennon, Michael J., The New Interventionism, in: Foreign Affairs Mai/Juni 1999, Seite 27-35

Elsässer, Jürgen (Hrsg.), Nie wieder Krieg ohne uns, Hamburg 1999.

Elsässer, Jürgen, Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt, Hamburg 2000

Elsässer Jürgen, Kriegslügen. Vom Kosovokonflikt zum Milosevic-Prozess, Verlag Homilius, Berlin 2004

Feichtinger Walter, in :Der Krieg um das Kosovo 98/99, Mainz 2000

- Hedges, Chris, Kosovo's Next Masters, in: Foreign Affairs Mai/Juni 1999, S. 25-32
24-42.
- Hofbauer, Hannes (Hrsg.), Balkan-Krieg, Wien 1999.
- Hofmann, Gunter, Wie Deutschland in den Krieg geriet, in: Die Zeit 20/1999, S. 17-21.
- Hofmann, Gunter, Der fast vergessene Krieg. Ein Nachwort: Die Lehren aus der Intervention der NATO im Kosovo, in: Die Zeit 40/1999, S. 8.
- Howard Clark, Ziviler Widerstand im Kosovo, (Hsg) Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktforschung, Verlag Weber & Zucht, Kassel 2003
- Hutchings, N.W./Larry Spargimino, Where Leads the Road to Kosovo? Oklahoma City 1999.
- Ignatieff, Michael, Der gefesselte Kriegsherr, in: Die Zeit 33/1999, S. 11-13. International Institute for Strategic Studies, Strategic Survey 1998/99, London 1999.
- Klinghammer Wolfgang, Kampf der Kulturen im Kosovo? Huntingtons Theorie und die Schlacht um das Amselfeld, Tectum Verlag, Marburg 2002
- Kohl, Christine von/Wolfgang Libal, Kosovo: Gordischer Knoten des Balkan, Wien und Zürich 1992.
- Kosovo Raodmap: II.Internal Benchmarks. Balkan Report Nr. 125, 1.3.2002
- Krempel Stefan, Krieg und Internet: Ausweg aus der Propaganda?, Verlag Heinz Heise, Hannover, 2004
- Kühne, Winrich, Humanitäre NATO-Einsätze ohne Mandat? Ein Diskussionsbeitrag zur Fortentwicklung der UNO-Charta, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-3096, März 1999.
- Lange, Klaus, Die UCK - Anmerkungen zu Geschichte, Struktur und Zielen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 34/1999, S. 33-39.
- Loborec Robert, Brandherd Kosovo, Verlag Dr. H.H. Driesen Gmbh, Taunusstein, 2002
- Loquai, Heinz, Kosovo-Konflikt. Wege in einem vermeidbaren Krieg, Baden- Baden, 2001
- Malcolm, Noel, Kosovo. A Short History, London/New York 1998.
- Mandelbaum, Michael, A Perfect Failure, in: Foreign Affairs September/Oktober 1999, 5. 2-8.
- Mintchev, Emil, Friedensordnung nach dem Kosovo-Krieg, in: Internationale Politik 5/1999, 5. 55-62.
- Naumann, Klaus, Der nächste Konflikt wird kommen, in: Europäische Sicherheit 11/1999, S. 8-22.
- Naumann, Klaus, Die NATO nach dem Kosovo-Krieg, in: Die Welt vom 7. Juli 1999, Seite 5
- Newman Richard, Tricky Tactics Surprised Both NATO and Serbs. In: Singapore Press Holding Limited 14.7.1999
- Oschlies, Wolf, Der Vierfrontenkrieg des Slobodan Milosevic. Bundesrepublik Jugoslawien vor dem Zerfall. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 18/1999.

OSCE, Office for Democratic Institutions and Human Rights, Kosovo/Kosova, As Seen, As Told. An analysis of the human rights findings of the Kosovo Verification Mission October 1998 to June 1999, Warschau 1999.

O. V., Dokumentation, in: Internationale Politik 5/1999, S. 83-136.

Petritsch, Wolfgang/Karl Kaser/Robert Pichler, Kosovo, Kosova, Klagenfurt/Celovec. 1999.

Predrag Jurekovic: Die Lageentwicklung im UNO-Protektorat Kosovo, Baden-Baden 2003

Reiter Erich/Selten Reinhard, Zur Lösung des Kosovo-Konflikts, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2003

Reiter Erich (Hrsg.), Der Krieg um das Kosovo, v.Hase&Koehler Verlag, Mainz 2000

Reuter, Jens, Die Internationale Gemeinschaft und der Krieg im Kosovo, in: Südosteuropa 7-8/1998, S.281-297.

Reuter, Jens, Krieg auf dem Balkan, in: Internationale Politik 4/1999, S. 29-30

Richter, Frank, Balanceakt. Die Lage im Kosovo spiegelt die Instabilität der Region, in: Information für die Truppe 7-8/1999, S. 13-19.

Rubin Barry, Schurkenstaaten. Amerikas Selbstverständnis und seine Beziehungen zur Welt, in: Internationale Politik 6/1999

Rüb, Matthias, Kosovo, München 1999.

Scharping, Rudolf, Wir dürfen nicht wegsehen, Berlin 1999.

Sharp, Jane M.O., Testfall Kosovo. Die westliche Politik auf dem Prüfstand, in: Internationale Politik 6/1998, S. 27-34.

Schirmacher, Frank, (Hrsg.), Der westliche Kreuzzug, Stuttgart 1999.

Schmid, Thomas (Hrsg.), Krieg im Kosovo, Reinbek bei Hamburg 1999.

Spillmann, Markus, Der Westen und Kosovo, in: Internationale Politik 8/1999, S. 41-48.

Taskushina Aigul, Die humanitäre Intervention am Beispiel des NATO-Einsatzes im Kosovo, Tectum Verlag, Marburg 2000

Troebst, Stefan, The Kosovo War, Round One: 1998, in: Südosteuropa 4/1999, S. 156-190.

Troebst, Stefan, Chronologie einer gescheiterten Prävention, in: Osteuropa 8/1999, S. 777-795.

Vickers, Miranda, Between Serb and Albanian. A History of Kosovo, London 1998.

Volmer Ludger, Krieg in Jugoslawien – Hintergründe einer grünen Entscheidung, in: Bündnis 90/Die Grünen, Der Kosovo Krieg, Bonn 1999

Weller Marc, The Rambouillet conference on Kosovo, in: International Affairs 2/1999, S. 211-251.

Weller Marc, The Crisis in Kosovo 1989-1999, Cambridge 1999.

Zumach, Andreas, „80 Prozent unserer Vorstellungen werden durchpeitscht“, in: Thomas Schmid (Hrsg.), Krieg im Kosovo, Reinbek Verlag, Hamburg 1999, S. 63-81.

Internet:

Frankfurter Allgemeine Zeitung, in: <http://www.faz.net/fazarchiv/FAZ.ein>

Neuer Zürcher Zeitung, (NZZ) in: <http://www.nzz.ch/allContentendSearch/kosovo/pages>

Der Spiegel, Dossier zum Kosovo-Konflikt in:
<http://www.service.spiegel.de/digas/servlet/dossieransicht/S7014935> (**entgeltlich**)

Koha Ditore, Kosovo, Pristina in: <http://www.koha.net/kosova>

Die Presse, Wien, Österreich, in
:<http://www.diepresse.com/home/politik/alpdach/325718/index.do>

OSZE-Berichte für1998/99 in: <http://www.osze.org/kosovo/13985.html>

US-Mission für OSZE im Kosovo in: <http://pristina.usmission.gov/>

Statements of the Foreign Minister of Yugoslavia, in: <http://mfa.gov.yu>

Statements von der yug. Botschaft in Wien, in: <http://mfa.gov.embasaada/vienna/>

Statements von den Foreign Minister of Albania, in: <http://mfa.gov.al/english/>

Forensicher Report vom Kosovo/Racak 17.3.1999, in: <http://www.ess.uwe.ac.uk/kosovo/Kosovo-Massacress2.htm>

Protokolle vom dt. Bundestag, in: <http://www.bundestag.de/bic/index.htm>

NATO Press Conference 1998/99, in: <http://www.nato.int/speech/2000/archives/>

NATO Kosovo Presse Berichte, in:<http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-062d.htm>

BBC Monitor Service, in: <http://www.monitor.bbc.co.uk/>

APA- Kurz-Meldungen, in: <http://ots.at>

Standard, (Sofia) in English Edition, in: <http://www.standardnews.com/en>

Washington Post, Washington.USA. in: <http://www.washingtonpost.com/ac2/wp-dyn/NewsSearch/Kosovo.html>

Stanford Media Handout, in: <http://www.stanford.edu/class/english/arhives.html>

Jane`s Information Group über den Kosovo in: <http://www2.janes.com/WW/results.isp>

International Herald Tribune, in: <http://www.iht.com/cgi-bin/search.cgi>

News Journal, in: <http://www.news-journal.com/search/search/kosovo/UnifiedSearch?query=kosovo>

Izvestiija, (Russland), in: <http://www.isvestija.ru/search/htm?queri=kosovo>

Moskovskie Nowosti, in: <http://www.mn.ru/search.php?g=kosovo>

Krasnaja Zwesda, in: http://www.redstar.ru/docum/docum_index.html

Kommersant, in: <http://www.kommersant.com/search-result.asp>

Nesawissimaja gazeta, in <http://ng.ru/themes/archives.result.html>

Rossiiskaja gazeta, in: <http://www.rg.ru/tema/kosovo/politika/index.html>

Moscow News, in: <http://www.mnweekly.ru/search/?query=kosovo&button1=search>

Newsweek, in: <http://www.msnbc.msn.com/?search=kosovo>

Novoe Wremja, in: <http://www.tol.cz/look/wire/search.tpl>

Die Statistiken der UNO-Polizei im Kosovo in: unmikonline.org/civpol/statistics.htm.

Borba, Belgrad, in: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/archiv2000/rb/rb03/rb03serbien.html>